Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E



Nr. 126 JANUAR/FEBRUAR 1997 DM1,-

Viertes Reich giert nach Weltmachtrolle

Am 13. Dezember 1996 beschloß der Bundestag die Ausweitung der imperialistischen Intervention auf dem Balkan und damit den ersten expliziten Kampfeinsatz im Ausland seit der Zerschlagung von Hitlers Wehrmacht. Nachdem sich das selbstbewußte und enorm verstärkte wiedervereinigte Deutsch-

Rivalität zwischen BRD und USA spitzt sich zu

land schon an zahlreichen Auslandseinsätzen beteiligt hat, wird das Bundeswehr-Kontingent von 3100 Soldaten im Rahmen der von der NATO aufgestellten SFOR-Truppe (Stabilization Forces) nach den USA, Britannien und Frankreich das viertgrößte sein. Zum ersten Mal wurde ein deutscher General als Stabschef bestimmt. Der Bosnien-Einsatz ist für die deutsche Bourgeoisie ein wichtiger Schritt, sich als Großmacht wieder zu behaupten.

Die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock hat dem Ausbruch interimperialistischer Rivalitäten Tür und Tor geöffnet, die bisher zugunsten der gemeinsamen Feindschaft gegenüber den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Konterrevolution verschaffte dem deutschen Imperialismus neue Möglichkeiten zum Kapitalexport für die Ausbeutung von Arbeitskräften in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen, die er in die Europäische Union (EU) und NATO einbeziehen will. Bereits heute ist Deutschland der Hauptgläubiger von Jelzins Rußland und dokumentiert schon allein damit den fortgesetzten Drang nach Osten. Gleichzeitig investieren deutsche Konzerne zunehmend in Asien, und sie konkurrieren mit den USA und anderen Mächten um die strategisch wichtigen Ölreserven des Nahen Ostens und Zentralasiens. Die USA antworteten mit Wirtschaftssanktionen gegen Investitionen in Iran und Libyen, wo vor allem Frankreich und Deutschland aktiv sind, und die EU drohte mit Gegenmaßnahmen. Mit der Rückendeckung und oft im Interesse des mächtigeren deutschen Imperialismus preschte vor allem Frankreich vor, das gleichzeitig seine

Fortgesetzt auf Seite 7



N. Maskus/LASA

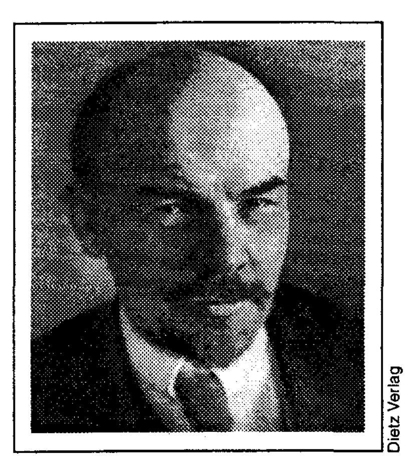


junge Welt

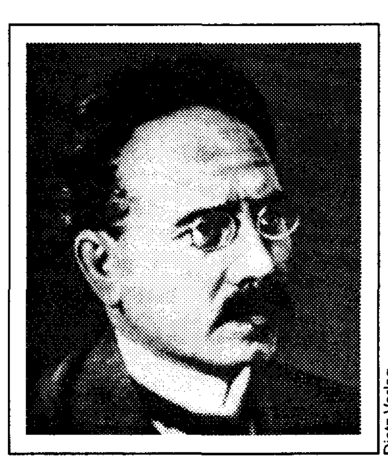
„Festung Europa" bedeutet: Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan und rassistischer Bullenterror auf Baustellen

Für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit!

Für den Kommunismus der „Drei L"!




Wladimir Iljitsch Lenin



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg

In der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung ehren wir Trotzkisten im Januar die „Drei L" des Bolschewismus: W.I.Lenin, der am 24. Januar 1924 gestorben ist, und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beide auf Geheiß der SPD am 15. Januar 1919 von den Freikorps ermordet wurden. Mit dieser Bluttat wurde die revolutionäre Führung enthauptet, und die Deutsche Revolution wurde niedergeschlagen. Dies trug zur Niederlage der Revolution von 1923 bei und beschleunigte zugleich den Aufstieg der nationalistischen Stalin-Bürokratie in der Sowjetunion und führte direkt zu Hitlers Machtübernahme.

Im Unterschied zu Lenins Bolschewiki, die mit der Spaltung von den Menschewiki 1903 den Grundstein für die Schmiedung der revolutionären Partei und damit für den Sieg der Russischen Revolution legten, erfolgte die Abspaltung der Spartakusgruppe von der SPD und von der zentristischen USPD viel zu spät. Als die Revolution ausbrach, war keine intakte revolutionäre Führung vorhanden, die sich an die Spitze der Massen stellen konnte. Gegen die SPD-Kampagne für „Einheit", mit der EbertlScheidemann gegen die revolutionäre Polarisierung der Arbeiterklasse vorgingen, wies Karl Liebknecht auf die Bedeutung von Klarheit und Ziel hin, die im revolutionären Programm verkörpert sind.

Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als,. wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit" macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenzuketten heißt sie lahmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden: das ist unser Bemühen; verschiedengerichtete Kräfte verkoppeln, um die radikalen Stoßkräfte der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bemühen der jetzigen Einigkeitsapostel, wie es das Bemühen der Einigkeitsprediger im Kriege war. Politik ist Tat. Zusammenwirken zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse. Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Wollen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit. Einigkeit in der Phrase ist Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug. Die Einigkeitsapostel, sie wollen die „Revolution", die noch kaum begonnen, schon heute liquidieren; sie wollen die Bewegung „in ruhige Bahnen" lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiederherstellung des Klassenstaates und Erhaltung der ökonomischen Klassenherrschaft die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es durch die Einigkeitsphrase hypnotisieren. Sie fallen über uns her, weil wir dieses Vorhaben durchkreuzen, weil wir es ehrlich und ernst meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gilt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitsphrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot - heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

Karl Liebknecht,
Die Rote Fahne Nr. 4,19. November 1918

SPARTAKIST



herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 126 **Januar/Februar 1997**

Rifondazione Comunista in Aufruhr

Proposta: linkes Anhängsel der Volksfront in Italien

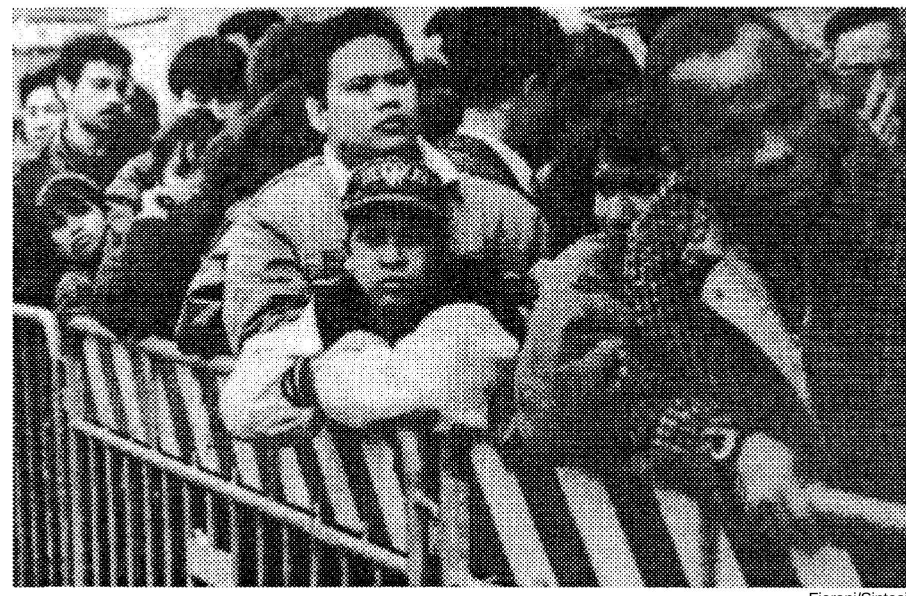
Nachstehend drucken wir eine leicht gekürzte Übersetzung des Flugblatts ab, das die italienische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), die Lega trotskista d'Italia, bei der dritten nationalen Konferenz von Rifondazione Comunista (RC) am Wochenende des 14.115. Dezember in Rom verteilt hat. In der besten Tradition der leninistischen Schule des Parteiaufbaus polemisiert das Flugblatt gegen die linkesten Elemente von RC - diejenigen, die sich in einem verrotteten Block unter der Führung der Pseudotrotzkisten um die Zeitschrift Proposta *zusammengefunden haben -, um zu versuchen, die Besten für den Kampf um den Aufbau einer wirklich leninistisch-trotzkistischen Partei zu gewinnen. Fast tausend Exemplare dieses Flugblatts wurden verteilt, über hundert Exemplare von* Spartaco *wurden verkauft, und zehn Konferenzteilnehmer haben unsere Zeitung abonniert.*

In Italien wird der Maastricht-Kahlschlag und die rassistische Repression gegen Immigranten von einer Volksfrontregierung durchgeführt . Diese bürgerliche Regierung, geführt von Romano Prodi, kettet mit der Teilnahme der exstalinistischen PDS und mit der entscheidenden Unterstützung von RC die Arbeiterklasse an Vertreter der Bourgeoisie. DieRC-Konferenz gab ihre offizielle Zustimmung zur andauernden Unterstützung für die Volksfrontregierung. Tatsächlich war Prodi selbst in der ersten Reihe auf der Konferenz anwesend, ebenso Vertreter anderer bürgerlicher Parteien.

Auf der Konferenz spielten die Rechtszentristen von Proposta *ihre Rolle als pseudolinke Abdeckung und als Sicherheitsventil für aufgebrachte Mitglieder von RC.* Proposta *wird von führenden Vertretern der Internationalen Trotzkistischen Opposition (ITO), Marco Ferrando und Franco Grisolia herausgegeben, in Zusammenarbeit mit Livio Maitan, dem Führer der rechten Mehrheit des Vereinigten Sekretariats (VS, in Deutschland vertreten durch den Revolutionär Sozialistischen Bund).* Proposta *hat in den letzten 15 Jahren „Entrismus" in Maitans Organisation betrieben.*

Marco Ferrando, der offizielle Sprecher für den „Antrag 2" der Minderheit, kritisierte die Rolle von RC bei der Unterstützung der Prodi-Regierung als ein Aufspringen auf den Zug nach Maastricht. Aber egal, welches Programm von der Parteimehrheit angenommen wurde, Proposta *machte es klar, daß sie im Interesse der „Einheit" das kleine rote Schlußlicht im Zug nach Maastricht sein werden. Während also die Zentristen von* Proposta *Unke Rhetorik ausspucken können, können diese Parasiten nicht ohne ihren Wirtsorganismus leben. Nichts fürchten die* Proposta-Lewte *mehr als den Kampf für die politische Unabhängigkeit des Proletariats von seinen Ausbeutern.*

Der „Antrag 2" wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Vielleicht noch bemerkenswerter: Die Parteimehrheit verabschiedete eine Resolution, die jede organisierte Opposition innerhalb von RC verbot. Doch nicht einmal diese bürokratische Maßnahme konnte Proposta *von der rechten RC-Führung abkoppeln. Im Gegenteil,* Proposta *verdoppelte die Zahl ihrer Mitglieder (von zwei auf vier) im Politischen Komitee von RC auf nationaler Ebene. Der ganze Auftritt von* Proposta *auf der Konferenz ruft Trotzkis Artikel „Der Zentrismus und die IVInternationale" (22. Februar 1934) in lebendige Erinnerung: „Der Zentrist bleibt stets in geistiger Abhängigkeit von den Gruppierungen zur Rechten, neigt dazu, den gemäßigteren zu schmeicheln, ihre opportunistischen Sünden zu verschweigen und ihr Treiben vor den Arbeitern zu beschönigen. "*



Fiorani/Sintesi

Ulivo-Volksfront führt rassistische Angriffe auf Immigranten durch

Die zentrale Kritik von „Antrag 2" gegenüber der Führung ist im wesentlichen ein Aufruf an die Partei, in Opposition zur Prodi-Regierung zu gehen: „Die Partei Rifondazione Comunista war die einzige Kraft der Klassenopposition zu den Regierungen Amato, Ciampi und Dini... Aus diesem Grund hat unsere Partei zunehmend die Zustimmung der untergeordneten Klassen gewonnen" („Antrag 2", *Liberazione*, 24. September 1996). Es ist grotesk zu behaupten, daß RC „die einzige Kraft der Klassenopposition zu den Regierungen Amato, Ciampi und Dini" dargestellt hätte. Man braucht nur an die RC-Kampagne zur Unterstützung der „Progressisten" zu erinnern, die Ciampi unterstützten, und an die entscheidende Rettungsaktion von RC für die Dini-Regierung und ihren Haushalt (siehe *Spartakist* Nr. 123, Juni/Juli 1996). Nicht nur RC hat kontinuierlich die Volksfront-Koalitionen unterstützt, sondern auch *Proposta* hat diese Politik systematisch befürwortet. Als die „Progressisten", die Ciampi unterstützten, 1994 bei den Wahlen kandidierten, appellierte *Proposta* an die RC-Mitglieder, „an der Wahlkampagne der Partei im Kampf gegen die Rechte an vorderster Front teilzunehmen", und drängte widerwillige Mitglieder dazu, für die Volksfront eine Kampagne zu führen: „Bedeutende Teile unserer Partei, selbst außerhalb des zweiten Antrages, sind leider versucht, sich von der Teilnahme an der Wahlkampagne fernzuhalten. Das

Fortgesetzt auf Seite 4

Proposta...

Fortsetzung von Seite 3

ist natürlich ein Fehler" *(Proposta,* März 1994). Während der Wahlen im Jahr darauf fügte *Proposta* hinzu: „Der Kampf gegen die Berlusconi-Rechte ist und bleibt die Hauptaufgabe für Kommunisten" *(Proposta,* Mai 1995).

Die Gruppe um Grisolia und Ferrando ging sogar so weit, „in besonderen Situationen" zur Stimmabgabe für die Volkspartei (PPI) des Vatikans aufzurufen, „wenn es notwendig ist, einen faschistischen oder reaktionären Kandidaten zu schlagen" *(Proposta,* Januar 1995). Ferrando ist stolz darauf, daß er derjenige war, der diesen Nichtangriffspakt mit den stinkenden Überresten der Christdemokraten vorgeschlagen hat - jener Partei, die von der CIA und dem Vatikan gegründet wurde, um Italien seit Beginn des Kalten Krieges bis zum Zusammenbruch des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates zu regieren.

Wenn es irgendwelche Zweifel gibt, ob Ferrando & Co. eine Allianz mit der Bourgeoisie anstreben, dann erinnert euch nur daran, wie die sogenannte „Linke" von RC im Oktober 1995 die erste Gelegenheit beim Schöpf packte, um der Bourgeoisie zu zeigen, daß auch sie - und nicht nur die Mehrheit - des Vertrauens der Kapitalisten vollkommen würdig ist. Als die Rechten ein Mißtrauensvotum gegen die Dini-Regierung stellten, hatte RC am Anfang vor, die Verantwortung für den Sturz der Regierung zu übernehmen. *Es waren die Proposta-Mitglieder in der Führung, die dafür kämpften, die Regierung zu retten und die Mehrheit dafür zu gewinnen (Carri re délia Sera,* 24. Oktober 1995).

Zur Untermauerung ihres Appells für eine Rückkehr zur politischen Vergangenheit der Klassenkollaboration in der Opposition ist *Proposta* gezwungen, eine qualitative „Wende" in der Parteipolitik zu erfinden, die angeblich in der jetzigen Periode eingetreten sein soll. Aber RC hat von Anfang an nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie von ganzem Herzen die Politik der alten Kommunistischen Partei Italiens fortsetzt, die in der Nachkriegsperiode eine konstante Politik der Klassenkollaboration in der Opposition durchführte - zu einer Zeit, wo die Bourgeoisien Italiens und der anderen Länder fest entschlossen waren, die größte Kommunistische Partei Westeuropas, noch dazu in einem Land mit einer militanten und kampfbereiten Arbeiterklasse, aus führenden Regierungsposten rauszuhalten. Sobald die KPI jedoch die Gelegenheit dazu erhielt, bewies sie ihre Loyalität zur Bourgeoisie und ihren Verrat am Proletariat, wie in der Volksfront 1946, wo unter dem KP-Führer Togliatti als Justizminister die Partisanen entwaffnet und die Faschisten freigelassen wurden. Auch außerhalb der bürgerlichen Regierung diente ihr die KPI als loyaler Handlanger, wie 1976 bei der Regierung der „nationalen Einheit". Die KPI diente der Bourgeoisie als Bluthund, sie unterstützte das „Sondergesetz gegen Terrorismus" und arbeitete bei der „Antiterrorismus"-Hexenjagd aktiv mit der Polizei zusammen, und 1980 fiel sie dem 35tägigen Fiat-Streik in den Rücken. Das sind die „glorreichen" stalinistischen Traditionen, auf die sich RC beruft.

Entgegen dem Unsinn, den *Proposta* verbreitet, fand die wirkliche Wende der Rifondazione nicht 1994-96 statt, sondern während der stalinistischen Degenerierung der UdSSR im Januar 1924; das war eine wirkliche politische Konterrevolution, die dazu führte, daß 1935 alle Parteien, die zur stalinisierten Internationale gehörten, die Volksfrontpolitik annahmen, die die Arbeiterklasse ihrer nationalen Bourgeoisie unterwirft. Das war eine Ausweitung von Stalins Politik des „Sozialismus in einem Land".

Die französische Volksfront entwaffnete die Arbeiterklasse und hinderte sie daran, im Juni 1936 die Macht zu erringen. Der Verrat der Stalinisten und der sozialdemokratischen SFIO führte am Ende zur Auflösung der Volksfront, die die Macht an das mit den Nazis verbündete Vichy-Regime übergab. In Spanien bahnte die Volksfront Francos faschistischen Truppen den Weg (die von Hitler und Mussolini unterstützt wurden), nachdem sie zuvor den heroischen Aufstand in Barcelona 1937 blutig niedergeschlagen und viele der kämpferischsten Proletarier in Spanien ermordet hatte. In Chile zerschlug Allende die Streiks und ernannte Pinochet (den Schlächter, der ihn stürzte und Zehntausende Arbeiter und politische Oppositionelle ermordete) 1973 zum Chef der Streitkräfte, der die Verfassung „respektieren" würde ... eine Woche vor dem blutigen Putsch.

Volksfrontregierungen entstehen in einer Situation, wo die Bourgeoisie so krisengeschüttelt ist, daß sie die formale Teilnahme einer Arbeitermassenpartei an der Regierung benötigt, um die Arbeiterklasse ruhig zu halten. Das ist genau, was in Italien passiert ist, und genau wie in der Geschichte hat diese Volksfrontregierung auf gefährliche Weise den Faschisten den Weg bereitet. Im Herbst 1994 wurde Italien von einer militanten Welle von Arbeiterstreiks und Studentendemonstrationen erschüttert. Während vorgebliche Trotzkisten wie die *Proposta-Leute* zu einem „unbegrenzten Generalstreik" aufriefen, entlarvten wir diese Rhetorik als bloße Tarnung für ihr Hinterherlaufen hinter der PDS und RC unter dem Motto „Kampf gegen rechts". Sie zielten darauf ab, Berlusconi zu stürzen und durch eine Volksfrontregierung zu ersetzen. Im Gegensatz dazu hat die LTd'I in diese Kämpfe mit einem Programm interveniert, das die Notwendigkeit für den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht aufzeigte. Wir bestanden darauf, daß das entscheidende Instrument, das die Arbeiter zum revolutionären Bewußtsein gewinnen kann - daß die, die arbeiten, auch herrschen sollen -, eine wirklich leninistisch-trotzkistische Partei ist, die es nicht auf die sinnlose Perspektive abgesehen hat, den rassistischen Kapitalismus zu „reformieren", sondern auf den proletarischen Sturz des gesamten verrotteten Systems. Als *Proposta* et al. sich in begeisterten Aufrufen zum „unbegrenzten Generalstreik" ergingen, haben sie nie die entscheidende Frage der Führung aufgeworfen, weil es die ganze Zeit nur ihr Ziel war, die Arbeiterklasse zynisch wie einen Ochsen auszunutzen, der den Karren ihrer parlamentarischen Ambitionen zieht.

PDS, RC und ihre linken Anhängsel wie *Proposta* bekamen, was sie wollten: Berlusconi ist draußen und eine bürgerliche Regierung an der Macht - die Prodi-Volksfrontkoalition, unterstützt von RC und „mit Genugtuung" gesehen von *Proposta.* Aber diese Regierung ist so sehr dar-

Verteidigt die Anti-Klan-Demonstranten!

Am 23. Januar steht ein kritischer Prozeßtermin an bei der Verteidigung der Anti-Klan-Demonstranten, die wegen ihrer Beteiligung an der Einheitsfrontaktion am 29. Juni 1996 in Chicago angeklagt sind. Drei Demonstranten werden wegen der vorgeschobenen Anklage „Körperverletzung gegen die Polizei" vor Gericht stehen. Die Anklagen gegen weitere sechs Demonstranten sind fallengelassen worden.

Die Anwälte werden beim Gerichtstermin neue Beweise vorlegen, daß die Polizei von Chicago Nachrichten über die KKK-Provokation unterdrückt hat und gezielt die Anti-Klan-Demonstranten angriff, als „Manöverübung" für mögliche Proteste beim Kongreß der Demokratischen Partei. Die antirassistischen Aktivisten werden vom Staat verfolgt, weil sie im letzten Sommer gemeinsam mit fast 100 Gewerkschaftern, Linken und Jugendlichen einer Provokation der Klan-Terroristen entgegentraten und die rassistischen Mordbrenner in die Flucht schlugen. Auch in Deutschland sind der KKK und seine faschistische Konföderierten-Flagge Teil des braunen Netzwerks. Die Niederbrennung schwarzer Kirchen im Süden der USA sind sein Werk. Der Schlag gegen den Klan war im Interesse aller Unterdrückten, Minderheiten und der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine Vielzahl von Arbeiterorganisationen, linken und Bürgerrechtsorganisationen sowie Antirassisten - von den USA und Kanada bis Brasilien, Südafrika, Deutschland und Japan, haben in den letzten Monaten an den Staatsanwalt geschrieben, um die Einstellung aller Verfahren zu fordern.



Workers Vanguard

Jeffrey Lyons, Dennis Glass, Gene Herson

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft alle Gegner des Rassismus auf, Proteste zu schicken an: Richard Devine, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602, USA. Spendet unter dem Stichwort „Anti-Klan Chicago" auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000.

Für weitere Informationen wendet euch an das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin, Tel.(030)4439401.

---

auf erpicht, ihre Ergebenheit gegenüber den italienischen Bossen, der City von London, der Wall Street und der Deutschen Bank zu beweisen, daß diese „Volksfront" beim „Volk" äußerst *unpopulär* ist und schnell den Weg für die faschistische Reaktion bereitet. Während die Arbeiter von den „sozialistischen" Parlamentariern aufgefordert werden, den Gürtel enger zu schnallen, sind Finis Faschisten im ganzen Land auf die Straße gegangen, um die „rote Austerität" zu verdammen, und die Rassisten der Lega Nord entfesselten eine paramilitärische Truppe, die sogenannte „Nationalgarde Padanias", die Immigranten ohne Visum mit Abschiebung bedroht.

Nur durch die vollständige Klassenunabhängigkeit und durch den Kampf für eine revolutionäre Perspektive kann das Proletariat für die verarmten Schichten der kleinbürgerlichen Massen eine glaubhafte soziale Alternative sein. Im Gegensatz dazu treibt die Volksfrontpolitik von RC und *Proposta* die Kleinbürger zur Verzweiflung und in die Arme der Faschisten, die ein leichtes Spiel haben zu zeigen, daß die „Linke" ein Verbündeter des großen Kapitals ist.

RC/'*Proposta,* die politisch fest an den bürgerlichen Staat gekettet sind, träumen nicht im entferntesten davon, ihre proletarische Basis zu mobilisieren, um die faschistische Bedrohung zu bekämpfen. Im *Übergangsprogramm* schrieb Trotzki:

> „Die kleinbürgerlichen Demokraten - einschließlich der Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten - schreien um so lauter von Kampf gegen den Faschismus, desto feiger sie tatsächlich vor ihm kapitulieren. Nur bewaffnete Arbeitertrupps, die die Unterstützung von vielen Millionen Arbeitern hinter sich fühlen, können erfolgreich gegen die faschistischen Banden bestehen. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik - und endet auf der Straße. Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Kernpunkte der faschistischen Armee."

Die IKL/LTd'I waren aus Prinzip immer gegen jede Art von Volksfront, ob sie rechts oder „links" ist, ob in der Regierung oder in der Opposition, ob offen oder hinter „kritischer Wahlunterstützung" versteckt. Aus diesem Grunde waren wir bei den letzten wie auch bei den vorletzten Wahlen dagegen, die PDS oder Rifondazione zu wählen. Gegenüber der rechten Ulivo-Volksfront führt *Proposta* eine „linke" Volksfront durch, die sie eine „Alternative" nennt. Aber *jede* Volksfront ist ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Minderheiten und aller Unterdrückten. Die Oktoberrevolution, die einzige erfolgreiche Revolution der Arbeiterklasse, fand gerade *gegen* die Volksfront von Kerenski statt *(eine Volksfront; die weit linker war als die, die Grisolia und Ferrando vorgeschlagen haben).* So beschrieb Trotzki sie in den 30er Jahren:

> „In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie* für diese Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für den Unterschied zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Denn man vergißt sehr oft, daß das größte historische Beispiel der Volksfront die Februarrevolution von 1917 ist. Von Februar bis

Fortgesetzt auf Seite 6

Proposta...

Fortsetzung von Seite 5

Oktober befanden sich Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die eine sehr gute Parallele zu den .Kommunisten' und Sozialdemokraten darstellen, im engsten Bündnis und in einer ständigen Koalition mit der bürgerlichen Partei der Kadetten, mit denen zusammen sie eine Reihe von Koalitionsregierungen bildeten. Unter dem Zeichen dieser Volksfront stand die überwiegende Masse des Volkes, einschließlich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Sicherlich, die Bolschewiki arbeiteten in den Räten. Aber sie machten der Volksfront nicht das geringste Zugeständnis. Ihre Forderung war, diese Volksfront *auseinanderzubrechen,* das Bündnis mit den Kadetten zu sprengen und eine wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten.

Alle Volksfronten in Europa sind nur eine farblose Kopie und oft eine Karikatur auf die russische Volksfront von 1917, die in jedem Falle eine viel größere Berechtigung für ihre Existenz anführen konnte; denn es ging da immerhin noch um den Kampf gegen den Zarismus und die Überreste des Feudalismus." („The Dutch Section and the International" [Die holländische Sektion und die Internationale], 15./16. Juli 1936, Hervorhebung im Original)

Proposta: Blindes Vertrauen in den bürgerlichen Staat

Die *Proposta-Gruppe* ist zentristisch. Eines der klassischen Kennzeichen des Zentrismus ist: „revolutionär in Worten, reformistisch in Taten". Und es sind genau die zentralen Fragen, bei denen *Proposta* innerhalb der Grenzen des Reformismus bleibt, wenn auch manchmal mit kämpferischem Syndikalismus gewürzt. „Antrag 2" beweist dies mit dem Vorschlag eines positiven Programms, das RC als Alternative zum Programm der Führung annehmen soll:

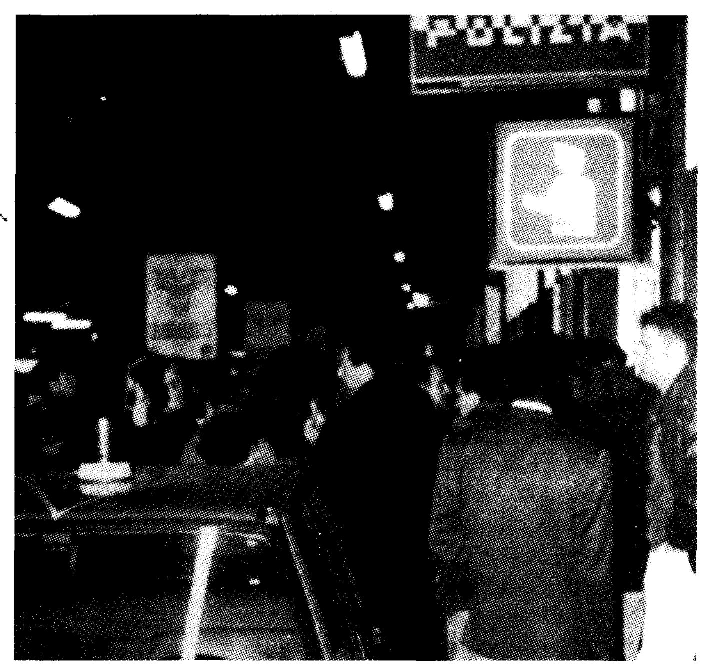
„In diesem Zusammenhang präsentieren die Kommunisten ihr eigenes Gegenbudget, also einen Vorschlag, wie der politische Klassencharakter des Budgets gekippt werden kann, das unabhängig von und entgegen den Maastricht-Kriterien und der Frage, ob es mit dem Kapitalismus vereinbar ist, nur die Bedürfnisse der arbeitenden Massen als Ausgangspunkt sieht und eine alternative Lösung zur Krise vorschlägt: progressive Besteuerung des großen Eigentums, der Profite und Verdienste, in erster Linie durch die Abschaffung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses; eine drastische Reduzierung der Verschiebungen vom öffentlichen zum privaten Sektor ... die drastische Reduzierung der Militärausgaben; die Wiedereinführung der Lohn-Preis-Skala; die progressive Verringerung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn; ein Soziallohn für die Arbeitslosen, ein umfassender Plan, das Land und die Umwelt zu verbessern, eine enorme Intervention für die Entwicklung und das erneute Wachstum des Südens."

Der „Antrag 2" von *Proposta* ist alter reformistischer Müll in neuen Containern. Wie der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein, der glaubte, daß der Kapitalismus wie eine überreife Frucht vom Baum fallen würde, schlägt *Proposta* eine stufenweise „Rationalisierung" der Ungleichheiten bei der Verteilung des Reichtums in der kapitalistischen Gesellschaft vor, ein „Gegen"budget mit „Progressivsteuer" und „Kürzung der Militärausgaben". Aber Grisolia, Ferrando und Livio Maitan sind nicht erst seit gestern auf der Welt - sie sind zynische pseudotrotzkistische Scharlatane, die bis ins Mark verdorben sind.

Jeder mit einem grundlegenden marxistischen Verständnis von der Wirtschaft weiß, daß es das *Privateigentum an den Produktionsmitteln* ist, das der Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zugrunde liegt, die nicht reformiert werden kann. Das ist die Quelle des grundsätzlichen Konflikts zwischen der gesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiterklasse und der privaten Aneignung des Reichtums und Profits, der durch den Mehrwert der Arbeit geschaffen wird, durch die Kapitalistenklasse. Durch hohle Konzepte wie „Die Reichen sollen zahlen" wird es keine „Demokratisierung" des Kapitalismus und keine gerechtere Verteilung des Reichtums geben. Um die fundamentalen Ungleichheiten der kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen, ist der Klassenkampf des Proletariats notwendig, das den Reichtum der Gesellschaft produziert, damit es den kapitalistischen Ausbeutern diesen Reichtum entreißt und eine egalitäre sozialistische Gesellschaft aufbaut, in der diejenigen regieren, die arbeiten.

Im Gegensatz zu den reformistischen Konzeptionen von

Fortgesetzt auf Seite 19



S. Magalli

Mailand, Februar 1995: LTd'I organisierte Protest, der Freilassung von Immigranten erreichte

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555,10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle
SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

eigenen kolonialen und neokolonialen Interessen in Afrika und im Pazifik verfolgt. Diese Entwicklungen werden in den nächsten Monaten und Jahren zu immer gefährlicheren Zusammenstößen zwischen den Großmächten führen.

In diesem Konkurrenzkampf sind die Kapitalisten auf der ganzen Welt gezwungen, die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben, und führen eine Offensive gegen Arbeiter und Immigranten. Die scharfen Angriffe auf den Lebensstandard haben von Westeuropa bis Südkorea militante Verteidigungskämpfe der Arbeiter hervorgerufen. Doch die Geschichte hat immer wieder gezeigt, daß solche defensiven Kämpfe nur dann zu einem Angriff auf die gesamte kapitalistische Ordnung werden können, wenn eine leninistische Avantgardepartei interveniert, um revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die Spartakist-Arbeiterpartei/Internationale Kommunistische Liga ist der Kern dieser Partei, die die politisch fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse gewinnen will und als „Volkstribun" aller Unterdrückten handelt - und nur im politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und deren linke Anhängsel geschmiedet werden kann.

Im Kriegsfall zeigen die SPD-Vaterlandsverteidiger am deutlichsten ihr wahres Gesicht: Eine große Mehrheit der SPD stimmte zusammen mit den bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition für den Kriegseinsatz auf dem Balkan. Von den Grünen bereitete Joschka Fischer den Bundestagsbeschluß mit einer großangelegten Werbetour nach Bosnien vor, und mit kolonialistischer Arroganz betreiben Grüne und Sozial- wie Christdemokraten eine Hetze über die angeblich gewalttätigen und blutrünstigen Völker des Balkans. Titos Partisanen hatten es mit ihrem Sieg über den Faschismus und dessen einheimische Marionetten geschafft, den historischen Antagonismus zwischen den Völkern Jugoslawiens zu überwinden. Allerdings hat die nationalistische Politik der Stalinisten den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien unterminiert und seinen Zerfall vorbereitet. Und es war gerade der deutsche Ex-Außenminister Genscher, der 1991 mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien den Nationalismus der aufstrebenden kapitalistischen Regime des auseinanderfallenden Jugoslawiens schürte und damit dem Bürgerkrieg blutigen Auftrieb gab.

Hinter der Fassade der Einstimmigkeit bleibt der Balkan ein Hexenkessel interimperialistischer Rivalitäten. Während Frankreich und Britannien wie auch Rußland historisch wichtige Schutzherren von Serbien gewesen sind, profiliert sich Deutschland als Protektor von Kroatien. Doch in Bosnien steht Deutschland noch in den Startlöchern - dort haben die USA das Sagen. Als Gegengewicht zu den USA rufen die SPD-Sprecher Wieczorek-Zeul und Verbeugen zum Aufbau „europäisch-integrierter Streitkräfte" auf.

Die PDS unterstützt die Verstärkung der Internationalen Polizeitruppe (IPTF) und fordert die Vergrößerung ihrer „exekutiven Kompetenz". Zwar stimmte sie (mit Ausnahme ihres Grafen von Einsiedel) gegen den Regierungsantrag zum Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan, befürwortet aber lauthals die Intervention der UN-Blauhelme. Eine bedeutende Minderheit der PDS tritt offen für die Entsendung deutscher Soldaten unter UNO-Tarnung auf. Die Vereinten Nationen, diese „Räuberhöhle imperialistischer Diebe", wie Lenin schon den Völkerbund nannte, dienten als Speerspitze der imperialistischen Aufteilung des Balkans; auch die von der PDS jahrelang als „friedliche" Alternative propagierten Sanktionen gegen Irak und Serbien bedeuteten für Hunderttausende Hunger und Tod. Dagegen fordert die Spartakist-Arbeiterpartei: Bundeswehr/NATO/UNO - raus aus dem Balkan!

Als proletarische Internationalisten sind wir unerbittliche Gegner jeder imperialistischen Intervention, und ebenso kämpfen wir gegen das nationalistische Gemetzel, das beim ethnischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien *von allen Seiten* begangen wird. Als sich aber 1995 der Charakter dieses Krieges durch die massive Bundeswehr/NATO-Intervention veränderte und zeitweise zu einem Krieg der westlichen Imperialisten gegen die bosnischen Serben wurde, bezogen wir die Position der revolutionären Verteidigung der bosnischen Serben gegen die NATO-Bombardierung, ohne irgendwelche politische Unterstützung für die verschiedenen chauvinistischen Regierungen der Region zu geben. Von Sydney und Tokio bis New York und Berlin riefen die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) zu Protestkundgebungen auf.

Im Gegensatz dazu weigerten sich die verschiedenen linken Organisationen, die im Schlepptau der SPD/PDS sind, die bosnischen Serben gegen die NATO-Angriffe zu verteidigen. Pseudotrotzkistische Gruppen wie der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) hängten sich statt dessen an die imperialistische Kampagne für das „arme, kleine Bosnien" an und organisierten unter dem Namen „Arbeiterhilfe" Hilfstransporte unter UN-Schutz. Mitten während der NATO-Bombardierungen im Herbst 1995 forderte die GAM „Weg mit dem Waffenembargo" gegenüber den bosnischen Muslimen (die im Windschatten der NATO-Bomben gegen die bosnischen Serben vorrückten) und appellierte damit an die westlichen Imperialisten, die Izetbegovic-Kräfte zu bewaffnen. Ihre papierne Forderung nach einem Abzug der NATO/UN-Kräfte enthüllte sich als dünnes Feigenblatt ihrer proimperialistischen Politik.

Der Balkan war 1914 schon einmal der Auslöser eines Weltkriegs und im Zweiten Weltkrieg ein Schlachthof des Nazi-Völkermords. Die UNO/NATO/Bundeswehr-Inter-

Fortgesetzt auf Seite 8



dpa/Hesse

Süßwaren-Arbeiter, darunter viele Frauen und Immigranten

Weg mit Massenprozessen gegen Kurden und Linke!

Folgender Protest gegen die Prozeßlawine in Bielefeld und Dortmund wurde am 6. Januar 1997 vom Komitee für soziale Verteidigung an das Oberlandesgericht Hamm geschickt.

Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert auf das Schärfste gegen die andauernden Hexenjagdverfahren, die diejenigen vor Gericht zerren, die am 16. März 1996 in Dortmund gegen Ankaras Krieg gegen die Kurden protestieren wollten. Um ein Verbot der Demo durchzusetzen, wurde über Dortmund der Belagerungszustand verhängt. Wie in vielen anderen Orten wurden 200 kurdische und deutsche Demonstranten unterwegs von Bielefeld und von Gütersloh auf der Autobahn von der Polizei festgehalten und eingekreist. Ohne Warnung ging die Polizei plötzlich mit Knüppeln auf die Gruppen los und drosch auf sie ein. Ein älterer Kurde, der zu vermitteln versuchte, wurde zusammengeschlagen, ein anderer wurde bewußtlos geschlagen und rücksichtslos durch den Schlamm bis zum Einsatzwagen geschleift. Alle Opfer, die gewaltsam ihres Demonstrationsrechts beraubt wurden, wurden hinterher angeklagt und müssen zumindest mit einem Verfahren wegen „Landfriedensbruchs", „Nötigung", „Freiheitsberaubung" und „Verstoßes gegen das Vereinsgesetz" rechnen. In den nächsten Wochen sollen ca. 150 Kurden und Deutsche abgeurteilt werden. Nächster Prozeßtermin ist der 14. Januar in Dortmund. Einige Demonstranten sind schon verurteilt, darunter Jugendliche, die nach dem Strafrecht für Erwachsene abgeurteilt wurden. Wir fordern: *Weg mit den Anklagen! Für die sofortige Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung aller Urteile sowie Rückerstattung der Geldstrafen und Verfahrenskosten!*

Mit dem Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine führt die deutsche Regierung, die den völkermörderischen Krieg der Türkei gegen die Kurden finanziert und mit Waffen versorgt, diesen Krieg auch hier. Im deutschen „Rechtsstaat" wird ein ganzes Volk entrechtet. Jeder Ausdruck seines Strebens nach nationaler Freiheit wird erstickt. Unter dem verschärften „Ausländergesetz" werden verurteilte kurdische Demonstranten mit Abschiebung zurück in die Folterkammern und in die Hände der Todesschwadronen der Türkei bedroht.

Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine! Schluß mit den Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechtefür alle, die es hierher geschafft haben!

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 7

vention legt nur die Basis für neue und noch größere Kriege. Auch die derzeit von den USA und Deutschland unterstützten Demonstrationen gegen Serbiens starken Mann Milosevic, die unter der Führung von serbischen Ultranationalisten, Faschisten und Monarchisten stehen, können den revanchistischen Chauvinismus nur weiter vorantreiben. Notwendig ist der Aufbau von wirklich internationalistischen revolutionären Parteien, die imstande sind, die arbeitenden Massen von den nationalistischen Demagogen aller Seiten zu brechen im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans, die allein einen dauerhaften Frieden und nationale Gerechtigkeit für alle Völker und Bevölkerungsgruppen der Region erreichen kann.

Nieder mit Maastricht! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Das Streben der deutschen Imperialisten nach militärischer „Normalität" auf dem Schlachtfeld des Balkans soll die deutsche Bevölkerung und die Völker Europas und der Welt an das Gespenst eines wiedererwachten Großdeutschland gewöhnen, das bereits die stärkste ökonomische Macht des europäischen Kontinents ist. Während der Bundestag den Kriegseinsatz der Bundeswehr beschloß, setzte sich Finanzminister Waigel auf dem EU-Gipfel in Dublin mit einem „Stabilitätspakt" für die Währungsunion durch. Die künftige Europäische Zentralbank wird als verlängerter Arm der Bundesbank ihren Sitz in Frankfurt/Main haben und die vorherrschende Rolle des deutschen Kapitals im Wirtschaftsleben Europas erheblich verstärken. Doch wie auf dem Balkan stecken auch hinter der Dubliner Entscheidung unüberwindbare Konflikte; die nicht genehmigte Subvention der sächsischen Regierung an VW im letzten Sommer und die aufgeregten Proteste der Europäischen Kommission dagegen (was mit einem Kompromiß endete) sind Vorboten künftiger Zusammenstöße.

Wir Marxisten sind Gegner der Währungsunion und des Maastrichter Vertrages, die einem imperialistischen Finanz- und Handelsblock unter deutscher Dominanz dienen. Ein vereinigtes Europa auf kapitalistischer Grundlage ist nicht nur reine Utopie: Die Bourgeoisie ist als nationale Klasse entstanden und herrscht auf Grundlage ihres Nationalstaats. In Wirklichkeit führt der Ausbau der protektionistischen „Festung Europa" zu einer verstärkten Machtbasis des deutschen Imperialismus im Konkurrenzkampf um neokoloniale Einflußsphären gegen die USA und Japan; gleichzeitig verschärft sich die Rivalität der europäischen Mächte untereinander. Das Ergebnis sind umfassende Angriffe auf Immigranten, Frauen, Jugendliche und alle Arbeiter.

Die Basis für den Wiederausbau der deutschen Weltmachtrolle wurde durch den kapitalistischen Anschluß der DDR 1989/90 gelegt, als die SPD von außen und die SED/PDS von innen die Konterrevolution anführten. Die SpAD/IKL kämpfte gegen die Konterrevolution und für die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats DDR. Wir intervenierten mit allen Kräften für die proletarische politische Revolution gegen die stalinistische bürokratische Kaste im Osten und für die sozialistische Revolution gegen den Kapitalismus im Westen. So forderten wir: „Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!"

Angebliche Trotzkisten wie die rechtszentristische GAM reihten sich 1989/90 mit der Forderung nach dem Abzug der Roten Armee, die jahrzehntelang an der Frontlinie des Kalten Krieges gegen Westdeutschland stand, in die antisowjetische Hetze ein und signalisierten damit ihre Unterstützung für die Konterrevolution. Als dann die verheerenden Folgen des Anschlusses klar wurden, setzte sich die GAM für einen „sanften" Kapitalismus ein und forderte „Arbeiterkontrolle" über den Jobkiller Treuhand - von Regierung und SPD extra zur Zerschlagung des kollektivierten Eigentums der DDR geschaffen. Ebenso glaubt die GAM heute, daß Maastricht - das direkte Ergebnis der Konterrevolution - ein Ansatz für die Interessen der Arbeiter sein könnte. Von Anfang an predigte sie den Arbeitern „Enthaltung" zu Maastricht:

> „Die Arbeiterklasse sollte nicht für oder gegen das Maastricht-Abkommen Position beziehen, weil die Opposition dagegen nur die Opposition gegen eine bestimmte Form der kapitalistischen Entwicklung ist und eine andere bevorzugt." *(Revolutionärer Marxismus* Nr. 17, Frühjahr 1996).

Die GAM kann sich eine *unabhängige proletarische Perspektive* nicht vorstellen und überläßt damit den Kampf gegen die Maastricht-Austerität den reaktionären Rechten wie der CSU oder Faschisten wie Le Pen in Frankreich und Haider in Österreich. Doch was die rassistischen Auswirkungen von Maastricht sind, kriegen die Bauarbeiter aus den EU-Ländern und aus Polen in Deutschland täglich zu spüren. Sie werden von ihren Chefs, den Nazis und den Bullen brutal ausgebeutet und verfolgt. Kurdische und türkische Arbeiter sind in der „Festung Europa" immer mehr *entrechtet* und staatlicher Repression ausgesetzt. Die Streiks und Proteste der letzten Jahre richteten sich immer *gegen* Maastricht-Maßnahmen.

Hinter der „Enthaltung" der GAM steckt aber die kaum verhüllte Hoffnung, daß Maastricht - also die rassistische „Festung Europa" unter deutscher Führung - den Arbeitern nutzen könnte. Maastricht ist der GAM nur noch nicht „demokratisch" genug, daher fordert sie jetzt: „Für die Wahl einer souveränen Europäischen Verfassunggebenden Versammlung aller EU- und Eintrittsländer - einberufen und kontrolliert von den Kampforganisationen der Arbeiterklasse." Was ist diese Anerkennung der EU-Pläne anderes als die Illusion, daß Maastricht zu einem „demokratischen" Europa führen könnte, kontrolliert von den SPD- und Labour-Führern und Betriebsräten, die heute die „Kampforganisationen der Arbeiterklasse" ausverkaufen?

Gegen ähnliche Vorstellungen des Revisionisten Karl Kautsky polemisierte Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (1916):

> „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenzen."

Die Anbiederung der GAM an die EU zeigt erneut, wie hohl und bedeutungslos es ist, wenn die GAM Forderungen aufstellt nach einer Arbeiterrevolution und einem sozialistischen Europa, die nur durch einen unversöhnlichen Kampf *gegen* jeden protektionistischen Handelsblock der Imperialisten zu verwirklichen sind.

Für eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei

Mit Massenarbeitslosigkeit, Abschiebungen, faschistischem Terror und Angriffen auf die Rechte der Frauen und Jugendlichen wollen die Kapitalisten die Arbeiterklasse einschüchtern und spalten. Deshalb ist der Kampf gegen die Attacken auf alle Unterdrückten untrennbar verbunden mit dem Kampf des Proletariats. Indem die SPD-Gewerkschaftsbürokraten den Protektionismus predigen und im Namen des „Standorts Deutschland" (im Falle der PDS des Standorts „Ostdeutschland") die Arbeiter gegeneinander ausspielen, stellen sie sich hinter die Bourgeoisie und erleichtern den Nazi-Banden ihr blutiges Werk.

Jetzt bereiten die SPD- und CDU-geführten Länder die Massendeportation von Hunderttausenden Flüchtlingen aus dem Balkan vor. Dagegen fordern die SpAD und das mit ihr verbundene Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), daß die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrem wichtigen Bestandteil an Immigranten ihre Macht einsetzt, um diese Abschiebungen zu stoppen. Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Für das Recht auf Asyl und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Wir kämpfen für Arbeitermobilisierungen und setzen dabei an Aktionen wie im letzten Sommer in Frankreich an, wo Gewerkschaftskontingente gegen die Abschiebung von afrikanischen Immigranten auf die Straße gingen.

Die von der Bundesbank diktierten Maastrichter Austeritätsmaßnahmen haben in ganz Europa explosive Klassenkämpfe ausgelöst. Auch in Deutschland kam es im letzten Herbst zu wirkungsvollen Streiks der Metallarbeiter von Baden-Württemberg bis Berlin gegen die angedrohte Streichung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Metallarbeiter konnten die Angriffe auf die Lohnfortzahlung zwar aufhalten, doch auf dem Höhepunkt der Daimler-Streiks traten die Gewerkschaftsbürokraten auf den Plan und stimmten Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld zu. Nachdem die IG-Metall-Spitze so die „Flexibilität" ihres Rückgrats bewiesen hat, fordert der Präsident von Gesamtmetall nun die Einschränkung des Streikrechts.

Die Antwort der meisten Linken und oppositionellen Gewerkschaftsgruppen auf die Kapitaloffensive ist die Forderung nach mehr Militanz bis hin zum Generalstreik, die sie als Druckmittel zur Einführung einer SPD-Regierung und zur Aufrechterhaltung des sogenannten „Sozialstaats" verstehen. So forderte die ^4vanft'-Titelseite des RSB vom Oktober 1996: „Lohnfortzahlung verteidigen - Generalstreik jetzt". Die GAM erklärte: „Durch den Druck der Gewerkschaftsbasis müssen SPD, aber auch PDS, dazu gezwungen werden, ihren Apparat und ihre Mittel einzusetzen, um tatsächliche Massen-Mobilisierungen und -Aktionen zu unterstützen, die das Regierungsprogramm zu Fall bringen" *(Arbeitermacht-Flugblatt* zur Bonner Großdemonstration des DGB am 15. Juni, undatiert). Aber SPD und PDS setzen „ihren Apparat" auf Landes- und Kommunalebene bereits dafür ein, den sozialen Kahlschlag und die immer heftigeren Angriffe auf Immigranten voranzutreiben. Der „Sozialstaat" wurde von der Bourgeosie mit Hilfe der SPD/DGB-Bürokratie während des Kalten Krieges als

Fortgesetzt auf Seite 10

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

23. Januar Italien: PDS und Rifondazione Comunista in der Bankitalia-Volksfront nähren die Kräfte der Reaktion

6. Februar Kurdische und türkische Arbeiter - Schlüssel für die deutsche Revolution!

20. Februar Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter- und Immigranten-Mobilisierung!

Jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr, Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111
Weitere Informationen: (030)4439400

Hamburg

ABC des Marxismus

22. Januar Die Ursprünge des Marxismus

5. Februar Das marxistische Programm

19. Februar Kapital und Arbeit

5. März Der Staat: Lehren der Pariser Kommune von 1871

Jeweils Mittwoch, 18.30 Uhr
Ort auf Anfrage
Weitere Informationen: (040)323644

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 9

Schaufenster des „Wohlstands" gegenüber dem Sowjetblock eingeführt, und um die Arbeiterklasse ruhigzustellen und an den bürgerlichen Staat zu ketten. Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks peitschen jetzt die sozialdemokratischen Bluthunde der herrschenden Klasse innerhalb der Arbeiterbewegung die Kürzungen durch.

Eine SPD- oder „Rot"-Grüne-Regierung wird eine kapitalistische Regierung sein, die der Austerität der.Bosse verpflichtet ist. Die bürgerliche Ulivo-Regierung in Italien (eine Volksfront-Koalition mit der reformistischen PDS), die von Rifondazione Comunista unterstützt wird, kam mit der Zustimmung der deutschen und amerikanischen Imperialisten ins Amt, damit sie den Arbeiterwiderstand gegen die Regierungsoffensive besser kanalisieren und unter Kontrolle halten kann (siehe *‚Proposta:* linkes Anhängsel der Volksfront in Italien", Seite 3). Wir unterstützen niemals und unter keinen Umständen eine Volksfront, die durch die Teilnahme bürgerlicher Arbeiterparteien (PDS und Rifondazione Comunista in Italien, SPD und PDS hier) die Arbeiter direkt an die Bourgeoisie kettet.

Im Gegensatz zu RSB und GAM, die eine Politik des „kleineren Übels" vertreten und damit die Illusion verbreiten, daß der Kapitalismus reformierbar sei, erfordert der Widerstand gegen diese Angriffe ein Programm, das *revolutionär* und *internationalistisch* ist, das also den Rahmen des kapitalistischen Systems sprengt. Die SpAD interveniert in die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten, um die dringend notwendige revolutionäre Führung zu schmieden, die Immigranten, Frauen und Jugendliche hinter der sozialen Macht der Arbeiter vereint. Dabei setzen wir an den Bedürfnissen der Arbeiter an und verbinden sie mit ihrem historischen Interesse, die herrschende Klasse zu werden.

1917 zerschlug die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland den kapitalistischen Staat. Unter Lenin und Trotzki beendeten die Bolschewiki den imperialistischen Weltkrieg, stoppten die antisemitischen Pogromisten und führten weitreichende gesetzliche Maßnahmen für die Befreiung der Frauen ein. Aber die mächtige revolutionäre Welle, die vom Russischen Oktober ausgelöst wurde, führte in den industriell entwickelten Ländern, vor allem in Deutschland, nicht zum Sieg, weil die Arbeiter keine gestählte und erfahrene revolutionäre Führung wie die Bolschewiki hatten. Und das ermöglichte die politische Konterrevolution durch die stalinistische bürokratische Kaste 1924, die die bolschewistische Partei zerstörte. Dies führte schließlich zu Jelzins Konterrevolution, eine welthistorische Niederlage des Proletariats. Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau bolschewistischer Parteien, die neue Oktoberrevolutionen weltweit zum Sieg führen und das irrationale kapitalistische System ein für alle Mal hinwegfegen, um dadurch eine weltweite Planwirtschaft, basierend auf Arbeiterräten, zu errichten.

Schmidbauers Iran-Verbindung

Nach dem Verschwinden der Sowjetunion als Gegenmacht startete der US-Imperialismus 1990/91 einen Vernichtungskrieg gegen den Irak, um sich als „Weltpolizist" zu beweisen. Mit dem wiedervereinigten großdeutschen Vierten Reich tritt ein neuer Rivale für die USA auf, ein potentieller globaler Konkurrent. Im Fernen Osten, einem traditionellen Einflußgebiet der USA und Japans, nehmen deutsche Direktinvestitionen rapide zu: Seit 1995 stiegen sie um 42 Prozent in China, um 26 Prozent in Südkorea und um 18,5 Prozent in Thailand *(Australian Financial Review, 1.* November 1996). Besonders im Nahen Osten baute die deutsche Bourgeoisie ihre Macht mit Riesenschritten aus. Gegen den Willen der USA verstärken sie ihre Beziehungen zum Iran. Gleichzeitig verschärft sich ihr Wettlauf mit den USA darüber, wer der imperialistische Herr in Ankara sein soll.

Die bisherige Krönung dieser Entwicklung war Ende Juli 1996 im Libanon die Vermittlung des Geheimdienstkoordinators im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, beim Gefangenenaustausch zwischen der islamischen Hisbollah und Israel. Schmidbauers Verhandlungen, die „in aller Stille" betrieben wurden, dauerten Monate und profitierten von den „stabilen Kontakten", die er zu dem iranischen Geheimdienst und dem iranischen Botschafter in Bonn pflegt. Im Gegensatz zu den USA, die ihre Kontrolle über den Iran nach der Machtergreifung Chomeinis 1979 verloren, konnte sich Deutschland als einer der wichtigsten Handelspartner und militärischen Unterstützer Irans halten. Ein Mittel dafür war die vom Bundesnachrichtendienst (BND) gesteuerte Kommunikationstechnikfirma Telemit. Seit 1987 gehen etwa 90 Prozent der Exporte dieser Firma an den Iran *(junge Welt,* 26. November 1996). Schon 1983 betrug der deutsche Export in den Iran 7,1 Milliarden DM, was das beste Ergebnis der Schah-Zeiten übertraf. Westdeutsche Firmen wie Daimler Benz, Heckler & Koch und Thyssen-Rheinstahl halfen bei der Aufrüstung des Irans. Die Deutschen lieferten Panzertransporter, Pontonbrücken inklusive LKWs und Motorboote, Sprengstoff und Munition, Schmiedestraßen und Induktionsöfen für eine Granatenfabrik. So würdigte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23. Juli 1996), das Sprachrohr des deutschen Finanzkapitals, Schmidbauers Schachzug: „Wer aber dazu neigt, Hoffnungszeichen für die Zukunft in^onst eher karg erscheinender Umgebung auszumachen, der kann mit einiger Berechtigung in dieser unter deutscher Vermittlung erreichten Austauschaktion den Anfang von noch viel mehr sehen."

Doch die Beziehungen Deutschlands zum Iran sind nicht ohne Widersprüche. Der jetzige Prozeß gegen die iranischen Geheimdienstler, die 1992 im Berliner Restaurant Mykonos führende Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran (DKP-I) ermordet hatten, führte zu einem Austausch von bösen Worten zwischen Teheran und Bonn, allerdings kehrten beide Seiten schnell wieder zu den üblichen Höflichkeiten zurück. Doch ungeklärt bleibt, welche Rolle die oft gepriesenen Beziehungen des Geheimdienstkoordinators Schmidbauer zu seinen iranischen Kollegen bei dem Attentat spielten.

Etwa 48 Stunden nach Schmidbauers erfolgreichem Gefangenenaustausch zwischen der Hisbollah und Israel reagierte das US-Repräsentantenhaus darauf mit einer Verschärfung der Sanktionen gegen ausländische Unternehmen, die im Iran und in Libyen investieren (das Amato-Gesetz). Gegen das Amato-Gesetz drohte Außenminister Kinkel, daß sich Europa „Gedanken über geeignete Schritte machen" müsse.

Mitten in diesem Streit zwischen den USA und der „Festung Europa" unterzeichnete der türkische Ministerpräsi-

Spartakist-Diskussionsreihe

Leipzig

22. Januar Italien: PDS und Rifondazione Comunista in der Bankitalia-Volksfront nähren die Kräfte der Reaktion

5. Februar Für eine kommunistische Frauenbewegung!

Jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,
Werk II, 1. Stpck, Kochstr. 132
(Leipzig, Straßenbahn Connewitzer Kreuz)
Weitere Informationen: Halle (0345)2029055

dent Erbakan einen Vertrag über die Lieferung von iranischem Gas im Wert von 20 Milliarden Dollar. Ein „Schlag ins Gesicht Washingtons", schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. August 1996):

> „Erbakan kommt es zunächst darauf an, angesichts des wachsenden Energieverbrauchs im Lande die Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen zu verringern... Worum es Ankara im Kern geht, liegt auf der Hand: Es geht darum, den militanten Kurden von der PKK ihre militärischen Operationsbasen von Syrien bis Iran zu entziehen. Erbakan dürfte seine iranischen Verhandlungspartner nicht im unklaren gelassen haben, daß das Erdgasgeschäft mit der Kurdenfrage zu tun hat; das betrifft auch die Öffnung zum Irak und zu Syrien."

Das ganze Spiel geht ums Öl.

Pulverfaß Naher Osten

Die deutsche Bourgeoisie will die Türkei als Regionalgendarm und Sprungbrett zum Ausbau der eigenen Weltmachtstellung benutzen und ihre Hand an die iranischen Ölquellen und die geplante Erdgasleitung zwischen Turkmenistan und Europa kriegen. Sie will eine Brücke über den Iran schlagen, um ihren Anteil an den riesigen Ölfeldern und Pipelines am Kaspischen Meer sicherzustellen.

In der ehemaligen Sowjetunion teilen jetzt die Imperialisten die Beute auf. So bemerkte ein Amoco-Berater: „Öl aus Aserbajdschan zu pumpen, das ist eine direkte Chance, westliche Interessen in das Staatensystem der früheren Sowjetunion auszudehnen." Darauf reagierte der russische Botschafter in Baku: „Wir haben 200 Jahre mit Aserbajdschan zusammengewirkt. Jeder Politiker, der diese Realität russischer Macht leugnet, wird nicht lange im Amt bleiben" *(Die Zeit,* 16. Juni 1995). Bei den Öl-Deals mit den Ländern Zentralasiens ist Deutschland noch außen vor. Beim 1994 unterzeichneten „Jahrhundertvertrag" zwischen Aserbaidschan und einer Reihe überwiegend westlicher imperialistischer Länder entfielen allein 44 Prozent der Anteile auf US-Firmen. Deutsches Kapital war mit keinem Prozent daran beteiligt.

Der Krieg ums Öl birgt in sich den brisanten Sprengsatz eines neuen Weltkriegs, einer atomaren „Götterdämmerung". Ein ominöses Vorzeichen war der Angriff der USA/ NATO auf den Irak 1991. Als die USA den Irak im September letzten Jahres erneut bombardierten, brachten die Sektionen der IKL sofort Flugblätter heraus und organisierten von den USA bis Berlin und Mexiko Protestkundgebungen. Wir forderten: „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!" und „Deutsche Panzer raus aus der Türkei und Kurdistan! US/NATO und alle Imperialisten, raus aus dem Persischen Golf!" Wir forderten, daß Saddam Hussein für seine Verbrechen an den irakischen Werktätigen von diesen selbst zur Rechenschaft gezogen werden muß, und sagten: „Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!"

Entgegen dem kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK, die die Losung für ein „unabhängiges Kurdistan" mittlerweile in eine Forderung nach Autonomie für die Kurden in der Türkei geändert hat, kämpfen wir für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan. Dieser Kampf erfordert die Zerschlagung der fünf kapitalistischen Staaten in der Region, die von Ankara über Teheran bis Bagdad die Kurden unterdrücken. Vor einem Jahr gab es in der Türkei wichtige Streiks von türkischen *und* kurdischen Arbeitern im öffentlichen Dienst, die zum Zusammenbruch der Ciller-Regierung beitrugen. Arbeiterrevolutionen im Nahen Osten, die sich auf die ökonomisch fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausweiten müssen, sind notwendig, um das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes völlig zu verwirklichen. Dafür werden die türkischen und kurdischen Arbeiter in Westeuropa die Brücke bilden.

Im Vergleich zu Britannien, Frankreich und den USA erlangte Deutschland die nationale Vereinigung - den Rahmen für die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus - erst spät. Aber als stärkste Macht Mitteleuropas versuchten die deutschen Kapitalisten schon zweimal in diesem Jahrhundert, die Widersprüche zwischen den enormen Produktivkräften und dem beschränkten Rahmen ihres Nationalstaats durch Ausweitung ihres „Lebensraums" und durch Vernichtungskriege zu lösen. Schon zweimal wurden die Völker ganz Europas an den Rand der Barbarei gebracht.



Spartakist

Berlin, 1. August 1995: Trauermarsch für Kurdin Gülnaz Baghistani. Nach Auflösung des Hungerstreiks durch die Bullen in den Tod getrieben

Wenn das Proletariat nicht den Imperialisten die Macht durch die sozialistische Weltrevolution entreißt, wird deren Kampf um die Neuaufteilung der Welt einen Dritten Weltkrieg auslösen, der die Zerstörung der menschlichen Zivilisation zur Folge haben kann. Schon jetzt ruft die „Neue Weltunordnung" ständig den Widerstand der Arbeiterklasse hervor, was Trotzkis Perspektive brennende Aktualität verleiht:

> „Je rascher sich die Reihen der Vorhut zusammenschließen, desto mehr wird die Epoche der blutigen Erschütterungen verkürzt, desto weniger Zerstörung wird unser Planet erleiden. Aber das große historische Problem wird auf keinen Fall gelöst werden, bevor nicht eine revolutionäre Partei an der Spitze des Proletariats steht. Die Frage -des Tempos und der Zeitintervalle ist von enormer Bedeutung; aber sie ändert weder die allgemeine historische Perspektive noch die Richtung unserer Politik. Die Schlußfolgerung ist einfach: Es ist notwendig, die Arbeit der Erziehung und Organisierung der proletarischen Avantgarde mit zehnfacher Energie weiterzutreiben. Genau darin liegt die Aufgabe der IV. Internationale." („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution", 1940) •

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 3
Der Kampf in der Ersten Internationale

von Joseph Seymour

Der nachfolgende Teil 3 der Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 642, 29. März 1996. Die beiden vorherigen Teile sind in* Spartakist *Nr. 124 (September/Oktober 1996) und* Spartakist *Nr. 125 (November/Dezember 1996) erschienen.*

Michail Bakunins Vorläufer Proudhon und sein Nachfolger Kropotkin waren in erster Linie Theoretiker, die versuchten, die Ziele des Anarchismus durch aufklärerische Literatur zu fördern. Bakunin jedoch war von seinem Temperament her ein politischer Abenteurer, dessen Aktivitäten oftmals mit seinen erklärten „antiautoritären" Prinzipien nicht übereinstimmten und manchmal sogar im direkten Gegensatz dazu standen.

Dies ist offensichtlich der Fall bei seinen Geheimgesellschaften. Es sollte hier hervorgehoben werden, daß diese „Organisationen" in hohem Maße geradezu bizarr waren. Die meisten von den Heerscharen der Agenten, die nach Bakunins Behauptungen zur Internationalen Allianz der Sozialistischen Demokratie gehörten - dem geheimen Netzwerk, das er Mitte der 1860er Jahre aufgebaut hat -, existierten nur in seinem Kopf. Aber egal, ob Einbildung oder halb Wirklichkeit, der erklärte Zweck dieser Organisationen war *die konspirative Manipulation der Massenbewegung.* Das erklärt Bakunin in seinem Brief (Juli 1870) an seinen französischen Anhänger Albert Richard recht deutlich:

> „Wir müssen Anarchie hervorbringen, und inmitten des Volksaufruhrs müssen wir die unsichtbaren Lotsen sein, die die Revolution leiten, nicht durch irgend eine Art von offenkundiger Macht, sondern durch die kollektive Diktatur aller unserer Verbündeten [Mitglieder der Internationalen Allianz], eine Diktatur ohne Tricks, ohne offizielle Titel, ohne offizielle Rechte, und deshalb um so machtvoller, indem sie nicht die Fallen der Macht mit sich bringt. Das ist die einzige Diktatur, die ich akzeptieren werde, aber um aktiv zu werden, muß sie zuerst geschaffen werden, sie muß im voraus vorbereitet und organisiert werden, denn sie wird nicht von selbst entstehen, weder durch Diskussionen noch durch theoretische Dispute noch durch Propaganda-Massenveranstaltungen... Wenn Ihr diese kollektive und unsichtbare Macht aufbauen werdet, werdet Ihr triumphieren; die gut angeleitete Revolution wird Erfolg haben. Ansonsten wird sie es nicht!" (Sam Dolgoff, Hrsg., *Bakunin on Anarchy)*

Es gehört wirklich Chuzpe dazu, wenn heutige Anarchisten, die sich auf Bakunin berufen, die leninistische Konzeption einer revolutionären Avantgardepartei als elitär und antidemokratisch verdammen. Im Unterschied zu Bakunins verschwommener Allianz wurden das Programm und die Ziele der bolschewistischen Partei umfassend veröffentlicht und waren den Werktätigen im ganzen Russischen Reich bekannt. Zusätzlich zur Verbreitung von Zeitungen, Broschüren und Fabrikflugblättern und zur Organisierung von Lesezirkeln und Diskussionszirkeln von Arbeitern benutzten die Bolschewiki die Wahlen als eine Bühne zur Propagierung ihrer revolutionären Politik, indem sie Kandidaten für die zaristische Duma aufstellten. Die Partei war der Form nach und in der Praxis intern demokratisch. Gelegentlich befand sich Lenin bei einer wichtigen Frage im bolschewistischen Zentralkomitee oder auf Parteitagen in der Minderheit.

Bakunin aber konnte in seinen verschiedenen Organisationen niemals überstimmt werden, denn diese hatten keine Regeln und keine Gremien, die über die Politik entschieden. So beschrieb der britische Historiker E.H. Carr die Allianz: „Sie hatte keine Liste von Mitgliedern, keine vereinbarten Regeln, kein abgestimmtes Programm (denn Bakunin verfaßte seine zahlreichen Entwürfe alle auf eigene Verantwortung), keine Funktionäre, keine Abonnements und keine regelmäßigen Sitzungen" *(Michael Bakunin,* 1937). Der zeitgenössische amerikanische Anarchist Sam Dolgoff pflichtet dem bei: „Bakunins Geheimorganisationen waren eigentlich ziemlich informelle Vereinigungen von locker organisierten Individuen und Gruppen, die durch persönlichen Kontakt und Korrespondenz miteinander verbunden waren." Dies ist die Beschreibung einer Organisation, *die von einer Clique geführt wird,* in der die einfachen Mitglieder keine Möglichkeiten haben, über die Führung und die Politik zu entscheiden.

Bakunin schließt sich der Ersten Internationale an

Das heutige Bild von Bakunin ist das eines wilden Radikalen der europäischen Linken seiner Zeit, der sich gegen die bürgerliche Ordnung und bürgerliche Respektabilität auflehnte. Die Realität war ganz anders. Bakunins Wechsel vom panslawistischen Nationalismus zum Anarchismus Mitte der 1860er Jahre verringerte nicht sofort seine Vorliebe zur *Klassenzusammenarbeit.* Als die Internationale Arbeiter-Assoziation (die Erste Internationale) 1864 gegründet wurde, forderte Marx Bakunin persönlich dazu auf, sich daran zu beteiligen. Aber der schon bald als anarchistischer Führer auftretende Bakunin lehnte dies verächtlich ab und engagierte sich statt dessen in kleinbürgerlich-nationalistischen Zirkeln in Italien.

Als Bakunin, inzwischen Anarchist, auf die europaweite Bühne der Politik zurückkehrte, tat er dies nicht in der Arbeiterbewegung, sondern im bürgerlich-liberalen Milieu. 1867 schloß er sich der Liga für Frieden und Freiheit an, die ihre Basis in Genf hatte. Wie schon dem Namen zu entnehmen ist, war dies eine liberale pazifistische Organisation,

die von fortschrittlichen bürgerlichen prominenten Persönlichkeiten wie John Stuart Mill und John Bright in England, Victor Hugo in Frankreich und Giuseppe Garibaldi in Italien gegründet worden war. Ihr unmittelbarer Zweck war es, die Entwicklung in Richtung Krieg zwischen Louis Napoleons Frankreich und Bismarcks Preußen aufzuhalten. Allgemeiner gesagt, war die Liga - die Marx als „Friedens-Windbeutel" verspottete - ein Versuch von bürgerlichen Liberalen, dem wachsenden Einfluß der Arbeiterinternationale in der europäischen Linken etwas entgegenzusetzen.

Es ist typisch für Bakunin, daß er, nachdem er die „radikale Auflösung" des Staates als höchstes Prinzip verkündet hatte, dann eine Kehrtwendung machte und sich einer Organisation anschloß, deren programmatische Hauptforderung die (bürgerlichen) Vereinigten Staaten von Europa war! Erst als die liberalen Persönlichkeiten und Literaten der Liga, wie zu erwarten war, Bakunins Programm des anarchistischen Föderalismus ablehnten, schloß er sich schließlich 1868 der Internationalen Arbeiter-Assoziation an. Hierbei lohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß Bakunin in seinen bis dahin 25 Jahren als selbsterklärter Revolutionär nie etwas mit der Arbeiterklasse zu tun gehabt hatte oder irgendein besonderes Interesse für ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung gezeigt hatte.

Von Anfang an war es Bakunins Ziel, Marx als führende Persönlichkeit in der Internationale zu ersetzen, aber er ging dabei mit taktischer Vorsicht vor. In einem Brief an Alexander Herzen erklärte er 1869: „Wenn ich jetzt einen offenen Krieg gegen Marx begänne, würden sich drei Viertel der Internationale gegen mich wenden, und ich käme auf eine schiefe Ebene, verlöre den einzigen Boden, auf dem ich stehen will" (zitiert in: B. Nicolaevsky und O. Maenchen-Helfen, *Karl Marx. Eine Biographie,* 1982). Aber nur wenige Jahre später gelang es Bakunin, genügend Unterstützung zu finden, um die Internationale zu zerstören.

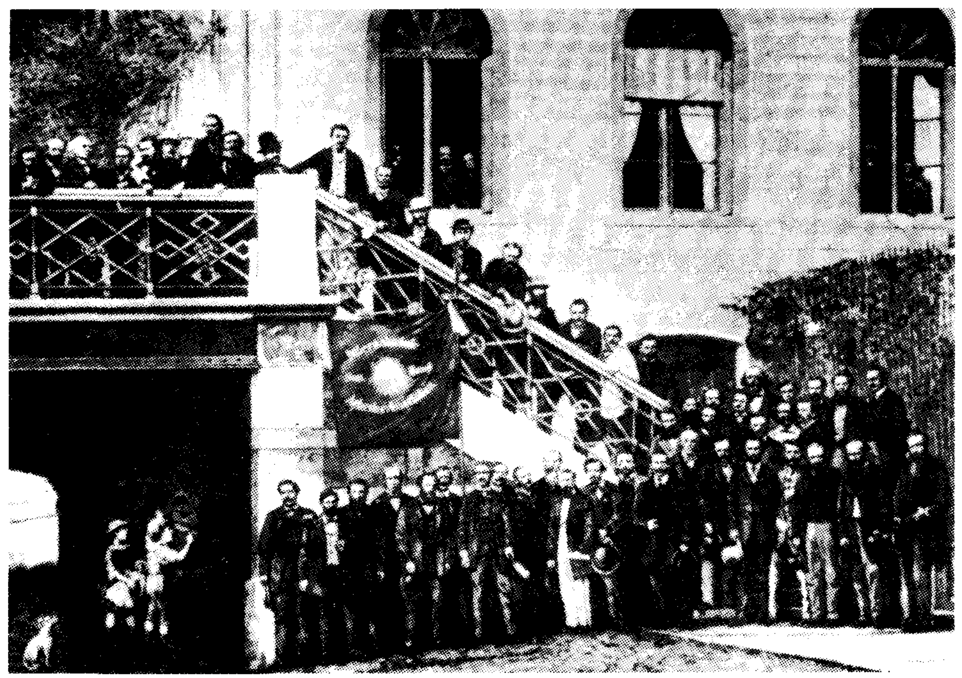
Um diese Entwicklung zu erklären, ist es notwendig, sich die Internationale anzuschauen, *bevor* Bakunin sich ihr anschloß. Die Internationale Arbeiter-Assoziation war von britischen Gewerkschaftsführern, hauptsächlich der Londoner Bauarbeitergewerkschaften, ins Leben gerufen worden, deren Hauptanliegen es war, zu verhindern, daß ihre Streiks durch den Import von Streikbrechern oder von Streikbrecherprodukten vom europäischen Kontinent gebrochen werden. Die britischen Gewerkschaftsführer waren in keinerlei Hinsicht Sozialisten, sondern eher radikale Demokraten, die die bürgerliche Liberal Party von William Gladstone und John Bright unterstützten. Sie waren auch bereit, nicht nur ökonomische Kämpfe der Arbeiter auf dem europäischen Kontinent eines Louis Napoleon und eines Bismarck zu unterstützen, sondern auch Kämpfe für demokratische Rechte wie die Pressefreiheit und ein souveränes Parlament aufgrund des allgemeinen Wahlrechts für Männer.

Marx wurde schnell zur herausragenden Figur im Generalrat der Internationale in London, weil er in der Lage war, Positionen zu definieren, die sowohl bei den linksliberalen britischen Gewerkschaftern als auch bei den verschiedenen Radikalen auf dem Kontinent - Sozialisten, Kommunisten, französische Proudhonisten - auf Zustimmung stießen. Die Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die Marx geschrieben hat, formulierten als ihre Ziele einfach: „den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse".

Wie die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse konkret erreicht werden sollte, wurde ganz bewußt offen gelassen. Nach dem Niedergang der Internationale beschrieb Engels ihren ursprünglichen Charakter in einem Brief (12. September 1874) an seinen deutsch-amerikanischen Mitstreiter Friedrich Sorge:

> „Sie gehörte der Periode des Zweiten Kaiserreichs an, wo der in ganz Europa herrschende Druck der eben wiedererwachenden Arbeiterbewegung Einigkeit und Enthaltung von aller innern Polemik vorschrieb. Es war der Moment, wo die gemeinsamen kosmopolitischen Interessen des Proletariats in den Vordergrund treten konnten ... der deutsche Kommunismus existierte noch nicht als Arbeiterpartei, der Proudhonismus war zu schwach, um seine Spezialmarotten vorreiten zu können, Bakunins neues Krämchen bestand noch nicht einmal in seinem eignen Kopf, selbst die Chefs der englischen Trade-Unions glaubten auf Grundlage des in den Considérants [Erwägungen] der Statuten ausgesprochnen Programms in die Bewegung eintreten zu können."

Diese heterogenen Kräfte konnten unter Marx' geschickter Führung solange zusammenarbeiten, wie die Hauptaktivitäten der Internationale die Unterstützung von örtlichen ökonomischen Kämpfen war, das Sammeln von Geldern für streikende Arbeiter, die Organisierung von Kampagnen gegen Streikbruch usw. Aber als die Frage der proletarischen Revolution durch die Pariser Kommune 1871 direkt gestellt war, zerfiel die Internationale in einem Hexensabbat fraktioneller Raserei.



Dietz Verlag

Der politische Abenteurer Michail Bakunin trat der Ersten Internationale 1868 bei. In den 25 Jahren zuvor als selbsterklärter Revolutionär war Bakunin nie am Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Kapital beteiligt

Die Spaltung in der Internationale

Die Niederlage Frankreichs 1870 gegen Bismarcks Preußen führte zum Sturz von Louis Napoleon und erschütterte

Fortgesetzt auf Seite 14

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

die französische Armee. Als die preußische Armee Paris belagerte, ging die französische herrschende Klasse daran, wieder einen schlagkräftigen Staatsapparat aufzubauen. Die Wahlen auf Basis des allgemeinen Wahlrechts für alle Männer führten zu einem Sieg der Parteien der Rechten, weil diese die Unterstützung der Bauernschaft hatten, die immer noch unter dem Einfluß des örtlichen katholischen Klerus stand. Paris jedoch blieb eine Hochburg der Linken, die inmitten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Entbehrungen infolge der deutschen Belagerung anwuchs. Die militärische Hauptkraft in der französischen Hauptstadt war die Nationalgarde, die zum größten Teil aus Werktätigen bestand. Voller Angst vor den radikalen Pariser Massen, etablierte sich die neue Rechtsregierung von Adolphe Thiers im Vorort Versailles, direkt vor den Toren von Paris.

Als Thiers der Nationalgarde befahl, ihre Geschütze der regulären Armee zu übergeben, antwortete die Garde mit einem Aufstand und übernahm die Stadt. Das war die Geburt der Pariser Kommune, die vom März bis zum Mai 1871 standhielt. Ihre Führung bestand aus radikalen Demokraten (Jakobinern der alten Schule), den Anhängern von Auguste Blanqui (dem jakobinischen kommunistischen Verfechter einer Diktatur einer revolutionären Minderheit, die sich aus plebejischen Elementen rekrutiert) und den Proudhonisten. Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Führung der Kommune verhinderten zusammen mit der alles beherrschenden Aufgabe der militärischen Verteidigung, daß die Regierung der Kommune die Wirtschaft der Stadt sozialisierte. Trotzdem erkannte Marx, daß die Kommune das erste historische Beispiel für *die politische Herrschaft der Arbeiterklasse* war: „Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse,* das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte" *(Der Bürgerkrieg in Frankreich,* Aprü/Mai 1871).

Der Unterdrückung der Kommune durch die französische Armee, die 20000 Menschen massakrierte, folgte eine europaweite Kampagne der Panikmache gegen Linke und eine antikommunistische Hexenjagd. Marx, dessen leidenschaftliche Verteidigung der Kommune, *Der Bürgerkrieg in Frankreich,* eine offizielle Stellungnahme der Internationale war, wurde persönlich zum Mittelpunkt der antikommunistischen Raserei. Bis zu diesem Zeitpunkt war Marx außerhalb der linken Zirkel relativ unbekannt gewesen. Aber jetzt wurde er von Regierungsministern und der bürgerlichen Presse als „roter terroristischer Doktor" denunziert, der angeblich Legionen von fanatischen Revolutionären von Madrid bis St. Petersburg befehligte. Wie Marx (am 18. Juni 1871) an seinen Freund Ludwig Kugelmann schrieb: „Sie *[Der Bürgerkrieg in Frankreich]* macht einen Lärm vom Teufel, und ich habe die Ehre, at this moment the best calumniated and the most menaced man of London [in diesem Moment der bestverleumdete und meistbedrohte Mann von London] zu sein. Das tut einem wahrhaftig wohl nach der langweiligen zwanzigjährigen Sumpfidylle."

Allerdings schwächte Marx' neu erworbene Verrufenheit seine Position in der Internationale. Zwei prominente britische Gewerkschaftsführer traten aus Protest gegen die Verteidigung der Kommune durch den Generalrat aus; mehrere andere verließen in aller Stille die Organisation. Die britischen Gewerkschafter, die in der Internationale blieben, distanzierten sich von Marx, indem sie einen getrennten englischen Regionalrat gründeten, der vom Generalrat unabhängig war. Eine Reihe führender Mitglieder der Internationale, die sich mit der Pariser Kommune solidarisierten, wie zum Beispiel der eklektische belgische Sozialist César de Paepe, verübelten Marx sein neues öffentliches Ansehen als wichtigster Führer der europäischen Linken. Dadurch wurde Bakunins Kampagne zur Schwächung von Marx' Autorität in der Internationale von politisch verschiedenartigen Kräften unterstützt, weit über seine eigenen anarchistischen Anhänger hinaus.

Die Frage bleibt: Warum traf der Zerfall der Ersten Internationale mit dem rapiden Anwachsen der anarchistischen Bewegung zusammen, einer Bewegung, die noch ein paar Jahre zuvor kaum existiert hatte? Die Antwort findet man auf zwei Ebenen: die ungleichen Auswirkungen der Industrialisierung auf die verschiedenen Regionen Europas und das politische Klima in der Zeit unmittelbar nach der Pariser Kommune.

Die Spaltung in der Ersten Internationale war durch eine klare geographische Teilung gekennzeichnet. Marx' hauptsächliche Basis von Unterstützern war in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern - in Britannien, Deutschland und unter den deutsch-amerikanischen Einwanderern in den Vereinigten Staaten. Bakunins Anhänger waren in den wirtschaftlich rückständigeren Ländern konzentriert - in Italien, Spanien und der französischsprachigen Schweiz.

Bakunins Vision einer sozialen Ordnung, die auf autonomen Gemeinden basiert, war für einen Londoner Bauarbeiter oder einen deutschen Immigranten, der in einer Fabrik in New York oder Philadelphia arbeitete, nicht sonderlich attraktiv oder auch nur relevant. In Italien und Spanien jedoch war die städtische Wirtschaft immer noch von kleinbetrieblicher handwerklicher Produktion bestimmt, deren pure Existenz durch die Ausbreitung der Industrialisierung bedroht war. Bakunins anfängliche Unterstützungsbasis in der Internationale waren Uhrmacher des Jura in der Schweiz. Diese qualifizierten Handwerker, von denen die meisten zu Hause arbeiteten, sahen sich einer Flut von billigen Uhren aus britischen und amerikanischen Fabriken ausgesetzt. Für die Schweizer Uhrmacher dieser Zeit bedeutete das bakunistische Programm autonomer Regionen vor allem Handelsprotektionismus gegen Industriekonkurrenz. In einer kürzlichen Studie über den Kampf in der Ersten Internationale wurde betont, daß der Bakunismus „sich in erster Linie in den Ländern - Spanien, Süditalien, Teilen von Frankreich und der Schweiz - ausgebreitet hat, wo in großer Zahl neuerdings aufsässige Bauern, Heimarbeiter und Handwerker sich auf verschiedene Weise bedroht sahen durch einen ‚Sprung ins Dunkle' des Kapitalismus (was als

sichere Perspektive nur die Verproletarisierung in Aussicht stellte), die eine neue politische Stimme gewannen" (Paul Thomas, *Karl Marx and the Anarchists*, 1980).

Auf seine Weise erkannte Bakunin, daß sein anarchistisches Programm nicht sonderlich attraktiv war für das Industrieproletariat in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, das er als verbürgerlicht abtat. Nach dem Zusammenbruch der Internationale schrieb er:

„Ja, vielleicht ist die Soziale Revolution nirgends so nah wie in Italien ... Anders als in vielen Ländern Europas gibt es in Italien noch keine besondere durch hohe Löhne privilegierte Arbeiterschicht, wo man sogar mit einem gewissen Maß an literarischer Bildung prahlt und so sehr von den Prinzipien und Bestrebungen und der Eitelkeit der Bourgeoisie durchdrungen ist, daß sich diese Arbeiter von den Bourgeois nur durch ihre Stellung, nicht aber durch ihre Gesinnung unterscheiden." *(Staatlichkeit und Anarchie,* 1873)



Combler

März 1871: Aufstand der Pariser Nationalgarde, die zum großen Teil aus Werktätigen bestand, führte zur Pariser Kommune. Karl Marx begrüßte die Kommune als erste „Regierung der Arbeiterklasse"

Zusätzlich zu diesen grundlegenden sozioökonomischen Faktoren wurde das Wachstum des Anarchismus durch das politische Klima beeinflußt, das nach der Pariser Kommune vorherrschte. Zwar sah Marx in der Kommune ein Modell für zukünftige soziale Revolutionen, er hatte aber nicht die Illusion, daß der letzte Kampf zwischen Kapital und Arbeit unmittelbar bevorstünde. In der Tat war das Schicksal der Kommune durch ihre Isolierung besiegelt worden. Als die in ihren Grundfesten erschütterte reaktionäre Regierung daran ging, das aufständische Pariser Proletariat niederzuwerfen, zerschlug Thiers schnell und mühelos einen Versuch in Marseiiles, eine „rote Kommune" zu errichten. Und der weiße Terror, der auf die Unterdrückung der Pariser Kommune folgte, brach für ein Jahrzehnt die Macht der Linken in Frankreich. Mehr noch, die europaweite antikommunistische Hexenjagd schwächte ernsthaft den linken Flügel der Arbeiterbewegung in Britannien, damals das vorherrschende kapitalistische Land der Welt. Marx betonte, daß für eine sozialistische Revolution, wo auch immer in Europa, *Jahre der Vorbereitungsarbeit,* des Aufbaus von Massengewerkschaften und von Arbeiterparteien im Verlauf der Kämpfe für wirtschaftliche Errungenschaften, soziale Reformen und demokratische Rechte nötig wären.

Bakunin appelliert im Gegensatz hierzu an die *Ungeduld* vieler linker Radikaler. Als Louis Napoleon durch die preußische Armee 1870 zu Fall gebracht wurde, startete Bakunin einen beinahe komischen Putschversuch in Lyon, der noch am gleichen Tag niedergeschlagen wurde. Nach der Niederlage der Kommune versuchte er, den Wunsch der Linken auf Rache an der Bourgeoisie auszunutzen, die das Massaker an den Kommunarden beklatscht hatte. Anarchistische Kämpfer in Barcelona und Neapel wollten der Pariser Kommune nacheifern oder wenigstens den besitzenden Klassen gehörig Angst einjagen. Der britische sozialdemokratische Historiker G. D. H. Gole beschrieb die Stimmung unter Bakunins Anhängerschaft:

„Es ging ihnen jetzt nicht mehr um eine allgemeine europäische Revolution, sondern darum, jede Gelegenheit für revolutionäre Aktionen auszunutzen, wo auch immer sie sich ergab, beinahe unabhängig von ihren Erfolgsaussichten - denn sie hielten an der Idee fest, daß jedes Aufbegehren Teil eines Prozesses der revolutionären Erziehung der Massen sei und deshalb ein Schritt in Richtung auf das angestrebte Ziel, die existierende Sozialstruktur von Grund auf umzustürzen." *(Socialist Thought: Marxism and Anarchism 1850-1890* [Sozialistisches Denken: Marxismus und Anarchismus], 1954)

Die Antwort von Marx auf die Bakunisten

Der Kampf zwischen Marx und Bakunin wurde jedoch *nicht* auf die Weise gestellt, daß die Internationale dazu gebracht werden müsse, alternativ die Prinzipien und das Programm des wissenschaftlichen Sozialismus oder des Anarchismus anzunehmen. Beide Protagonisten blieben dabei, daß die Internationale auch weiterhin eine breitangelegte, umfassende Organisation sein sollte, offen für alle klassenbewußten Arbeiter, seien es englische Linksliberale, deutsche Kommunisten oder italienische Anarchisten. Deshalb wurde der Kampf in einem engen organisatorischen Rahmen geführt, der nur ganz entfernt die grundlegenden Differenzen zwischen Marxismus und Anarchismus berührte.

Die offizielle Position von Marx in der Internationale war nur die des korrespondierenden Sekretärs für Deutschland. Seine Autoriät beruhte auf seiner De-facto-Führung des Generalrats, der die politischen Erklärungen und programmatischen Dokumente herausgab, neue Sektionen aufnahm, Streitfälle zwischen und manchmal innerhalb von Sektionen schlichtete usw. Die Bakunisten konzentrierten ihre Bemühungen deshalb darauf, dem Generalrat seine Befugnisse zu entziehen, um ihn auf ein „einfaches Büro für Korrespondenz und Statistik" zu reduzieren.

Als theoretische Rechtfertigung führten sie an, daß die Struktur der Internationale die Struktur der anarchistischen Gesellschaft der Zukunft vorwegnehmen sollte. Genauso wie eine solche Gesellschaft eine freiwillige Föderation autonomer Gemeinden sein würde, ohne irgendeine Zentralregierung, so sollte die Internationale eine freie Föderation autonomer Sektionen sein, ohne ein zentrales Führungsgremium. Die zentrale fraktionelle Erklärung der Bakunisten, das „Sonvillers Circulaire" (November 1871), argumentierte:

„Wie kann man erwarten, daß eine gleiche und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgeht?

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

> Es ist unmöglich. Die Internationale, Embryo der zukünftigen menschlichen Gesellschaft, muß von diesem Moment an das treue Ebenbild unserer Prinzipien von Freiheit und Föderation sein und aus ihrer Mitte heraus jedes Prinzip zurückweisen, das zu Autorität und Diktatur führt." (nach James Joll, *The Anarchists,* 1964)

Dies ist die Konzeption einer sozialen Organisation, die zu einer Kleinbourgeoisie von Privateigentümern und Möchtegern-Privateigentümern paßt, auch wenn dies mit den Parolen über Kooperativen und Kollektive verschleiert wird.

Marx und Engels antworteten, daß der Zweck der Internationale der Sturz der bestehenden bürgerlichen Ordnung sei. Solch eine *Kampforganisation der Arbeiterklasse* muß notwendigerweise eine andere interne Struktur und einen anderen Charakter haben als eine zukünftige klassenlose und staatenlose Gesellschaft, in der die sozialen Beziehungen harmonisch sind. Sie hoben hervor, daß die Pariser Kommune, die auch die Anarchisten als Modell für eine soziale Revolution hochhielten, *hochgradig militarisiert* war, um sich gegen die feindliche bürgerliche Regierung in Versailles zu verteidigen. Aber in der zukünftigen Gesellschaft, wie sie sich sowohl Kommunisten als auch Anarchisten vorstellten, würde es keine bewaffneten Streitkräfte, keine Polizei, keine Körperschaften organisierter Gewalt irgendeiner Art geben. Marx und Engels sahen die Anarchie, d.h. das Verschwinden des Staates als ein Endziel der kommunistischen Bewegung an, aber sicherlich nicht als ein Mittel, um dorthin zu kommen:

> „Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu halten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen. Die [bakunistische] Allianz greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamiert die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die gewaltigen, in den Händen der Ausbeuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Verwände verlangt sie von der Internationalen in demselben Augenblick, wo die alte Welt sie zu vernichten sucht, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie ersetze." („Die angeblichen Spaltungen in der Internationale", März 1872)

Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den Unterstützern von Marx und den Anarchisten fand auf dem Kongreß der Internationale statt, der 1872 in Den Haag, der Hauptstadt der Niederlande abgehalten wurde (siehe Hans Gerth, Hrsg., „The First International Minutes of the Hague Congress of 1872 with Related Documents" [Die Protokolle des Haager Kongresses der Ersten Internationale von 1872 mit damit zusammenhängenden Dokumenten], University of Wisconsin Press, 1958). Von den sechs Tagen, die für diese Zusammenkunft angesetzt waren, verbrachte man drei Tage damit, Auseinandersetzungen über die Vertretungsberechtigung von Delegierten zu klären. Dies allein ist ein Anzeichen für ein fortgeschrittenes Zerfallsstadium einer Organisation. Marx hatte auf diesem Kongreß zum größten Teil deshalb eine Stimmenmehrheit, weil ihn die französischen Blanquisten unterstützten, die im Londoner Exil waren. Wenn auch Bakunin wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten aus der Internationale ausgeschlossen wurde, so erkannte Marx doch, daß die Organisation nicht länger lebensfähig war und in der Tat ihre historische Rolle ausgespielt hatte. In einem überraschenden Vorstoß am Ende des Kongresses schlug Engels vor, den Sitz des Generalrats von London nach New York zu verlegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen vieler Anarchisten angenommen, was die Selbstauflösung der Internationalen Arbeiter-Assoziation als Dachorganisation für militante Arbeiter und linke Intellektuelle signalisierte.

Marx kontra Bakunin über die nachrevolutionäre Gesellschaft

Es war paradox, aber verständlich, daß die ernsthafteste polemische Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx über die Organisation der nachrevolutionären Gesellschaft erst nach dem Zusammenbruch der Internationale stattfand, und nicht während ihres Kampfes um deren Führung. 1873 schrieb Bakunin auf russisch sein Hauptwerk, *Staatlichkeit und Anarchie,* das einen Abschnitt enthielt, in dem er Marx' Konzeption der proletarischen Diktatur angriff. Als Marx sich selbst Russisch beibrachte, las er dieses Buch und schrieb umfangreiche Anmerkungen dazu. Diese Anmerkungen verteidigen einerseits seine eigenen Konzeptionen gegen Bakunins konfuse Kritik und weisen andererseits auf die grundlegenden Irrtümer der anarchistischen Weltsicht hin.

Bakunin und Marx stellten ihre gegenseitige grundlegende Differenz auf unterschiedliche Weise dar. Ersterer konzentrierte sein Feuer auf die Konzeption eines Arbeiterstaats oder der revolutionären Diktatur, die er nur als Deckmantel für die Gier der Marxisten nach politischer Macht ansah. „Die Führer der Kommunistischen Partei, das heißt Herr Marx und seine Freunde", betonte er, „werden die gesamte administrative Macht in ihren eigenen starken Händen konzentrieren." Marx hob hervor, daß den Differenzen mit den Anarchisten über die Frage von politischer



Radio Times Hulton

Während eines Putschversuchs in Lyon im Oktober 1870 erklärte eine Proklamation von Bakunin den Staat für abgeschafft

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Fédération Révolutionnaire

DES

COMMUNES

La situation désastreuse dans laquelle se trouve le Pays; l'impuissance des pouvoirs officiels et l'indifférence des classes privilégiées ont mis la Nation française sur le bord de l'abîme.

Si le Peuple organisé révolutionnairement ne se hâte d'agir, son avenir est perdu, la Révolution est perdue, tout est perdu. S'inspirant de l'immensité du danger et considérant que l'action désespérée du Peuple ne saurait être retardée d'un seul instant, les délégués des Comités fédérés du Salut de la France, réunis au Comité central, proposent d'adopter immédiatement les résolutions suivantes:

Article 1er. — La machine administrative et gouvernementale de l'État, étant devenue impuissante, est abolie.

Le peuple de France rentre en pleine possession de lui-même.

Art. 2. — Tous les tribunaux criminels et civils sont suspendus et remplacés par la justice du peuple.

Art. 3. — Le paiement de l'impôt et des hypothèques est suspendu. L'impôt est remplacé par les contributions des communes fédérées, prélevées sur les classes riches, proportionnellement aux besoins du salut de la France.

Art. 4. — L'État, étant déchu, ne pourra plus intervenir dans le paiement des dettes privées.

Art. 5. — Toutes les organisations municipales existantes sont cassées et remplacées dans toutes les communes fédérées par des Comités du salut de la France, qui exerceront tous les pouvoirs sous le contrôle immédiat du Peuple.

Art. 6. — Chaque comité de chef-lieu de département enverra deux délégués pour former la Convention révolutionnaire du Salut de la France.

Art. 7. — Cette Convention se réunira immédiatement à l'Hôtel-de-Ville de Lyon, comme étant la seconde ville de France et la plus à portée de pourvoir énergiquement à la défense du Pays.

Cette Convention, appuyée par le Peuple entier, sauvera la France.

AUX ARMES!!!

G.-B. SAIGNES, RIVIÈRE, DEVILLE, RAJON (de Tarare), François FAVRE, Louis PALIX, B. PLACET, BLANC (G.), Ch. BEAUVOIR, Albert RICHARD, J. BISCHOFF, DOUBLÉ, H. BOURRON, M. BAKOUNINE, PARRATON, A. GUILLERMET, COIGNET aîné, P.-J. PULLIAT, LATOUR, GUILLO, SAVIGNY, J. GERMAIN, F. CHARVET, A. BASTELICA (de Marseille), DUPIN (de St-Étienne), Narcisse BARRET

und militärischer Macht in der nachrevolutionären Situation Bakunins *idealistische* Konzeption des sozialen Wandels zugrundelag. Dies drückte sich in Bakunins Bemerkung aus, daß jegliche unterdrückte Klasse eine sozialistische Revolution zustande bringen könne und eine klassenlose und staatenlose Gesellschaft unter allen, selbst den primitivsten, wirtschaftlichen Verhältnissen aufgebaut werden könne. Marx schrieb:

„Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztre sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt... Er [Bakunin] versteht absolut nichts von sozialer Revolution, nur die politischen Phrasen davon; die ökonomischen Bedingungen derselben existieren nicht für ihn. Da nun alle bisherigen ökonomischen Formen, entwickelt oder unentwickelt, Knechtschaft des Arbeiters (sei es in der Form des Lohnarbeiters, Bauern etc.) einschließen, so glaubt er, daß in allen gleichmäßig *radikale Revolution* möglich. Aber noch mehr! Er will, daß die auf der ökonomischen Basis der kapitalistischen Produktion gegründete europäische soziale Revolution auf dem Niveau der russischen oder slawischen Agrikultur- und Hirtenvölker sich vollziehe ... Der *Wille,* nicht die ökonomischen Bedingungen, ist die Grundlage seiner sozialen Revolution." [Hervorhebung im Original] („Konspekt von Bakunins *Staatlichkeit und Anarchie",* 1874/75)



Musée Carnavalet

Kommunardinnen verteidigen die Pariser Barrikaden im Mai 1871. Die bürgerliche Regierung unter Adolphe Thiers massakrierte 20 000 Pariser bei der Zerschlagung der „roten Kommune"

Bakunins Argumentation gegen die proletarische Diktatur ist im wesentlichen eine Version des liberalen Lügenmärchens, daß Macht korrumpiert:

„Was soll das heißen, das zur herrschenden Klasse erhobene Proletariat? Soll etwa das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen? Es gibt ungefähr vierzig Millionen Deutsche. Sollen etwa alle vierzig Millionen Regierungsmitglieder werden? ... Dann wird es keine Regierungen, keinen Staat geben, denn wenn es einen Staat gibt, dann gibt es auch Regierte, gibt es Sklaven... So kommt man also, von welchem Standpunkt auch immer man dieses Problem betrachten mag, stets zu demselben traurigen Resultat: zur Beherrschung der großen Mehrheit der Volksmasse durch eine privilegierte Minderheit. Diese Minderheit aber, so sagen die Marxisten, wird aus Arbeitern bestehen. Mit Verlaub, aus *ehemaligen* Arbeitern, die aber, kaum sind sie zu Volksvertretern geworden oder an die Regierung gelangt, aufhören, Arbeiter zu sein und vielmehr auf die ganze Welt der einfachen Arbeiter von der Höhe des Staats herabzusehen beginnen; und so werden sie bereits nicht mehr das Volk, sondern sich selbst repräsentieren und ihren Anspruch darauf, das Volk zu regieren. Wer das bezweifelt, der kennt die menschliche Natur nicht.

Diese Auserwählten aber sind dann glühend überzeugte und dazu noch gelehrte Sozialisten. - Die Worte *gelehrter Sozialist', wissenschaftlicher Sozialismus',* denen man in den Werken und Reden der Anhänger von Lassalle und Marx ständig begegnet, beweisen allein schon, daß der sogenannte Volksstaat nichts anderes sein wird, als die äußerst despotische Regierung der Volksmassen durch eine neue und zahlenmäßig sehr kleine Aristokratie wirklicher oder angeblicher Gelehrter." *(Staatlichkeit und Anarchie,* 1873)

In einem Brief an den deutschen Arbeiterführer August Bebel im März 1875 wies Engels jegliche Vorstellung zurück, daß er und Marx für einen „Volksstaat" eintreten würden. In diesem Brief, der Marx' berühmter „Kritik des Gothaer Programms" vorausging, schrieb Engels:

„Der *Volksstaat* ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das »Kommunistische Manifest' direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht,* gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen."

Engels sprach ferner von „der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war" (ebenda). Wie Lenin später in seinem grundlegenden Werk *Staat und Revolution* (1917) herausgearbeitet hat: „Die Kommune *hörte auf,* ein Staat zu sein, insofern sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer *besonderen* Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan."

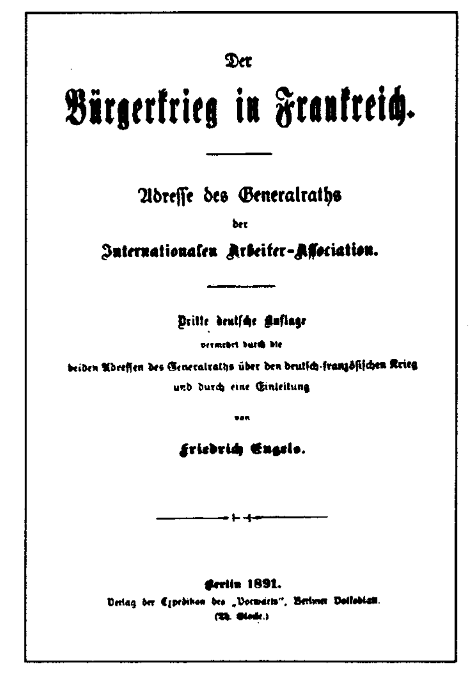
Auf Bakunins rhetorische Frage, ob das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen solle, antwortete Marx: „Bildet z. B. bei einer Trade-Union die ganze Union ihr Exekutivkomitee?" Marx sah die Gewerkschaftsbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft als Vorwegnahme von wichtigen Aspekten der zukünftigen Arbeiterstaaten. Viele Jahrzehnte später sollte Trotzki die Parallele von Stalins

Fortgesetzt auf Seite 18

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

Rußland zu einer höchst bürokratisierten Gewerkschaft mit Staatsmacht beschreiben. Bakunins Argumente gegen einen Arbeiterstaat könnten in ihrer Logik genauso gegen Gewerkschaften angewendet werden. Wenn die gewählten Vertreter einer Arbeiterregierung, sogar wenn sie früher selbst Arbeiter gewesen sind, unweigerlich korrupt und despotisch werden müssen, warum sollte dies nicht auch auf die gewählten Vertreter der Gewerkschaften zutreffen? An dieser Stelle sollte man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß der ursprüngliche Theoretiker des Anarchismus, Joseph-Pierre Proudhon, *gegen* Gewerkschaften gewesen ist.



Der

Bürgerkrieg in Frankreich.

Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Association.

Dritte deutsche Auflage vermehrt durch die beiden Adressen des Generalraths über den deutsch-französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels.

Berlin 1891.
Verlag der Expedition des „Vorwärts", Berliner Volksblatt. (Th. Glocke.)



Dietz Verlag

Karl Marx' leidenschaftliche Verteidung der Kommune im *Bürgerkrieg in Frankreich machte* ihn zur Zielscheibe der antikommunistischen Hexenjagd in Europa. Nach der Kommune zerfiel die Erste Internationale in sich bekriegende Fraktionen

Anarchismus und Stalinismus

Aufgrund der Erfahrung mit dem Stalinismus in der früheren Sowjetunion und auch im „kommunistischen" China könnten linke Jugendliche, die die Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx heute nachlesen, zu dem Schluß kommen, daß Bakunin, was auch immer seine Schwächen gewesen sein mögen, mehr Weitblick als Marx hatte, was die Gefahr der Bürokratisierung in nachrevolutionären Staaten betrifft. Auf diese Weise an die Frage heranzugehen ist jedoch liberaler Idealismus und völlig ahistorisch. Der Aufstieg und die Konsolidierung einer privilegierten Bürokratie im nachrevolutionären Rußland spiegelte direkt das Abebben der weltweiten revolutionären Flut wider und drückte sich in dem antibolschewistischen Programm der Stalinisten aus, in dem eine Koexistenz mit der reaktionären alten Ordnung auf internationaler Ebene erklärt wurde. Analog dazu ist es auch bei einer Gewerkschaft nicht die Macht der *Gewerkschaft,* die einen korrupten Bürokratismus fördert, sondern der Druck, den die machtvolle Kapitalistenklasse und ihr Staat ausüben.

Marx nahm an, daß sozialistische Revolutionen zuerst in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in Westeuropa stattfinden würden - in Britannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland. Die daraus entstehenden Arbeiterstaaten hätten sich daher nicht notgedrungen militärisch und wirtschaftlich organisieren müssen, um sich gegen feindliche und mächtigere kapitalistische Staaten zu verteidigen. Und auf ganz elementarer Grundlage hätten sozialistische Regierungen in Westeuropa das Niveau der Produktivität der Wirtschaft durch die sinnvolle Anwendung der entwickeltesten verfügbaren Technologien rasch angehoben.

Aber der Verlauf der Geschichte richtete sich nicht nach diesen Vorhersagen. Statt dessen ereigneten sich proletarische Revolutionen nicht in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, sondern, wie Lenin es formulierte, im „schwächsten Glied" des europäischen imperialistischen Systems. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich im zaristischen Rußland ein bedeutendes Industrieproletariat entwickelt, neben der riesigen, rückständigen Bauernschaft, die immer noch einer vom Feudalismus geprägten Form der Ausbeutung unterworfen war. Diese kombinierte und ungleichzeitige Entwicklung war ein wichtiger Grund, warum die proletarische Revolution - die bolschewistische Revolution von 1917 - in Rußland erfolgreich war.

Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer hatten freilich vor, den Russischen Oktober auf die ganze Welt auszuweiten, denn sie erkannten, daß nur dadurch für die wirtschaftlichen Ressourcen zur sozialistischen Umgestaltung Rußlands gesorgt werden konnte. Im November 1917 schrieb Nikolai Bucharin, einer der führenden Theoretiker der Bolschewiki: „Der Sieg des Proletariats im Westen wird es ermöglichen, die ökonomischen Wunden Rußlands durch Planung und mit Hilfe der hochentwickelten westeuropäischen Technologien zu heilen. Die ökonomische Rückständigkeit Rußlands wird durch das hohe technische Niveau Europas ausgeglichen werden" (nach C. Abramsky, Hrsg., *Essays in Honour of E.H. Can,* 1974).

Die spätere bürokratische Degeneration des sowjetischen russischen Arbeiterstaats - eingekreist von feindlichen und wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten - *bestätigte* den grundlegenden Ausgangspunkt des historischen Materialismus. Schon im Jahre 1920 warnte Lenin, daß die neuen kommunistischen Funktionäre durchdrungen waren von den Werten und Ansichten der alten zaristischen Beamten. Und Mitte der 20er Jahre erklärte Trotzki der Bürokratisierung der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung den Krieg, deren oberster Führer J.W. Stalin werden sollte.

Anarchismus und Stalinismus werden gewöhnlich als Verkörperung der diametral entgegengesetzten Pole in der Linken betrachtet. Aber der grundlegende Ausgangspunkt des Anarchismus von Bakunin ähnelt dem des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land" und besonders der maoistischen Vorstellung eines sich auf Bauern stützenden Sozialismus. Für Bakunin befand sich die Avantgarde der sozialen Revolution in den rückständigsten Ländern von Süd- und Osteuropa, wie zum Beispiel in Italien und Rußland, wo in den 1860er und 1870er Jahren ein Industrieproletariat so gut wie gar nicht existierte. „Wenn die Arbeiter des Westens zu lange zaudern," schrieb er 1869, „wird der russische Bauer ihnen ein Beispiel setzen" (nach Joli, *The Anarchists).*

Es verwundert nicht, daß Bakunin von zeitgenössischen Anarchisten wie dem amerikanischen Historiker Paul

Avrich als ein „Prophet" der maoistischen und guevaristischen Konzeption einer „Allianz von entfremdeten Intellektuellen mit enteigneten Massen im Guerillakampf" bejubelt wird (Vorwort zu *Bakimin on Anarchy).* Dieser sich auf die Bauernschaft stützende Guerillakampf führt bestenfalls zur Schaffung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaats in wirtschaftlich isolierten und rückständigen Ländern wie China, Vietnam und Kuba.

Es stimmt, daß Bakunin - dessen Theorien nie besonders konstistent waren - im 1866 erschienenen *Revolutionären Katechismus* auch argumentierte, daß eine isolierte soziale Revolution in einem einzelnen Land keinen Erfolg haben könne gegen „die heilige Allianz der Weltreaktion und die Verschwörung der Könige, des Klerus, des Adels und des bourgeoisen Feudalismus, gestützt auf ungeheure Budgets, stehende Heere...". Dabei ist charakteristisch, daß sich Bakunins damalige Argumentation für eine Weltrevolution auf *militärische, nicht auf ökonomische* Annahmen gründete. Aber auch Stalin behauptete, daß nur eine militärische Intervention der Imperialisten Sowjetrußland davon abhalten könne, den „Sozialismus" mit seinen eigenen Mitteln aufzubauen.

Dagegen schrieb Trotzki: „Soweit die Arbeitsproduktivität und die Produktivität der bestimmten Gesellschaftsform überhaupt durch die Preisverhältnisse des Marktes gemessen werden können, bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware" *(Die Dritte Internationale nach Lenin,* 1928). Sowohl in der Polemik von Marx gegen Bakunins Anarchismus in den 1870er Jahren als auch in Trotzkis Opposition gegen Stalins Doktrin des „Sozialismus in einem Land" ist der zentrale Punkt der gleiche: Die Errichtung einer klassenlosen und staatenlosen Gesellschaft, in der alle Mitglieder ihre vollen Fähigkeiten frei entwickeln können, muß auf einem Niveau von wirtschaftlicher Produktivität basieren, das weit höher ist als selbst der am weitesten entwickelte Kapitalismus.

Sowohl Bakunin als auch Stalin trennten das sozialistische Bewußtsein von der Überwindung des wirtschaftlichen Mangels. „Das russische Volk", so der Autor von *Staatlichkeit und Anarchie,* „ist sozialistisch aus Instinkt und revolutionär von Natur". In den 30er Jahren proklamierte das Stalin-Regime, daß sich in Sowjetrußland ein „neuer sozialistischer Mensch" herausgebildet hätte, der Individualismus und Egoismus überwunden habe, und der sich völlig mit dem kollektiven Wohlergehen der Werktätigen identifiziere.

Bei unserem Hinweis auf die wichtigen gemeinsamen Elemente in den Ideologien des Anarchismus und des Stalinismus erkennen wir natürlich auch die fundamentalen Unterschiede zwischen Bakunin und Stalin als historische Figuren. Stalin war ein psychopathischer Massenmörder, der die Interessen einer parasitären, korrupten, zynischen und in ihren Grundfesten konservativen Bürokratie vertrat, die sich einem Arbeiterstaat aufgepfropft hatte und diesen erwürgte. Michail Bakunin strebte trotz all seiner Fehler aufrichtig eine egalitäre und menschliche Gesellschaft an, deren Mitglieder ein freies und schöpferisches Leben führen würden. Gleichwohl ist die idealistische Idee vom „Triumph des freien Willens", die den Kern der anarchistischen Auffassungen bildet, auch ein Schlüsselelement der stalinistischen bürokratischen Kommandogesellschaft.

[WIRD FORTGESETZT]

Proposta...

Fortsetzung von Seite 6

Proposta über den Staat erklärt Lenin in *Staat und Revolution,* daß der Staat aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" besteht und ein „Organ der Klassen/zerr*schaft"* ist, „ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere". Lenin zitiert Marx und die Erfahrung der Pariser Kommune 1871, der ersten proletarischen Revolution, und unterstreicht damit, „daß ,die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann'" und daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht geschehen kann *„ohne Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt". Der kapitalistische Staat ist „die ,besondre Repressionsgewalt' der Bourgeosie gegen das Proletariat", die „abgelöst werden muß durch eine ,besondre Repressionsgewalt' des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats)" (Lenin, *Staat und Revolution,* Hervorhebung im Original).

Auf dem Papier ruft *Proposta* zu einer „drastischen Reduzierung der Militärausgaben" auf. Das ist die klassische sozialdemokratische Forderung nach „Butter statt Kanonen". Das steht im Gegensatz zu einem Engels-Zitat, das in derselben Nummer von *Proposta* abgedruckt wurde: „Dennoch ist unser Programm ein rein sozialistisches Programm. Unsere erste Forderung ist die Sozialisierung aller Produktionsmittel und Produktionsinstrumente. Zwar akzeptieren wir alles, was uns irgendeine Regierung gibt, aber nur als Abschlagszahlung, für die wir keinen Dank schulden. Wir stimmen immer gegen das Budget und gegen *jede* Forderung von Geld oder Menschen für die Armee" *(Proposta,* Oktober 1996, unsere Hervorhebung). Tatsächlich hat *Proposta* in ihrem „Antrag 2" skandalöserweise für eine Wehrpflichtigenarmee für die Kapitalistenklasse argumentiert. Soviel zu „Butter statt Kanonen" - unter dem Deckmantel von „Demokratie" und Opposition gegen eine Berufsarmee unterstützt *Proposta* die Einberufung von Jugendlichen, die als Kanonenfutter für die überseeischen imperialistischen Kriege der Bourgeoisie benutzt werden, als Truppen gegen Streikende an der Heimatfront und bei der Verfolgung der Immigranten. Wir Spartakisten kämpfen in der Tradition von Karl Liebknecht, der die Losung erhob: „Keinen Mann und keinen Pfennig für die imperialistische Armee!" Genauso kämpfen wir Spartakisten gegen die Wehrpflicht, aber wenn wir eingezogen werden, gehen wir und kämpfen dafür, andere proletarische jugendliche Rekruten zu einem politischen Programm des Widerstands gegen ihre eigene herrschende Klasse zu gewinnen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Propostes Volksfrontpolitik: Gegen Immigranten, gegen Frauen, gegen Internationalismus

Es ist eine der Eigenschaften der Volksfront, daß hinter den mehr oder weniger „linken" rhetorischen Erklärungen dennoch die Bourgeoisie das Kommando führt. Und für die Bourgeoisie ist es bei ihren jetzigen Frontalangriffen auf die Arbeiter wichtig, das Proletariat zu schwächen und zu spalten nach Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter und indem sie Nord und Süd gegeneinanderstellt. Deshalb sind die ersten, die für die-Krise des Kapitalismus bezahlen, die Immigranten, die dem täglichen rassistischen Terror und der ständigen Bedrohung durch Abschiebung ausgesetzt sind; die Frauen, die als erste gefeuert und zurück in die Sklaverei der „Hausarbeit" getrieben werden; Jugendliche, die keine Unabhängigkeit und keine Jobs haben; die Minderheiten überhaupt: die Homosexuellen, die Roma und die Obdachlosen, die systematisch an den Rand gedrängt, ihrer Rechte beraubt und unterdrückt werden.

Fortgesetzt auf Seite 20

Proposta...

Fortsetzung von Seite 19

Es ist die absolute Pflicht einer kommunistischen Partei, die Verteidigung dieser besonders unterdrückten Schichten der Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen. Lenin bestand darauf, daß die revolutionäre Partei ein „Volkstribun" sein muß. Im Gegensatz dazu hat „Antrag 2", der als eine allgemeine politische Plattform vorgestellt wurde, zu dieser Frage fast nichts zu sagen! Er beschränkt sich wortwörtlich auf die „Notwendigkeit, den Kampf gegen Vorurteile, die es auch unter Arbeitern gibt, und gegen die rassistischen und fremdenfeindlichen Ausbrüche zu führen". Für Frauen fordert er „eine klare Bestätigung der Autonomie und Selbstbestimmung, nicht nur in bezug auf die persönlichen Entscheidungen im Leben und den eigenen Platz in der Gesellschaft, sondern auch in einer politischen Richtung, bis hin zu dem Punkt, das traditionelle Verhalten in den Klassenorganisationen und der Partei in Frage zu stellen". Das ist alles. Ein paar Sätze, die selbst der Papst akzeptieren würde. Für *Proposta,* die sich in dem weißen, männlichen und nationalistischen RC-Milieu entwickelt hat, sind das rassistische Dini-Gesetz, das von RC „kritisch" unterstützt wurde, der tägliche rassistische Terror und die Abschiebungen von Immigranten sowie die Angriffe auf Abtreibungsrechte es nicht wert, in einem politischen Programm erwähnt zu werden. Ebensowenig Forderungen wie die Abschaffung des Konkordats und Trennung von Kirche und Staat. Diese Themen vermeidet man besser, wenn man eine Wahlkampagne macht mit der PPI des Vatikan, mit dem Abtreibungsgegner Prodi oder mit offenen Rassisten wie Diego Masi aus der Lombardei.

Proposta hat nichts getan, um gegen den Rassismus zu mobilisieren. Wie ein Spa/taco-Flugblatt im Februar 1995 berichtete (siehe auch *Spartakist* Nr. 118, Mai/Juni 1995), organisierten Genossen der LTd'I einen erfolgreichen Protest in Mailand, als die Bullen versuchten, drei Immigranten aus Bussen zu zerren, die zu einer antirassistischen Demo in Rom fuhren. Als Unterstützer der LTd'I eine Menschenkette von 250 Passagieren organisierten, die die Polizeistation blockierte und Freiheit für die drei eingewanderten Genossen forderte, ging Grisolia - der weder den Protest organisiert noch dafür gekämpft hatte - gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsbürokraten in die Polizeistation hinein, um mit den Bullen zu feilschen. Anschließend versuchten die Bürokraten erfolglos, den Protest „abzukühlen"; davon unberührt setzten die Demonstranten den Kampf so lange fort, bis ihre Genossen befreit waren.

Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und ihre Familien und rufen zur Mobilisierung der Arbeiter und Immigranten auf, um den rassistischen Terror zu zerschlagen und die Abschiebungen zu stoppen. Die Immigranten müssen gewerkschaftlich organisiert werden und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Im Land des Vatikan, der eine der wichtigsten Mächte zur Unterdrückung der Frauen ist, fordern wir die vollkommene Trennung von Kirche und Staat, wir kämpfen dafür, das Konkordat abzuschaffen und die Besitztümer des Vatikans zu enteignen, und wir wollen die Kirche aus den Schulen schmeißen.

Wir kämpfen für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Jugendliche und Immigranten. Die Bourgeoisie, unterstützt von der katholischen Kirche, führt eine Kampagne zur Verteidigung der „Familienwerte", wo doch in der Familie die Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen par excellence durchgeführt wird, und sie greift jedes Verhalten an, das die Familie in Frage stellt, angefangen mit Geschlechtsverkehr unter Jugendlichen bis zur Homosexualität.

Wir sagen, daß Sexualität eine private Angelegenheit ist, für die das Einverständnis der Beteiligten die einzige Voraussetzung ist; Staat und Kirche müssen raus aus den Schlafzimmern!

„Antrag 2" schlägt Frauen und Immigranten vor, sich „selbst zu organisieren". *Proposta* apelliert an „die Selbstorganisierung dieser Gruppen (Frauen, Schwule, Lesben und Immigranten) und ist für die Bildung von Kontrollkomitees gegen Diskriminierung, die an der Basis organisiert werden". Dieser sektoralistische Appell, weitverbreitet in RC, ist nichts anderes als der Vorschlag, Ghettos zu bilden, wo Frauen „Frauenfragen" und Immigranten „Immigrationsprobleme" usw. diskutieren, während die „Partei" die „wirkliche Politik" durchführt, die den Ausverkauf der Rechte dieser Gruppen einschließt. Dieser Aufruf, sich „auf sich selbst zu verlassen", entläßt die RC- und Gewerkschaftsführer aus der Verantwortung, die sich weigern, die schweren Bataillone des Proletariats zur Verteidigung der doppelt unterdrückten Schichten zu mobilisieren.

Wir Kommunisten erkennen, daß die Unterdrückung der Frauen in der Institution der Familie wurzelt, der sozialen und ökonomischen Einheit, die ein integraler Bestandteil des Kapitalismus ist, weil sie das prinzipielle Mittel ist, das Erbe des Privateigentums weiterzureichen. Wir kämpfen für die Befreiung der Frau und sehen diesen Kampf als untrennbaren Bestandteil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus. Das kann nur durch sozialistische Revolution und die Abschaffung des Privateigentums erreicht werden. Für uns Kommunisten steht die Verteidigung der Rechte der besonders unterdrückten Schichten der Bevölkerung an erster Stelle unseres Parteiprogramms und ist ein integraler Bestandteil davon. Wir sagen, daß es die organisierte Arbeiterklasse ist, die für diesen Teil der Bevölkerung mobilisieren muß. Die Seiten in *Spartaco* unter dem Titel „Frauen und Revolution" sind ein Erbe der bolschewistischen Publikation *Rabotniza* und der *Fraueninternationale* von der Kommunistischen Internationale. Die „Jugendseiten", auf die wir stolz sind, sind ein weiterer Beweis dafür.

Proposta: Eine Geschichte des pabloistischen Liquidatorentums

Proposta kommt aus der schlechten politischen Tradition des pabloistischen Liquidatorentums. Michel Pablo wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Führer der dezimierten Kräfte von TrOtzkis Vierter Internationale. Zutiefst impressionistisch, liquidierte er das politische Programm und den Zweck von Trötzkis Internationale. Unfähig, die Nachkriegsumwälzung in Osteuropa zu verstehen, glaubte Pablo, daß die stalinistischen Parteien eine nahezu revolutionäre Rolle spielen könnten, er sagte „Jahrhunderte deformierter Arbeiterstaaten" voraus und verfolgte eine Politik des tiefen Entrismus in stalinistische und sozialdemokratische Parteien. Das ist das politische Erbe *von Proposta,* und genauso haben Grisolia & Co. ständig die Notwendigkeit einer unabhängigen proletarischen Avantgarde zurückgewiesen, da sie kein Vertrauen in die Arbeiterklasse haben, daß diese als Klasse für sich bewußt handeln kann. Wenn man die revolutionäre Kapazität des Proletariats aufgibt, dann gibt es natürlich auch keinen Bedarf an einer proletarischen Avantgardepartei.

1976 brach die internationale Spartacist-Tendenz (iST), Vorläufer der Internationalen Kommunistischen Liga, die Beziehungen zu Grisolia und Ferrando ab, die sich damals Bolschewistisch-Leninistische Gruppe Italiens (GBL) nannten, genau wegen ihrer Kapitulation vor der Volksfront. Folgendes schrieb die GBL an *Workers Vanguard,* die Zeitung unserer amerikanischen Sektion: „Es muß bemerkt werden, daß Eure Organisation die bizarre Position hat, daß Wahlunterstützung für eine Arbeiterpartei, die an einer Volksfront teilnimmt oder mit ihr zu tun hat oder die eine Volksfront bilden will, eine Kapitulation vor der Volksfront bedeutet." Wir argumentierten, daß die Volksfront selbst

eine bürgerliche Formation ist, eine Zusicherung im voraus, die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates zu „respektieren".

In den 80er Jahren, während der antisowjetischen Kampagne des Kalten Krieges, zeigten Grisolia und Ferrando von der GBL (die damals ihren Namen in Revolutionärer Arbeiterbund änderte) deutlich ihren Appetit, die Klassenzusammenarbeit weiterzuführen und ihre Verbindungen zu den Bürokraten der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhaken, indem sie vor der reaktionären antisowjetischen Kampagne kapitulierten. Tatsächlich wurde in dieser Periode von den westlichen Kommunistischen Parteien, insbesondere der KPI, verlangt, daß sie ihre Treue zu ihren Bourgeoisien zeigen. Die KPI verurteilte die sowjetische Intervention in Afghanistan und unterstützte die gelbe „Gewerkschaft" Solidarnosc in Polen. Die Vorläufer von *Proposta* bezogen natürlich auch Stellung gegen die UdSSR und schrien „Solidarität mit Solidarnosc", obwohl die große Mehrheit der italienischen Arbeiterklasse sich weigerte, zur Unterstützung der CIA und der polnischen „Gewerkschaft" des Vatikans zu streiken.

Im Gegensatz zu Cossutta, Bertinotti und anderen heutigen Führern von RC, die damals die Kremlbürokraten mit ihrer bankrotten nationalistischen Linie des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" sklavisch unterstützten, haben wir Trotzkisten erklärt, daß die Sowjetunion nur durch die sozialistische Weltrevolution verteidigt werden kann. Wir kämpften für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution untergrub. Das setzte die bedingungslose Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution voraus. Deshalb standen wir im Unterschied zu Grisolia und seinesgleichen in entschlossener Opposition gegen die kapitalistischen und restaurativen Elemente wie Lech Walesa und Boris Jelzin.

Baut eine bolschewistische Partei auf!

Der Hauptgrund für den Erfolg der Russischen Revolution ist die Tatsache, daß Lenin und die Bolschewiki in den vorangegangenen Jahren eine politisch und organisatorisch gefestigte Partei geschmiedet haben, die mit einem revolutionären Programm bewaffnet war. Diese Festigkeit wurde durch ständige Kämpfe gegen alle Formen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung erreicht. Als Trotzki eine Parallele zwischen der siegreichen Russischen Oktoberrevolution und der Niederlage der Deutschen Revolution von 1923 zog, kam er zu dem Schluß, daß dem deutschen Proletariat genau eine solche Partei fehlte: „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen" *(Lehren des Oktober)*, und im Übergangsprogramm schlußfolgerte er: „Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung."

Wir kämpfen für eine neue Oktoberrevolution. Aber das Mißverhältnis zwischen diesem Zweck und dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugendlichen und der Linken international ist groß. In ganz Westeuropa hat die Arbeiterklasse zurückgeschlagen und einige der seit Jahren größten und härtesten Kämpfe geführt, doch zum ersten Mal seit der Pariser Kommune identifizieren die Arbeitermassen im Kampf ihre unmittelbaren Bedürfnisse nicht mit den Idealen des Sozialismus oder dem Programm der proletarischen Revolution. Heute halten selbst die subjektiv Linkesten die Idee eher für esoterisch, daß eine proletarische Revolution wie die, die Lenins bolschewistische Partei 1917 in Rußland mit Erfolg durchgeführt hat, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Das liegt in nicht geringem Maße an den Verbrechen der Stalinisten und, bereits vorher, der Sozialdemokraten, die das Programm und die Ideale des revolutionären Marxismus in den Dreck zogen.

Nicht die Periode zu erkennen, in der wir leben, und nicht die notwendige Beziehung zwischen einer kleinen leninistischen Avantgarde und dem Proletariat anzuerkennen führt zu Desorientierung, Demoralisierung und zu Gelüsten, anderswo nach einer „Antwort" zu suchen. Wie Trotzki 1937 in seinem Artikel „Stalinismus und Bolschewismus" bemerkte:

> „Reaktionäre Epochen wie die unsere zersetzen und schwächen nicht nur die Arbeiterklasse und isolieren ihre Avantgarde, sondern drücken auch das allgemeine ideologische Niveau der Bewegung herab und werfen das politische Denken auf bereits längst durchlaufene Etappen zurück. Die Aufgabe der Avantgarde besteht unter diesen Umständen vor allem darin, sich nicht von dem allgemeinen rückwärts flutenden Strom davontragen zu lassen - es heißt gegen den Strom schwimmen. Wenn ein ungünstiges Kräfteverhältnis es nicht erlaubt, die früher eroberten politischen Positionen zu wahren, gilt es, sich wenigstens auf den ideologischen Positionen zu halten, denn sie sind der Ausdruck einer teuer bezahlten vergangenen Erfahrung. Dummköpfen erscheint eine solche Politik als Sektierertum'. In Wirklichkeit bereitet sie nur einen neuen gigantischen Sprung vorwärts vor, zusammen mit der Welle des kommenden historischen Aufschwunges."

Wir kämpfen dafür, die Aufgabe zu Ende zu führen, die von Lenin und Trotzki angefangen wurde, als sie die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führten - also den Klassenkampf zum siegreichen Abschluß zu bringen, so daß die Staatsmacht weltweit in Arbeiterräten verkörpert ist. *Proposta* hat nichts anzubieten für Frauen, Jugendliche, Immigranten und Minderheiten und will sie ghettoisieren. Wir wollen eine leninistische Partei aufbauen, einen „Volkstribun", der aktiv die Arbeiterklasse mobilisiert, um alle Formen der besonderen Unterdrückung zu bekämpfen. *Proposta* besteht darauf, daß Rifondazione reformiert werden muß. Wir erkennen, daß Rifondazione Comunista die Sorte von Partei ist, die Lenin als bürgerliche Arbeiterpartei beschrieb, die von Revolutionären gespalten werden muß, indem sie die Basis von der Führung trennen. *Proposta* kämpft für eine Politik der Klassenzusammenarbeit auf nationalem Boden und läßt internationale Fragen für Sonntagsreden übrig. Wir sind Teil einer politisch und organisatorisch kohärenten Internationale, die auf der Grundlage der Lehren der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale und von Trotzkis Vierter Internationale geschmiedet wurde. *Proposta* will die Arbeiterklasse vor den Karren der Bourgeoisie spannen. Wir kämpfen für die sozialistische Revolution in der ganzen Welt. Schließt euch uns an!«



SPARTACO

Rompere con la coalizione borghese Ulivo/Rc!

FIOM

Forgiare un partito bolscevico!

Immigration...

Fortsetzung von Seite 24

In den 60er und Anfang der 70er Jahre gab es in Europa eine weitere Periode von politischen Instabilität, bedingt durch eine Serie von langen, verlorengegangenen Kolonialkriegen - in Algerien, Vietnam, Angola, Mosambik. Eine neue Generation von militanten Arbeiter- und Studentenjugendlichen trat hervor, die gegenüber den traditionellen sozialdemokratischen und moskauorientierten stalinistischen Parteien feindselig waren. Im südlicheren Europa gipfelte diese Periode der Radikalisierung in den vorrevolutionären Ereignissen vom Mai/Juni 1968 in Frankreich und im „Heißen Herbst" des folgenden Jahres in Italien, und später in der Portugiesischen Revolution von 1974/75. Um die bürgerliche Ordnung an der Südflanke der NATO wieder zu stabilisieren, wurden der Arbeiterklasse größere Konzessionen gemacht, während gleichzeitig die Sozialdemokratie in der Region gezielt gestärkt wurde.



Dennis Morris

In den 50er Jahren wurden Immigranten aus Westindien und Südasien als billige Arbeitskräfte nach Britannien geholt

Vom Ende der 40er bis Ende der 70er Jahre erkauften die westeuropäischen Bourgeoisien den sozialen Frieden und kooptierten die reformistischen (sozialdemokratischen und stalinistischen) Bürokratien, indem sie eine gegenüber der historischen Norm *niedrigere Ausbeutungsrate* akzeptierten. Dies machte es jedoch zunehmend schwierig und unwirtschaftlich einheimische westeuropäische Arbeiter am unteren Ende des Arbeitsmarktes einzusetzen - für Arbeiten, die historisch von der bäuerlichen Jugend ausgeführt wurden, die frisch vom Lande kam. Um westdeutsche, französische oder holländische Jugendliche dazu zu bringen, als unqualifizierte Hilfsarbeiter zu arbeiten - besonders in Jobs, die hart, schmutzig, gefährlich sind oder als erniedrigend betrachtet werden (z. B. Hausdiener) -, hätte die *ganze Skala der Löhne und Nebenkosten* auf Ebenen hochgeschraubt werden müssen, die mit Profitabilität unvereinbar sind. In den 60er Jahren waren junge Westdeutsche einfach nicht bereit, Jobs wie Müllfahrer oder Hausmeister anzunehmen. Und diese Haltung ist jetzt sogar im rückständigeren südlichen Teil von Europa vorherrschend. Wie ein Regierungsbeamter in Rom feststellte: „Heutzutage hat man einen ägyptischen Koch und ein Hausmädchen von den Philippinen. Es gibt gewisse Jobs, die Italiener nicht mehr machen wollen" *(New York Times,* 8. September 1994).

Der Kalte Krieg, der „Sozialstaat" und Massenimmigration in Westeuropa

Der relative Wohlstand, „sozialstaatliche" Leistungen und das erhöhte kulturelle Niveau Westeuropas nach 1945 haben eine bedeutende Änderung im sozialen Leben und in den demographischen Verhältnissen herbeigeführt. Frauen - traditionell Hausfrauen, die von ihren Männern abhängig waren - gingen arbeiten. Die Geburtenrate ging stark zurück, selbst in traditionell katholischen Ländern wie Italien. Es gibt jetzt mehr Italiener im Alter von über 65 als unter 15. So wurde die Auswirkung der höheren Kosten für einheimische Arbeitskräfte durch ein reduziertes Angebot verstärkt. Abgesehen von einer massiven Dauerarbeitslosigkeit und einem politischen Sturmangriff auf den „Sozialstaat", konnte der westeuropäische Kapitalismus eine akzeptable Ausbeutungsrate nur durch die großangelegte Einfuhr von Arbeitskräfte aus armen Ländern aufrechterhalten.

Zudem führte der Kalte Krieg indirekt dazu, daß diese armen Länder zunehmend zu Neokolonien nach Art der „Dritten Welt" wurden, besonders die traditionell islamischen Regionen in Nordafrika und Anatolien (dem asiatischen Teil der Türkei). Vor dem Zweiten Weltkrieg war Osteuropa für den entwickelteren westlichen Teil des Kontinents eine wichtige Quelle von ausländischen Arbeitskräften. Zum Beispiel gab es in den 20er und 30er Jahren in Nordfrankreich und Belgien einen hohen Prozentsatz von polnischen Bergarbeitern.

Die rapide Industrialisierung der osteuropäischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten nach 1945, die auf kollektivierter Planwirtschaft basierten, absorbierte die bäuerliche und arbeitslose städtische Jugend, die in früheren Generationen in Westeuropa gearbeitet hätte oder in die Vereinigten Staaten emigriert wäre. Da die stalinistischen Regime das gesamte Nationalprodukt zu maximieren suchten (nicht die Profitrate), verhinderten sie auch durch polizeistaatliche Kontrollen die Emigration. So hörte Osteuropa mit Ausnahme von Jugoslawien auf, für den westeuropäischen Kapitalismus eine Quelle billiger ausländischer Arbeitskräfte zu sein, bis 1989/90 die Konterrevolution durch die Region fegte.

Die ersten Wellen der Immigranten in Westeuropa kam aus ärmeren europäischen Ländern - Iren in Britannien, Spanier und Portugiesen in Frankreich, Italiener, Griechen und Jugoslawen in Westdeutschland. Jedoch reduzierten die kombinierten Auswirkungen des ökonomischen Wachstums, des steigenden Lebensstandards und der fallenden Geburtenraten in diesen Ländern deren Reservoir an billigen, exportierbaren Arbeitskräfte. Seit den 60er Jahren war die Hauptquelle von Westeuropas importierten Arbeitskräften die „Dritte Welt" - die karibischen Staaten und Südasien im

Fall von Britannien, Nordafrika und Westafrika im Fall von Frankreich, und die Türkei im Fall von Westdeutschland. So wurde in Westeuropa eine größere Bevölkerungsgruppe eingeführt, die nicht weiß und nicht christlich war.

Nach dem globalen wirtschaftlichen Abwärtstrend von 1974/75 versuchten die meisten westeuropäischen Regierungen, die weitere Einwanderung von Arbeitern zu drosseln. Westdeutschland zum Beispiel beschränkte Neu-Immigration auf Familienzusammenführung und auf einige besondere Berufe und Gewerbe. Die Bonner Regierung bot türkischen Arbeitern sogar Einmalzahlungen an, um sie nach Anatolien zurückzuschicken, aber nur wenige nahmen an. Seit Mitte der 70er Jahre ist die „Immigranten"-Bevölkerung hauptsächlich durch die in Europa geborenen Kinder der ursprünglichen Immigranten angewachsen. In Britannien beispielsweise ist die Neu-Immigration seit vielen Jahren praktisch Null, und die Hälfte der 2,5 Millionen, die als Mitglieder von ethnischen Minderheiten eingestuft werden, wurden dort geboren.



Le Bolchévik

Ligue trotskyste de France demonstriert gegen Abschiebung

Diese Jugendlichen der zweiten Generation lernen in europäischen Schulen, sprechen Englisch, Französisch, Deutsch, Holländisch usw. als ihre Haupt- und oft einzige Sprache und sind mit europäischen und amerikanischen Filmen und Fernsehen aufgewachsen. Die Kinder von pakistanischen Eltern in Britannien würden sich in Karachi vollständig fremd fühlen. Doch obwohl diese Immigranten der zweiten Generation mit der europäischen Kultur verwachsen sind, sind sie nicht assimiliert durch weitverbreitete Verheiratung mit ihren weißen europäischen Zeitgenossen.

Zu dem durchdringenden Rassismus der europäischen Gesellschaft kommt die christlich/muslimische Trennung hinzu. Sicher sind viele, wenn nicht sogar die meisten Araber und Türken der zweiten Generation in Westeuropa nicht religiös. Dies gilt genauso für französische und deutsche Jugendliche. Aber die Entscheidung, über ethnische und religiöse Grenzen hinweg zu heiraten, bedeutet meistens das Risiko, daß das zukünftige Paar von der Verwandtschaft beider Familien abgeschnitten wird. Solche Ehen sind deshalb ungewöhnlich und diejenigen, die doch zustande kommen, sind einem vielseitigen feindlichen sozialen Druck ausgesetzt und weisen eine hohe Scheidungsrate auf. In Deutschland hatten 1990 nur *ein Prozent* der Kinder türkischer Mütter deutsche Väter. In Frankreich, wo es traditionell eine liberalere Haltung zu Fragen der Hautfarbe und Herkunft gibt, ist der Prozentsatz von solchen Ehen weit höher. 1990 hatte ein Viertel der in Frankreich geborenen Kinder algerischer Mütter Väter französischer Herkunft. Trotzdem gibt es heute in der französischen Gesellschaft eine grundlegende Tendenz gegen die Integration der maghrebinischen Gemeinde, verglichen zum Beispiel mit der Assimilation der früheren polnischen Immigranten, die (obwohl manche Juden waren) als „Weiße" eingestuft wurden.

Die bürgerliche französische Gesellschaft versteht sich selbst nicht als rassistisch im amerikanischen Sinne der Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe. Diejenigen, die sich in die „französische Kultur" assimilieren, so heißt es, werden als Franzosen akzeptiert. Das ist die „säkulare" Begründung hinter solchen *rassistischen* Maßnahmen wie dem Rausschmiß von Mädchen aus der Schule, die das Hijab (islamisches Kopftuch) tragen. Ein besonderes Hindernis gegenüber der Assimilation ist, daß Rassismus in Frankreich auch ein Erbe des Kolonialismus darstellt. Die ehemaligen Kolonialvölker, die von der Bourgeoisie immer als Untermenschen betrachtet wurden, die mit Gewehr, Bibel und Nationalhymne „zivilisiert" werden müßten, sind heute der Kern der eingewanderten Arbeiterschaft. Und die rassistische antiarabische Repression wird noch verschärft durch den Haß der Bourgeoisie auf das algerische Volk, das 1962 den französischen Imperialismus besiegte und die nationale Unabhängigkeit gewann.

In den letzten acht Jahren gab es in Frankreich wiederholt massive, integrierte Jugendproteste, wo „französische" und „immigrierte" Jugendliche gegen Bullenmorde und gegen die Maßnahmen der Herrschenden demonstrierten, die Kosten für Bildung und Ausbildung zu beschneiden und einen unter dem Mindesttarif liegenden Lohn für jugendliche Arbeiter einzuführen. Aber die französische Linke, die immer noch gut und gerne Zehntausende gegen Atomtests mobilisieren kann, hat im Großen und Ganzen keinen Ton des Protests von sich gegeben, als Legionen von Bullen durch die Metro stürmten, um von jedem, der eine dunkle Hautfarbe hat, „die Ausweise zu kontrollieren".

Während die von Immigranten stammenden Bevölkerungsgruppen zunehmend isoliert und dem Bullenterror ausgesetzt sind, sieht sich die Jugend aus der zweiten Generation astronomischen Arbeitslosenzahlen ausgeliefert und wird als „kriminell" stigmatisiert. Die rassistische Unterdrückung erzeugt so direkt eine ethnische Abtrennung der maghrebinischen „Gemeinschaft", die in Abwehr zusammengedrängt wird, und verstärkt damit auch den Einfluß der religiösen und anderen „traditionellen" Werte. So wird die von Immigranten stammende Jugend, die den herablassenden Rat bekommt, sich zu „assimilieren", in Wirklichkeit durch rassistische Unterdrückung und Gleichgültigkeit zurück in die Umarmung ihrer Familien geworfen - eine Umklammerung, die oft enger ist, als gerade junge Frauen sie wählen würden, wenn sie die Option hätten, sich in eine egalitäre, pluralistische, antirassistische Gesellschaft zu integrieren.

Trotz vieler Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Ländern gibt es die grundlegende soziale Tatsache, daß jetzt innerhalb des westeuropäischen bürgerlichen Nationalstaatensystems große Bevölkerungsgruppen von dunkelhäutigen Nichteuropäern leben. Und diese Gemeinschaften sind zur Hauptzielscheibe der bürgerlichen Reaktion geworden, die durch die kapitalistische Konterrevolution im sowjetischen Block angeheizt wurde.

[WIRD FORTGESETZT]

SPARTAKIST

Immigration und die rassistische „Festung Europa"

Nachstehend veröffentlichen wir den zweiten Teil eines Artikels, der zuerst in Spartacist *(französische Ausgabe, Nr. 29, Sommer 1996) unter der Überschrift „Immigration und rassistische Unterdrückung in Europa" erschienen ist. Unsere Übersetzung erfolgte aus der leicht redigierten Fassung in* Workers Vanguard *Nr. 653, U. Oktober 1996. Aus Platzgründen erscheint der dritte und letzte Teil des Artikels erst in der nächsten Ausgabe des* Spartakist.

Warum sind im Laufe der letzten paar Jahrzehnte so viele außereuropäische Immigranten nach Westeuropa gekommen und haben sich dort angesiedelt? Warum haben Immigranten der zweiten Generation (nordafrikanische und afrikanische Jugendliche in Frankreich, türkische und kurdische Jugendliche in Deutschland), die kaum noch die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern sprechen, sich nicht weitgehend in die ansässige Bevölkerung assimiliert durch Verheiratung, wie es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Kinder von italienischen und

Teil zwei von drei

spanischen eingewanderten Arbeitern in Frankreich taten? Warum hat in den letzten Jahren Rassismus gegen Immigranten zunehmend das politische und soziale Leben in Westeuropa dominiert? Die Antworten auf diese Fragen wurzeln in der Kalten-Kriegs-Teilung Europas nach 1945, die mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion zu Ende ging.

Europa stand am Ende des Zweiten Weltkrieges am Vorabend einer sozialen Revolution. Die Sowjetunion hatte durch den Sieg der Roten Armee über Hitlers Wehrmacht ein gewaltiges Ansehen gewonnen, während große Teile der europäischen Bourgeoisien wegen ihrer Kollaboration mit den Nazi-Besatzern verachtet wurden. Besonders in Italien und Frankreich errangen darüber hinaus die Kommunistischen Parteien eine enorm gestärkte Autorität in der Arbeiterklasse. Um die arbeitenden Massen zu besänftigen, mit der unentbehrlichen Hilfe der Sozialdemokraten und der Stalinisten (die nach dem Krieg in „Volksfronf-Regierungen mit kapitalistischen Parteien eintraten), mußte die Bourgeoisie einen weit besseren Deal anbieten als die Vorkriegsbedingungen der Weltwirtschaftskrise und des faschistischen Aufstiegs. Gleichzeitig unterstützte und finanzierte der amerikanische Imperialismus sozialdemokratische Bürokraten in den Gewerkschaften und antikommunistische reformistische Parteien, um die NATO-Allianz gegen den sowjetischen Block zu befestigen. Dies war der Ursprung der Sozialleistungen, die als „Sozialstaat" bekannt wurden - kostenlose oder billige medizinische Versorgung, teilweise durch die Regierung finanzierte Renten und Arbeitslosenversicherungen, jährlich vier oder fünf Wochen bezahlter Urlaub usw.

Fortgesetzt auf Seite 22



L'Espresso



Sygma

Oben: Demo zur Verteidigung von Immigranten 1992 in Italien. Unten: Arbeiter nordafrikanischer Herkunft spielten 1983 wichtige Rolle im Streik bei Peugeot, Frankreich

Für eine leninistische Partei als Volkstribun!

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

26. FEBRUAR 1997 EXTRABLATT DM 0,20

Polizei greift Linke an, schützt Faschisten

Berlin: Militanter Protest verhindert Nazi-Aufmarsch

26. Februar - Die Nazis der „Jungen Nationaldemokraten" wurden ermutigt durch die Angriffe der Bonner Regierung auf Einwanderer, durch die Massenabschiebungen von Flüchtlingen und durch die Arbeitslosigkeit, die den höchsten Stand seit Hitlers Machtergreifung von 1933 erreicht hat: Sie verkündeten, daß sie am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf unter der rassistischen Hetzparole „Arbeit zuerst für Deutsche" aufmarschieren würden. Wiederholt ist Hellersdorf die Zielscheibe der Faschisten gewesen, wo sie Einwanderer terrorisiert haben; dort haben sie sogar eine arabische Frau ungestraft ermorden können. Aber nicht an diesem Samstagnachmittag, trotz eines massiven Polizeiaufgebots, das den braunen Naziabschaum beschützte. Denn etwa 2000 antifaschistische Kämpfer - Linke, Gewerkschafter, Einwanderer, jüdische Studenten und andere - trotzten couragiert einem brutalen Polizeiangriff und trieben das Nazipack energisch in seine Rattenlöcher zurück. Erst spät am Abend wagten Nazis wieder einen ihrer feigen Überfälle auf sechs Jugendliche, von denen zwei ins Krankenhaus mußten.



Christian v. Polentz

15. Februar: Antifaschistische Demonstranten in Berlin auf dem Bahnsteig konfrontieren die Nazis, die in einem U-Bahn-Waggon hinter Polizeischutz kauern

In den Fernsehnachrichten vom Abend des 15. Februar konnte man sehen, was tagsüber in Berlin passiert war: Es gab keinen Naziaufmarsch im Stechschritt und keine niedergebrannten Immigrantenwohnheime. Statt dessen sah man Skinheads, die vor laufenden Fernsehkameras unter schwerem Polizeischutz auf dem Fußboden eines U-Bahn-Waggons kauerten, sowie Möchtegern-Führer, die in die Grünen Minnas der Polizei flüchteten, gejagt von einem antifaschistischen Kontingent unter den lautstarken Rufen „Nazis raus!". Vorneweg bei der entschlossenen antifaschistischen Mobilisierung das rote Banner der Spartakist-Arbeiterpartei mit unseren Forderungen: „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und Familien!"

Zum Schluß der Einheitsfrontaktion, die die Naziprovokation gestoppt hatte, erklärte die Sprecherin der Spartakisten Renate Dahlhaus vor Hunderten antirassistischer Demonstranten: „Berlin ist eine Stadt der Arbeiter und Linken, eine Stadt der Juden, eine Stadt der Türken, eine Stadt der Kurden. Das ist unsere Stadt, und wir lassen nicht zu, daß die Nazis hier marschieren!" Eine Presseerklärung der SpAD vom gleichen Nachmittag berichtete:

> „Unter massivem Schutz des Staates wollten die Nazis aus ihren Rattenlöchern kriechen, um zu ihrem Programm der Brandanschläge, des Mordes und Völkermordes zu rekrutieren. Aber sie sind nicht durchgekommen! Die entschlossenen Aktionen der antifaschistischen Kämpfer waren ein angemessenes Gedenken an Frank Böttcher, den 17jährigen Linken, der vor einigen Tagen in Magdeburg von Nazis brutal erstochen wurde."

Innerhalb von nur einer Woche traten mehrere Organisationen in Aktion und riefen zu Demonstrationen

Fortgesetzt auf Seite 2

Berlin...

Fortsetzung von Seite 1

gegen die Faschisten auf. Ein Aufruf, zur gleichen Zeit und zum gleichen Ort zu mobilisieren, wo die Nazis ihre Zusammenrottung planten, kam von den Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus, der Antifaschistischen Aktion Berlin und anderen Antifa-Gruppen. Gleichzeitig appellierten die SPD, die exstalinistische sozialdemokratische PDS und andere an den Staat, er möge seine faschistischen Banden „verbieten"; sie riefen zu einer Demonstration in einiger Entfernung von dem Ort auf, wo die Nazis sich zusammenrotten wollten. SpAD und Spartakist-Jugend riefen alle Gegner des Naziterrors zur Unterstützung der ersten Demonstration auf, die an dem Ort und zu der Zeit sein sollte, wo die Nazis marschieren wollten.

Die schnell wechselnden Ereignisse und Herausforderungen im Verlauf des Aufbaus dieser Demonstration stellten in der Aktion alle konkurrierenden politischen Programme der Anarchisten, der SPD, der PDS und der authentischen Kommunisten, repräsentiert von der SpAD, auf den Prüfstand. Ein am 11. Februar von der SpAD verteiltes Flugblatt betonte: *‚flur eine Einheitsfrontaktion, die auf der sozialen Macht der Arbeiter basiert und alle Unterdrückten und Ausgebeuteten einbezieht und verteidigt, kann den Nazi-Tenor stoppen, der sich letztlich gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung selbst richtet."*

Die SpAD hatte ihren Aufruf zur Arbeiter/Immigrantenmobilisierung den Appellen der DGB-Spitzenbürokraten und des PDS-Bürgermeisters von Hellersdorf Uwe Klett (unterstützt durch die CDU-Bezirkspolitiker) an das Vierte Reich, „die Faschisten zu verbieten", entgegengestellt. Wir warnten: „Man kann die Faschisten nicht zusammen mit dem bürgerlichen Staat, der sie schützt und benutzt, aufhalten... Nur die proletarische Einheitsfront, für die die Trotzkisten in den 30er Jahren gegen den Verrat der SPD und gegen die schändliche ‚Sozialfaschismus'-Politik von Stalin/Thälmann kämpften, hätte das Nazi-Regime und den Holocaust verhindern und den Weg zum Sturz der Bourgeoisie, der Hitler diente, bahnen können."

Die Hetzkampagne der Regierung gegen die Immigranten wird heute dazu benutzt, den deutschen Nationalismus hochzupeitschen - und die Faschisten sind die konsequentesten deutschen Nationalisten. Der Angriff gegen Immigranten ist die Speerspitze einer Mobilisierung der Kapitalistenklasse gegen die ganze Arbeiterbewegung. Gleichzeitig haben die Arbeiter in ganz Europa mit Klassenkampf geantwortet, um ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Mit ihrem chauvinistischen Aufruf „Arbeit zuerst für Deutsche" hoffen die Faschisten, die weitverbreitete Verzweiflung angesichts eskalierender Arbeitslosigkeit als Wasser auf die Mühlen ihres Völkermordprogramms gegen Einwanderer und Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft auszunutzen. In unserem Flugblatt betonten wir, daß dies besonders für das östliche Deutschland nach dem kapitalistischen Anschluß gilt:

> „Das ist die Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und des Ausverkaufs des deformierten Arbeiterstaats DDR durch die SED/PDS. Wie wir damals bei der entstehenden politischen Revolution Anfang Januar 1990 in unserem Aufruf zur Treptower Kundgebung, wo 250 000 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, warnten: ‚Noch ist der wiederaufstehende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen.' Wir Trotzkisten kämpften damals für die proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten und für die soziale Arbeiterrevolution im Westen, für ein rotes Rätedeutschland.
>
> Heute sehen wir die Auswirkungen des Anschlusses der ehemaligen DDR, wo praktisch die gesamte Großindustrie durch die Konterrevolution zerschlagen wurde. In dieser Situation wittern die Faschisten wieder Morgenluft, um mit der Hetzparole ‚Arbeit zuerst für Deutsche' den Kapitalisten zu Hilfe zu kommen, indem sie die Wut über den Bankrott der Marktwirtschaft' auf die eingewanderten Arbeiter lenken, wie 1933 auf die Juden. Die verschärften Rivalitäten zwischen den Imperialisten und die damit verbundenen massiven Angriffe auf die Arbeiter haben in ganz Europa zum Anwachsen faschistischer Bewegungen geführt."

Unser Flugblatt prangerte die DGB-Bürokraten an, die in die Hetze der Bosse gegen Immigranten mit eingefallen sind - wie der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel, der in skandalöser Weise den Schlachtruf der Nazis mit seiner Forderung nach „Ausländerquoten" aufgreift. Es ist ungeheuerlich, daß der Vorsitzende der IG Metall, in der mehr eingewanderte Arbeiter organisiert sind, als in jeder anderen Gewerkschaft in Deutschland, eine solche rassistische



Spartakist

Berlin-Hellersdorf: SpAD-Kontingent führt militante Demonstranten bei der Verhinderung der Nazi-Provokation

Forderung in den Mund nimmt. Heute richtet sich der Polizeiterror gegen Einwanderer, u.a. mit blutigen Knüppeleinsätzen gegen DGB-Demonstrationen, und immer mehr gegen die Gewerkschaften selbst.

Das Programm in der Aktion getestet

Als die Gegnerschaft zur Nazi-Mobilisierung überall in Berlin anwuchs, schoben der Senat und seine Lakaien in der bürgerlichen Presse Überstunden, um die potentiellen Opfer der Nazis in Sicherheit zu wiegen und zu demobilisieren. Die bürgerliche Presse brachte Lügengeschichten, daß die angedrohte Naziprovokation abgesagt worden wäre; der Berliner Innensenator Schönbohm verkündete am 13. Februar, die Nazis würden sich statt dessen in einem geschlossenen Raum unter Polizeischutz versammeln.

Die SpAD spielte eine entscheidende Rolle dabei, der Protektion der Nazis durch den Senat entgegenzutreten. Unsere Genossen verteilten massiv an der Humboldt-Universität sowie vor mehreren Berliner Fabriken mit hohem Immigrantenanteil ein zweites Flugblatt mit dem Aufruf „Stoppt die Nazis!", in dem wir warnten: „Lassen wir uns nicht von irgendwelchen Tricks hinters Licht führen. Die Mobilisierung ... muß mit Volldampf weitergehen."

Der politische Kampf ging am Morgen des 15. Februar weiter, als wir dafür kämpften, die verschiedenen Kräfte am Ort zu der größtmöglichen einheitlichen Mobilisierung zusammenzuziehen, um der massiven Bullenpräsenz zu trotzen und die Nazis in die Flucht zu schlagen. Dazu war ein politischer Kampf mit Teilnehmern der impotenten

Fortgesetzt auf Seite 4

Veranstaltungen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

Von Johannesburg über Berlin bis Kabul:

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Hörsaal 2014b, Hauptgebäude der Humboldt-Uni,
Unter den Linden 6
Mittwoch, 12. März, 18.00 Uhr

Schulungsreihe
der Spartakist-Jugend Berlin

Einführung in Theorie und Geschichte des Marxismus

6. März	Ursprünge des Marxismus
20. März	Das marxistische Programm
3. April	Lohnarbeit und Kapital

Humboldt-Uni, Seminargebäude am Hegelplatz,
Raum 111, 18.00 Uhr
Weitere Informationen: (030) 4439400

Hamburg

Wir stoppten den Ku Klux Klan!
(mit Videovorführung)

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1. Stock, Seminarraum, S-Bahn Altona
Mittwoch, 12. März, 18.30 Uhr

Schulungsreihe der SpAD

ABC des Marxismus

26. März	Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
9. April	Die Oktoberrevolution
23. April	Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1, Stock, Seminarraum, 18.30 Uhr
S-Bahn Altona
Weitere Informationen: (040) 323644

Berlin...

Fortsetzung von Seite 3

„Tu-nix"-Demo von PDS/SPD/CDU in der Brodauer Straße notwendig und ebenfalls mit einigen chaotischen, antikommunistischen Anarchotypen. Die SpAD baute ein beachtliches Kontingent am S-Bahnhof Kaulsdorf auf und schickte effektive „Agit-Prop"-Teams zur PDS-geführten Demo, um für eine *organisierte Einheitsfrontaktion* zu mobilisieren, die die Nazis *stoppt.* Über Megaphon wandten wir uns an die 700 Leute, die bei der „gewaltfreien", „legalen" Plauderstunde der PDS versammelt waren, und warnten vor jeglichem Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Eindringlich appellierten wir: „Es ist hier genug gesagt worden, jetzt ist es notwendig zu handeln - das heißt, *die Nazis zu stoppen.* Deshalb gehen wir jetzt los, um uns am S-Bahnhof Kaulsdorf mit denjenigen zu vereinen, die die Nazis stoppen wollen." Unsere Rede schlug wie ein Blitz in die Menge ein. Skandalöserweise verleumdeten uns die „Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus" als „Spalter" und erklärten, sie würden „spontan" entscheiden, wo sie hingehen. Als wir erwiderten, daß wir keine Zeit hätten, um auf ihre „Spontaneität" zu warten, drängten ungefähr 300 Demonstranten nach vorn - u.a. ein Juso-Kontingent, geführt von Linksruck, einer Gruppe von Anhängern Tony Cliffs, die sich in der SPD vergraben hat - und schlössen sich mit den anderen antifaschistischen Kräften zusammen und skandierten: „Zerschlagt die Nazis!"

Gleichzeitig rief in Kaulsdorf die von AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) geführte Koalition von Antifa-Gruppen von ihrem Lautsprecherwagen dazu auf, *die Demonstration aufzulösen,* redete auf die Demo-Teilnehmer ein und machte den gefährlichen Vorschlag, sie möchten doch einzeln zum U-Bahnhof Wuhletal gehen, wo die Nazis gesichtet worden waren. Einige Demonstranten, die dem Aufruf folgten, waren eine leichte Beute für die Bullen und wurden gleich auf dem Bahnsteig in Wuhletal festgenommen.

Sofort rief das SpAD-Kontingent Sprechchöre: „Stoppt die Nazis - organisiert!" und formierte sich in Richtung Wuhletal. Eine Anzahl autonomer Jugendlicher, türkische und kurdische Studenten und andere reihten sich bei uns ein und marschierten im disziplinierten und entschlossenen antifaschistischen Block mit ... während sich die AA/BO-Führung nicht vom Fleck rührte.

Als sich die Antifaschisten - mit SpAD-Banner an der Spitze und Anarchisten und Jusos hinter uns - dem S-Bahnhof Wuhletal näherten, trafen wir auf einen Kordon von Polizeiwannen und einer Bullenphalanx mit Wasserwerfern. Schon hatten einige clevere und mutige antirassistische Jugendliche den U-Bahn-Waggon entdeckt, den die Polizei für die Nazis reserviert hatte, und waren dabei, den Nazis eine ordentliche Abreibung zu verpassen. Wir überraschten die relativ wenigen Bullen am Eingang des U-Bahnhofs und stürmten die Bahnhofstreppen herauf. Unsere Rufe „Nazis raus!" hallten laut durch den Bahnhof. Entsprechend ihrer Wischiwaschi-Politik zögerten die Jusos in diesem Moment und ließen den Bullen genug Raum, so daß diese hinter uns aufschließen konnten.

Nun folgte eine regelrechte Schlacht, wobei die Bullen es zielstrebig auf die Köpfe der antifaschistischen Demonstranten abgesehen hatten. Eine junge Genossin der Berliner Spartakist-Jugend bekam von einem Bullen einen derartigen Schlag ins Gesicht geschmettert, daß sie mit gebrochener Nase ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Berichte erreichten uns, daß andere Demonstranten in Polizeiwannen zusammengeschlagen worden waren. Über hundert Linke wurden verhaftet. *Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen antifaschistische Demonstranten!*

Gleichzeitig halfen Bullen den Skinheads auf dem Bahnsteig wieder auf die Beine und geleiteten sie in spezielle U-Bahn-Waggons und wartende Polizeiwägen, um sie ruckzuck in Sicherheit zu bringen. Andreas Storr, selbsternannter Führer der faschistischen „Jungen Nationaldemokraten", wurde gesichtet, als er in Richtung Polizeischutz huschte. Als Berichte eintrafen, daß Antifa-Kundschafter auf Motorrädern weitere Nazis am nahegelegenen U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord entdeckt hatten, formierte die SpAD die verbleibenden antifaschistischen Kräfte, noch etliche hundert Leute stark, und marschierte im Eiltempo dorthin. Als dann keine Nazis mehr gefunden wurden, versammelten sich die Demonstranten gemeinsam mit der SpAD zu einer Siegeskundgebung, die mit dem Singen der Internationale beendet wurde.

Ein Bericht im PDS-nahen *Neuen Deutschland* (17. Februar) schreibt der PDS fälschlicherweise eine Schlüsselrolle zu, die Nazis gestoppt zu haben, während er einräumt, daß Spartakisten und Autonome versuchten, die Faschisten vom Bahnsteig zu verjagen. Gleich am nächsten Tag distanzierte sich der PDSler Klett von der „Massenschlägerei" auf dem Bahnsteig und bezeichnete es als „fraglich", ob diejenigen, die die PDS-Demo gespalten hatten, um die Nazis zu *stoppen,* „als Linke bezeichnet werden können" - eine stalinistische Standardverleumdung gegen Trotzkisten, die jetzt im Dienste des Vierten Reichs bemüht wird.

Daß Klett die antifaschistische Aktion auf kriecherische Weise brandmarkte, entspricht der tatsächlichen Rolle der PDS: die antifaschistischen Kräfte zu *demobilisieren.* Nachdem die PDS schändlicherweise abseits vom Kampf gestanden hatte, reihte sie sich dann bei den Kräften *gegen* die Antifaschisten ein. PDS-Bürgermeister Klett agierte Schulter an Schulter mit den Bullen und brüllte über die



Christian v. Polentz

Berliner Bullen schützten Nazi-Skinheads, die in einen Waggon flüchteten. Die Bullen schlugen antifaschistische Demonstranten und verhafteten über 100. Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!

Verteidigt die Anti-Klan-Demonstranten!

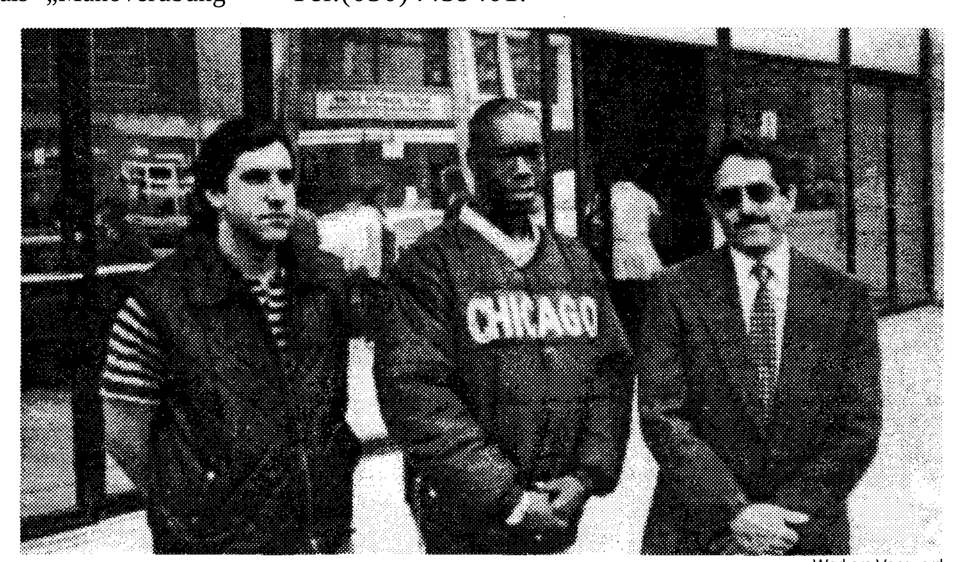
Ein kritischer Prozeßtermin für die Verteidigung der Anti-Klan-Demonstranten, die wegen ihrer Beteiligung an der Einheitsfrontaktion am 29. Juni 1996 in Chicago angeklagt sind, wurde nun auf den 28. Februar verschoben. Gleichzeitig wird ein vom Partisan Defense Committee initiierter Einheitsfrontprotest vor dem Cook County Circuit Court (Bezirksgericht von Chicago) stattfinden, wo eine wichtige Anhörung-anberaumt ist. Drei Demonstranten werden wegen der vorgeschobenen Anklage „Körperverletzung gegen die Polizei" vor Gericht stehen. Die Anklagen gegen weitere sechs Demonstranten sind fallengelassen worden.

Die Anwälte werden beim Gerichtstermin neue Beweise vorlegen, daß die Polizei von Chicago Nachrichten über die KKK-Provokation unterdrückt hat und gezielt die Anti-Klan-Demonstranten angriff, als „Manöverübung" für mögliche Proteste beim Kongreß der Demokratischen Partei. Die antirassistischen Aktivisten werden vom Staat verfolgt, weil sie im letzten Sommer gemeinsam mit fast 100 Gewerkschaftern, Linken und Jugendlichen einer Provokation der Klan-Terroristen entgegentraten und die rassistischen Mordbrenner in die Flucht schlugen. Auch in Deutschland ist der KKK mit seiner faschistischen Konföderierten-Flagge Teil des braunen Netzwerks, wie der „Weiße Arische Widerstand". Die Niederbrennung schwarzer Kirchen im Süden der USA sind sein Werk. Der Schlag gegen den Klan war im Interesse aller Unterdrückten, Minderheiten und der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine Vielzahl von Arbeiterorganisationen, linken und Bürgerrechtsorganisationen sowie Antirassisten - von den USA und Kanada bis Brasilien, Südafrika, Deutschland und Japan, haben in den letzten Monaten an den Staatsanwalt geschrieben, um die Einstellung aller Verfahren zu fordern.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft alle Gegner des Rassismus auf, Proteste zu schicken an: Richard Devine, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602, USA. Spendet unter dem Stichwort „Anti-Klan Chicago" auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ10040000.

Für weitere Informationen wendet euch an das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin, Tel.(030)4439401.



Workers Vanguard

Die Anti-Klan-Demonstranten Jeffrey Lyons, Dennis Glass, Gene Herson

Lautsprecheranlage, daß die Angriffe gegen die Nazis auf dem Bahnsteig aufhören müßten. Zwar stellt sich die PDS so hin, als ob sie im Kampf gegen den Faschismus in vorderster Front stünde, doch ihre schmutzige Unterstützung für den deutschen Nationalismus hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sie rechten chauvinistischen Kräften um den Hals gefallen ist - so z. B. bei einem Treffen 1993 zwischen einer prominenten PDS-Sprecherin (der Dresdner PDS-Vorsitzenden Christine Ostrowski) und einem Führer der faschistischen „Nationalen Offensive". Am 1. Mai 1996 überließ Kletts PDS-Kollege Buttler, der Bürgermeister von Marzahn, die Straßen seines Bezirks einer Nazi-Provokation, dabei brachte er Sympathie für deren rassistische Parole „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" zum Ausdruck und warnte vor linken „Chaoten" und „Schlägerei".

PDS und SPD fördern selbstmörderische Illusionen in die bürgerliche Demokratie; sie erwarten vom kapitalistischen Staat, daß er die Faschisten verbieten und damit das Image des Vierten Reichs in den Augen der Welt „aufpolieren" möge. Aber wie Spartakist-Sprecher Toralf Endruweit bei der antifaschistischen Aktion unter tosendem Beifall sagte: „Wir sind nicht hier, um das saubere Gesicht von Deutschland zu zeigen, weil es keins gibt. Wir sind nicht hier für eine .wehrhafte Demokratie', weil diese bürgerliche Demokratie die Faschisten beschützt und Immigranten und Linke bekämpft. Wir sind hier, um die Faschisten zu stoppen!"

Die Führer von AAB (Teil der anarchostalinistischen AA/BO) und der Cliff-Anhänger von Linksruck, zweier ganz unterschiedlicher Organisationen, die in ihren Flugblättern zu zwei verschiedenen Demos aufgerufen hatten, befanden sich beide im Widerspruch zwischen ihrer Kapitulation vor deutschem Nationalismus und den Appetiten ihrer Unterstützer, die Nazis stoppen zu wollen. Arn S-Bahnhof Kaulsdorf verteilten autonome Antifagruppen (inklusive AAB) Flugblätter für eine öffentliche Veranstaltungsreihe, bei der über „Argumente gegen die Jungen Nationaldemokraten" diskutiert werden sollte, und appellierten skandalösenveise mit dem Titel „Nationalismus ist keine Lösung!" an Rassisten. Unterstützer der Spartakist-Jugend intervenierten auf der ersten Veranstaltung gegen „Debatten" mit faschistischen Mördern und gegen „Sozialarbeit" unter jungen Nazis und stellten dem die Mobilisierung zu Arbeitereinheitsfrontaktionen, die die Faschisten stoppen, entgegen. Die erbärmliche Antwort der Antifa Prenzlauer Berg: „Hellersdorf ist heute nicht das Thema der Veranstaltung".

Zwei Tage später hatte die Gruppe Linksruck eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema „Sind Ausländerquoten notwendig?", bei der sie Unterschriften für eine Petition an IG-Metall-Chef Zwickel sammelte. Damit er was tut? Nicht ganz so rassistisch zu sein? Das Juso-Flugblatt für die „friedliche, legale" Demo in der Brodauer

Fortgesetzt auf Seite 6

Berlin,...

Fortsetzung von Seite 5

Straße hatte an den Staat appelliert: „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze". Linksruck ist eine Abspaltung aus der zerfallenen Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), die Anfang der 90er Jahre versucht hatte, die faschistischen Republikaner dadurch zu „stoppen", daß sie zur Wahl der SPD „trotz ihrer Politik" aufrief. In mehreren Städten stellt Linksruck jetzt die Führung der Jugendorganisation der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD, die ihrerseits in mehreren Bundesländern die Innenminister stellt, die täglich Abschiebeterror gegen Immigranten organisieren. Im Gegensatz dazu hatten die Genossen der Spartakist-Jugend am gleichen Abend eine öffentliche Veranstaltung an der Humboldt-Universität mit dem Titel „Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter- und Immigranten-Mobilisierung", wo es zu einer lebendigen Debatte unter deutschen und Immigrantenjugendlichen kam, die durch unser rotes Banner in Hellersdorf angezogen wurden. Diskutiert wurde, wie man die Arbeiterbataillone mobilisiert, die notwendig sind, um die Nazis beim nächsten Mal, wenn sie ihren völkermörderischen Terror verbreiten wollen, zu zerschlagen. In der Diskussion machten wir den Punkt, daß rassistische, prokapitalistische sozialdemokratische Bürokraten wie Zwickel das Haupthindernis sind, das die Arbeiterklasse im Kampf für eine *revolutionäre* Gewerkschaftsführung aus dem Weg räumen muß.



Reuters

Auszubildende während einer Demonstration im Ruhrgebiet protestieren gegen Arbeitslosigkeit

Nur sozialistische Revolution kann die faschistische Gefahr beseitigen!

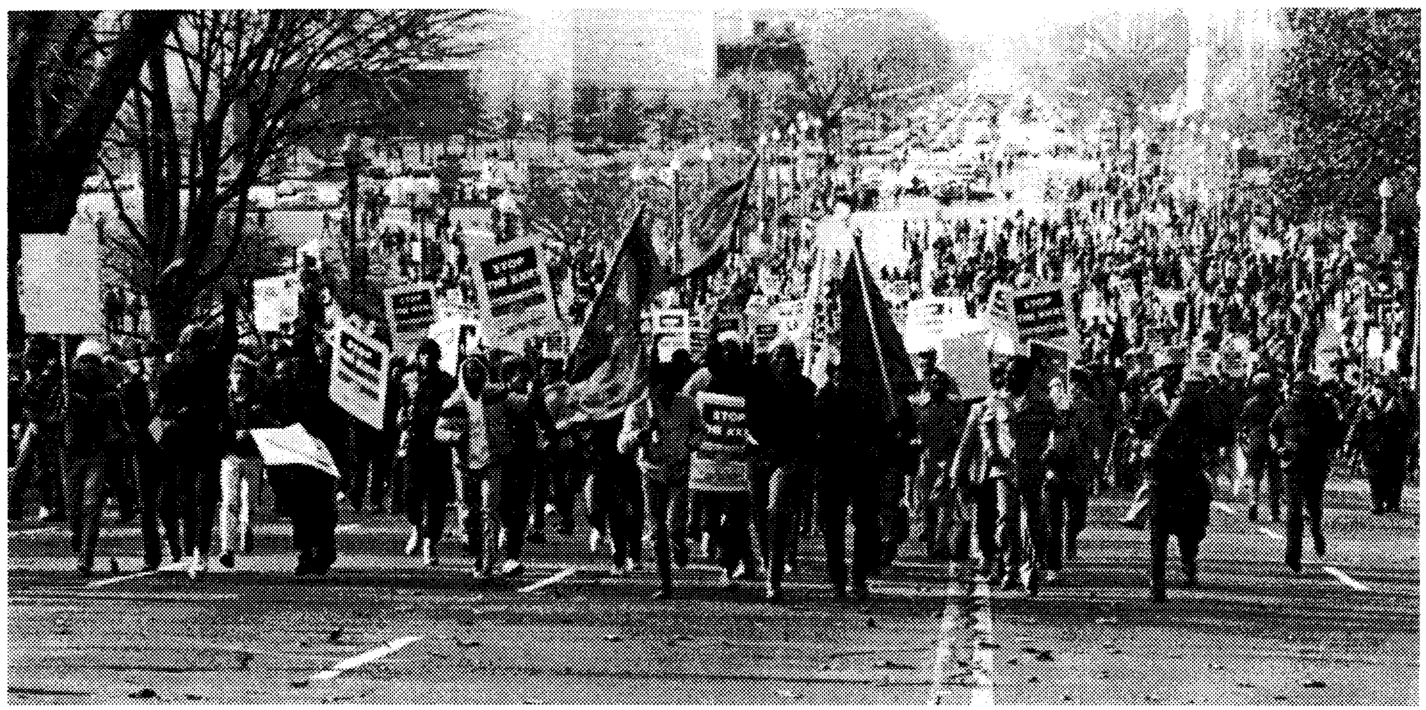
In ganz Europa sind rassistische Angriffe auf Immigranten die Speerspitze der Angriffe der kapitalistischen Herrscher auf den Lebensstandard und die Gewerkschaftsorganisationen der ganzen Arbeiterklasse. Die Interessen der Arbeiter und der Minderheiten müssen entweder gemeinsam durchgesetzt werden, oder sie werden gemeinsam zurückgeschlagen.

Inzwischen gehören faschistische Brandanschläge auf Immigrantenwohnheime in Deutschland so zum Alltag, daß nicht einmal mehr darüber berichtet wird, es sei denn, es gibt Tote. Auch in Italien und Frankreich steigt der faschistische Terror an; Le Pens Front National (FN) gewann vor kurzem das Bürgermeisteramt einer weiteren Stadt Südfrankreichs. Mit „ethnischen Säuberungen" und mörderischen Schlägerangriffen auf Linke und Immigranten hat die FN bereits begonnen, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Um den faschistischen Terror zu bekämpfen, sind nicht nur militante Straßenaktionen notwendig, obwohl auch diese ihren Platz haben, sondern vor allem ein Programm für revolutionären Kampf.

Die Faschisten rekrutieren genau deshalb, weil sie scheinbar die einzige Kraft sind, die ein „radikales" soziales Programm anzubieten hätte. Die Anarchisten haben kein Programm zur Bekämpfung des Kapitalismus, während die bankrotten reformistischen Irreführer - denen die Zentristen hinterherkriechen - die Wut der Arbeiterklasse über die hochschnellende Arbeitslosigkeit in denselben immigrantenfeindlichen Chauvinismus kanalisieren wollen, der von den Faschisten geschürt wird. Wir Trotzkisten kämpfen für ein Programm der proletarischen Revolution, um das kapitalistische System und seine faschistischen Mörderbanden wegzufegen. Der einzige Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung anständiger Wohnungen, anständiger Ausbildung und sozialer Absicherung für alle und zur Abwendung der Gefahr neuer imperialistischer Kriege und eines neuen Holocausts führt über die Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung einer egalitären sozialistischen Gesellschaft auf internationaler Ebene. Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Dazu ist ein kompromißloser Kampf gegen den giftigen Rassismus notwendig, der die Arbeiterklasse heute zersplittert. Die Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Unterdrükkung ist direkt auf das Programm der *Klassenzusammenarbeit* mit der eigenen Bourgeoisie zurückzuführen. Wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für eine neue, eine revolutionäre Führung - eine proletarische internationalistische leninistische Partei -, die die Arbeiterklasse gegen ihren Klassenfeind vereinen kann und die für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit kämpft.

Nach Workers Vanguard *Nr. 662, 21. Februar*



Workers Vanguard

Washington, 27. November 1982 - Arbeiter/Schwarzenmobilisierung auf der Constitution Avenue verhinderte Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klan durch Einheitsfrontaktion. Sie riefen: „Wir stoppten den Klan!"

Arbeitereinheitsfront...

Fortsetzung von Seite 8

zügeln, erinnern an die Rolle ihrer stalinistischen und sozialdemokratischen Vorläufer. Adolf Hitlers Drittes Reich ist schließlich ganz legal mit Zustimmung der Parlamentarier des Zweiten Reichs an die Macht gekommen.

Hitlers Sieg war eine Weichenstellung - konfrontiert mit der tiefen Krise des Kapitalismus, stand Deutschland vor der Entscheidung: internationale proletarische sozialistische Revolution oder faschistische Barbarei. Die Geschichte hat ihr Urteil deutlich gesprochen. Die Folgen der reformistischen Anpassung an die kapitalistische Ordnung dürfen weder vergessen noch wiederholt werden.

Das eine steht fest: Während die deutsche Bourgeoisie Hunderttausende Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz verjagt, richten sich ihre immigrantenfeindlichen Kampagnen gegen die Arbeiterbewegung, wobei sie hofft, den deutschen Nationalismus gegen „Ausländer" hochzupeitschen, um die Arbeiter dann zu spalten, wenn die größte Einheit - besonders mit den bedeutenden türkischen und kurdischen Teilen des Industrieproletariats - notwendig ist, um gegen die Angriffe auf den Lebensstandard des Proletariats Widerstand zu leisten und um sich gegen die Nazi-Mörderbanden zu verteidigen, die durch die Regierungspolitik angestachelt worden sind.

Faschismus richtet sich zuallererst gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Die Nazis konnten den Holocaust erst durchführen, *nachdem* die Arbeiterbewegung zerschlagen und atomisiert worden war. Die Nazi-Skinheads machen keinen Unterschied zwischen den Reformisten der PDS und allen anderen linken Parteien. Wenn sie gegen die PDS vorgehen, gehen sie gegen die Arbeiterbewegung vor. Es ist unbedingt erforderlich, daß die soziale Macht der deutschen Arbeiterbewegung mit ihren integrierten Industriegewerkschaften organisiert wird, um es mit der dreisten und mörderischen Herausforderung der Nazis aufzunehmen.

Wir Trotzkisten von der Spartakist-Arbeiterpartei rufen alle Gegner des Nazi-Terrors dazu auf, sich zur **Einheitsfrontverteidigung** zusammenzuschließen. Während wir offene politische Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen der Linken wie der PDS, den Jusos, den Autonomen usw. begrüßen und ermutigen, sind wir überzeugt, daß wir uns vereinen müssen - getrennt marschieren, vereint schlagen - und, gestützt auf die Macht der Gewerkschaften, die Nazi-Mörderbanden zerschlagen müssen. Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungspatrouillen zum Schutz von Immigrantenzentren, Flüchtlingswohnheimen, linken Büros, Jugendklubs, Synagogen, Moscheen und anderen Zielscheiben der Nazis. **Stoppt die Nazis, organisiert!**«

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

Kontakt zur SpAD

Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 5 55, 10127 Berlin

Halle Telefon (03 45) 2 02 90 55

Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

Nazi-Mordanschlag auf PDS-Buchhändler

Für Arbeitereinheitsfront zur Verteidigung gegen Nazi-Terror!

Nachfolgend drucken wir unser Flugblatt vom 19. Februar ab, das wir direkt nach dem Mordanschlag auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in Berlin-Marzahn veröffentlicht haben.

Seit Jahren ist der Nazi-Abschaum davongekommen, wenn er Brandanschläge und Morde an dunkelhäutigen Immigranten, Immigrantinnen und ihren Kindern verübt hat. Tatsächlich sind diese Angriffe so alltäglich geworden, daß darüber nur berichtet wird, wenn es Tote gibt. Heute wurde am hellichten Tage ein Buchhändler im PDS-Gebäude in Berlin-Marzahn das Opfer eines blutigen, fast tödlichen Angriffs durch einen Faschisten. Ein Typ mit Bomberjacke und Springerstiefeln feuerte mit einer Schrotflinte von hinten dreimal auf den Buchhändler. **Dies unterstreicht die Dringlichkeit von vereinten Arbeiterverteidigungsaktionen, um dieses Pack -jetzt - im Keim zu zerschlagen!**

Der mörderische Angriff von heute war ein krimineller Racheakt des Nazis wegen der erfolgreichen Massenaktion, die am Samstag, den 15. Februar eine Nazi-Provokation auf den Straßen von Berlin-Hellersdorf vereitelt hatte. Trotz massivem Polizeischutz für die Nazi-Mörder hatten mutige autonome Jugendliche, Spartakisten, Gewerkschafter, Jusos und andere die Nazis gestoppt. Dafür prügelte die Polizei auf die Nazigegner ein und nahm 104 Antifaschisten fest. **Wir begrüßen die erfolgreiche Aktion gegen die Nazis am 15. Februar in Hellersdorf und warnen: Wenn es den Nazis gelungen wäre, letzten Samstag ungehindert durch Berlin zu marschieren, würde die Zahl von terroristischen Angriffen auf Arbeiter, Immigranten, Linke und Minderheiten um das Hundertfache steigen.** Ihr verbrecherischer Überfall auf den Buchhändler in Berlin ist genauso wie die Ermordung des 17jährigen Frank Böttcher in Magdeburg ein feiger Angriff der rassistischen Terroristen, die vor den Mobilisierungen Angst haben, durch die sie zurückgeschlagen werden, wenn sie versuchen, aus ihren Rattenlöchern zu kriechen.

Kriminellerweise hat sich die PDS, die selbst ein Opfer der Nazi-Rache für Hellersdorf geworden ist, dem Chor derer angeschlossen, die Innensenator Schönbohm vom CDU/SPD-Senat gegen „linke Gewalt" anführt, weil sein massiver Polizeieinsatz zur Verteidigung der Faschisten am 15. Februar vereitelt wurde. Während der linke Buchhändler nach diesem terroristischen Angriff - der im gleichen Gebäude erfolgte, wo Gregor Gysi sein Wahlkreisbüro hat - im Krankenhaus liegt, verurteilte Gysi empörenderweise „tätliche Angriffe seitens linker Autonomer" und plädierte für „politische Auseinandersetzung" mit den Faschisten und für „Deeskalation" von Gewalt durch die Bullen.

Gregor Gysi sollte sich wie jeder Gewerkschaftsfunktionär, jeder Linke, jedes Mitglied einer Arbeiterorganisation und einer Minderheit an die bewegenden Worte des evangelischen Pfarrers Martin Niemöller erinnern, der 1945 sagte:

> „Erst kamen sie, um die Kommunisten zu holen, aber weil ich kein Kommunist war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Juden zu holen, aber weil ich kein Jude war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Katholiken zu holen, aber weil ich kein Katholik war, habe ich nicht protestiert. Als sie kamen, um mich zu holen, war niemand mehr da, um zu protestieren."

Der ungeheuerliche Versuch von Gregor Gysi, „Links"- und „Rechts"extreme auf eine Stufe zu stellen, ist eine tödliche Gleichsetzung, die nur zur Stärkung des blutigen kapitalistischen Staates führen kann, dem die PDS dient und der die Faschisten mit seinen Massenabschiebungen von Immigranten und seinen bösartigen Angriffen auf Arbeiter, Frauen, Minderheiten und Linke ermutigt. Während die PDS das Vierte Reich anfleht, die Auswüchse von „Extremisten" zu zügeln, dienen ihr Ausverkauf der DDR und ihre lauwarmen Aufrufe, das kapitalistische System zu „reformieren", dazu, das Elend zu vermehren, auf dem die Faschisten wachsen. Die schändliche Verurteilung der kühnen linken Aktion, die die Nazi-Provokation verhinderte, durch die PDS Und ihre selbstmörderischen Appelle an den Staat, er solle seine faschistischen Kettenhunde

Fortgesetzt auf Seite 7

Stoppt die Faschisten durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler. 10365 Berlin

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

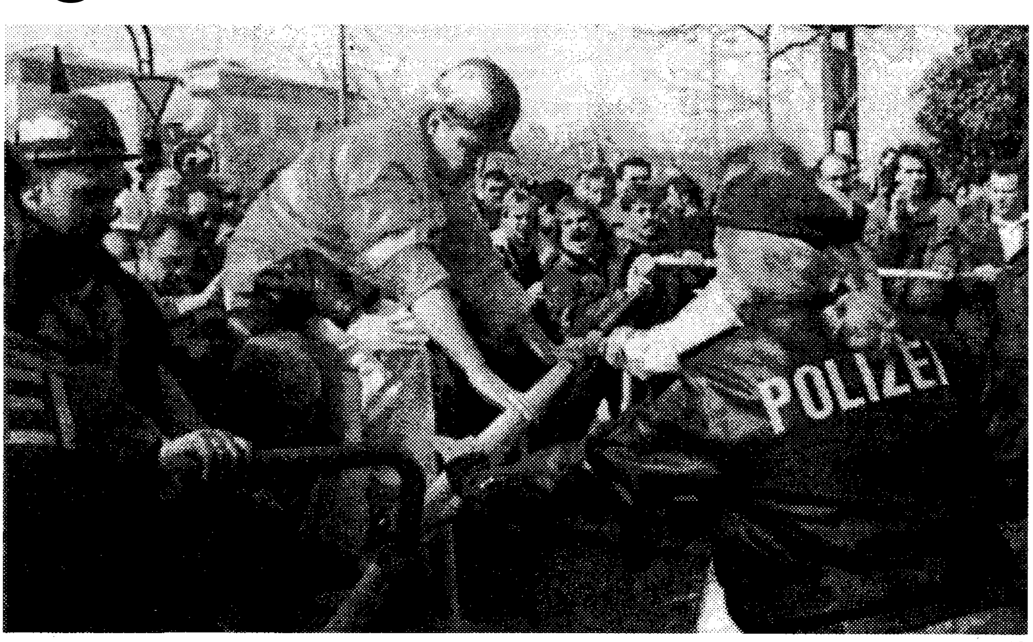
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 127 APRIL 1997 DM1,-

SPD/DGB-Spitzen schüren Nationalismus, Rassismus

Sozialdemokratie torpediert Bergarbeiterstreik

Sechs Tage lang haben 85000 Steinkohle-Bergarbeiter im März die Arbeit niedergelegt und überall, iq den Kohlerevieren Westdeutschlands, im Ruhrgebiet und an der Saar, Massendemonstrationen durchgeführt, um gegen die von der Regierung angekündigten drakonischen Betriebsschließungen und Massenentlassungen" zu protestieren. Trotz der Wut der Bergarbeiter, die in voller Montur mit Schutzhelm praktisch den Regierungssitz Bonn belagerten, gelang es Hans Berger, dem Chef der Bergarbeitergewerkschaft IGBE, und seinen rechten Kumpanen von der SPD, die Bergarbeiter zu demobilisieren und einen Ausverkaufsdeal mit Kohl und den Kohlebossen durchzudrücken. Nach fast einer Woche kämpferischer Streiks und Protestaktionen wurde den Arbeitern im Endeffekt das gleiche Resultat aufgebürdet, das die Regierung (und die Führung der IGBE) von Anfang an-ausgeheckt hatte - die Streichung von zwei Dritteln aller Arbeitsplätze im Bergbau in den nächsten acht Jahren -, mit „Umschulungs"maßnahmen und Abfindungen, um den Deal zu versüßen.



AP

Bergarbeiter stürmen Bonn. Nur internationale sozialistische Planwirtschaft kann ihnen eine Perspektive bieten

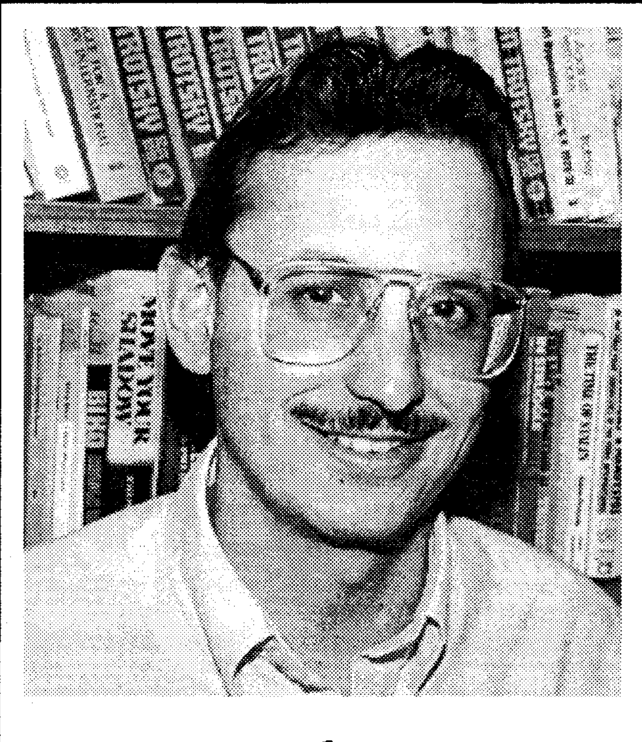
Nur wenige Tage nach dem Ende des Bergarbeiterstreiks kündigte Krupp ein Übernahmeangebot für Thyssen-Stahl an mit dem Ziel, den fünftgrößten Stahlkonzern der Welt zu schaffen, was zu weiteren Tausenden Entlassungen im Ruhrgebiet führen würde. Diese Nachricht provozierte eine Woche von Massenprotesten, 30 000 empörte Stahlarbeiter demonstrierten am 25. März durch Frankfurt/Main, während die Arbeiter in drei Stahlwerken die Arbeit niederlegten. Und wieder griffen die SPD-Führer ein, vor allem Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen - unterstützt von den Führern der IG Metall -, um das Diktat der Bosse durchzudrücken. Die Arbeiter werden zwar immer noch entlassen, aber sie sollen gefälligst den SPD/DGB-Verrätern dankbar sein für deren Grabreden.

Die wütenden Proteste gegen die drohenden Massenentlassungen bei Bergbau und Stahl finden in einer Zeit statt, in der das deutsche Proletariat mit der höchsten Arbeitslosenrate seit den frühen 30er Jahren konfrontiert ist. Auf die gleiche Art und Weise versuchen auch im übrigen Westeuropa - wo die Gesamtzahl aller Arbeitslosen in den Ländern der Europäischen Union heute *18 Millionen* beträgt - die kapitalistischen Herrscher, umfassende Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter und auf Sozialleistungen durchzupeitschen, um damit die Ausbeutungsrate nach oben zu treiben. In den letzten Monaten sind in ganz Europa Hunderttausende von Arbeitern aus Protest gegen die Massenarbeitslosigkeit und gegen Kürzungen im

Fortgesetzt auf Seite 9

Berlin: Militanter Protest verhindert Nazi-Aufmarsch
Für Arbeitereinheitsfront gegen Nazi-Terror! ...Seite 13

César Armendariz





1951-1996

In tiefer Trauer geben wir bekannt, daß unser Genosse Cesar Armendariz im Alter von 45 Jahren gestorben ist. Bei einem tragischen Autounfall am 28. Dezember 1996 trug er tödliche Kopfverletzungen davon; er starb am 30. Dezember.

Cesar wählte nie den Weg des geringsten Widerstands. Er wurde in Dallas, Texas, als Kind einer hispanischen Familie geboren und ist in El Paso aufgewachsen. Über die Schranken rassistischer Vorurteile hinweg erkämpfte er sich seine Ausbildung zum Arzt. Cesar erfüllte diesen Beruf - allzuoft ein Sprungbrett für egoistisches Karrierestreben - mit einem Ausmaß an Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen, wie sie nur selten zu finden sind.

Diese Wesenszüge waren charakteristisch für Césars Entschluß, sein Leben dem Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung und Erniedrigung zu weihen. 1979 wurde er Mitglied der Spartacist League/U.S. Als Arzt arbeitete er eng mit der medizinischen Kommission der SL zusammen, wo er sich mit peinlicher Sorgfalt darum bemühte, Genossen und ihren Angehörigen die beste und humanste medizinische Behandlung zu ermöglichen.

Neben seinen medizinischen Verpflichtungen zeichnete sich Cesar als vielseitiger kommunistischer Aktivist und Organisator aus. Der größte Teil seiner politischen Arbeit spielte sich in der Gegend von Washington D.C. ab, wo er seit mehr als zehn Jahren lebte. Im Verlauf der Kampagne für eine erfolgreiche Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen im Jahre 1988, die eine Kundgebung des Ku Klux Klan in der Innenstadt von Philadelphia verhinderte, spielte Cesar eine Schlüsselrolle dabei, einen Bus voller schwarzer Studenten der Howard University - die sogenannte „Frederick-Douglass-Brigade", benannt nach dem berühmten schwarzen Kämpfer gegen die Sklaverei - zur Demonstration zu bringen.

Im Frühjahr 1990 meldete sich Cesar freiwillig, um die Funktion des Organisators der Ortsgruppe in Washington D.C. zu übernehmen. Der Jugendarbeit - der Rekrutierung und dem Training zukünftiger Parteikader - maß er immer besondere Bedeutung bei. Unter der Jugend fühlte er sich ebenso zu Hause wie beim Gespräch mit Arbeitern - vom Verkauf des *Workers Vanguard* an die Werftarbeiter von Norfolk, Virginia, bis zur Aufgabe, die Arbeiterbewegung gegen rassistische Unterdrückung zu mobilisieren. Im Juni 1995 spielte Cesar eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung von Gewerkschaftern für einen Einheitsfrontprotest in Washington D.C. gegen die angedrohte Hinrichtung des schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt.

Cesar widmete sich mit ganzem Herzen der Aufgabe, eine Partei aufzubauen, die imstande ist, eine sozialistische Weltrevolution zu führen. 1989/90 ging er nach Berlin, um sich an der Intervention der Internationalen Kommunistischen Liga zu beteiligen, die darauf gerichtet war, der beginnenden politischen Revolution in der DDR eine proletarische revolutionäre Führung zu verleihen. Als er im letzten Herbst seinen Urlaub in Texas verbrachte, nahm er sich die Zeit, unsere Presse in den Maquiladoras zu verteilen - einem wichtigen Zentrum von Industriearbeitern hinter der US-Grenze in Mexiko.

In allen Aspekten seiner vielfältigen Parteiarbeit legte Cesar ein scharfes Verständnis für die Notwendigkeit leninistischer kollektiver Zusammenarbeit an den Tag - stets war er bereit, den Ansichten seiner Genossen zuzuhören. Der Verlust dieses bemerkenswerten Menschen ist eine unermeßliche Tragödie. Unser tiefempfundenes Beileid gilt Césars Familie, seinem Lebensgefährten Michale und all jenen, die ihm lieb und teuer waren. Cesar Armendariz war ein einzigartiger Genosse, der uns mit seinem grenzenlosen Mitgefühl, seinem ansteckenden Humor, seiner sanften Art und seiner Entschlossenheit tief bewegte. Mit der Fortsetzung unseres Kampfes werden wir sein Andenken bewahren.

Zur Trauerfeier in New York am I.Februar kamen Genossen aus allen Ortsgruppen der SL/U.S. und einige aus anderen Ländern, Césars Mutter, sein Bruder Marty und sein Lebensgefährte Michale. Nora Mendis, die Cesar von klein auf gekannt hatte, verlas eines seiner Lieblingsgedichte, „Ode an die Tomate" von Pablo Neruda. Ihre Schwester Elena rezitierte ein Gedicht, das sie zu seinem Andenken verfaßt hatte, und trug ein Violinstück vor, den „Abschied von Ashokan". Ein Schaukasten mit Fotos, Büchern und Briefen illustrierte die Vielfalt von Césars Interessen und Beiträgen: seine Arbeit für die Partei, seine Vorliebe für Nerudas Poesie und für Musik und Katzen, sein ausgeprägtes Interesse an der Geschichte des amerikanischen Bürgerkriegs, seine Reisen durch Europa und nach Mexiko. Die SpAD ehrte Cesar mit einer Kranzniederlegung bei der jährlichen Gedenkveranstaltung für Lenin, Liebknecht und Luxemburg am 12. Januar in Berlin-Friedrichsfelde.

München: 5000 Faschisten marschierten

Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt

Der Aufmarsch von 5000 Nazis, die am 3. März unter massivem Polizeischutz stundenlang durch die Innenstadt von München zogen, ist eine gefährliche Bedrohung für alle Minderheiten, Immigranten und die gesamte Arbeiterbewegung. Diese faschistische Provokation war explizit von den höchsten Ebenen der Landesregierung ermöglicht worden. Der Aufmarsch war der Höhepunkt einer Hetzkampagne von CSU und Teilen der CDU gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", die die Rolle der Nazi-Wehrmacht an der Ostfront dokumentiert. Die CSU-Kampagne zielt darauf ab, Hitlers Wehrmacht als Vorläufer der Bundeswehr und damit das Vierte Reich des deutschen Imperialismus reinzuwaschen.



AP

15000 gegen Nazis; aber nicht dort, wo die Nazi-Provokation startete

Der Nazi-Aufmarsch glich einem Hexenkessel, Skinhead-Blocks in SS-ähnlichen Uniformen skandierten: „Wir kriegen euch alle!" Wiederholt versuchten Nazi-Schläger aus der Demo heraus, antirassistische Jugendliche anzugreifen und Immigranten zu terrorisieren. Daß die Faschisten mehr oder weniger ungestört durch diese proletarische Stadt marschieren konnten, wo es einen beträchtlichen Anteil von Immigranten und anderen Minderheiten gibt, ist eine ernste Niederlage für die gesamte Arbeiterklasse. Die Verantwortung dafür liegt ganz und gar bei den reformistischen Führungen - den SPD- und DGB-Spitzen - und den linken Gruppierungen, die ihnen hinterhertraben.

Die Absicht, die Nazis zu *stoppen*, war offensichtlich vorhanden: Bis zu 15 000 antifaschistische Jugendliche und Arbeiter gingen in München auf die Straße, um zu protestieren. In Berlin, wo die Nazis fünf Busse für München gemietet hatten, weigerten sich vier der Busfahrer, diesen Abschaum zu transportieren. In Halle und in der Nähe von Leipzig griffen mutige antifaschistische Jugendliche Busse an, die voll mit Nazis nach München wollten, und schafften es, ihre Abfahrt zu verhindern.

Aber die reformistischen Irreführer sorgten dafür, daß es nicht zur massenhaften Mobilisierung der Arbeiter kam, die zusammen mit den Immigranten, Frauen, Schwulen und Lesben und all den anderen potentiellen Opfern des faschistischen Terrors die soziale Macht haben, die Nazis zurück in ihre Rattenlöcher zu jagen. Die Bullen hätten es sich dreimal überlegt, auf entschlossene Gewerkschaftskontingente von BMW und Siemens einzuschlagen, die durch politische Streiks die Industrie lahmlegen können. Aber genau diese soziale Macht wurde nicht mobilisiert, so daß Tausende mutige Jugendliche und Linke, die sich den Nazis entgegenstellen wollten, allein gelassen wurden und schutzlos 2000 Bullen gegenüberstanden. Fast 60 Antifaschisten wurden verhaftet. Wir fordern die Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

In München wurden drei getrennte Gegendemonstrationen bzw. -kundgebungen organisiert: von SPD/DGB, von den Grünen zusammen mit verschiedenen Antifa-Gruppen und Linken, und von der Antifaschistischen Aktion München und anderen Autonomen. Aber alle drei waren auf der entgegengesetzten Seite des Stadtkerns - ein bis drei Kilometer entfernt vom Nazi-Aufmarschort. Keine einzige Organisation mobilisierte dafür, die Faschisten am gleichen Ort und zur gleichen Zeit *zu stoppen, wo diese ihren Aufmarsch starten wollten.* Ihr ganzes Konzept bestand darin, durch impotente Proteste Druck auf den bürgerlichen Staat auszuüben, und war damit gegen die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gerichtet.

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahinaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 127 **April 1997**

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als Supplement Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 18, beigefügt.

Neue Zeugin bestätigt Komplott gegen Mumia Abu-Jamal

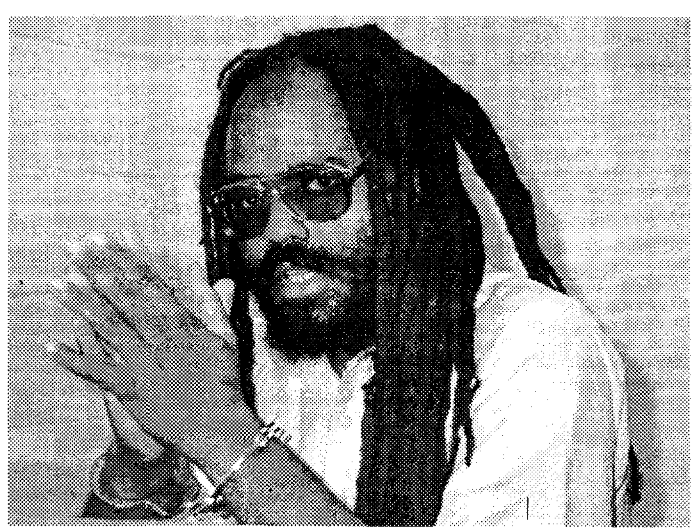
Am 10. März reichten die Anwälte von Mumia Abu-Jamal, politischer Gefangener in der Todeszelle, als Zusatz zu den Berufungsunterlagen, die gegenwärtig dem Gerichtshof des Bundesstaates vorliegen, neue Dokumente ein. Diese liefern weitere Beweise, daß die Polizei und die Anklage Zeugen manipulierten und unter Druck setzten, um Jamal fälschlicherweise zu verurteilen für den Tod des 1981 erschossenen Daniel Faulkner, Polizist in Philadelphia.

Im Mittelpunkt der neuen Beweise steht Pamela Jenkins, früher Informantin der Polizei in Philadelphia und Hauptzeugin der Ermittlungen der US-Bundesregierung im 39. Polizeibezirk, in deren Verlauf kürzlich sechs Bullen verurteilt wurden wegen krasser Korruption einschließlich *abgekarteter Anklagen gegen Hunderte unschuldiger Leute,* 283 Strafverfahren wurden daraufhin eingestellt!

Jenkins, eine frühere Prostituierte und Freundin von Tom Ryan, einem der sechs verurteilten Bullen, trat nun hervor und beschrieb: Er „und weitere Polizisten bedrängten mich und fragten mich, ob ich die Erschießung des Polizisten gesehen hatte ... Als ich ,nein' sagte, bedrängten sie mich weiter ... Für mich war klar, daß [sie] wollten, daß ich einen Meineid leiste und sage, ich hätte gesehen, daß Jamal den Polizisten erschoß."

Bei einer Pressekonferenz von Mumias Verteidigerteam am 10. März stand Pamela Jenkins Seite an Seite mit Veronica Jones, einer Zeugin der Erschießung 1981, die erst letzten Oktober bei einer Beweisanhörung beschrieb, wie sie von Bullen und Staatsanwälten in Philly gezwungen worden war, bei Mumias Verfahren 1982 zu lügen (siehe *Spartakist* Nr. 126, November/Dezember 1996: „Zeugin fur Mumia im Gericht verhaftet"). Die Bullen in Philly und das Büro des Bezirksstaatsanwalts haben konsequent geleugnet, der „Star"zeugin der Anklage Cynthia White irgendwelche Gefallen angeboten oder sie dazu gezwungen zu haben, gegen Jamal auszusagen. Dies hat sich schon als Lüge erwiesen. Pamela Jenkins berichtet, Cynthia White habe ihr gesagt, „daß sie wegen des Jamal-Falls durch einen Polizisten mit dem Tode bedroht worden ist". Und die neuesten Unterlagen der Verteidigung enthüllen in atemberaubender Weise: „White erhielt eindeutig noch im Jahre 1987 bevorzugte Behandlung, als *ein Detektiv der Mordkommission vor Gericht erschien und den Richter bat, White wegen ihrer Rolle im Fall von Jamal aus dem Gefängnis zu entlassen."* Dieses kommt zu dem Berg von Beweisen hinzu, die Mumias Unschuld belegen (siehe dazu die Broschüre des Partisan Defense Committee: *The Frame-Up of Mumia Abu-Jamal* [Die abgekartete falsche Anklage gegen Mumia Abu-Jamal], Juli 1995).

Schon 1979 hatte die US-Bundesregierung Anklage gegen die Stadt Philadelphia, den damaligen Bürgermeister Rizzo und die Polizeiverwaltung erhoben wegen systematischer Brutalität, besonders gegen Schwarze und den spanisch-sprachigen Teil der Bevölkerung. Seit dieser Zeit erschüttert ein Polizeiskandal nach dem anderen die Stadt. Alle Skandale enthüllten das gleiche Bild: ein System der Korruption von Polizei und Staatsanwaltschaft, das Verprügeln Verdächtiger, Diebstähle, rassistische Komplotte und Mord. Das Muster ist vertraut: Prostituierte und andere, die leicht angreifbar sind für Manipulationen der Polizei, werden für Meineide benutzt, um Verurteilungen sicherzustellen. Es lag eine bittere Ironie darin, daß die Bundesregierung die Stadt Philadelphia wegen Polizeiübergriffen anklagte, da einige der finstersten Polizeimaßnahmen in



Workers Vanguard

Mumia Abu-Jamal

direkter Zusammenarbeit mit dem Justizministerium eingeführt worden waren. Mumia war seit den 60er Jahren, als er der 15jährige Sprecher der Black Panther Party war, eine Zielscheibe des FBI-COINTELPRO-Programms.

Die rechtlichen Fakten sprechen überwältigend für Mumias Freiheit. Aber die Kräfte des Todes - von der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft) in Philadelphia bis zu den rassistischen Politikern, Staatsanwälten und Richtern - führen mit voller Härte ihre Anstrengungen fort, diesen mit Preisen ausgezeichneten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Black Panther zum Schweigen zu bringen und ihn hinrichten zu lassen.

Anfang März entschied der Oberste Gerichtshof Pennsylvanias, daß es Jamals Anwälten nicht erlaubt sei, den Berufungsantrag auch mündlich zu begründen, und entschied außerdem, was sogar noch gefährlicher ist, daß die Anklage zusätzliche Unterlagen gegen Jamal bei Gericht einreichen dürfe, die Verteidigung aber nicht das Recht habe, darauf zu antworten. Diese unheilvollen Entscheidungen unterstreichen, warum wir Marxisten kein Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte setzen. Diejenigen, die für Mumias Freiheit kämpfen, müssen statt dessen auf massenhaften sozialen Protest setzen, konzentriert auf die Macht der Arbeiterklasse. Der andauernde Rachefeldzug des Staates gegen Mumia Abu-Jamal unterstreicht, daß dieses System von Unterdrückung und Ausbeutung nur durch eine sozialistische Revolution hinweggefegt werden kann! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Schließt euch dem Kampf für die Freiheit Mumias an! Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50,10507 Berlin, oder ruft an: (0 30) 4 43 94 01. Überweist *dringend benötigte* Spenden für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal"."

Chicago: Verteidigt die Antifaschisten!

Der Prozeßtermin für die drei angeklagten Anti-Klan-Demonstranten vor dem Bezirksgericht von Chicago wurde auf den 5. Mai festgesetzt. Weitere Informationen zu diesem Fall im Artikel auf Seite 17.

Spartakist-Jugend

Finstere Geschehnisse an der Humboldt-Universität

Bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament (StuPa) am 4./5. Februar an der Berliner Humboldt-Universität kandidierte ein ominöser „Akademischer Studentenbund" (AStB), dessen Geschäft in der Verherrlichung von Nazi-Ideologie und Hitlers Mörderbanden besteht. So veröffentlichte dessen Vorsitzender Karl Friedrich Weiland eine Seminararbeit „SS - der schwarze Orden: eine Untersuchung der Entwicklungslinien und Zukunftspläne der SS" und kündigte sie im Internet an. Kurz vor den StuPa-Wahlen war diese Schrift plötzlich nicht mehr auffindbar. Als Studenten empört die Herausgabe einer weiteren „Arbeit" dieses Nazi-Ideologen verlangten, weigerte sich Professor Winkler mit Berufung auf den Datenschutz! Wie die *taz* am 22. Januar berichtete, vertritt Weiland die „Geopolitik" von Rudolf Kjellén - eine sozialdarwinistische Herrenrasse-Ideologie, die die Grundlage für Hitlers Völkermord war. Unter dem Deckmantel biedermännischer Seriosität verbirgt sich hier die Fratze einer faschistischen Organisation.

Die Faschisten sind paramilitärische Schlägerbanden, ihr Programm ist Völkermord. Weilands braune Propaganda dient dazu, unter den Studenten Kräfte für neue faschistische Greuel zu sammeln und zu organisieren. Niemand sollte vergessen, daß die Nazis vor 1933 an den deutschen Universitäten ihre Mengeies rekrutierten. Heute versuchen die Nazis wieder, national ein Netzwerk an den Universitäten aufzubauen. Diese Nazi-Apologeten sind genauso gefährlich wie die Schlägerbanden. Es ist eine Frage der einfachen Selbstverteidigung aller potentiellen Opfer des faschistischen Terrors, die Nazis zu stoppen. Die Weiland-Faschisten müssen von den Studenten und Arbeitern aus der Uni rausgeschmissen werden! Dafür trat die Spartakist-Jugend ein, die bei den StuPa-Wahlen kandidierte, um Studenten, die gegen Bildungsklau, Rassismus und Naziterror kämpfen wollen, für die Seite der Arbeiterklasse und damit zum Programm der proletarischen Revolution zu gewinnen. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen.

Die rassistische Hetze des Staates und die zunehmenden Nazi-Anschläge auf Immigranten und Linke sind die direkte Konsequenz der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990. Wir Spartakisten haben damals den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution verteidigt und für die proletarisch-politische Revolution im Osten und die soziale Arbeiterrevolution im Westen gekämpft. Höhepunkt unseres Kampfes für ein rotes Rätedeutschland war die Treptower Demonstration von 250 000 Arbeitern, NVA-Soldaten und Jugendlichen gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Januar 1990. Kurz danach distanzierte sich die SED/PDS von der Treptower Massenkundgebung, die von uns Spartakisten initiiert worden war, und managte den Ausverkauf der DDR an die Imperialisten. Heute muß die Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten und gegen die Faschisten mobilisiert werden, die die Stoßtruppen der herrschenden Klasse sind.

Wir Spartakisten sagen: Über Völkermord kann man nicht diskutieren! Soll man mit dem JN-Führer Storr über ein „ausländerfreies Deutschland" oder mit Weiland über die „Zukunftspläne der SS" debattieren? Als am 3. Februar - an der Humboldt-Uni auf der sogenannten „Elefantenrunde" alle Listenkandidaten zur Podiumsdiskussion im Kinosaal geladen wurden, organisierte die Spartakist-Jugend davor einen lautstarken Protest gegen jede „Diskussion" mit dem Faschisten Weiland. Auf Plakaten wiesen wir auf Weilands Verwirrspiel hin und fragten: „Wo ist Weilands Papier über den ‚SS-Orden'?" und „Wer ist K. F. Weiland?" Während besonders der Referentinnenrat (AStA) davon faselte, man müsse mit Weiland „debattieren" (der sich letztlich nicht mehr traute, an dem Abend aufzutauchen), rief die Spartakist-Jugend die Studenten dazu auf, sich unserem Protest unter den Losungen „Nazis raus aus der Uni!" und „Stoppt die Nazis durch Arbeiteraktion!" anzuschließen.

Der RefRat, die Jusos, die Linke Liste, die Uni-Zeitung „Huch" und das Kollektiv des autonomen Uni-Cafés Krähenfuß hingegen reagierten auf die AStB-Kandidatur mit „Aufklärungsarbeit", die in der Forderung „Wählt links!" gipfelte. Doch durch Wahlen wird der faschistische Terror nicht gestoppt. Notwendig sind militante Einheitsfrontaktionen von Gewerkschaften (GEW, ÖTV), Linken, Immigranten, Schwulen/Lesben, Juden, um Weiland und seinen braunen Haufen von der Humboldt-Uni zu vertreiben. Ein Beispiel dafür war die erfolgreiche Aktion gegen die Nazis am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, für die die Spartakist-Jugend auch an der Humboldt-Uni mobilisiert hat (siehe Extrablatt auf Seite 13 dieser Ausgabe). Dort ist es uns gemeinsam mit Autonomen, Jusos, Gewerkschaftern, Studenten, Immigranten und anderen gelungen, das Nazipack der „Jungen Nationaldemokraten" in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben!«

Schulungsreihen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

24. April Nieder mit Chauvinismus, Antisemitismus und Rassismus! Für eine integrierte revolutionäre Arbeiterpartei!

6. Mai Video: „Ganz Unten"- Dokumentarfilm zum Buch von Günter Wallraff

jeweils 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111
Für weitere Informationen: Berlin (030) 4439400

Hamburg

ABC des Marxismus

9. April Die Oktoberrevolution

7. Mai Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

21. Mai Der Kampf für eine revolutionäre Partei

jeweils Mittwoch, 18.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 1. Stock, Clubraum
Für weitere Informationen: Hamburg (040) 323644

Immigration und die rassistische „Festung Europa"

Die Übersetzung des nachstehenden dritten Teils des Artikels, der zuerst in Spartacist *(französische Ausgabe) Nr. 29, Sommer 1996, erschienen ist, erfolgte aus der leicht redigierten Fassung in* Workers Vanguard Nr. 653 *vom 11. Oktober 1996.*

Sozialdemokratie: „Linkes" Gesicht der rassistischen Reaktion

Die 80er Jahre sahen die Bestrebungen der europäischen Bourgeoisien, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, die nach internationalen Maßstäben unakzeptabel niedrig geworden war. Während das Thatcher-Regime in Britannien einen Frontalangriff gegen den „Sozialstaat" und die Gewerkschaftsbewegung startete, zeigte sich die arbeiterfeindliche Offensive auf dem westeuropäischen Festland zuerst auf der Ebene der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten stellten einfach weniger junge Arbeiter ein, die neu auf dem Arbeitsmarkt waren, und behaupteten, daß das vorherrschende Niveau der Löhne und staatlich verordneten Lohnnebenkosten es

Teil drei von drei

ihnen unmöglich mache, effektiv mit den Amerikanern und Japanern zu konkurrieren. Massenarbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, ist seit der weltweiten Rezession von 1982/83 ein Hauptmerkmal der Wirtschaft der westeuropäischen Länder.

Besonders Frankreich in den 80er Jahren liefert einen klaren und zwingenden Beweis für die Impotenz des sozialdemokratischen Reformismus angesichts des nationalen und internationalen kapitalistischen Marktes. Das Land hatte einen sozialdemokratischen Präsidenten, François Mitterrand, während die Sozialisten die dominierende und bisweilen einzige Regierungspartei waren. Doch die Arbeitslosenrate war weit höher als in den drei Jahrzehnten zuvor unter den rechten bürgerlichen Regierungen. Die Arbeitslosenrate, die 1981, als Mitterrand in den Elysee-Palast einzog, 6 Prozent betrug, kletterte gegen Ende des Jahrzehnts auf über 10 Prozent und ist in den 90er Jahren weiter gestiegen.

Es ist nicht nur so, daß die Politiker der Labour Party und der „sozialistischen" Parteien überhaupt nicht die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse schützen, sie sind sogar die Nutznießer der „Austeritätspolitik" gegen die Arbeiterklasse: Die Bourgeoisie übergibt ihnen die Insignien der Regierungsmacht genau dann, wenn sie den Widerstand gegen ihre Angriffe entschärfen will. Gleichzeitig haben die westeuropäischen Kapitalisten eingewanderte Arbeiter benutzt, um Lohnkosten niedrig zu halten und zu drücken, häufig dadurch, daß sie das Arbeitsrecht und die Arbeitsschutzbestimmungen mißachteten. Viele ausländische, besonders „illegale" Arbeiter kriegen nur „Schwarz"arbeit und erhalten damit keine Kranken-, Arbeitslosen- oder Rentenversicherung. Mitte der 80er Jahre verkleidete sich Günter Wallraff, ein westdeutscher Journalist mit linken Sympathien, als türkischer „Gastarbeiter" (namens „Ali") und erzählte seine Erfahrungen in dem Buch *Ganz unten.* Bei einem Job wurden Wallraff/Ali und seine „Gastarbeiter"-Kollegen nicht nur dazu gezwungen, regelmäßig zwei Schichten am Tag zu arbeiten, sondern sie mußten auch eine Anlage zur Stahlerzeugung ohne Schutzmaske und Helm von Koksstaub säubern. Seitdem leidet Wallraff unter chronischer Bronchitis.

So ist die steigende Arbeitslosigkeit unter westeuropäischen Jugendlichen einhergegangen mit der brutalen Superausbeutung von dunkelhäutigen eingewanderten Arbeitern. Weil es keine revolutionären, d. h. wirklich kommunistischen Parteien gibt, die in der Lage wären, die Arbeiterklasse im Kampf gegen die verheerenden Folgen des Kapitalismus zu vereinen, haben die Faschisten und andere rechtsextreme Kräfte einen Vorteil aus den sich verschlechternden sozialen und ökonomischen Verhältnissen Westeuropas gezogen. Zum Beispiel organisiert Jörg Haider, dessen Freiheitliche Partei bei den letzten Wahlen in Österreich über 20 Prozent erhielt, Veranstaltungen mit SS-Veteranen, lobt Hitlers „ordentliche Beschäftigungspolitik" und bezeichnet Nazi-Vernichtungslager wie Auschwitz als „Straflager". Einer seiner Standardsprüche ist: Es gibt „140000 arbeitslose Österreicher" und „180 000 Ausländer". Ebenso sagte kürzlich ein Kader von Frankreichs Nationaler Front dem amerikanischen Journalisten Mark Hunter: „Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, sind wir erledigt" *(New York Times Magazine,* 21. April 1996). Auch wenn diese Aussage leider eine zu starke Vereinfachung ist, enthält sie einen wichtigen Kern von Wahrheit.

Es ist in der europäischen Linken üblich, die steigende Flut des immigrantenfeindlichen Rassismus der Demagogie der „extrem" rechten Gruppen zuzuschreiben. Aber die Faschisten drücken einfach nur auf offene, unverblümte und gewalttätige Weise die *ökonomischen und politischen Interessen* der herrschenden Klassen Europas zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Das europäische Kapital hat jetzt keinen Bedarf an zusätzlichen importierten Arbeitskräften aus Dritte-Welt-Ländern, während Immigranten-Jugendliche der zweiten Generation als ökonomisch überflüssig gelten und für eine Quelle sozialer Unruhen gehalten werden. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind französische und deutsche Jugendliche, denen chronische Arbeitslosigkeit bevorsteht, dazu bereit, die Art von Joljs anzunehmen, die vor ein paar Jahren nur Araber, Schwarzafrikaner, Türken und Kurden genommen hätten. Außerdem hat die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock dem europäischen, besonders dem deutschen Imperialismus eine wichtige neue Sphäre der Ausbeutung eröffnet. Vor ein paar Jahren jubelte der Sprecher der deutschen Industrie Tyll Necker: „Direkt vor unserer Türschwelle haben wir in Osteuropa zum ersten Mal ein-riesiges Reservoir an billigen und hochqualifizierten Arbeitskräften." Statt Arbeitskräfte aus der Türkei zu importieren, exportiert die deutsche Industrie Kapital in die Tschechische Republik, nach Ungarn, Polen usw., um die Arbeitskräfte dort auszubeuten.

Wie wir hervorgehoben haben, ist der Sozialdemokrat-

Für eine leninistische Partei als Volkstribun!

sehe „Sozialstaat" entstanden und aufrechterhalten worden, weil der Imperialismus in Europa sich die Unterstützung oder zumindest Neutralität seiner Arbeiterklasse im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion sichern mußte. Jetzt jedoch sind die euiopäischen Bourgeoisien dabei, diese sozialen Zusatzkosten loszuwerden und die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben bei der scharfen Konkurrenz zu den USA und Japan. Demagogie und Terror gegen Immigranten werden benutzt, um die Arbeiterklasse zu *spalten und abzulenken* vom gemeinsamen Kampf gegen die gegenwärtige kapitalistische Offensive.

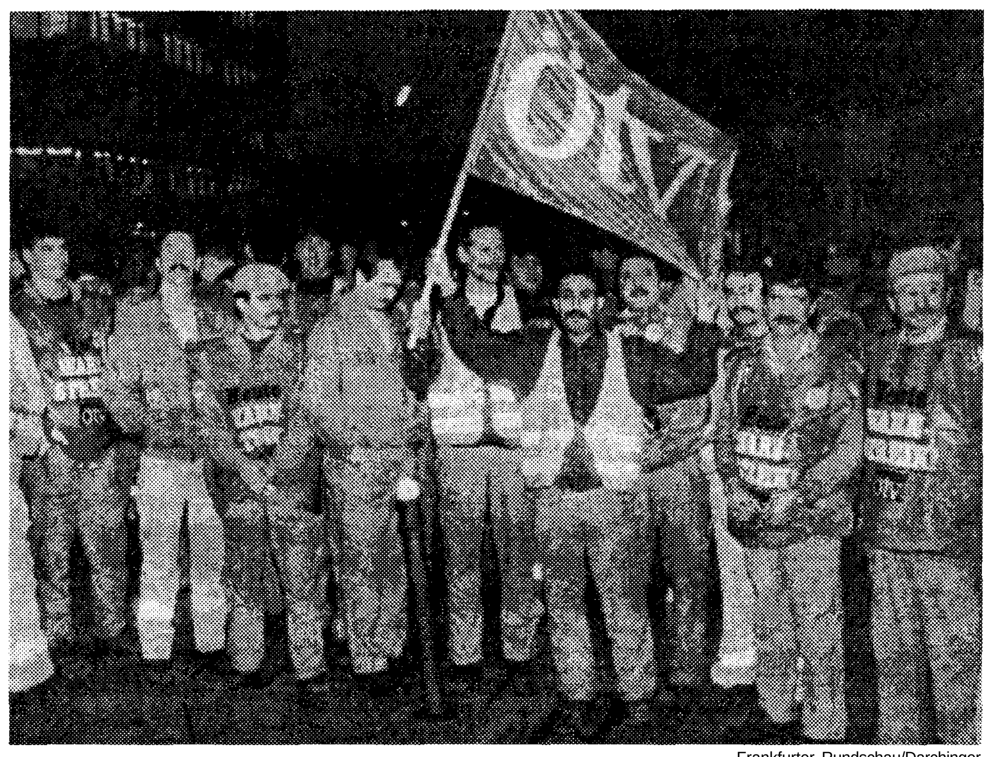
Der Hauptteil der Sozialdemokraten hat die liberale Haltung in der Frage der Immigration aufgegeben und versucht, die Rechten mit chauvinistischer Demagogie zu übertreffen. 1981 an die Macht gelangt, griff die französische „Linke", als sie 1982 mit Streiks von eingewanderten Autoarbeitern konfrontiert war, schnell zu einer Reihe von widerlichen rassistischen Maßnahmen. 1988 erklärte Mitterrand, daß Frankreich bei der Immigration die „Toleranzschwelle" erreicht habe. In Deutschland taten sich 1993 die SPD und CDU zusammen, um das Recht auf politisches Asyl praktisch zu eliminieren, das in der Nachkriegsverfassung von Westdeutschland gestanden hat. Nur wenige Nächte später „feierten" Faschisten das mit dem Brandanschlag auf ein Haus von türkischen Familien in Solingen am Rande des Ruhrgebiets und töteten fünf Frauen und Kinder. Der Kampf gegen immigrantenfeindlichen Rassismus muß nicht nur militant gegen die Faschisten geführt werden, sondern auch genauso auf der politischen Ebene gegen die reformistischen Irreführer der Arbeiterbewegung.

In klassischen marxistischen Begriffen bringen die reformistischen Parteien die unmittelbaren Interessen und das bürgerliche Bewußtsein der „Arbeiteraristokratie" zum Ausdruck - der weißesten und qualifiziertesten Schichten des Proletariats und besonders der Arbeiterbürokratie. Nirgendwo ist dies so deutlich wie bei ihrem Kniefall vor der Hetze gegen Immigranten. Die SPD sieht sich als die Vertretung der Arbeiter von der Mehrheitsgruppe, und bestimmt nicht der türkischen und kurdischen Arbeiter, die noch nicht einmal wählen dürfen. Die bürokratisierten Gewerkschaften in Frankreich waren froh, die Nichtbeteiligung der (zum großen Teil von Immigranten stammenden) Industriearbeiter des „Privatsektors" als Ausrede benutzen zu können, um die Streikwelle des letzten Winters abzublasen, aber sie haben nie versucht, starke militante Gewerkschaften zu organisieren, um in Industriezweigen wie den privaten Autofirmen die Nichtorganisiertheit oder die Organisierung durch gelbe Gewerkschaften zu durchbrechen.

Für proletarischen Kampf gegen den immigrantenfeindlichen Rassismus!

Die Interessen der Arbeiter und Minderheiten machen gemeinsam Fortschritte oder werden gemeinsam zurückgedrängt. Mitte bis Ende der 50er Jahre hat die CGT bei Renault Billancourt einen großen Teil der Arbeiter im Betrieb organisiert (im Gegensatz zur „Minderheits'Vertretung durch die Gewerkschaften heute). Der nackte sozialpatriotische Verrat der Kommunistischen Partei an dem antikolonialistischen Kampf in Algerien, als die KP für den französischen Imperialismus Seite bezog, während dieser die algerischen Massen blutig unterdrückte, bedeutete einen fürchterlichen Schlag gegen das Klassenbewußtsein und die Sympathien mit dem Kommunismus unter algerischen Arbeitern in Frankreich, zu denen auch die Mehrheit der Arbeiter bei Billancourt gehörte. Die KP bekräftigte noch ihren Verrat, als sie die Türen des *l'Humanité-Büros* verriegelte, so daß niemand hinein konnte, als im Oktober 1961 eine Demonstration für die Unabhängigkeit Algeriens von den Bullen angegriffen und Hunderte getötet wurden.

Eingewanderte Arbeiter in Betrieben wie Talbot, die im Winter 1983/84 bestreikt wurden, waren eine Speerspitze des militanten Klassenkampfes zur Verteidigung der ökonomischen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Aber die Bürokratie hat sie im Stich gelassen. Die spalterischen Auswirkungen dieses Verrats bleiben im Bewußtsein des Proletariats. Zu den Ergebnissen einer „Führung", die nicht für die Interessen der besonders Unterdrückten kämpfen will, gehören schwache Gewerkschaften, die die Interessen keiner ihrer Miglieder verteidigen, und ein politisches Klima, das von rassistischen Argumenten im Munde der Rechten und auch der „Linken" dominiert wird.



Frankfurter Rundschau/Darchinger

Streikpostenkette beim ÖTV-Streik 1992. Eingewanderte Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats in Deutschland

Die reformistischen Verräter, die immer damit beginnen, daß sie die Grenzen dessen akzeptieren, was der rassistische Kapitalismus als „möglich" (mit anderen Worten, gewinnbringend) hinstellt, wollen nur allzu gern die Rechten mit chauvinistischen Angriffen auf Minderheiten übertreffen. Hinter ihnen her kriechen viele Gruppen der „sozialistischen" Linken, die sich - wenn sie nicht offen die rassistischen Codeworte der Bourgeoisie über „Drogen" und „Verbrechen" und „Terrorismus" nachbeten oder die giftigen Appelle der Bürokratie gegen „ausländische" Arbeiter, die „uns den Arbeitsplatz wegnehmen" - mit abstrakten „antirassistischen" Appellen begnügen, für deren wirkliche Durchsetzung sie nichts tun, beispielsweise in den Gewerkschaften, wo sie Einfluß haben. Ihr leerer Moralismus paßt gut zur Heuchelei der großen reformistischen Parteien, die sich umdrehen und Massendemonstrationen „für Toleranz"

Fortgesetzt auf Seite 8

Immigration...

Fortsetzung von Seite 7

organisieren ... nachdem der offizielle rassistische Konsens, an dem sie teilhaben, die faschistischen Terroristen dazu ermutigt hat, Immigrantenwohnheime niederzubrennen und Männer, Frauen und Kinder zu ermorden.

Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem internationalistischen Programm, das das Proletariat braucht, um für seine Macht kämpfen zu können - und selbst, um defensive Kämpfe in der imperialistischen Epoche führen zu können -, und dem Akzeptieren des giftigen Rassismus, der die Arbeiterklasse spaltet und nur den bürgerlichen Herren dient. Die revolutionären Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga treten aktiv für die Rechte der Immigranten ein und kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle - egal wie sie es geschafft haben, hierher zu kommen. Die französische Sektion der IKL, die Ligue trotskyste, kämpft dafür, massive Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen zu organisieren, um faschistische Provokationen zu zerschlagen. 1993 haben wir in Paris eine Propagandakampagne geführt, damit die Arbeiterbewegung massenhaft auf die Straße geht, um das 18. Arrondissement (Stadtbezirk) zu verteidigen, über das der Belagerungszustand verhängt worden war: Der rassistische Staat schickte eine Armee von Bullen, um eine Jugendrevolte niederzuschlagen, die ausbrach, nachdem ein junger Afrikaner auf einer Polizeiwache erschossen worden war. LTF-Unterstützer im öffentlichen Dienst riefen während des Streiks im letzten Dezember ihre Gewerkschaften dazu auf, gegen das rassistische Verbot zu kämpfen, wonach keine Immigranten im staatlichen Sektor beschäftigt werden dürfen.

Nur eine neue, revolutionäre Führung - eine trotzkistische proletarische Partei - kann die Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind und dessen rassistisches System vereinigen. Nur eine solche Partei kann die immigrierten Arbeiter und die neue Generation von jugendlichen Aktivisten für die Seite der Arbeiterrevolution gewinnen. Tausende von Jugendlichen in ganz Europa haben versucht, Immigranten und Jugendliche der zweiten Generation militant zu verteidigen; viele halten sich jetzt für „Anarchisten", aus lauter Abscheu vor dem Chauvinismus und der Gleichgültigkeit jener Parteien, die sich „Sozialisten" oder „Kommunisten" nennen. Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Unterdrückung ergibt sich direkt aus der Perspektive der *Klassenkollaboration.* Die grundsätzliche Methode der Reformisten ist es, sich um Verbündete in einem Teil ihrer „eigenen" Bourgeoisie zu bemühen (dieses Jahr versucht die KP in Frankreich einen Block mit der „gegen Maastricht" eingestellten Bourgeoisie zu bilden) und bestimmt nicht nach Verbündeten unter den besonders unterdrückten Schichten der Werktätigen Ausschau zu halten. Wir proletarischen Revolutionäre sind das Gegenteil: Nicht dumm und korrupt geworden durch die Jagd nach „Freunden" beim Klassenfeind, wissen wir, wer unsere Freunde sind.

Zwar gibt es bedeutende Unterschiede, was die Lage und die Rolle der Schwarzen in den USA und der nichteuropäischen Immigranten-Bevölkerung in Westeuropa betrifft, aber der Kampf zur Überwindung rassistischer und ethnischer Trennlinien hat in allen Regionen der kapitalistischen Welt eine strategisch zentrale Bedeutung für die kommunistische Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Wie wir vor mehr als 20 Jahren in „Westeuropas Importierte Arbeitskräfte: Ein Schlüssel zur Revolution" *(Workers Vanguard* Nr. 31, 26. Oktober 1973) schrieben:

> „Genauso wie es für das proletarische Bewußtsein in den USA von zentraler Bedeutung ist, die Einheit über alle Unterschiede in der Hautfarbe hinweg zu erreichen, so ist die Integration ausländischer Arbeiter in die Arbeiterbewegung jetzt ein Schlüssel zur Vertiefung des internationalistischen Bewußtseins des französischen und des deutschen Proletariats. Umgekehrt ist eine gegen ausländische Arbeiter gerichtete Politik jetzt die Hauptachse der westeuropäischen Reaktion. Als die französische faschistische ,Ordre Nouveau' (Neue Ordnung) vor kurzem ihre öffentliche Präsenz bekräftigte, tat sie das durch eine Kundgebung für die Vertreibung ausländischer Arbeiter. Der Kampf gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter ist gleichzeitig entscheidend, um das westeuropäische Proletariat für den sozialistischen Internationalismus gewinnen zu können."«

Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

Gesundheitswesen und bei den Renten auf die Straße gegangen. Renault-Arbeiter in Frankreich, Spanien und Belgien haben Kundgebungen abgehalten und ihre Betriebe besetzt, um gegen Schließungen zu protestieren, durch die Tausende von Arbeitsplätzen bedroht sind. In Italien demonstrierten vor kurzem 300000 Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit.

Siegreiche defensive Streiks von Teilen des Proletariats können umfassendere Arbeiterkämpfe inspirieren. Aber aus sich selbst heraus können solche sektoralen Kämpfe, selbst wenn sie nicht durch die reformistischen Irreführer ausverkauft und abgewürgt werden, die Politik der Bourgeoisie nicht grundlegend ändern. Ob durch Massenarbeitslosigkeit, Inflation oder die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, die Kapitalistenklasse ist entschlossen, die Produktionskosten zu senken und ihre Profitrate zu steigern. Dies zeigt sich besonders deutlich im Fall der deutschen Bergbauindustrie, deren Kohle wegen der großen Fördertiefen auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig ist. Notwendig ist eine Arbeiterrevolution, um das gesamte System der kapitalistischen Ausbeutung wegzufegen. Wir kämpfen für ein rotes Arbeiterdeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Von zentraler Bedeutung hierbei ist die Notwendigkeit, die Arbeiter von den verräterischen SPD-Führern und den prosozialdemokratischen Führern des DGB zu brechen. Der Ausverkauf des Kohlestreiks ist ein anschauliches Beispiel dafür, was Lenins Charakterisierung von Parteien wie der SPD als *bürgerliche Arbeiterparteien* bedeutet. Es war offensichtlich, daß die SPD immer noch die Loyalität eines Großteils der westdeutschen Arbeiterklasse hat. Ebenso kristallklar war, daß sie diese Loyalität dazu ausnutzt, unterwürfigst die Interessen der Kapitalistenklasse zu verteidigen.

Während der Zeit des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg gaben sich die SPD und andere sozialdemokratische Parteien als Beschützer der Arbeiter aus, während sie der Arbeiterklasse das Gift des Antikommunismus einflößten. Diese Parteien handelten die Deals aus, die zu Industriesubventionen und Sozialleistungen führten. Sie waren dazu in der Lage, weil die Bourgeoisie bereit war, einen „Sozialstaat" aufrechtzuerhalten, beispielsweise mit relativ hohen Löhnen für westdeutsche Arbeiter, um sich damit die Loyalität der Arbeiter für den „demokratischen" Imperialismus zu erkaufen, Klassenkämpfe gar nicht erst aufkommen zu lassen und das Gespenst des „Kommunismus" abzuwehren. Jetzt, nach der Zerstörung der Sowjetunion und des deformierten Arbeiterstaats DDR, gehen die imperialistischen Bourgeoisien daran, den „Sozialstaat" abzubauen. Ein streikender Bergarbeiter brachte es auf den Punkt: „Sek die Mauer gefallen ist, muß die Marktwirtschaft nicht länger zeigen, daß sie eine soziale Seite hat." Zur gleichen Zeit kann die Bourgeoisie angesichts des Wiederauflebens der interimperialistischen Rivalitäten ihre Profitrate nur dadurch aufrechterhalten, daß sie den Lebensstandard der Arbeiterklasse massiv angreift. Heute treten SPD & Co. offen als Vollstrecker der Kampagne der Bourgeoisie zur Steigerung der Profite auf.

Besonders die Sozialdemokraten und exstalinistische reformistische Parteien wie die PDS, die Kommunistische Partei Frankreichs und Rifondazione Comunista in Italien agieren als Handlanger der Kapitalisten und versuchen, die Einheit der Arbeiterklasse zu zerstören, indem sie protektionistischen Chauvinismus und Rassismus gegen Immigranten schüren. Selbst als Bergarbeiter mit deutschem Familienhintergrund im Ruhrgebiet Seite an Seite mit ihren Kollegen türkischer und kurdischer Herkunft standen -von denen viele schon lange Jahre in den Zechen arbeiten -, erklärte SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping im Fernsehen: „Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?" Und in Berlin organisierten die Chefs der Gewerkschaft IG Bau eine Woche lang Demonstrationen, deren Ziel es war, „illegale ausländische Arbeiter" hinauszuschmeißen. Damit öffnen die rassistischen SPD-Führer den Faschisten Tür und Tor, die versuchen, die Verzweiflung wegen der immer höher steigenden Arbeitslosigkeit mit ihrem Pogrom-Aufruf „Arbeit zuerst für Deutsche" auszuschlachten.



B. Bisson/Sygma

Massendemonstration in Brüssel: Von Belgien bis Spanien streikten Renault-Arbeiter gegen Kahlschlagangriffe der Kapitalisten

Jetzt ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse und die Unterdrückten sich gegen die Angriffe der Bosse *zusammenschließen.* Das bedeutet, die SPD zu *spalten,* ihre Arbeiterbasis von den prokapitalistischen Irreführern wegzubrechen und proletarische Klasseneinheit auf der Basis eines internationalistischen revolutionären Programms zu schmieden. Die SpAD hat sich verpflichtet, subjektiv linke Studenten, Arbeiter und Jugendliche für diese politische Perspektive zu gewinnen als Teil des Kampfes für eine leninistische Avantgardepartei. Eine solche Partei ist das entscheidende Werkzeug, mit dem der Kampf für die proletarische Staatsmacht geführt wird.

Explosion im Ruhrgebiet

Nachdem Kohl am 7. März die Kürzung der Subventionen für den Bergbau angekündigt hatte, begannen wütende Bergarbeiter mit Blockaden von Autobahnen und Regierungsgebäuden sowie mit Streiks und Betriebsbesetzungen von Zechen im ganzen Ruhrgebiet und im Saarland. Im Duisburger Hafen wurde eine Schleuse besetzt, um zu verhindern, daß Schiffe mit Import-Kohle durchkommen. Auto- und Motorradkonvois von Bergarbeitern

Fortgesetzt auf Seite 10

Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 9

trafen sich in Bonn. Streikende ketteten sich an den Eingängen zu den Bonner Büros der FDP an, die am entschiedensten auf einer Abschaffung der Subventionen bestanden hatte. Am nächsten Tag, dem 11. März, marschierten rund 20 000 Bergarbeiter, viele in Overall und mit Schutzhelm, in Richtung Parlamentsgebäude. Hunderte zogen sich bis auf die Unterwäsche aus und riefen: „Wollt ihr unser letztes Hemd?" Als einige versuchten, die Polizeibarrikaden an der Bannmeile ums Parlament zu durchbrechen, innerhalb derer Demonstrationen verboten sind, erschienen Lafontaine und Scharping, um die Demonstranten zu beruhigen. Ein Verkaufs- und Reporterteam der SpAD beschrieb die Szene:

> „Die Kundgebung soll gerade anfangen; plötzlich erscheint SPD-Chef Oskar Lafontaine in einer Gruppe auf dem Weg zur Bühne. Ein türkischer Bergarbeiter klettert auf eine Mauer und ruft: ‚Oskar! Oskar!' und winkt, um seine Aufmerksamkeit zu erregen. Aber später, als Scharping sich in seiner Rede an die .deutschen Bürger' wendet und vom .deutschen Volk' spricht, versteinern sich die Gesichter dieser Arbeiter und sie schauen zu Boden.
>
> Die SPD hat ihre Parlamentsfraktion zur Kundgebung der IGBE mobilisiert, um dem belagerten Gewerkschaftsführer Berger Rückendeckung zu geben. Berger wird mit einem Pfeifkonzert und Rufen von ‚Judas!' begrüßt, als er den Bergarbeitern sagt, sie sollten Bonn verlassen, damit Kohl verhandelt. ‚Wir bleiben hier!', rufen die Bergarbeiter. Aber Scharping und Lafontaine bekommen großen Applaus und die Bergarbeiter skandieren: ‚Kohl muß weg!' Lafontaine und Berger loben die Bullen, die angeblich ‚unsere Kollegen' sind. Und zum Schluß machen die Bergarbeiter das, was Rudi und Oskar sagen: Sie gehen zurück zu ihren Bussen und fahren zurück zu den Zechen des Ruhrgebiets."

Als Gegenleistung dafür, daß die Bergarbeiter dazu gebracht worden sind, das Stadtzentrum Bonns zu räumen, stimmt die Regierung Gesprächen mit Berger zu. In anderen Städten gibt es weitere Demonstrationen, und unsere Genossen berichten am Donnerstag aus Duisburg:

> „Zweitausend Bergarbeiter und ihre Familien, eine sehr integrierte Menge mit Frauen und Kindern im Teenager-Alter, versammeln sich vor den Fernsehbildschirmen am Haupttor der Zeche Walsum am Rande von Duisburg, um die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Regierung, den Bergwerksbesitzefn und der IGBE zu hören. Die Stimmung bei den Bergarbeitern ist angespannt und erwartungsvoll; es ist schwierig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, noch schwieriger, ihnen die Zeitung zu verkaufen. Nachdem die Regierung stolz ihren .Kompromiß' verkündet hat, schalten die Kameras nach Köln, um die Reaktionen der wartenden saarländischen Bergarbeiter einzufangen. Ein Bergarbeiter sagt in die Kamera: ‚Berger sollte zurücktreten', und in Duisburg gibt es jubelnde Zustimmung. Zum ersten Mal in den letzten drei Tagen fangen die Bergarbeiter an, zu uns zu kommen, um die Zeitung zu kaufen - nicht in Scharen, sondern einzeln oder zu zweit, und bis sich die Menge auflöst, haben wir alle Hände voll zu tun."

Kämpft gegen immigrantenfeindlichen Rassismus!

Trotz der rechten SPD-Typen an der Spitze der Bergarbeitergewerkschaft und der offenen Versuche von Scharping und anderen, chauvinistischen Haß zu schüren, wiesen viele Bergarbeiter solche spalterischen Appelle zurück. Einer von ihnen sagte einem Reporter der *Financial Times* (10. März): „Hier stehen wir zusammen. Es zählt nur, daß du ein Bergarbeiter bist. Ob du Ali oder Fritz heißt, spielt keine Rolle."

Wie sich jedoch bei den Berliner Bauarbeiterprotesten in der gleichen Woche gezeigt hat, sind Teile der Arbeiterklasse, an die Wand gedrückt durch die Furcht vor Arbeitslosigkeit, solch rassistischem Müll auf den Leim gegangen. Ein Drittel aller Bauarbeiter ist heute arbeitslos. Dies griff die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer auf, um eine Art Spezialpolizei für Razzien auf Bauplätzen zu fordern, damit Bauarbeiter aus anderen Ländern ohne Arbeitsgenehmigung festgenommen werden können. Dies haut in die gleiche Kerbe wie die Forderung des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel nach rassistischen Quoten für Immigranten, „um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten". Die Berliner Demonstrationen wurden von der IG Bau mit dem grotesken Ziel organisiert, eine „unüberwindbare Mauer von Bauarbeitern gegen Portugiesen, Polen und Russen zu errichten, die arbeiten wollen". Kein Wunder, daß offene Faschisten ihre rassistischen Traktate unbehindert verteilen konnten.

Dies ist eine tödliche Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung. Wohin dies führt, zeigte sich mit brutaler Klarheit am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, wo die Hitler-Anhänger der „Jungen Nationaldemokraten" mit ihrer Losung „Arbeit zuerst für Deutsche" eine mörderische rassistische Provokation durchführen wollten. Aber diese Provokation der Nazi-Skinheads wurde durch eine Einheitsfront Hunderter antifaschistischer Demonstranten unter der Führung der SpAD kurzerhand gestoppt. Für diesen Sieg über die Faschisten war es notwendig, einen politischen Kampf gegen die demobilisierenden „gewaltfreien, legalen" Bemühungen der PDS zu führen, die Vertrauen in die rassistischen Kräfte des bürgerlichen Staates predigte. Die SpAD hat das *Spartakist-Extrablatt*, in dem die politischen Lehren des antifaschistischen Sieges von Hellersdorf dargelegt werden, an Bergarbeiter, Stahlarbeiter und bei anderen Arbeiterprotesten verteilt.

Die Faschisten wurden ermutigt durch die kapitalistische Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört und zum Anschluß an das wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus geführt hat. Zur gleichen Zeit haben Verzweiflung und Massenarbeitslosigkeit, hervorgegangen aus der Zerstörung der ostdeutschen Industrie, einen fruchtbaren Boden für das Anwachsen der Nazis geschaffen. Wir haben damals davor gewarnt, daß die kapitalistische Wiedervereinigung die Versuche der Bourgeoisie erleichtern würde, einen Teil der Arbeiter gegen den anderen aufzuwiegeln.

Im Augenblick beschränken sich die Faschisten noch hauptsächlich auf mörderische Angriffe auf Immigranten und Linke. Aber das letztendliche Ziel dieser Sturmtruppen der kapitalistischen Reaktion ist die Auslöschung der gesamten organisierten Arbeiterbewegung. So wie in den 30er Jahren wird der Faschismus das letzte Mittel für die Bourgeoisie sein, wenn sie sich durch eine proletarische Herausforderung in ihrer Herrschaft bedroht fühlt. Wenn die Kapitalisten heute keine Notwendigkeit sehen, den Faschisten freie Hand zu lassen, damit diese ihr völkermörderisches Programm .umsetzen, liegt es nur daran, daß die Sozialdemokraten die Aufgabe erfüllen, das Proletariat ruhig zu halten.

Wir treten für ein revolutionäres Programm ein, das die sektoralistischen und rassistischen Spaltungen dadurch überwindet und bekämpft, daß es die gemeinsamen Klasseninteressen des gesamten Proletariats anspricht. Bonns Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) 1993, für das auch die SPD eintritt, wird dazu benutzt, einen Keil nicht nur zwischen eingewanderte und deutsche Arbeiter zu treiben, son-

dem ebenso zwischen türkische und kurdische Arbeiter.

Jetzt haben CDU und SPD mit dem Zwang zum Kindervisum für 800 000 Kinder von eingewanderten Arbeitern direkt diesen bedeutenden und schlagkräftigen Teil des Proletariats in Deutschland angegriffen. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeiterbewegung gegen immigrantenfeindlichen Rassismus kämpft, was einen politischen Kampf gegen die SPD/DGB-Spitze bedeutet. Wir fordern: „Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Weg mit dem Kindervisum-Erlaß!" Besonders wo die deutsche Bourgeoisie mit der Abschiebung von mehr als 300000 Flüchtlingen vom Balkan anfängt, der größten Massenabschiebung seit dem Dritten Reich, ist es lebenswichtig zu fordern: „Stoppt die Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!"

Angesichts des mörderischen Nazi-Terrors ist es dringend erforderlich, Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen zu organisieren, um Immigranten-Wohngebiete und Flüchtlingsheime zu schützen. Die Arbeiterbewegung muß superausgebeutete Arbeiter organisieren und Arbeitsplätze und Tariflöhne für alle fordern. Der kapitalistische Anschluß hat eine vielschichtige Aufsplitterung in der Arbeiterschaft hervorgebracht, in der ältere Arbeiter auf dem „alten" Niveau bezahlt und jüngere, oftmals ostdeutsche Arbeiter, zu niedrigeren Löhnen eingestellt werden. Und die immer weiter ansteigende Arbeitslosigkeit trifft Immigranten, Frauen und Jugendliche besonders hart. Die Gewerkschaften müssen besondere Maßnahmen fordern, um diese Sektoren in die Arbeiterschaft einzugliedern, einschließlich kostenloser Kinderbetreuung rund um die Uhr, und sie müssen die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erheben. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es nötig, für eine kürzere Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich zu kämpfen und zu fordern, daß die Löhne an die Inflation gekoppelt werden - für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Im *Übergangsprogramm*, dem Gründungsprogramm der Vierten Internationale von 1938, erklärte der bolschewistische Führer Leo Trotzki:

> „Man muß den Massen im Prozeß des täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden. Diese Brücke sollte aus einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, das von den jetzigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein weiter Schichten der Arbeiterklasse ausgeht und unausweichlich zu ein und derselben Schlußfolgerung führt: der Eroberung der Macht durch das Proletariat."

Hierfür ist vor allem die Schmiedung einer bolschewistischen Partei nötig, die als Volkstribun handelt, um das Proletariat zur Macht zu führen.

Für eine leninistische Avantgardepartei!

Mit dem Ausverkauf der Bergarbeiter und der Stahlarbeiter versucht die SPD, sich einen Platz in der Regierung zu ergattern, da Kohl in seiner letzten Amtsperiode zu sein scheint und im nächsten Jahr Bundestagswahlen anstehen. Die verschiedenen opportunistischen Gruppen, die sich ab und zu als „revolutionär" ausgeben, haben sich der Forderung „Weg mit Kohl" angeschlossen - d. h. für einen SPD-Kanzler. Sie laufen den rassistischen, prokapitalistischen, sozialdemokratischen Führern hinterher; dies ist nur ein Ausdruck der Rolle, in der sie sich selbst sehen, nämlich daß sie als die militantesten Verteidiger des alten Status quo an die SPD appellieren, für die Verteidigung des „Sozialstaats" zu„ kämpfen", den diese schon längst aufgegeben hat. Keine einzige dieser „linksradikalen" Gruppen hat eine Perspektive für den proletarischen Kampf um die Staatsmacht anzubieten.

Ein typisches Beispiel sind die Mandel-Anhänger vom Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB). In einem Flugblatt vom 24. März, das sich an die Stahlarbeiter richtet, stimmt auch der RSB in den Chor „Weg mit Kohl" ein und appelliert an die SPD-Landespolitiker; seine Maximalforderung ist die Enteignung von Krupp und Thyssen auf der Basis ... der bürgerlichen Verfassung Nordrhein-Westfalens von 1950! Die Vorstellung, daß eine SPD-Regierung die Bourgeoisie Schritt für Schritt „enteignen" könne oder würde - ausgerechnet auf dem Boden der Verfassung der Bourgeoisie -, ist klassisch reformistischer Blödsinn. Der bürgerliche Staat existiert, um die Interessen der Kapitalistenklasse zu verteidigen, welche die Produktionsmittel besitzt und kontrolliert. Es ist offensichtlich utopisch und gefährlich, derartiges von den Sozialdemokraten zu erwarten, die die Agenten des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterbewegung sind und die die Führung darin übernehmen, den Arbeitern den kapitalistischen Kahlschlag reinzuwürgen.

Eine Spur linker gibt sich die Gruppe Arbeitermacht, (verbunden mit den britischen Zentristen von Workers Power), die in einem an die Stahlarbeiter gerichteten Flugblatt die Notwendigkeit für eine Arbeiterregierung propagiert, die durch die Zerschlagung der „unterdrückerischen Staatsmaschinerie" aufgebaut werde und deren Ziel die Einführung einer „sozialistischen Planung der Produktion" sein müsse. Aber diese wohlgesetzten Worte sind nur schmük-kendes Beiwerk für das wirkliche Programm von Arbeitermacht, die, wie auch der RSB, die Stahlarbeiter auffordert: „Verlangt, daß die SPD diesen Kampf gegen die Kapitalisten und für ihre Enteignung unterstützt." Diese Forderung, behauptet Arbeitermacht, werde „zeigen", was die wahren Absichten der SPD sind. Tatsächlich zeigt dies nur, daß Zentrismus kristallisierte Konfusion ist. Weit davon entfernt, die SPD zu entlarven, schürt Arbeitermacht Illusionen in diese Klassenverräter. Die SPD machte ihre Absichten zu Beginn des Ersten Weltkrieges klar, als sie mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten für das Reich ins Lager der Bourgeoisie überging. 1919 ernannte sie sich selbst zum konterrevolutionären „Bluthund" der Bourgeoisie, indem sie den Spartakusaufstand unterdrückte und die Fäden für die Ermordung der revolutionären Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zog. Wie bei ihren britischen Gesinnungsgenossen, die immer dazu aufrufen, die erbärmliche proimperialistische Labour Party zu wählen, ist die Grundlinie der Politik von Arbeitermacht ihre unerschütterliche Unterstützung für die Sozialdemokratie.

Eine wirkliche Arbeiterregierung - eine Diktatur des Proletariats -, die die Krupps und Thyssens, die Bourgeoisie, von Auschwitz, enteignet, kann nur das Ergebnis einer tiefgreifenden sozialistischen Revolution sein. Um die Partei zu schmieden, die dafür notwendig ist, die Arbeiter zur sozialistischen Revolution zu führen, ist vor allem ein politischer Kampf nötig, um die Arbeiterklasse von allen Illusionen in die Sozialdemokraten der SPD und der PDS zu brechen. Zuallererst beinhaltet dies einen politischen Kampf gegen die Zentristen, die ihr Hinterherkriechen hinter der Sozialdemokratie mit revolutionären Phrasen verhüllen. Gerade durch polemischen Kampf gegen die vorgeblichen Marxisten und durch die Intervention in den Klassenkampf wird das revolutionär-internationalistische Programm getestet, das unsere machtvollste Waffe ist. Die Partei muß durch Klassenkampf zeigen, daß das Proletariat, wenn es mehr sein will als Rohmaterial für kapitalistische Ausbeutung und Kanonenfutter für einen weiteren imperialistischen Krieg, den nationalen Rahmen des gewerkschaftlichen Ökonomismus und Chauvinismus überwinden und die politische Zwangsjacke des sozialdemokratischen Reformismus abschütteln muß. Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen! Für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse über alle Grenzen hinweg im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!«

München...

Fortsetzung von Seite 3

Zur Kundgebung vor der Münchner Universität riefen auch der vorgeblich trotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und die Linksruck-Jusos auf. Beide trugen dazu bei, daß die Kundgebung im Rahmen einer rot-grünen Wahlveranstaltung blieb. Als die Demo bei den Polizeisperren zur Innenstadt anlangte, wurde sie von den Organisatoren *aufgelöst* und die Teilnehmer wurden aufgerufen, *einzeln* zum Marienplatz vor das Rathaus zu gehen, wo die Nazis ihre Abschlußkundgebung geplant hatten. Nick Brauns vom RSB trat als Redner für das „Bündnis gegen Rassismus" auf und erinnerte die „sehr geehrten Damen und Herren der Polizei" daran, daß ein Bulle von.einem Nazi erschossen worden war. Als *Spartakist-Verkäufer* den RSB-Block damit konfrontierten, daß ihr Genosse vom Mikro aus direkt an den Staat appelliert hatte, fiel ihnen nichts anderes ein als sich zu beschweren, daß wir den RSB immer nur kritisieren! Kein Wunder, daß die neueste Ausgabe der RSB-Zeitung *Avanti* kein Sterbenswörtchen über die Ereignisse in München verliert.

Das Debakel in München stand im scharfen Kontrast zur erfolgreichen Verhinderung des Nazi/Skinhead-Aufmarschs in Berlin-Hellersdorf. Dort stellten die Spartakisten die revolutionäre Führung, die entscheidend dafür war, um Hunderte Militante zu organisieren, die die Faschisten stoppen wollten. Dazu war unser scharfer politischer Kampf gegen die Volksfrontdemonstration der PDS notwendig, die ein Ablenkungsmanöver war. Viele Demonstranten in München griffen nach den *Spartakist*-Extrablättern (siehe Seite 13) über den Berliner Erfolg. Sogar *Der Spiegel* (24. Februar) machte die Bedeutung des Sieges über die Faschisten in Hellersdorf klar: „Diese Niederlage sowie Fernsehbilder und Pressefotos von angstschlotternden Skinheads wurden in der rechten Szene als schwere Schmach gewertet."

Der RSB dagegen entschied sich in München für die „Einheit" mit der Politik der Grünen und der reformistischen Führungen - und das Ergebnis davon war, daß die Nazis marschierten. Sie verhindern damit in Wirklichkeit die notwendige *Aktionseinheit* gegen die Nazis. Die Faschisten, die die paramilitärischen Stoßtrupps der Bourgeoisie sind und auf Grundlage der kapitalistischen Krise gedeihen, können nur durch eine unabhängige proletarische Strategie zerschlagen werden.

Die mörderischen Konsequenzen des Münchner Aufmarschs waren kurz darauf in Detmold zu sehen, wo am hellichten Tage eine Bande von Faschisten in Bundeswehr-Uniform Immigranten verfolgte und zusammenschlug. Die Nazis sehen sich gestärkt und wittern ihre Chance, von der Massenarbeitslosigkeit und staatlichem Rassismus zu profitieren. Und jetzt wird von CDU/CSU-„Sozial"politikern eine weitere Verschärfung der „Einwanderungsquoten" für Juden aus der Ex-Sowjetunion gefordert, die nach der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 eingeführt wurden. Der Mord an 6 Millionen Juden im Nazi-Holocaust machte Deutschland fast „judenfrei". Genau diesen Status wollen jene Herren verteidigen. Wie immer dienen Rassismus und Antisemitismus den Kapitalisten dazu, einen Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit zu erfinden. Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!

Trotzdem verbreiten jetzt die meisten linken Zeitungen die Lüge, München wäre ein Erfolg für die Antifaschisten gewesen. So verkündet die ISO-Zeitung *Linke Offensive* (März 1997) als Überschrift „München: Massenproteste stoppen Nazi-Aufmarsch!" Dabei gibt die ISO gleichzeitig im ersten Satz zu, daß „einer der größten Nazi-Aufmärsche der Geschichte" stattgefunden hat. Wie sie diese Schizophrenie wohl ihren Lesern erklären? Und die *SOZ* (6. März) bringt die Schlagzeile „Zehntausend verhindern Nazikundgebung", ohne den Nazimarsch überhaupt zu erwähnen. Sie alle feiern es als Erfolg, daß die Faschisten nicht auf den Marienplatz konnten. Laut *SOZ* „sah die Polizei ein, daß es ohne Straßenschlacht kein Durchkommen geben würde". Münchens schönster Platz wurde verschont, das Ansehen bewahrt - diese Leute scheren sich einen Dreck darum, den Nazis das mörderische Handwerk zu legen, die Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime und die Morde an Linken zu stoppen. Ihre ganze Politik besteht darin, durch liberale Proteste Druck auf den Staat und seine Polizei auszuüben, der in Wirklichkeit die Faschisten schützt.



dpa

Nazis marschieren für Völkermord. Stoppt die Faschisten durch Arbeitereinheitsfront!

Während die Faschisten heute immer noch relativ klein sind, sind sie doch gestärkt durch die kapitalistische Konterrevolution in der DDR 1990 und die verschärften Angriffe des Vierten Reichs auf Immigranten. Auch ist die symbolische Bedeutung dieses Aufmarschs in München allen klar: Dort hatte Hitler 1923 seinen gescheiterten Putsch inszeniert. Doch erst vor zwei Jahren fand in Bayern der Streik von 30000 Metallarbeitern statt. Es ist dringend notwendig, diese Macht zu mobilisieren und Arbeiterverteidigungsgruppen zu bilden, um die Faschisten in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* (1938) hervorhob:

> „Nur bewaffnete Arbeitertrupps, die die Unterstützung von vielen Millionen Arbeitern hinter sich fühlen, können erfolgreich gegen die faschistischen Banden bestehen. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in einem liberalen Verlagsbüro, sondern in der Fabrik - und endet auf der Straße."

Die SpAD kämpft für *Einheitsfrontaktionen, basierend auf der Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterbewegung,* um die Nazis zu zerschlagen, die jetzt wieder drohen, am 1. Mai in Leipzig und Berlin aufzumarschieren. Letztlich wird nur die sozialistische Revolution ein für alle Mal mit den braunen Terrorbanden Schluß machen können.«

Veranstaltung der Spartakist-Jugend

Hamburg

Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
1. Stock, Seminarraum
S-Bahn Altona

Mittwoch, 23. April, 18.30 Uhr
Weitere Informationen: (040) 323644

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
26. Februar 1997 EXTRABLATT DM 0,20

Polizei greift Linke an, schützt Faschisten

Berlin: Militanter Protest verhindert Nazi-Aufmarsch

26. Februar - Die Nazis der „Jungen Nationaldemokraten" wurden ermutigt durch die Angriffe der Bonner Regierung auf Einwanderer, durch die Massenabschiebungen von Flüchtlingen und durch die Arbeitslosigkeit, die den höchsten Stand seit Hitlers Machtergreifung von 1933 erreicht hat: Sie verkündeten, daß sie am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf unter der rassistischen Hetzparole „Arbeit zuerst für Deutsche" aufmarschieren würden. Wiederholt ist Hellersdorf die Zielscheibe der Faschisten gewesen, wo sie Einwanderer terrorisiert haben; dort haben sie sogar eine arabische Frau ungestraft ermorden können. Aber nicht an diesem Samstagnachmittag, trotz eines massiven Polizeiaufgebots, das den braunen Naziabschaum beschützte. Denn etwa 2000 antifaschistische Kämpfer - Linke, Gewerkschafter, Einwanderer, jüdische Studenten und andere - trotzten couragiert einem brutalen Polizeiangriff und trieben das Nazipack energisch in seine Rattenlöcher zurück. Erst spät am Abend wagten Nazis wieder einen ihrer feigen Überfälle auf sechs Jugendliche, von denen zwei ins Krankenhaus mußten.



Christian v. Polentz

15. Februar: Antifaschistische Demonstranten in Berlin auf dem Bahnsteig konfrontieren die Nazis, die in einem U-Bahn-Waggon hinter Polizeischutz kauern

In den Fernsehnachrichten vom Abend des 15. Februar konnte man sehen, was tagsüber in Berlin passiert war: Es gab keinen Naziaufmarsch im Stechschritt und keine niedergebrannten Immigrantenwohnheime. Statt dessen sah man- Skinheads, die vor laufenden Fernsehkameras unter schwerem Polizeischutz auf dem Fußboden eines U-Bahn-Waggons kauerten, sowie Möchtegern-Führer, die in die Grünen Minnas der Polizei flüchteten, gejagt von einem antifaschistischen Kontingent unter den lautstarken Rufen „Nazis raus!". Vorneweg bei der entschlossenen antifaschistischen Mobilisierung das rote Banner der Spartakist-Arbeiterpartei mit unseren Forderungen: „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und Familien!"

Zum Schluß der Einheitsfrontaktion, die die Naziprovokation gestoppt hatte, erklärte die Sprecherin der Spartakisten Renate Dahlhaus vor Hunderten antirassistischer Demonstranten: „Berlin ist eine Stadt der Arbeiter und Linken, eine Stadt der Juden, eine Stadt der Türken, eine Stadt der Kurden. Das ist unsere Stadt, und wir lassen nicht zu, daß die Nazis hier marschieren!" Eine Presseerklärung der SpAD vom gleichen Nachmittag berichtete:

> „Unter massivem. Schutz des Staates wollten die Nazis aus ihren Rattenlöchern kriechen, um zu ihrem Programm der Brandanschläge, des Mordes und Völkermordes zu rekrutieren. Aber sie sind nipht durchgekommen! Die entschlossenen Aktionen der antifaschistischen Kämpfer waren ein angemessenes Gedenken an Frank Böttcher, den 17jährigen Linken, der vor einigen Tagen in Magdeburg von Nazis brutal erstochen wurde."

Innerhalb von nur einer Woche traten mehrere Organisationen in Aktion und riefen zu Demonstrationen

Fortgesetzt auf Seite 14

Berlin...

Fortsetzung von Seite 13

gegen die Faschisten auf. Ein Aufruf, zur gleichen Zeit und zum gleichen Ort zu mobilisieren, wo die Nazis ihre Zusammenrottung planten, kam von den Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus, der Antifaschistischen Aktion Berlin und anderen Antifa-Gruppen. Gleichzeitig appellierten die SPD, die exstalinistische sozialdemokratische PDS und andere an den Staat, er möge seine faschistischen Banden „verbieten"; sie riefen zu einer Demonstration in einiger Entfernung von dem Ort auf, wo die Nazis sich zusammenrotten wollten. SpAD und Spartakist-Jugend riefen alle Gegner des Naziterrors zur Unterstützung der ersten Demonstration auf, die an dem Ort und zu der Zeit sein sollte, wo die Nazis marschieren wollten.

Die schnell wechselnden Ereignisse und Herausforderungen im Verlauf des Aufbaus dieser Demonstration stellten in der Aktion alle konkurrierenden politischen Programme der Anarchisten, der SPD, der PDS und der authentischen Kommunisten, repräsentiert von der SpAD, auf den Prüfstand. Ein am 11. Februar von der SpAD verteiltes Flugblatt betonte: *‚Nur eine Einheitsfrontaktion, die auf der sozialen Macht der Arbeiter basiert und alle Unterdrückten und Ausgebeuteten einbezieht und verteidigt, kann den Nazi-Tenor stoppen, der sich letztlich gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung selbst richtet."*

Die SpAD hatte ihren Aufruf zur Arbeiter/Immigrantenmobilisierung den Appellen der DGB-Spitzenbürokraten und des PDS-Bürgermeisters von Hellersdorf Uwe Klett (unterstützt durch die CDU-Bezirkspolitiker) an das Vierte Reich, „die Faschisten zu verbieten", entgegengestellt. Wir warnten: „Man kann die Faschisten nicht zusammen mit dem bürgerlichen Staat, der sie schützt und benutzt, aufhalten... Nur die proletarische Einheitsfront, für die die Trotzkisten in den 30er Jahren gegen den Verrat der SPD und gegen die schändliche ‚Sozialfaschismus'-Politik von Stalin/Thälmann kämpften, hätte das Nazi-Regime und den Holocaust verhindern und den Weg zum Sturz der Bourgeoisie, der Hitler diente, bahnen können."

Die Hetzkampagne der Regierung gegen die Immigranten wird heute dazu benutzt, den deutschen Nationalismus hochzupeitschen - und die Faschisten sind die konsequentesten deutschen Nationalisten. Der Angriff gegen Immigranten ist die Speerspitze einer Mobilisierung der Kapitalistenklasse gegen die ganze Arbeiterbewegung. Gleichzeitig haben die Arbeiter in ganz Europa mit Klassenkampf geantwortet, um ihren Lebensstandard zu verteidigen.

Mit ihrem chauvinistischen Aufruf „Arbeit zuerst für Deutsche" hoffen die Faschisten, die weitverbreitete Verzweiflung angesichts eskalierender Arbeitslosigkeit als Wasser auf die Mühlen ihres Völkermordprogramms gegen Einwanderer und Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft auszunutzen. In unserem Flugblatt betonten wir, daß dies besonders für das östliche Deutschland nach dem kapitalistischen Anschluß gilt:

> „Das ist die Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und des Ausverkaufs des deformierten Arbeiterstaats DDR durch die SED/PDS. Wie wir damals bei der entstehenden politischen Revolution Anfang Januar 1990 in unserem Aufruf zur Treptower Kundgebung, wo 250 000 gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, warnten: ‚Noch ist der wiederaufstehende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen.' Wir Trotzkisten kämpften damals für die proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten und für die soziale Arbeiterrevolution im Westen, für ein rotes Rätedeutschland.
>
> Heute sehen wir die Auswirkungen des Anschlusses der ehemaligen DDR, wo praktisch die gesamte Großindustrie durch die Konterrevolution zerschlagen wurde. In dieser Situation wittern die Faschisten wieder Morgenluft, um mit der Hetzparole ‚Arbeit zuerst für Deutsche' den Kapitalisten zu Hilfe zu kommen, indem sie die Wut über den Bankrott der .Marktwirtschaft' auf die eingewanderten Arbeiter lenken, wie 1933 auf die Juden. Die verschärften Rivalitäten zwischen den Imperialisten und die damit verbundenen massiven Angriffe auf die Arbeiter haben in ganz Europa zum Anwachsen faschistischer Bewegungen geführt."

Unser Flugblatt prangerte die DGB-Bürokraten an, die in die Hetze der Bosse gegen Immigranten mit eingefallen sind - wie der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel, der in skandalöser Weise den Schlachtruf der Nazis mit seiner Forderung nach „Ausländerquoten" aufgreift. Es ist ungeheuerlich, daß der Vorsitzende der IG Metall, in der mehr eingewanderte Arbeiter organisiert sind, als in jeder anderen Gewerkschaft in Deutschland, eine solche rassistische



Spartakist

Berlin-Hellersdorf: SpAD-Kontingent führt militante Demonstranten bei der Verhinderung der Nazi-Provokation

Forderung in den Mund nimmt. Heute richtet sich der Polizeiterror gegen Einwanderer, u. a. mit blutigen Knüppeleinsätzen gegen DGB-Demonstrationen, und immer mehr gegen die Gewerkschaften selbst.

Das Programm in der Aktion getestet

Als die Gegnerschaft zur Nazi-Mobilisierung überall in Berlin anwuchs, schoben der Senat und seine Lakaien in der bürgerlichen Presse Überstunden, um die potentiellen Opfer der Nazis in Sicherheit zu wiegen und zu demobilisieren. Die bürgerliche Presse brachte Lügengeschichten, daß die angedrohte Naziprovokation abgesagt worden wäre; der Berliner Innensenator Schönbohm verkündete am 13. Februar, die Nazis würden sich statt dessen in einem geschlossenen Raum unter Polizeischutz versammeln.

Die SpAD spielte eine entscheidende Rolle dabei, der Protektion der Nazis durch den Senat entgegenzutreten. Unsere Genossen verteilten massiv an der Humboldt-Universität sowie vor mehreren Berliner Fabriken mit hohem Immigrantenanteil ein zweites Flugblatt mit dem Aufruf „Stoppt die Nazis!", in dem wir warnten: „Lassen wir uns nicht von irgendwelchen Tricks hinters Licht führen. Die Mobilisierung ... muß mit Volldampf weitergehen."

Der politische Kampf ging am Morgen des 15. Februar weiter, als wir dafür kämpften, die verschiedenen Kräfte am Ort zu der größtmöglichen einheitlichen Mobilisierung zusammenzuziehen, um der massiven Bullenpräsenz zu trotzen und die Nazis in die Flucht zu schlagen. Dazu war ein politischer Kampf mit Teilnehmern der impotenten

Fortgesetzt auf Seite 16

Veranstaltungen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

Von Johannesburg über Berlin bis Kabul:

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Hörsaal 2014b, Hauptgebäude der Humboldt-Uni,
Unter den Linden 6
Mittwoch, 12. März, 18.00 Uhr

Schulungsreihe
der Spartakist-Jugend Berlin

Einführung in Theorie und Geschichte des Marxismus

6. März	Ursprünge des Marxismus
20. März	Das marxistische Programm
3. April	Lohnarbeit und Kapital

Humboldt-Uni, Seminargebäude am Hegelplatz,
Raum 111, 18.00 Uhr
Weitere Informationen: (030) 4439400

Hamburg

Wir stoppten den Ku Klux Klan!

(mit Videovorführung)

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1. Stock, Seminarraum, S-Bahn Altona
Mittwoch, 12. März, 18.30 Uhr

Schulungsreihe der SpAD

ABC des Marxismus

26. März	Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
9. April	Die Oktoberrevolution
23. April	Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,
1. Stock, Seminarraum, 18.30 Uhr
S-Bahn Altona
Weitere Informationen: (040) 323644

Berlin...

Fortsetzung von Seite 15

„Tu-nix"-Demo von PDS/SPD/CDU in der Brodauer Straße notwendig und ebenfalls mit einigen chaotischen, antikommunistischen Anarchotypen. Die SpAD baute ein beachtliches Kontingent am S-Bahnhof Kaulsdorf auf und schickte effektive „Agit-Prop"-Teams zur PDS-geführten Demo, um für eine *organisierte Einheitsfrontaktion* zu mobilisieren, die die Nazis *stoppt.* Über Megaphon wandten wir uns an die 700 Leute, die bei der „gewaltfreien", „legalen" Plauderstunde der PDS versammelt waren, und warnten vor jeglichem Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Eindringlich appellierten wir: „Es ist hier genug gesagt worden, jetzt ist es notwendig zu handeln - das heißt, *die Nazis zu stoppen.* Deshalb gehen wir jetzt los, um uns am S-Bahnhof Kaulsdorf mit denjenigen zu vereinen, die die Nazis stoppen wollen." Unsere Rede schlug wie ein Blitz in die Menge ein. Skandalöserweise verleumdeten uns die „Gewerkschafterinnen gegen Rassismus und Faschismus" als „Spalter" und erklärten, sie würden „spontan" entscheiden, wo sie hingehen. Als wir erwiderten, daß wir keine Zeit hätten, um auf ihre „Spontaneität" zu warten, drängten ungefähr 300 Demonstranten nach vorn - u. a. ein Juso-Kontingent, geführt von Linksruck, einer Gruppe von Anhängern Tony Cliffs, die sich in der SPD vergraben hat - und schlössen sich mit den anderen antifaschistischen Kräften zusammen und skandierten: „Zerschlagt die Nazis!"

Gleichzeitig rief in Kaulsdorf die von AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) geführte Koalition von Antifa-Gruppen von ihrem Lautsprecherwagen dazu auf, *die Demonstration aufzulösen,* redete auf die Demo-Teilnehmer ein und machte den gefährlichen Vorschlag, sie möchten doch einzeln zum U-Bahnhof Wuhletal gehen, wo die Nazis gesichtet worden waren. Einige Demonstranten, die dem Aufruf folgten, waren eine leichte Beute für die Bullen und wurden gleich auf dem Bahnsteig in Wuhletal festgenommen.

Sofort rief das SpAD-Kontingent Sprechchöre: „Stoppt die Nazis - organisiert!" und formierte sich in Richtung Wuhletal. Eine Anzahl autonomer Jugendlicher, türkische und kurdische Studenten und andere reihten sich bei uns ein und marschierten im disziplinierten und entschlossenen antifaschistischen Block mit ... während sich die AA/BO-Führung nicht vom Fleck rührte.

Als sich die Antifaschisten - mit SpAD-Banner an der Spitze und Anarchisten und Jusos hinter uns - dem S-Bahnhof Wuhletal näherten, trafen wir auf einen Kordon von Polizeiwannen und einer Bullenphalanx mit Wasserwerfern. Schon hatten einige clevere und mutige antirassistische Jugendliche den U-Bahn-Waggon entdeckt, den die Polizei für die Nazis reserviert hatte, und waren dabei, den Nazis eine ordentliche Abreibung zu verpassen. Wir überraschten die relativ wenigen Bullen am Eingang des U-Bahnhofs und stürmten die Bahnhofstreppen herauf. Unsere Rufe „Nazis raus!" hallten laut durch den Bahnhof. Entsprechend ihrer Wischiwaschi-Politik zögerten die Jusos in diesem Moment und ließen den Bullen genug Raum, so daß diese hinter uns aufschließen konnten.

Nun folgte eine regelrechte Schlacht, wobei die Bullen es zielstrebig auf die Köpfe der antifaschistischen Demonstranten abgesehen hatten. Eine junge Genossin der Berliner Spartakist-Jugend bekam von einem Bullen einen derartigen Schlag ins Gesicht geschmettert, daß sie mit gebrochener Nase ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Berichte erreichten uns, daß andere Demonstranten in Polizeiwannen zusammengeschlagen worden waren. Über hundert Linke wurden verhaftet. *Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen antifaschistische Demonstranten!*

Gleichzeitig halfen Bullen den Skinheads auf dem Bahnsteig wieder auf die Beine und geleiteten sie in spezielle U-Bahn-Waggons und wartende Polizeiwagen, um sie ruckzuck in Sicherheit zu bringen. Andreas Storr, selbsternannter Führer der faschistischen „Jungen Nationaldemokraten", wurde gesichtet, als er in Richtung Polizeischutz huschte. Als Berichte eintrafen, daß Antifa-Kundschafter auf Motorrädern weitere Nazis am nahegelegenen U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord entdeckt hatten, formierte die SpAD die verbleibenden antifaschistischen Kräfte, noch etliche hundert Leute stark, und marschierte im Eiltempo dorthin. Als dann keine Nazis mehr gefunden wurden, versammelten sich die Demonstranten gemeinsam mit der SpAD zu einer Siegeskundgebung, die mit dem Singen der Internationale beendet wurde.

Ein Bericht im PDS-nahen *Neuen Deutschland* (17. Februar) schreibt der PDS fälschlicherweise eine Schlüsselrolle zu, die Nazis gestoppt zu haben, während er einräumt, daß Spartakisten und Autonome versuchten, die Faschisten vom Bahnsteig zu verjagen. Gleich am nächsten Tag distanzierte sich der PDSler Klett von der „Massenschlägerei" auf dem Bahnsteig und bezeichnete es als „fraglich", ob diejenigen, die die PDS-Demo gespalten hatten, um die Nazis zu *stoppen.* „als Linke bezeichnet werden können" - eine stalinistische Standardverleumdung gegen Trotzkisten, die jetzt im Dienste des Vierten Reichs bemüht wird.

Daß Klett die antifaschistische Aktion auf kriecherische Weise brandmarkte, entspricht der tatsächlichen Rolle der PDS: die antifaschistischen Kräfte zu *demobilisieren.* Nachdem die PDS schändlicherweise abseits vom Kampf gestanden hatte, reihte sie sich dann bei den Kräften *gegen* die Antifaschisten ein. PDS-Bürgermeister Klett agierte Schulter an Schulter mit den Bullen und brüllte über die



Christian v. Polentz

Berliner Bullen schützten Nazi-Skinheads, die in einen Waggon flüchteten. Die Bullen schlugen antifaschistische Demonstranten und verhafteten über 100. Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!

Verteidigt die Anti-Klan-Demonstranten!

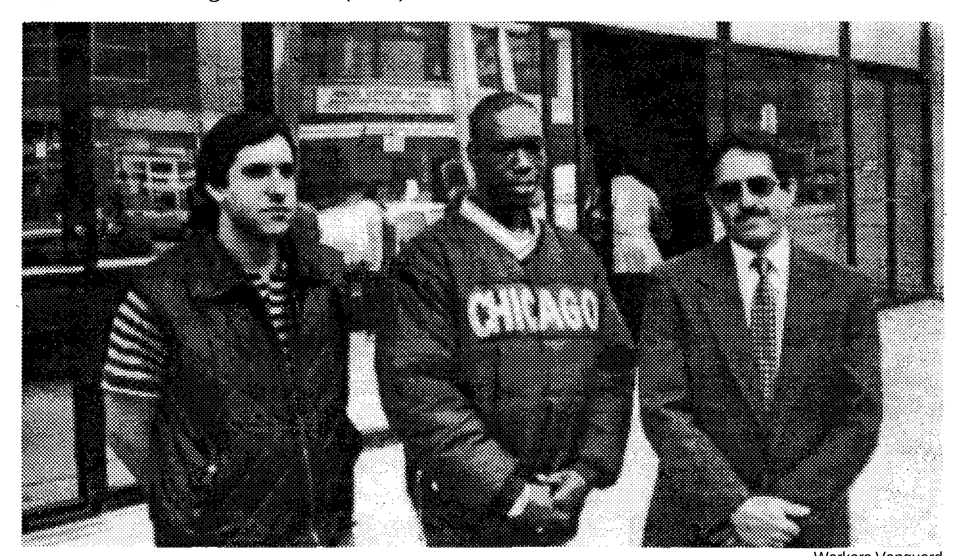
Ein kritischer Prozeßtermin für die Verteidigung der Anti-Klan-Demonstranten, die wegen ihrer Beteiligung an der Einheitsfrontaktion am 29. Juni 1996 in Chicago angeklagt sind, wurde nun auf den 28. Februar verschoben. Gleichzeitig wird ein vom Partisan Defense Committee initiierter Einheitsfrontprotest vor dem Cook County Circuit Court (Bezirksgericht von Chicago) stattfinden, wo eine wichtige Anhörung anberaumt ist. Drei Demonstranten werden wegen der vorgeschobenen Anklage „Körperverletzung gegen die Polizei" vor Gericht stehen. Die Anklagen gegen weitere sechs Demonstranten sind fallengelassen worden.

Die Anwälte werden beim Gerichtstermin neue Beweise vorlegen, daß die Polizei von Chicago Nachrichten über die KKK-Provokation unterdrückt hat und gezielt die Anti-Klan-Demonstranten angriff, als „Manöverübung" für mögliche Proteste beim Kongreß der Demokratischen Partei. Die antirassistischen Aktivisten werden vom Staat verfolgt, weil sie im letzten Sommer gemeinsam mit fast 100 Gewerkschaftern, Linken und Jugendlichen einer Provokation der Klan-Terroristen entgegentraten und die rassistischen Mordbrenner in die Flucht schlugen. Auch in Deutschland ist der KKK mit seiner faschistischen Konföderierten-Flagge Teil des braunen Netzwerks, wie der „Weiße Arische Widerstand". Die Niederbrennung schwarzer Kirchen im Süden der USA sind sein Werk. Der Schlag gegen den Klan war im Interesse aller Unterdrückten, Minderheiten und der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine Vielzahl von Arbeiterorganisationen, linken und Bürgerrechtsorganisationen sowie Antirassisten - von den USA und Kanada bis Brasilien, Südafrika, Deutschland und Japan, haben in den letzten Monaten an den Staatsanwalt geschrieben, um die Einstellung aller Verfahren zu fordern.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) ruft alle Gegner des Rassismus auf, Proteste zu schicken an: Richard Devine, State's Attorney of Cook County, Richard J. Daley Center, 55 W. Randolph St., Chicago, IL 60602, USA. Spendet unter dem Stichwort „Anti-Klan Chicago" auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310350400, BLZ 10040000.

Für weitere Informationen wendet euch an das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin, Tel.(030)4439401.



Workers Vanguard

Die Anti-Klan-Demonstranten Jeffrey Lyons, Dennis Glass, Gene Herson

Lautsprecheranlage, daß die Angriffe gegen die Nazis auf dem Bahnsteig aufhören müßten. Zwar stellt sich die PDS so hin, als ob sie im Kampf gegen den Faschismus in vorderster Front stünde, doch ihre schmutzige Unterstützung für den deutschen Nationalismus hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sie rechten chauvinistischen Kräften um den Hals gefallen ist - so z. B. bei einem Treffen 1993 zwischen einer prominenten PDS-Sprecherin (der Dresdner PDS-Vorsitzenden Christine Ostrowski) und einem Führer der faschistischen „Nationalen Offensive". Am 1. Mai 1996 überließ Kletts PDS-Kollege Buttler, der Bürgermeister von Marzahn, die Straßen seines Bezirks einer Nazi-Provokation, dabei brachte er Sympathie für deren rassistische Parole „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" zum Ausdruck und warnte vor linken „Chaoten" und „Schlägerei".

PDS und SPD fördern selbstmörderische Illusionen in die bürgerliche Demokratie; sie erwarten vom kapitalistischen Staat, daß er die Faschisten verbieten und damit das Image des Vierten Reichs in den Augen der Welt „aufpolieren" möge. Aber wie Spartakist-Sprecher Toralf Endruweit bei der antifaschistischen Aktion unter tosendem Beifall sagte: „Wir sind nicht hier, um das saubere Gesicht von Deutschland zu zeigen, weil es keins gibt. Wir sind nicht hier für eine ‚wehrhafte Demokratie', weil diese bürgerliche Demokratie die Faschisten beschützt und Immigranten und Linke bekämpft. Wir sind hier, um die Faschisten zu stoppen!"

Die Führer von AAB (Teil der anarchostalinistischen AA/BO) und der Cliff-Anhänger von Linksruck, zweier ganz unterschiedlicher Organisationen, die in ihren Flugblättern zu zwei verschiedenen Demos aufgerufen hatten, befanden sich beide im Widerspruch zwischen ihrer Kapitulation vor deutschem Nationalismus und den Appetiten ihrer Unterstützer, die Nazis stoppen zu wollen. Am S-Bahnhof Kaulsdorf verteilten autonome Antifagruppen (inklusive AAB) Flugblätter für eine öffentliche Veranstaltungsreihe, bei der über „Argumente gegen die Jungen Nationaldemokraten" diskutiert werden sollte, und appellierten skandalöserweise mit dem Titel „Nationalismus ist keine Lösung!" an Rassisten. Unterstützer der Spartakist-Jugend intervenierten auf der ersten Veranstaltung gegen „Debatten" mit faschistischen Mördern und gegen „Sozialarbeit" unter jungen Nazis und stellten dem die Mobilisierung zu Arbeitereinheitsfrontaktionen, die die Faschisten stoppen, entgegen. Die erbärmliche Antwort der Antifa Prenzlauer Berg: „Hellersdorf ist heute nicht das Thema der Veranstaltung".

Zwei Tage später hatte die Gruppe Linksruck eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema „Sind Ausländerquoten notwendig?", bei der sie Unterschriften für eine Petition an IG-Metall-Chef Zwickel sammelte. Damit er was tut? Nicht ganz so rassistisch zu sein? Das Juso-Flugblatt für die „friedliche, legale" Demo in der Brodauer

Fortgesetzt auf Seite 18

Berlin...

Fortsetzung von Seite 17

Straße hatte an den Staat appelliert: „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze". Linksruck ist eine Abspaltung aus der zerfallenen Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), die Anfang der 90er Jahre versucht hatte, die faschistischen Republikaner dadurch zu „stoppen", daß sie zur Wahl der SPD „trotz



Reuters

Auszubildende während einer Demonstration im Ruhrgebiet protestieren gegen Arbeitslosigkeit

ihrer Politik" aufrief. In mehreren Städten stellt Linksruck jetzt die Führung der Jugendorganisation der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD, die ihrerseits in mehreren Bundesländern die Innenminister stellt, die täglich Abschiebeterror gegen Immigranten organisieren. Im Gegensatz dazu hatten die Genossen der Spartakist-Jugend am gleichen Abend eine öffentliche Veranstaltung an der Humboldt-Universität mit dem Titel „Zerschlagt die Faschisten durch Arbeiter- und Immigranten-Mobilisierung", wo es zu einer lebendiger Debatte unter deutschen und Immigrantenjugendlichen kam, die durch unser rotes Banner in Hellersdorf angezogen wurden. Diskutiert wurde, wie man die Arbeiterbataillone mobilisiert, die notwendig sind, um die Nazis beim nächsten Mal, wenn sie ihren völkermörderischen Terror verbreiten wollen, zu zerschlagen. In der Diskussion machten wir den Punkt, daß rassistische, prokapitalistische sozialdemokratische Bürokraten wie Zwickel das Haupthindernis sind, das die Arbeiterklasse im Kampf für eine *revolutionäre* Gewerkschaftsführung aus dem Weg räumen muß.

Nur sozialistische Revolution kann die faschistische Gefahr beseitigen!

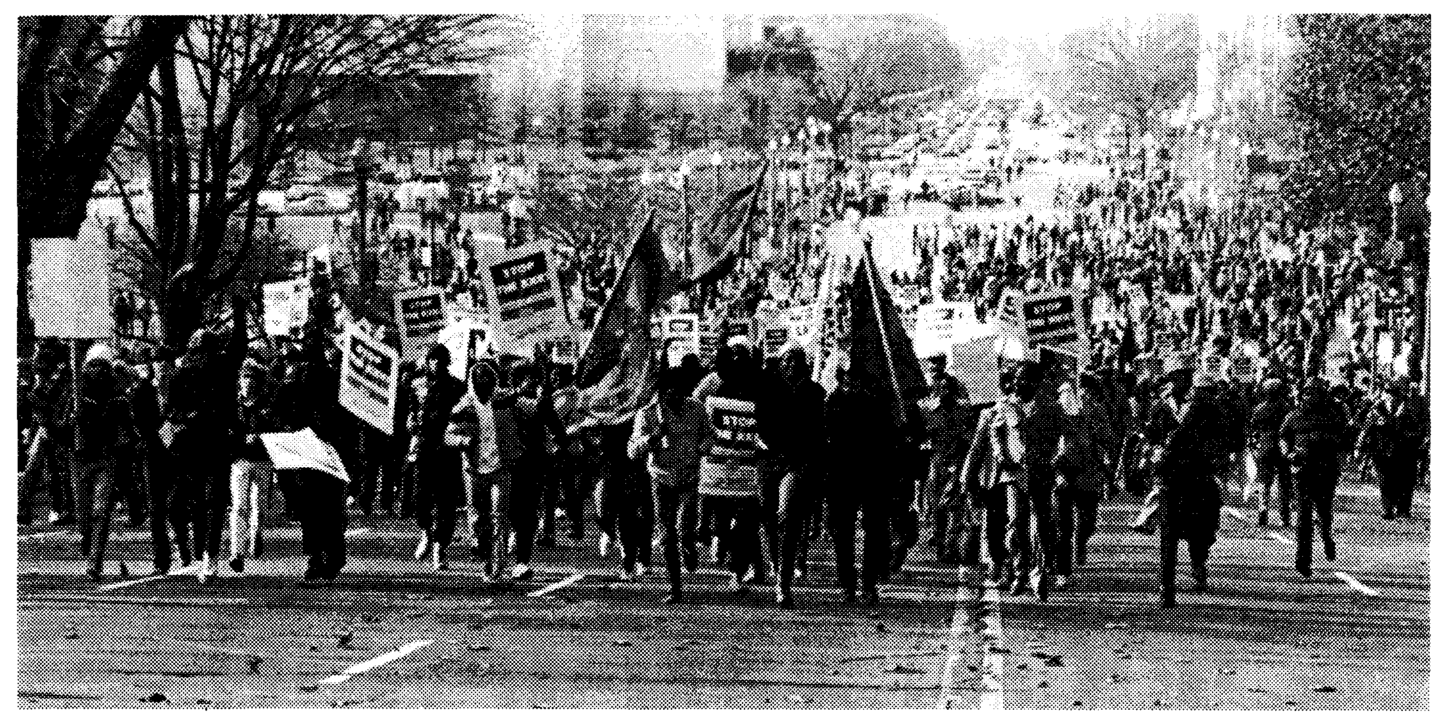
In ganz Europa sind rassistische Angriffe auf Immigranten die Speerspitze der Angriffe der kapitalistischen Herrscher auf den Lebensstandard und die Gewerkschaftsorganisationen der ganzen Arbeiterklasse. Die Interessen der Arbeiter und der Minderheiten müssen entweder gemeinsam durchgesetzt werden, oder sie werden gemeinsam zurückgeschlagen.

Inzwischen gehören faschistische Brandanschläge auf Immigrantenwohnheime in Deutschland so zum Alltag, daß nicht einmal mehr darüber berichtet wird, es sei denn, es gibt Tote. Auch in Italien und Frankreich steigt der faschistische Terror an; Le Pens Front National (FN) gewann vor kurzem das Bürgermeisteramt einer weiteren Stadt Südfrankreichs. Mit „ethnischen Säuberungen" und mörderischen Schlägerangriffen auf Linke und Immigranten hat die FN bereits begonnen, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Um den faschistischen Terror zu bekämpfen, sind nicht nur militante Straßenaktionen notwendig, obwohl auch diese ihren Platz haben, sondern vor allem ein Programm für revolutionären Kampf.

Die Faschisten rekrutieren genau deshalb, weil sie scheinbar die einzige Kraft sind, die ein „radikales" soziales Programm anzubieten hätte. Die Anarchisten haben kein Programm zur Bekämpfung des Kapitalismus, während die bankrotten reformistischen Irreführer - denen die Zentristen hinterherkriechen - die Wut der Arbeiterklasse über die hochschnellende Arbeitslosigkeit in denselben immigrantenfeindlichen Chauvinismus kanalisieren wollen, der von den Faschisten geschürt wird. Wir Trotzkisten kämpfen für ein Programm der proletarischen Revolution, um das kapitalistische System und seine faschistischen Mörderbanden wegzufegen. Der einzige Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung anständiger Wohnungen, anständiger Ausbildung und sozialer Absicherung für alle und zur Abwendung der Gefahr neuer imperialistischer Kriege und eines neuen Holocausts führt über die Enteignung der Bourgeoisie und die Errichtung einer egalitären sozialistischen Gesellschaft auf internationaler Ebene. Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Dazu ist ein kompromißloser Kampf gegen den giftigen Rassismus notwendig, der die Arbeiterklasse heute zersplittert. Die Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Unterdrükkung ist direkt auf das Programm *der Klassenzusammenarbeit* mit der eigenen Bourgeoisie zurückzuführen. Wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für eine neue, eine revolutionäre Führung - eine proletarische internationalistische leninistische Partei -, die die Arbeiterklasse gegen ihren Klassenfeind vereinen kann und die für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit kämpft.

Nach Workers Vanguard *Nr. 662, 21. Februar*



Workers Vanguard

Washington, 27. November 1982 - Arbeiter/Schwarzenmobilisierung auf der Constitution Avenue verhinderte Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klan durch Einheitsfrontaktion. Sie riefen: „Wir stoppten den Klan!"

Arbeitereinheitsfront...

Fortsetzung von Seite 20

zügeln, erinnern an die Rolle ihrer stalinistischen und sozialdemokratischen Vorläufer. Adolf» Hitlers Drittes Reich ist schließlich ganz legal mit Zustimmung der Parlamentarier des Zweiten Reichs an die Macht gekommen.

Hitlers Sieg war eine Weichenstellung - konfrontiert mit der tiefen Krise des Kapitalismus, stand Deutschland vor der Entscheidung: internationale proletarische sozialistische Revolution oder faschistische Barbarei. Die Geschichte hat ihr Urteil deutlich gesprochen. Die Folgen der reformistischen Anpassung an die kapitalistische Ordnung dürfen weder vergessen noch wiederholt werden.

Das eine steht fest: Während die deutsche Bourgeoisie Hunderttausende Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz verjagt, richten sich ihre immigrantenfeindlichen Kampagnen gegen die Arbeiterbewegung, wobei sie hofft, den deutschen Nationalismus gegen „Ausländer" hochzupeitschen, um die Arbeiter dann zu spalten, wenn die größte Einheit - besonders mit den bedeutenden türkischen und kurdischen Teilen des Industrieproletariats - notwendig ist, um gegen die Angriffe auf den Lebensstandard des Proletariats Widerstand zu leisten und um sich gegen die Nazi-Mörderbanden zu verteidigen, die durch die Regierungspolitik angestachelt worden sind.

Faschismus richtet sich zuallererst gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Die Nazis konnten den Holocaust erst durchführen, *nachdem* die Arbeiterbewegung zerschlagen und atomisiert worden war. Die Nazi-Skinheads machen keinen Unterschied zwischen den Reformisten der PDS und allen anderen linken Parteien. Wenn sie gegen die PDS vorgehen, gehen sie gegen die Arbeiterbewegung vor. Es ist unbedingt erforderlich, daß die soziale Macht der deutschen Arbeiterbewegung mit ihren integrierten Industriegewerkschaften organisiert wird, um es mit der dreisten und mörderischen Herausforderung der Nazis aufzunehmen.

Wir Trotzkisten von der Spartakist-Arbeiterpartei rufen alle Gegner des Nazi-Terrors dazu auf, sich zur **Einheitsfrontverteidigung** zusammenzuschließen. Während wir offene politische Auseinandersetzungen mit anderen Organisationen der Linken wie der PDS, den Jusos, den Autonomen usw. begrüßen und ermutigen, sind wir überzeugt, daß wir uns vereinen müssen - getrennt marschieren, vereint schlagen - und, gestützt auf die Macht der Gewerkschaften, die Nazi-Mörderbanden zerschlagen müssen. Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungspatrouillen zum Schutz von Immigrantenzentren, Flüchtlingswohnheimen, linken Büros, Jugendklubs, Synagogen, Moscheen und anderen Zielscheiben der Nazis. **Stoppt die Nazis, organisiert!**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

Kontakt zur SpAD

Berlin	Telefon (0 30) 4 43 94 00 Postfach 5 55, 10127 Berlin
Halle	Telefon (03 45) 2 02 90 55
Hamburg	Telefon (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

Nazi-Mordanschlag auf PDS-Buchhändler

Für Arbeitereinheitsfront zur Verteidigung gegen Nazi-Terror!

Nachfolgend drucken wir unser Flugblatt vom 19. Februar ab, das wir direkt nach dem Mordanschlag auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in Berlin-Marzahn veröffentlicht haben.

Seit Jahren ist der Nazi-Abschaum davongekommen, wenn er Brandanschläge und Morde an dunkelhäutigen Immigranten, Immigrantinnen und ihren Kindern verübt hat. Tatsächlich sind diese Angriffe so alltäglich geworden, daß darüber nur berichtet wird, wenn es Tote gibt. Heute wurde am hellichten Tage ein Buchhändler im PDS-Gebäude in Berlin-Marzahn das Opfer eines blutigen, fast tödlichen Angriffs durch einen Faschisten. Ein Typ mit Bomberjacke und Springerstiefeln feuerte mit einer Schrotflinte von hinten dreimal auf den Buchhändler. **Dies unterstreicht die Dringlichkeit von vereinten Arbeiterverteidigungsaktionen, um dieses Pack -jetzt - im Keim zu zerschlagen!**

Der mörderische Angriff von heute war ein krimineller Racheakt des Nazis wegen der erfolgreichen Massenaktion, die am Samstag, den 15. Februar eine Nazi-Provokation auf den Straßen von Berlin-Hellersdorf vereitelt hatte. Trotz massivem Polizeischutz für die Nazi-Mörder hatten mutige autonome Jugendliche, Spartakisten, Gewerkschafter, Jusos und andere die Nazis gestoppt. Dafür prügelte die Polizei auf die Nazigegner ein und nahm 104 Antifaschisten fest. **Wir begrüßen die erfolgreiche Aktion gegen die Nazis am 15. Februar in Hellersdorf und warnen: Wenn es den Nazis gelungen wäre, letzten Samstag ungehindert durch Berlin zu marschieren, würde die Zahl von terroristischen Angriffen auf Arbeiter, Immigranten, Linke und Minderheiten um das Hundertfache steigen.** Ihr verbrecherischer Überfall auf den Buchhändler in Berlin ist genauso wie die Ermordung des 17jährigen Frank Böttcher in Magdeburg ein feiger Angriff der rassistischen Terroristen, die vor den Mobilisierungen Angst haben, durch die sie zurückgeschlagen werden, wenn sie versuchen, aus ihren Rattenlöchern zu kriechen.

Kriminellerweise hat sich die PDS, die selbst ein Opfer der Nazi-Rache für Hellersdorf geworden ist, dem Chor derer angeschlossen, die Innensenator Schönbohm vom CDU/SPD-Senat gegen „linke Gewalt" anführt, weil sein massiver Polizeieinsatz zur Verteidigung der Faschisten am 15. Februar vereitelt wurde. Während der linke Buchhändler nach diesem terroristischen Angriff - der im gleichen Gebäude erfolgte, wo Gregor Gysi sein Wahlkreisbüro hat - im Krankenhaus liegt, verurteilte Gysi empörenderweise „tätliche Angriffe seitens linker Autonomer" und plädierte für „politische Auseinandersetzung" mit den Faschisten und für „Deeskalation" von Gewalt durch die Bullen.

Gregor Gysi sollte sich wie jeder Gewerkschaftsfunktionär, jeder Linke, jedes Mitglied einer Arbeiterorganisation und einer Minderheit an die bewegenden Worte des evangelischen Pfarrers Martin Niemöller erinnern, der 1945 sagte:

> „Erst kamen sie, um die Kommunisten zu holen, aber weil ich kein Kommunist war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Juden zu holen, aber weil ich kein Jude war, habe ich nicht protestiert. Dann kamen sie, um die Katholiken zu holen, aber weil ich kein Katholik war, habe ich nicht protestiert. Als sie kamen, um mich zu holen, war niemand mehr da, um zu protestieren."

Der ungeheuerliche Versuch von Gregor Gysi, „Links"- und „Rechts"extreme auf eine Stufe zu stellen, ist eine tödliche Gleichsetzung, die nur zur Stärkung des blutigen kapitalistischen Staates führen kann, dem die PDS dient und der die Faschisten mit seinen Massenabschiebungen von Immigranten und seinen bösartigen Angriffen auf Arbeiter, Frauen, Minderheiten und Linke ermutigt. Während die PDS das Vierte Reich anfleht, die Auswüchse von „Extremisten" zu zügeln, dienen ihr Ausverkauf der DDR und ihre lauwarmen Aufrufe, das kapitalistische System zu „reformieren", dazu, das Elend zu vermehren, auf dem die Faschisten wachsen. Die schändliche Verurteilung der kühnen linken Aktion, die die Nazi-Provokation verhinderte, durch die PDS und ihre selbstmörderischen Appelle an den Staat, er solle seine faschistischen Kettenhunde

Fortgesetzt auf Seite 19

Stoppt die Faschisten durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb



Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 4
Anarchismus und Syndikalismus in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg

Der folgende Teil 4 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 643, 12. April 1996. Die Teile l bis 3 erschienen in* Spartakist *Nr. 124 (September/Oktober 1996), Nr. 125 (November/ Dezember 1996), Nr. 126 (Januar/Februar 1997) und beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zu der Panser Kommune und der Spaltung der Ersten Internationale. Der hier veröffentlichte Teil 4 wurde aus* Workers Vanguard *Nr. 643 (12. April 1996) übersetzt. Teil 5 wird sich mit den revolutionären Syndikalisten auseinandersetzen.*

---

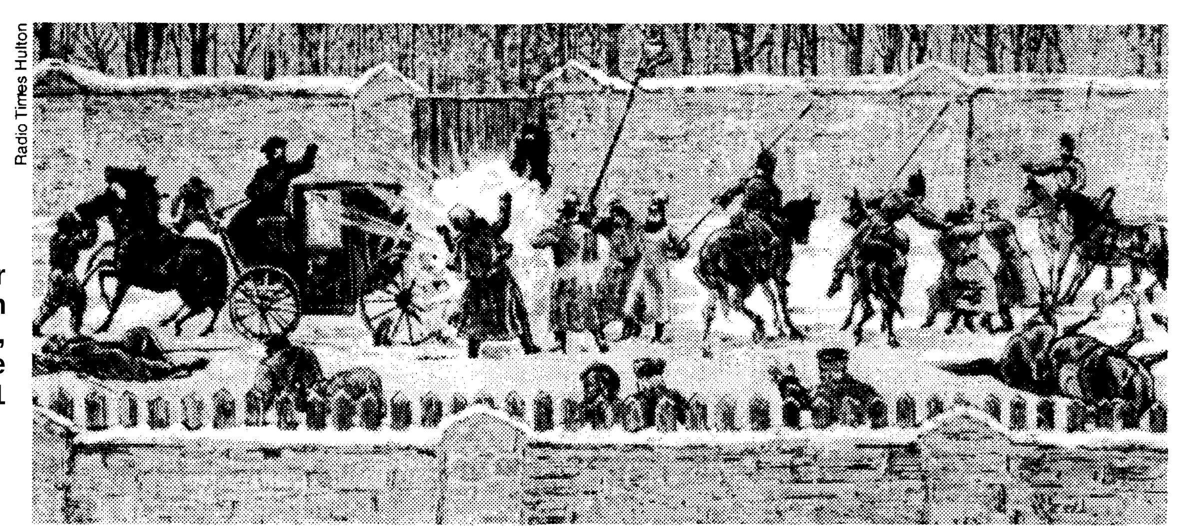
von Joseph Seymour

Sowohl die marxistische als auch die anarchistische Bewegung entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die beginnende Entwicklung des Industriekapitalismus die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und nationalen Strukturen des kontinentalen Europas radikal veränderte. Die überwiegende Mehrheit der Lohnarbeiter waren immer noch Handwerker, die in kleinen Werkstätten arbeiteten, viele mit dem realistischen Ziel, zu Kleineigentümern zu werden. Die fünf französischen Vertreter auf der Gründungskonferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation (der Ersten Internationale) 1864 waren ein Möbeltischler, ein Buchbinder, ein Graveur, ein Musikinstrumentenbauer und ein Maschinist in einer Textilfabrik.

Auf der politischen Ebene war die neue bürgerliche Ordnung in einem Großteil Europas immer noch durch die monarchischen Regime verkrustet, die aus der feudalen Vergangenheit stammten. Bakunins erste anarchistische Anhänger waren ehemalige radikale italienische Nationalisten, die noch vor kurzem mit der Waffe in der Hand gegen das habsburgi-'sche Osterreich und die lokalen italienischen Fürstentümer wie das bourbonische „Königreich beider Sizilien" gekämpft hatten. Als in Deutschland Ende der 1860er Jahre zum ersten Mal eine von Marxisten geführte Arbeiterpartei gegründet wurde, regierten König Wilhelm I. (der bald Kaiser werden sollte) und sein Minister Otto von Bismarck das Land mit eiserner Hand. Wilhelm Liebknecht, August Bebel und ihre Genossen waren nie sicher, ob sie nicht am nächsten Tag ins Gefängnis geworfen würden.

In den nächsten Jahrzehnten breitete sich der Industriekapitalismus, angetrieben durch die sprunghafte Steigerung seiner Produktivität, in ganz West- und Mitteleuropa aus. Städte wie Berlin, Wien und Mailand, die in den Revolutionen von 1848 weniger als 100 000 Einwohner hatten, wuchsen zu großen Metropolen mit ausgedehnten Arbeiterbezirken heran. Ein schnell anwachsendes Industrieproletariat wurde die soziale Basis für Massengewerkschaften und -arbeiterparteien. Parlamente mit großen sozialistischen Fraktionen, die den Anspruch hatten, für die Arbeiterklasse zu sprechen, wurden ein entscheidendes Element in der bürgerlichen politischen Ordnung Europas. Diese Entwicklungen hatten notwendigerweise tiefgreifende Auswirkungen *sowohl* auf die marxistische als auch auf die anarchistische Bewegung. Was wissenschaftlicher Sozialismus und Anarchismus für linke Militante zur Zeit der Ersten Internationale (1864-72) bedeutete, war von den Begriffen her etwas ganz anderes als das Verständnis, das man zur Zeit der Zweiten Internationale (1889-1914) haben würde.

Fortgesetzt auf Seite 22


Radio Times Hulton

Attentat auf Zar Alexander II. durch Narodniki, russische Volkstümler, 1881

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

Der Anarchismus entstand in den romanischen Ländern Europas als eine radikale Protestbewegung von verelendeten Handwerkern und unterdrückten Landarbeitern (die letzteren in Süditalien und Spanien) gegen die verheerenden Auswirkungen des aufkommenden Industriekapitalismus auf diese gesellschaftlichen Klassen. Doch mit der Entwicklung eines großen Industrieproletariats in diesen Gebieten entwickelten ein Teil der anarchistischen Bewegung und verschiedene abtrünnige Sozialisten eine eigenständige politische Doktrin und Bewegung namens Syndikalismus. Bis zur Jahrhundertwende war der Syndikalismus zur vorherrschenden Strömung in der Gewerkschaftsbewegung von Frankreich und Spanien geworden und eine wichtige Tendenz in den italienischen Gewerkschaften. In den USA entstand ebenfalls im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg eine eigenständige Version des Syndikalismus, die Industrial Workers of the World (Industriearbeiter aller Länder - IWW).

Die Charta von Amiens der französischen Confédération Generale du Travail (Gewerkschaftsdachverband - CGT) aus dem Jahr 1906, die als eine grundlegende Erklärung syndikalistischer Prinzipien angesehen wurde, proklamierte: „Die Gewerkschaft, die heute eine Kampforganisation ist, wird in der Zukunft eine Organisation für die Produktion und Verteilung sein und die Basis der gesellschaftlichen Reorganisation." Ein britischer Anarchist unserer Tage, George Woodcock, definierte das syndikalistische Programm als „die industrielle Manifestation des Anarchismus" und schrieb den Wirtschaftskollektiven in der zukünftigen Gesellschaft die Rolle zu, die Proudhon den individuellen Produzenten (oder Kooperativen) und Bakunin den autonomen Kommunen zugewiesen hatte:

> „Das Syndikat andererseits basiert auf der Organisation der Arbeiter am Arbeitsplatz je nach Industriezweig. Die Arbeiter von jeder Fabrik oder jedem Depot oder jedem landwirtschaftlichen Betrieb sind eine autonome Einheit, die ihre eigenen Angelegenheiten regelt und alle Entscheidungen trifft, die ihre Arbeit betreffen. Diese Einheiten sind föderalistisch in einem Syndikat zusammengeschlossen, das dazu dient, die Aktionen der Arbeiter in jedem Industriezweig zu koordinieren. Die Dachorganisation hat keine Autorität über die Arbeiter in irgendeinem Teilbereich und kann bei Aktionen kein Veto verhängen wie die Leitung einer Gewerkschaft." (George Woodcock: *Railways and Society* [Eisenbahn und Gesellschaft], 1943, in Auszügen wiedergegeben in Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch], 1977)

Die Doktrin und die Bewegung, die in der Charta von Amiens der französischen CGT zum Ausdruck kamen, werden sowohl in der linken als auch in der bürgerlichen Literatur häufig „Anarcho-Syndikalismus" genannt. Dieser Begriff trifft in dem Sinne zu, daß der Syndikalismus von der anarchistischen Bewegung beeinflußt wurde und eine Reihe von dessen grundsätzlichen ideologischen Prämissen teilte. Viele, wenn auch bei weitem nicht alle Syndikalisten betrachteten sich als Anarchisten. Dennoch waren Anarchismus und Syndikalismus unterschiedliche und, bis zu einem gewissen Grad, *rivalisierende* Bewegungen. Errico Malatesta, einer der ursprünglichen italienischen Bakunisten, meinte, daß der „Syndikalismus eine neue Doktrin werden" und „die Existenz des Anarchismus selbst bedrohen wird". Von der anderen Seite her machte Pierre Monatte, ein führender französischer Syndikalist, 1907 die scharfe Bemerkung: „Was die Anarchisten angeht, so hat sich ihr Revoluzzertum in perfekter Art und Weise in den Elfenbeinturm philosophischer Spekulationen zurückgezogen."

Von Marx' Kommunismus zu Kautskys Sozialdemokratie

Genauso wie sich die französische CGT von Monatte und Léon Jouhaux stark von Bakunins Internationaler Allianz für Sozialistische Demokratie unterschied, so unterschied sich die deutsche Sozialdemokratie von Bebel und Karl Kautsky in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts stark von der Bewegung, die von Marx und Engels in den 1870er Jahren inspiriert und geführt wurde. Zu der Zeit, als Marx lebte, wurde er von niemandem mit parlamentarischem Reformismus identifiziert. Nachdem er im Anschluß an die Pariser Kommune von 1871 zum ersten Mal zu einer weithin bekannten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens geworden war, wurde er von den europäischen Regierungen und der bürgerlichen Presse als der -„rote terroristische Doktor" gebrandmarkt. Aber im Gegensatz zum Abenteurertum von Bakunins italienischen und spanischen Anhängern bestand Marx darauf, daß die Arbeiterklasse sich durch Kämpfe für demokratische Rechte, wirtschaftliche Errungenschaften und soziale Reformen auf eine erfolgreiche Revolution *vorbereiten* müsse.

Gegen die Anarchisten gerichtet, argumentierte Marx, daß revolutionäre Sozialisten, wo es möglich ist, Parlamentswahlen und das Auftreten im Parlament zur Agitation für ihr Programm ausnutzen sollten. Ein ausgezeichnetes Beispiel hierfür war das Auftreten von Wilhelm Liebknecht und August Bebel im Reichstag des Norddeutschen Bundes während des Französisch-Preußischen Krieges von 1870/71. Sie weigerten sich, für Kriegskredite zu stimmen, später verteidigten sie die Pariser Kommune und führten die Opposition gegen die Annektion von Elsaß-Lothringen durch das neugegründete deutsche Zweite Reich an. Für ihre Auflehnung gegen den Staat von Kaiser Wilhelm wurden die marxistischen Führer der gerade erst entstehenden deutschen Arbeiterbewegung vor Gericht gestellt und wegen Hochverrats ins Gefängnis geworfen.

Gegen die Anhänger von Proudhon und Bakunin gerichtet, hielt Marx daran fest, daß die Arbeiterbewegung Maßnahmen der kapitalistischen Regierung, die ihren Interessen nützen, fordern und unterstützen sollte, so wie die Abschaffung der Kinderarbeit. Marx und Engels haben nie die Auffassung verbreitet, daß man durch schrittweise Reformen der kapitalistischen Wirtschaft den *Sozialismus* herbeiführen könnte, und damals hätte auch niemand daran gedacht, ihnen eine solche Konzeption zuzuschreiben. Natürlich wurden später von Reformisten, die sich an den Wohlstand und die scheinbare Stabilität der westeuropäischen bürgerlichen Gesellschaft gewöhnt hatten, alle möglichen Positionen als „Marxismus" ausgegeben.

In ihrer Vorstellung von einer europaweiten sozialistischen Revolution dachten Marx und Engels an einen Zeitraum von *Jahren* und nicht Jahrzehnten. Zum Beispiel wurde Ende der 1870er Jahre die russische Selbstherrschaft durch das Entstehen der revolutionären Volkstümlerbewegung erschüttert, die große Teile der gebildeten Jugend mobilisierte. Es gab weitverbreitete Erwartungen in ganz Europa, daß Rußland am Rande einer radikalen demokratischen Revolution stehe, angefacht durch eine bäuerliche Massenrevolte analog zur Großen Französischen Revolution von 1789. Marx und Engels glaubten, daß der Sturz der zaristischen Autokratie - des Gendarmen der europäischen Reaktion - der Beginn einer europaweiten sozialistischen Revolution sein könnte. Im Vorwort zur neuen russischen Ausgabe des *kommunistischen Manifests* von 1882 - die letz-

te gemeinsame Arbeit von Marx und Engels, ehe der erstere im folgenden Jahr starb - heißt es, daß die russische Revolution „das Signal einer proletarischen Revolution im Westen" werden könne.

Auf die Ermordung von Zar Alexander II. durch revolutionäre Volkstümler im Jahre 1881 folgte jedoch die reaktionäre Restabilisierung des russischen Absolutismus für den Rest des Jahrzehnts. Dies wiederum stärkte die bürgerliche Ordnung im Europa des deutschen Zweiten Reiches, der französischen Dritten Republik und des späten viktorianischen Englands. Unter diesen Bedingungen wurde die Aussicht auf eine proletarische Revolution zunehmend abstrakt und verschob sich für viele Sozialisten immer weiter in die Zukunft, auch bei denen, die sich als Anhänger der marxistischen Doktrinen verstanden.

Diese Entwicklung spiegelte sich darin wider, daß sich die allgemein übliche Bezeichnung der marxistischen Bewegung von kommunistisch zu sozialdemokratisch änderte. Typisch für die Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts war das Konzept eines Mz'm'ma/programms für demokratische Rechte und soziale und wirtschaftliche Reformen, das zeitlich scharf getrennt war von dem Morima/programm, d. h. dem revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems. Der führende Vertreter dieses theoretischen Schemas war Karl Kautsky, der anerkannte Sprecher des „orthodoxen" Marxismus nach dem Tod von Engels im Jahre 1895. Wie Trotzki später in einem Nachruf schrieb, als Kautsky 1938 starb:

> „Die revolutionäre Seite des Marxismus hatte sich in eine unbestimmte, jedenfalls ferne Perspektive verwandelt. Kampf um Reformen und Propaganda standen auf der Tagesordnung. Kautskys Werk bestand darin, die Politik der Reformen vom Standpunkt einer revolutionären Perspektive aus zu kommentieren und zu rechtfertigen. Selbstverständlich hätte Kautsky bei einer Änderung der objektiven Bedingungen die Partei mit anderen Methoden ausrüsten können. Das trat jedoch nicht ein. Das Einsetzen einer Epoche großer Krisen und großer Erschütterungen offenbarte den durch und durch reformistischen Charakter der Sozialdemokratie und ihres Theoretikers Kautsky." (Leo Trotzki, „Karl Kautsky", in *Schriften über Deutschland)*



Peter Kropotkin

Die Auseinandersetzung zwischen den Anarchisten und denjenigen, die den Anspruch erhoben, in der marxistischen Tradition zu stehen, war in der früheren Periode auf einer ganz anderen Ebene geführt worden. Bakunin hatte die deutschen Kommunisten dafür angegriffen, daß sie eine revolutionäre Diktatur anstrebten; seine Nachfolger warfen den deutschen Sozialdemokraten parlamentarischen Reformismus vor. Der französische revolutionäre Syndikalist Pierre Monatte äußerte sich abfällig über den „orthodoxen" marxistischen Führer Jules Guesde (der ironischerweise ein ehemaliger Bakunist war), weil dieser für ein „Revoluzzertum" eintrete, das „nur aus Worten besteht oder, schlimmer noch, auf Wahlen und das Parlament ausgerichtet" ist.

Es gab jedoch eine zunehmend wichtigere Ausnahme von der Identifizierung der Sozialdemokratie vor 1914 mit parlamentarischem Reformismus: die marxistische Bewegung im Russischen Reich, einschließlich Polens. Alle russischen Radikalen - sowohl die Volkstümler als auch die Marxisten - erkannten, daß der *Sturz der zaristischen Selbstherrschaft* eine notwendige Vorbedingung für demokratische Freiheiten, eine repräsentative Regierung und sozialen Fortschritt war. Die verschiedenen volkstümlerischen und marxistischen Fraktionen im Russischen Reich hatten ganz unterschiedliche Vorstellungen über den Verlauf der kommenden Revolution und darüber, was danach geschehen würde, aber nicht darüber, daß eine Revolution bevorstand.

Das Gründungsprogramm der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1903 - das sowohl von den zukünftigen Bolschewiki als auch den zukünftigen Menschewiki unterstützt wurde - erklärte „als unmittelbare politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und deren Ersetzung durch eine demokratische Republik". Noch bedeutsamer war, daß die russische Partei die *einzige sozialdemokratische Partei in der Welt* war, die in ihr offizielles Maximalprogramm die „Diktatur des Proletariats" als notwendig für „die Unterdrückung jeglichen Widerstandes von seilen der Ausbeuter" aufgenommen hatte. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts bedeutete also der Marxismus in Rußland und Polen etwas ganz anderes als in Deutschland oder Frankreich.

Ein Vierteljahrhundert nach Bakunins Tod 1876 war die Bewegung, die er ins Leben gerufen hatte, in Anarchisten und Syndikalisten gespalten. Und die Anarchisten selber waren ein heterogener Haufen, sie reichten von reinen Propagandisten wie Kropotkin bis zu terroristischen Fachleuten für die „Propaganda der Tat". Zur gleichen Zeit waren die „marxistischen" sozialdemokratischen Parteien immer mehr in Fraktionen der Rechten, des Zentrums und der Linken gespalten, wobei die revolutionären Marxisten im Russischen Reich und auf dem Balkan konzentriert waren. Erst durch einen imperialistischen Weltkrieg und eine Arbeiterrevolution in Rußland sollten die falschen Trennungslinien in der linken und proletarischen Bewegung international überwunden (und die wirklichen Trennungslinien geklärt) werden.

Kropotkin: ein linker „Sozialdarwinist"

Wir haben hervorgehoben, daß die Grundprämisse des klassischen Anarchismus die Annahme war, es gäbe eine natürliche moralische Ordnung, die allen Menschen soziale Solidarität auferlegt. Diese Konzeption fand ihren klarsten Ausdruck in den Schriften von Peter Kropotkin, dem führenden Vertreter des Anarchismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Kropotkins bekannteste Arbeit trug den Titel „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt", deren erste beiden Kapitel der „Gegenseitigen Hilfe unter Tieren" gewidmet waren.

Peter Kropotkin wurde 1842 in die höheren Kreise des russischen Adels hineingeboren und war als Jugendlicher ein Mitglied des Pagenkorps, das direkt dem Zaren zugeteilt war. Dieser besondere zaristische Page zeichnete sich durch seine intellektuelle Neugier und sein soziales Gewissen aus. Als er, wie alle jungen russischen Adligen, als junger Offizier in der Armee dienen mußte, wählte er ein entlegenes Kosakenregiment in Sibirien, weit weg vom luxuriösen Leben bei Hofe. Die Berichte, die er über seine Reisen in dieser unberührten Region schrieb, wurden später veröffentlicht und trugen Kropotkin den wissenschaftlichen Ruf eines

Fortgesetzt auf Seite 24

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 23

Experten über die Geographie von Ostsibirien ein. Immer mehr entfremdet von der sozialen und politischen Ordnung des russischen absolutistischen Staates, Schied Kropotkin als Mittzwanziger aus der Armee aus und schrieb sich an der St. Petersburger Universität ein, um Naturwissenschaften zu studieren.

1872 besuchte Kropotkin zum ersten Mal Westeuropa und lernte dort die bakunistische Bewegung in der Schweiz kennen. Der unzufriedene junge russische Adlige wurde sofort für den Anarchismus gewonnen, eine Sache und Bewegung, der er den Rest seines Lebens widmen sollte. Um Kropotkins Anarchismus zu verstehen, ist es wichtig, die Schweizer Bakunisten, die ihn beeinflußten, von den italienischen und spanischen Bakunisten zu unterscheiden. Die Schweizer waren schulisch und fachlich ausgebildete Handwerker - hauptsächlich Uhrmacher -, die dachten, daß ihnen das anarchistische Programm eine Möglichkeit dazu biete, die traditionelle Gemeinschaft der Handwerker gegen die Raubzüge des Industriekapitalismus zu schützen. Für sie sollte die soziale Revolution in erster Linie durch aufklärerische Propaganda Zustandekommen. Die italienische und spanische Bewegung der Bakunisten bestand weitgehend aus deklassierten Intellektuellen, Landarbeitern und lumpenproletarischen Elementen, für die Anarchismus aufrührerische Gewalt gegen ihre verhaßten Herrscher jetzt sofort an Ort und Stelle bedeutete.

Als Kropotkin nach Rußland zurückkehrte, stürzte er sich in die bei den intellektuellen Jugendlichen aufkommende revolutionäre Volkstümlerbewegung. Wie die meisten seiner Genossen wurde er ins Gefängnis geworfen, aber zwei Jahre später gelang ihm mit der Hilfe von Freunden aus den höheren Kreisen der russischen Bürokratie die Flucht ins Ausland. Kropotkin wurde bald zu einem führenden Kopf der anarchistischen Bewegung in der Schweiz und in Frankreich. Aufgrund seiner Teilnahme an einem kämpferischen Streik von Seidenarbeitern in Lyon verurteilte ihn die französische Regierung Anfang der 1880er Jahre zu drei Jahren Gefängnis.

Nach seiner Entlassung ließ sich Kropotkin - inzwischen Mitte Vierzig - in Britannien nieder, wo er die nächsten drei Jahrzehnte leben sollte und seine Hauptwerke über den

Anarchismus schrieb, die meisten davon auf englisch. Trotz und zum Teil wegen seiner Stellung als führender Theoretiker des Anarchismus gewann Kropotkin Anerkennung bis in „respektable" britische Intellektuellenkreise hinein. So stammt von ihm der Abschnitt über Anarchismus in der Ausgabe der *Encyclopedia Britannica* von 1910. Er nahm häufig an Sitzungen der Royal Geographical Society teil, wo er sich demonstrativ weigerte, sich zu erheben und auf das Wohl von Königin Victoria anzustoßen. Aber Kropotkins freundschaftliche Beziehungen zu liberalen britischen Intellektuellen sollten mit der Zeit Auswirkungen auf den russischen Radikalen im Exil haben. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte sich Kropotkin begeistert auf die Seite der Regierung Ihrer Königlichen Majestät und des mit ihr verbündeten zaristischen Rußlands gegen Deutschland.

Kropotkins Eintauchen in britische bürgerliche intellektuelle Kreise formte auch die Entwicklung - oder vielmehr Evolution - seiner eigenen anarchistischen Doktrinen. Die „fortschrittlichste", dem Zeitgeist entsprechende Schule der triumphalistischen bürgerlichen Ideologie im spätviktorianischen England war der Sozialdarwinismus. T. H. Huxley, Herbert Spencer und ihre reaktionären Mitstreiter vulgarisierten und entstellten Darwins Theorie von der Evolution durch natürliche Auslese, um damit kapitalistischen Wettbewerb und imperialistische Eroberungen zu *rechtfertigen.* Das „Überleben des Stärkeren" wurde als das Hauptgesetz des evolutionären Fortschritts ausgegeben, sei es bei Insekten, Nagetieren oder den menschlichen Bewohnern des heutigen Europas. Der Bankrott von kleinen Familienunternehmen oder Bauernhöfen wurde verglichen mit dem Aussterben von Vogel- oder Säugetierarten, denen es nicht gelungen war, sich an eine sich ändernde natürliche Umwelt anzupassen. Für Huxley und Spencer war ein Arbeiter, der ein Vorarbeiter wurde - oder insbesondere ein erfolgreicher Industrieller -, vergleichbar mit einem starken männlichen Tiger, der sich gegen einen schwächeren Rivalen durchsetzt, wenn sie darum kämpfen, wer sich mit einer Tigerin paaren kann.

Dietz Verlag

Amsterdamer Kongreß der Zweiten (Sozialistischen) Internationale, 1904, verabschiedete Resolution, die jede Beteiligung an bürgerlicher Regierung verurteilte. Aber der Einfluß reformistischer Strömungen, für die Eduard Bernstein (rechts) von der SPD ein Musterbeispiel war, nahm weiter zu



Frederick A. Praeger, Inc.

Kropotkin akzeptierte die Grundvoraussetzung des Sozialdarwinismus, aber er gab der Doktrin einen linken Anstrich. Auch er glaubte, daß die menschliche Gesellschaft von unveränderlichen Gesetzen regiert werde, die auf alle lebenden Kreaturen anwendbar seien, und daß alle individuellen Mitglieder der Menschheit so handeln sollten, daß sie die Interessen der Spezies Homo sapiens fördern. Kropotkin war jedoch der Auffassung, daß Kooperation, nicht Konkurrenz zwischen den Einzelpersonen und Gruppen der Hauptmechanismus für evolutionären Fortschritt sei. Während Huxley, Spencer & Co. behaupteten, daß die unteren Klassen ihr Los hinnehmen müßten wegen des zukünftigen Fortschritts der Menschheit, appellierte Kropotkin an die wohlhabenden Kapitalisten, für das Gemeinwohl Opfer zu bringen.

Anfang der 1890er Jahre schrieb Kropotkin in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine Reihe von polemischen Artikeln gegen T. H. Huxley, die später als das Buch *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* (1910) veröffentlicht wurden, wobei die Hauptschlußfolgerung war:

„Im Tierreich haben wir gesehen, daß die übergroße Mehrheit der Arten in Gesellschaften leben, und daß sie in der Vereinigung die besten Waffen für den Kampf ums Dasein finden: dies Wort natürlich in seinem weiten Darwinistischen Sinne genommen - nicht als ein Kampf um die nackten Existenzmittel, sondern als Kampf gegen alle natürlichen Umstände, die der Art ungünstig sind. Die Tierarten, in denen der Kampf zwischen Individuen auf sein engstes Gebiet beschränkt ist, und wo die Betätigung gegenseitiger Hilfe den größten Umfang angenommen hat, sind unweigerlich die zahlreichsten, die bestgestellten und zum Fortschritt geeignetsten...

In der Betätigung gegenseitiger Hilfe, die wir bis in die ersten Anfänge der Entwicklung verfolgen können, finden wir also den positiven und unzweifelhaften Ursprung unserer Moralvorstellungen; und wir können behaupten, daß in dem ethischen Fortschritt des Menschen der gegenseitige Beistand - nicht gegenseitiger Kampf - den Hauptanteil gehabt hat. In seiner umfassenden Betätigung - auch in unserer Zeit - erblicken wir die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechts."

Die Ansichten, die hier zum Ausdruck kamen, waren keineswegs eine Eigenart von Kropotkin, sondern waren ein *zentrales Element* der damaligen anarchistischen Doktrin. So

Fortgesetzt auf Seite 26

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 25

heißt es in Errico Malatestas Broschüre *Anarchie* von 1891, die als eine grundlegende Erläuterung dieser gesellschaftlichen und politischen Philosophie geschrieben wurde: „Der Grundsatz ‚Jeder für sich selbst', welcher den Krieg Aller gegen Alle bedeutet, hat im Laufe der Geschichte den Kampf der Menschen gegen die Unbilden der Natur, welcher allein den Wohlstand der Menschheit sichern kann, gelähmt, verwirrt und irregeführt, denn derselbe kann nur so mit Erfolg geführt werden, wenn er sich auf den Grundsatz aufbaut: ‚Alle für jeden und jeder für Alle!'"

Wir haben betont, daß der Anarchismus als eine Ideologie im wesentlichen *klassenkollaborationistisch* ist, denn er postuliert, daß alle Menschen gemeinsame Interessen und Werte haben, die auf der natürlichen Ordnung der Dinge beruhen. In *Gegenseitige Hilfe* appelliert Kropotkin ausdrücklich an wohlhabende Kapitalisten, sich nicht der übrigen menschlichen Gemeinschaft zu entfremden:

> „Menschen, die Reichtümer gesammelt haben, finden in ihnen sehr oft nicht die erwartete Befriedigung...
> Das Bewußtsein der Solidarität der Menschen beginnt sich einzustellen; und obschon das Gesellschaftsleben so eingerichtet ist, daß dieses Gefühl durch tausend künstliche Mittel unterdrückt wird, bekommt es doch oft die Oberhand; und dann versuchen sie, diesem tiefgewurzelten menschlichen Verlangen Luft zu machen und geben ihr Vermögen oder ihre Kraft für eine Sache, die nach ihrer Meinung dem allgemeinen Wohle förderlich ist."

Hier degeneriert der Anarchismus in die Propagierung bürgerlicher Philanthropie.

Kropotkins sozialdarwinistische Version des Anarchismus wäre heute eine historische Kuriosität, wenn nicht in den letzten Jahren eine vom Wesen her ähnliche Doktrin und Bewegung in Gestalt des „grünen" Radikalismus entstanden wäre. Von einem „grünen" Standpunkt aus werden die Direktoren der Weltbank, die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet und landlose Bauern in Indien als gleichberechtigte Mitglieder der Menschheit angesehen, deren Verhalten sich nach dem zukünftigen Wohlergehen der menschlichen Spezies (und anderer Spezies) richten sollte.

Die ideologische Verwandtschaft zwischen klassischem Anarchismus und Öko-Radikalismus wird vom amerikanischen Akademiker Murray Bookchin personifiziert. Auf dem Höhepunkt des neulinken Radikalismus in den 60er und frühen 70er Jahren war er ein Vertreter des „Anarchismus in der Überflußgesellschaft", der dem Zeitgeist gemäß an Jugendliche appellierte, „deren Leben frustriert ist durch Konsumrausch, eintönige Vororte, die Massenmedien, die Familie, die Schule, den Supermarkt und das vorherrschende System unterdrückter Sexualität". In den letzten Jahren ist Bookchin zu einem Guru des „grünen" Radikalismus geworden, der eine „Philosophie der sozialen Ökologie" vertritt, die im wesentlichen identisch ist mit Kropotkins Anarchismus der „Gegenseitigen Hilfe":

> „Ich spreche von der Fähigkeit der Menschheit, zugunsten einer Ausrichtung innerhalb der Natur einsichtsvoll Schlußfolgerungen zu ziehen, vorauszusehen, zu wollen und zu handeln sowie die eigene Entwicklung der Natur zu steigern. Es ist auch eine Beleidigung der Natur, diese subjektiven Eigenschaften von der Natur zu trennen, sie so zu behandeln, als gingen sie nicht aus der evolutionären Entwicklung hervor und gehörten nicht implizit zur Natur in einem tieferen Sinn als das .Gesetz der Zähne und Klauen', das wir so leichtfertig der natürlichen Evolution als Metapher für die ‚Grausamkeit' und .Härte' dieses evolutionären Prozesses zuschreiben...
> Soziale Ökologie übernimmt von der Definition her die Verantwortung dafür, dem natürlichen Kern der Gesellschaft und der Menschheit einen ethischen Inhalt zu erzeugen, auszuarbeiten und zu geben."

Da die Mitglieder des amerikanischen FBI, der französischen Bereitschaftspolizei und der Todesschwadronen in El Salvador auch zur Menschheit gehören, können sie vermutlich ebenso leicht von der „Philosophie der sozialen Ökologie" überzeugt werden wie andere Vertreter unserer Spezies. So ist ironischerweise der Anarchismus - der sich selbst als kompromißlos feindlich gegenüber jedem Staat hinstellt - mit Vorstellungen vereinbar, daß die Kader des kapitalistischen Staates für die Sache der sozialen Befreiung gewonnen werden können.

Anarcho-Terrorismus: „Propaganda durch die Tat"

Anderswo dachten Anarchisten an andere Formen der Bewußtseinshebung. Die ursprüngliche bakunistische Bewegung Anfang der 1870er Jahre appellierte an die Ungeduld von linken Militanten, die auf der Stelle ins letzte Gefecht gegen die herrschenden Mächte ziehen wollten. Die Bewegung war am stärksten in Spanien und Süditalien, wo es Gelegenheiten für aufständische Aktivitäten gab, die es nirgendwo sonst in Europa gab. Spanien wurde durch eine Reihe von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen republikanischen und monarchistischen Fraktionen der Bourgeoisie und der Grundbesitzer erschüttert. Und trotz ihrer „antipolitischen" und „staatsfeindlichen" Haltung landeten die spanischen Bakunisten oft in örtlichen republikanischen Gremien zusammen mit bürgerlichen Liberalen. In Italien hatten die besitzenden Klassen gleich nach den Kriegen des Risorgimento, die das Land vereinigt hatten, noch keinen starken zentralisierten Staatsapparat aufgebaut. Italienische Bakunisten, unter denen der junge Errico Malatesta herausragte, waren daher imstande, eine Zeit lang in den Bauerndörfern Kalabriens Guerillakrieg zu führen.

Mit der zunehmenden Stabilisierung der europäischen bürgerlichen Ordnung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts machte die bakunistische Aufstandspolitik dem Anarcho-Terrorismus Platz, einer Ideologie der Verzweiflung, wonach individuelle Gewaltakte die geknechteten Massen aufrütteln sollten. In den 1880er und 1890er Jahren brachten Anarchisten einen Präsidenten von Frankreich, einen Präsidenten der USA, einen König von Italien, einen Ministerpräsidenten von Spanien, eine Kaiserin von Österreich-Ungarn und eine Reihe unbedeutenderer Persönlichkeiten um. 1886 warf ein gewisser Charles Gallo eine Flasche mit Schwefelsäure von der Galerie der Pariser Börse auf eine Gruppe von Börsenmaklern und ihren Angestellten. Dem ließ er drei Revolverschüsse folgen, ohne jedoch irgendjemanden zu treffen. Bei seinem Prozeß rief Gallo: „Es lebe die Revolution! Es lebe der Anarchismus! Tod der bürgerlichen Richterschaft! Haufen von Idioten!" Den Geschworenen erklärte er, daß er, als er Säure auf das Börsenparkett geworfen habe, „für die anarchistische Doktrin einen Akt der Propaganda durch die Tat" durchgeführt habe (zitiert in James Joli: *Die Anarchisten*, 1964).

In Malatestas Broschüre *Anarchie* steht, „daß im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft, wo die große Mehrzahl der Menschen von Elend erdrückt und von Aberglauben verblödet ist, das Geschick der Menschheit von der Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Menschen abhängt". Die „Propaganda durch die Tat" war eine extreme Form des anarchistischen Grundsatzes, daß die Aktionen einer kleinen Zahl von Einzelpersonen notwendig seien, um

den Geist der Revolte unter der unbeweglichen Mehrheit zu inspirieren und zu ermutigen. Die Ermordung eines französischen Präsidenten oder eines spanischen Ministerpräsidenten hielt man für eine exemplarische Erhebung, die demonstrieren sollte, daß der Staat gegenüber revolutionärer Gewalt schutzlos sei.

Natürlich fand die Bourgeoisie daran überhaupt keinen Gefallen. Der wild dreinblickende, bombenwerfende Anarchist wurde eine stereotype Figur in der allgemeinen politischen Kultur und wurde dazu benutzt, die bürgerliche Repression zu rechtfertigen. Der britische sozialdemokratische



Radio Times Hulton

Errico Malatesta, einer der ersten italienischen Bakunisten und sein ganzes Leben lang Anarchist, war ein ehrenhafter Kämpfer für die Unterdrückten

Historiker G. D. H. Cole sagte dazu: „Solche Personen neigten in den 1880er und 1890er Jahren dazu, sich zu anarchistischen Auffassungen zu bekennen, obwohl ihr Anarchismus nur wenig gemeinsam hatte mit dem von solchen Männern wie Kropotkin" *(Socialist Thought: Marxism and Anarchism, 1850-1890* [Sozialistisches Denken: Marxismus und Anarchismus, 1850-1890], 1954). Zwar haben Kropotkin und Malatesta in ihren letzten Lebensjahren den Terrorismus nicht ermutigt, doch haben sie ihn niemals zurückgewiesen oder diejenigen, die ihn ausübten, denunziert. Indem sie das System mit seinen Symbolen und Agenten, die Krankheit mit ihren Symptomen verwechseln und an großspurige „Aktionen" von Minderheiten glauben, appellieren die anarchistischen Propagandisten an impressionistische politische Impulse, die beileibe nicht nur die Angelegenheit einer längst vergangenen Zeit sind. Elemente der neuen Linken der 60er Jahre zum Beispiel waren stark vom Geist des symbolischen Terrorismus beeinflußt, auch wenn ihre Praxis einen eher stellvertretenden und sogar „gewaltfreien" Charakter hatte.

Was genau bedeutete „Propaganda durch die Tat"? Wie sollten solche Taten die anarchistische Sache fördern? 1879 forderte die erste Ausgabe von *Le Revolte,* herausgegeben von Kropotkin: „Permanente Revolte in mündlicher Rede, in Schriftform, durch den Dolch, die Flinte, Dyaamit ... Alles, was außerhalb der Legalität liegt, ist gut für uns." Für die Anarchisten war der Hauptfeind der Staat, gefolgt von der Kirche. Hierbei ist es wichtig, nicht zu vergessen, daß die Bewegung ihren Ursprung und ihr Zentrum im romanischen Teil Europas hatte, wo die römisch-katholische Kirche immer noch Staatsreligion war. Die Anarchisten sahen ihre Hauptaufgabe darin, mit allen Mitteln den traditionellen Respekt der Massen gegenüber der Autorität - Regierungsbeamten, der Polizei, den Richtern, Priestern und Bischöfen - zu überwinden.

Während der Spanischen Revolution und dem Bürgerkrieg Mitte der 30er Jahre wurde eine große Zahl von Kirchen niedergebrannt und viele Priester und andere Angehörige des Klerus umgebracht (Schätzungen reichen von mehreren hundert bis mehrere tausend). Ein anarchistisches Jugendmanifest jubelte: „Damit die Revolution eine Tatsache wird, müssen wir die drei Säulen der Reaktion zerstören: die Kirche, die Armee und den Kapitalismus. Die Kirche ist schon zur Rechenschaft gezogen worden. Die Tempel sind durch Feuer zerstört worden und der kirchlichen Krähen, die nicht entkommen konnten, hat sich das Volk angenommen" *(Tierra y Libertad* [Barcelona], 13. August 1936). Andererseits gibt es eine Reihe von Berichten, daß Einheiten der anarchistischen Miliz das Niederbrennen von Kirchen gestoppt haben. Zwar zeichnen sich Revolutionen, besonders gegen halbfeudale Bedingungen, häufig durch eine Explosion von Wut gegen die Unterdrücker aus, doch die Angriffe auf Kirchen in Spanien hatten die Empörung der katholischen Gläubigen zur Folge und stärkten entsprechend die Kräfte der Reaktion unter Franco.

Der Kampf gegen die Religion besteht in erster Linie nicht darin, den Aberglauben zu vertreiben, sondern darin, ein Gesellschaftssystem loszuwerden, das Menschen zur Verzweiflung treibt. Wie der junge Marx schrieb, als er ein *materialistisches* Verständnis der Gesellschaft entwickelte:

> „Das *religiöse* Elend ist in einem *der Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.
>
> Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf."* [Hervorhebung im Original] (Karl Marx: „Zur Kritik der Hegeischen Rechtsphilosophie, , 1843/44)

Wir Kommunisten wollen die Bedingungen für Verelendung, Unterdrückung und soziale Erniedrigung beseitigen, die Männer und Frauen dazu bringen, vor Priestern niederzuknien und Altäre anzubeten.

Die Existenz des Staates und der Kirche stammt nicht von den subjektiven Einstellungen der Massen und hängt auch nicht von ihnen ab. Staat und Kirche sind zentrale Institutionen in allen Gesellschaften, die auf der Aneignung der Mehrarbeit der unmittelbaren Produzenten durch eine Eigentum besitzende Klasse beruhen. Wir Kommunisten wollen den Werktätigen das Bewußtsein vermitteln - durch Kämpfe ebenso wie durch Propaganda und Agitation -, daß der Staatsapparat (die Armee, die Polizei, die Richterschaft usw.) in kapitalistischen Ländern ein geschäftsführender Ausschuß ist, der ihre Ausbeutung durch die Bankiers, Industriellen, Grundbesitzer usw. erzwingt. Sobald die ausgebeuteten Massen den wirklichen Charakter des bürgerlichen Staates verstehen, steht nicht die Ermordung von Regierungsvertretern auf der Tagesordnung, sondern die proletarische Revolution.

[WIRD FORTGESETZT]

China...

Fortsetzung von Seite 32

Durch Drohungen mit Wirtschaftssanktionen und anderen Maßnahmen hat Washington alles daran gesetzt, daß die Beijingei Bürokratie die Kampagne für einen voll entfalteten Kapitalismus verschärft. Im Augenblick fordern die USA und andere imperialistische Mächte, daß China die Investitionen iri den staatseigenen Industriezweigen zusammenstreicht als eine Bedingung für den Beitritt zur Welthandelsorganisation und „um die Öffnung der Wirtschaft des Landes zu beschleunigen" *(New York Times*, 2. März). Hinter dem ganzen zeichnet sich die Rivalität zwischen den USA und Japan über die wirtschaftliche Vorherrschaft in der Region ab. Beide liegen im Clinch um das „Recht" auf schrankenlose Ausbeutung von Chinas riesigem Proletariat und sind im Wettrennen um das rohstoffreiche Sibirien, das als Resultat der Zerstörung der Sowjetunion wieder der Ausplünderung durch die Imperialisten offensteht. Hier sei daran erinnert, daß der Zweite Weltkrieg im Pazifik in erster Linie um die Kontrolle über China geführt wurde. Diese Trophäe wurde jedoch dem amerikanischen Imperialismus durch die Revolution von 1949 aus den Händen gerissen. Wir Trotzkisten sind immer für die bedingungslose militärische Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaates gegen den Imperialismus eingetreten, einschließlich der Verteidigung seines Rechts auf Atomwaffen.

Von Anfang an hat die stalinistische Bürokratie Chinas die Errungenschaften der Revolution durch ihre nationalistische Feindseligkeit gegenüber der internationalen Ausweitung der sozialistischen Revolution unterminiert, statt dessen hat sie eine Versöhnung mit dem Imperialismus angestrebt. Heute nähert sich China immer mehr einem entscheidenden Wendepunkt. Ob es den immer selbstbewußter auftretenden Kräften der kapitalistischen Restauration gelingt, die Errungenschaften von Chinas sozialer Revolution zu zerstören, oder ob sie durch eine proletarisch-politische Revolution, die die eigennützige stalinistische Bürokratie hinwegfegt, besiegt werden, wird nicht nur über das Schicksal des chinesischen Volkes entscheiden, sondern wird auch gewaltigen Einfluß auf die Länder ganz Ostasiens und darüber hinaus haben.

China am Scheideweg

Die politischen Erben von Mao Zedong haben die Chinesische Revolution an den Rand des Abgrunds gebracht. Als Maos Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und seine bäuerliche Guerillaarmee 1949 dem nationalistischen Guomindang-Regime (Kuomintang) von Tschiang Kaischek die Macht entriß, wurde damit die kapitalistische Herrschaft zerschlagen und das Land von seiner Unterordnung unter den japanischen und westlichen Imperialismus befreit. Der revolutionäre Umsturz schuf die Bedingungen für enorme Errungenschaften für Arbeiter, Bauern und Frauen. Die Chinesische Revolution war eine gewaltige Niederlage für die USA und die anderen imperialistischen Mächte. Das wurde deutlich bei der Intervention von Chinas Volksbefreiungsarmee (VBA) im Koreakrieg 1950-53, die Nordkorea davor rettete, vom US-Imperialismus und seinem südkoreanischen Marionettenregime überrannt zu werden.

Aber das, was aus der Revolution von 1949 entstand, war ein *bürokratisch deformierter* Arbeiterstaat, beherrscht von einer parasitären Kaste, an deren Spitze die Führung der KPCh und der VBA stand. Ein entscheidender Faktor für dieses Ergebnis war der atomisierte Zustand des chinesischen Proletariats nach Jahren des stalinistischen Verrats (vor allem bei der Niederlage der Chinesischen Revolution 1925-27), des Guomindang-Terrors, der Besetzung durch den japanischen Imperialismus und des scharfen wirtschaftlichen Niedergangs im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Nach dem Modell von Stalins UdSSR stützte sich die maoistische Herrschaft auf das antimarxistische Dogma vom Aufbau des „Sozialismus" in einem einzigen Land. Dieses nationalistische Schema verleugnete das grundlegende marxistische Verständnis, daß der Sozialismus nur auf dem höchsten Niveau der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufgebaut werden kann - was eine internationale sozialistische Planung notwendig macht -, und drückte damit die privilegierten Interessen der bürokratischen Kaste aus, die in der Sowjetunion 1923/24 die Macht an sich gerissen hatte, und ihres Pendants in China, das von Anfang an die Volksrepublik beherrscht hat.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92 nach jahrzehntelangem militärischen und besonders wirtschaftlichen Druck seitens des Weltimperialismus demonstrierte, wie falsch dieses stalinistische Schema war. Aber wenn „Sozialismus in einem Land" schon unter sowjetischen Bedingungen utopisch und reaktionär war, dann galt dies um so mehr im rückständigen China, das unter dem Gewicht einer verelendeten Bauernschaft ächzte, die drei Viertel seiner Bevölkerung ausmachte. Jetzt, in der „nachsowjetischen" Welt, hat sich der imperialistische Druck auf China und die anderen übriggebliebenen deformierten Arbeiterstaaten - Nordkorea, Kuba, Vietnam - qualitativ verschärft. Als Reaktion auf diesen Druck haben die Beijinger Stalinisten China noch enger an den Weltkapitalismus gebunden und die Markt„reformen" ausgeweitet, während sie eine rigide Kontrolle über die aufsässige Bevölkerung aufrechterhalten. 1992 veranstaltete Deng mit viel Publicity eine Tour durch Südchinas kapitalistische „Sonderwirtschaftszonen" (SWZ), bei der er dazu aufrief, das Unternehmertum des „freien Marktes" auf das ganze Land auszuweiten.

Im Gegensatz zur Oktoberrevolution von 1917, die die russische Bourgeoisie als eine Klasse zerstörte, verjagte die Chinesische Revolution im wesentlichen die Guomindang vom Festland nach Taiwan, Hongkong und anderswohin, was es der chinesischen Bourgeoisie erlaubte, den Zusammenhalt als Klasse zu behalten. Tatsächlich hat das chinesische Auslandskapital vor kurzem Japan als Hauptquelle zur Finanzierung von Investitionen in Ostasien abgelöst und ist durch Investitionen in den SWZs auch auf das chinesische Festland vorgedrungen.

Diese Gefahr wird sich demnächst erheblich verstärken. Am 1. Juli wird Hongkong nach 150 Jahren als britische Kolonie zu China zurückkehren, wobei das Beijinger Regime erklärt - nach dem Motto „ein Land, zwei Systeme" -, daß es Hongkongs kapitalistischen Magnaten kein Härchen krümmen wird. Beijing beabsichtigt, mit der Übernahme Hongkongs ein Signal zu setzen für sein Ziel der Wiedervereinigung mit Taiwan auf kapitalistischer Grundlage. Wie unsere Genossen von der Spartacist League/Britain in einem Artikel mit der Überschrift „Britannien raus aus Hongkong!" *(Workers Hammer* Nr. 109, September 1989) erklärt haben, sind wir für „ein Land, ein System - unter Arbeiterherrschaft!"

Die Träume der Bürokraten und der Bankiers von einer friedlichen, Wohlstand bringenden Restauration des Kapitalismus sind eine Illusion. Der Staat, den die Stalinisten verwalten, stützt sich auf die Revolution, die die chinesische Bourgeoisie verjagt und eine verstaatlichte Wirtschaft geschaffen hat. Die Ziele von Chinas Möchtegern-Ausbeutern - zentral dabei ist die Verankerung des Rechts, Eigentum erwerben und verkaufen und es an die eigenen Nachkommen weitervererben zu dürfen - können nur dadurch erreicht werden, daß der bestehende Staatsapparat auf die eine oder andere Weise zerstört und durch einen neuen ersetzt wird, der sich auf das Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln stützt.

Der Londoner *Economist* (22. Februar) - das Hausorgan der internationalen Finanzkreise - wies darauf hin, daß „China vor Neid und Geldgier brodelt, die von Herrn Deng entfesselt wurden", während eine politisch-gesetzliche Struktur zur Verteidigung von Eigentumsrechten „völlig fehlt". Die umfassende Privatisierung von Chinas staatseigenen Industriezweigen würde notwendigerweise zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen, Cliquen und Großfamilien, aus denen die Bürokratie besteht, über die Frage führen, wer welchen Teil des Produktiwermögens des Landes in die Hände kriegt.

Diese Jagd nach Eigentum würde so gut wie sicher das Militär als letzten Schiedsrichter auf den Plan rufen. Die VBA, die während des Bürgerkriegs gegen die Truppen von Tschiang und während des antijapanischen Widerstands der 30er und 40er Jahre geformt wurde, hat immer noch ihre im Grunde regionale Struktur beibehalten und hat sich außerdem immer stärker bei eigenen geldbringenden Unternehmungen engagiert. Ein Machtkampf in Beijing könnte leicht zu einem Bürgerkrieg zwischen VBA-Einheiten eskalieren, der auf regionaler Basis ausgefochten wird. Eine kapitalistische Konterrevolution würde nicht nur einen wirtschaftlichen Zusammenbruch und Verelendung nach sich ziehen, sondern auch die Gefahr einer Rückkehr der Kriegsherren und eines blutigen politischen Chaos.



Reuters

Chris Patten, scheidender britischer Kolonialaufseher von Hong Kong, mit dem von Beijing ernannten Ersatzmann Tung Cheehwa

Das Schreckgespenst Tiananmen

Die einzige Kraft, die den Drang zur Restauration des Kapitalismus stoppen kann, ist das chinesische Proletariat. Die diskreditierte stalinistische Bürokratie lebt in der Angst, daß ihr wieder eine Massenerhebung wie im Mai/Juni 1989 drohen könnte. Es hatte mit Studentenprotesten auf Beijings Tiananmen-Platz begonnen, dann haben sich die Werktätigen von Beijing, denen sich später ihre Klassenbrüder und -Schwestern im ganzen Land angeschlossen haben, in die Schlacht gegen das verachtete Deng-Regime geworfen. Zwei Wochen lang konnte die Regierung den von ihr verhängten Ausnahmezustand nicht durchsetzen angesichts des Massenwiderstands der Laobaixing (der gewöhnlichen Leute) auf der Straße, der zum Tiananmen führte. Wir schrieben damals: „Es waren die Anfänge einer Revolte der Arbeiterklasse gegen Dengs Programm vom .Aufbau des Sozialismus mit kapitalistischen Methoden', die den Protesten ihren massenhaften und potentiell revolutionären Charakter gaben" (*WV* Nr. 480, 23. Juni 1989). Eine politische Revolution war im Entstehen. Schließlich gelang es dem Regime, loyale Armee-Einheiten zu finden, die den Aufstand im Blut ertränkten. Dem folgte eine brutale Welle der Repression in ganz China, die sich hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse richtete.

Auch wenn die Repression Blutopfer forderte, wurde das Proletariat nicht zerschlagen. Und heute sind alle Faktoren, die vor acht Jahren zum Tiananmen-Aufstand führten, in verstärkter Form vorhanden: ungeheuerliche Beamtenkorruption, Inflation, massive Unzufriedenheit der Bauern. Weil das Regime als Ziel hat, „die eiserne Reisschüssel zu zerschlagen", nämlich die Garantie von lebenslanger Beschäftigung und Sozialleistungen, wächst die wirtschaftliche Unsicherheit. Die Feindseligkeit in der Bevölkerung gegen die millionenschweren Söhne von hohen KPCh-Führern (genannt die „kleinen Fürsten") ist um so größer, weil das Regime auf der Chinesischen Revolution beruht, die als Ideologie den Egalitarismus verkündet hat. Am Tag, als Dengs Tod bekanntgegeben wurde, beklagte sich in Beijing ein Arbeiter auf Rente, der am Straßenrand Fahrräder repariert, erbittert gegenüber einem westlichen Journalisten: „Früher waren alle gleich. Jetzt können noch nicht einmal Absolventen einer höheren Schule einen Job finden."

Seit 1991 hat die Zahl von Streiks und Protesten von Arbeitern sowohl in staatseigenen als auch in privatkapitalistischen Industrien Jahr für Jahr zugenommen. Im Unterschied zu den Arbeitern in Polen, Ostdeutschland und der Sowjetunion, die nach jahrzehntelangen stalinistischen Lügen zum größten Teil der westlichen Propaganda aufgesessen waren, daß der Kapitalismus des „freien Marktes" ihnen ein Leben im Überfluß ermöglichen würde, haben die chinesischen Arbeiter die „Magie des Marktes" schon miterlebt und wissen, daß sie nicht zu den Gewinnern gehören werden.

Einige Dissidenten aus der Tiananmen-Ära haben sich dafür eingesetzt, Gewerkschaften zu organisieren, die in Opposition zum korporatistischen Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbund des Regimes stehen, besonders in den kapitalistischen SWZs. Solche Aktivisten können in ihrem Kampf für Arbeiterrechte sowohl gegen die Bosse als auch gegen die chinesischen Polizeikräfte ganz heroisch sein. Wir Marxisten warnen jedoch vor denjenigen, die wie Han Dongfang in Verbindung stehen mit der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie in Hongkong und mit dem amerikanischen AFL-CIO, dessen Führer jahrzehntelang als Agenten des US-Imperialismus in der Gewerkschaftsbewegung füngiert haben.

Die Zunahme von Arbeitskämpfen in China weist darauf hin, daß die Arbeiterklasse nicht kampflos zusehen wird, wie man sie um ihre Rechte bringt. Doch Militanz auf der ökonomischen Ebene reicht nicht aus, um die konterrevolutionäre Welle zu stoppen. Um dies zu tun, muß die Arbeiterklasse die politische Arena betreten. Wie der russische revolutionäre Führer Leo Trotzki in seiner Analyse der Degeneration der Russischen Revolution unter dem Stalinismus, *Verratene Revolution* (1936), schrieb, ist die Frage: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?" Die Trotzkisten kämpften für ein Programm *der proletarisch-politischen Revolution,* die von einer bolschewistischen Partei geführt wird, um die Bürokratie wegzufegen, die Herrschaft von Arbeitersowjets (Arbeiterräten) zu errichten und der Sowjetunion ihre Rolle als das Hauptquartier der sozialistischen Weltrevolution zurückzugeben.

Genau dieses Programm wird heute in China gebraucht, wenn die Arbeiter und die verarmtem Bauernmassen aus den bevorstehenden Klassenschlachten als Sieger hervorgehen sollen. Als Teil unseres Kampfes zur Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale als der Weltpartei der sozialistischen Revolution will die Internationale Kommunistische Liga in China eine egalitär-kommunistische Partei aufbauen, deren Grundlage das Programm von Lenins und Trotzkis Bolschewiki ist. Eine solche Partei würde den Kampf gegen die Beijinger Bürokratie mit den Klassenkämpfen der militanten indonesischen und südkoreanischen Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Herrscher verbinden,

Fortgesetzt auf Seite 30

China...

Fortsetzung von Seite 29

und mit den Kämpfen in den imperialistischen Zentren wie z. B. Japan. Nur durch die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf diese Länder wird die Gefahr der erneuten kapitalistischen Versklavung ein für alle Mal beseitigt und die Basis für die Entwicklung Chinas in einem sozialistischen Asien gelegt.

Chinesischer Stalinismus von Mao bis Deng

Der Abscheu gegen die allgegenwärtige Korruption im öffentlichen Leben Chinas hat dazu beigetragen, daß man mit einer gewissen Wehmut an die Zeit von Mao Zedong denkt. Doch wenn auch Mao die KPCh aufgefordert hat, „dem Volk zu dienen", und Deng verkündet hat, „reich werden ist herrlich", so repräsentieren die beiden doch nur unterschiedliche Pole derselben antiproletarischen Bürokratie.

Die maoistische Herrschaft war von extremem Voluntarismus und Abenteurertum gekennzeichnet. Im Anschluß an die Kollektivierung der Landwirtschaft entfesselte Mao 1958 den „Großen Sprung nach vorn" - ein utopischer Versuch, China durch die Massenmobilisierung von bäuerlichen Arbeitskräften in den Rang einer Industrienation zu katapultieren. Die, Kampagne führte zu extremen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen und zu einer der schlimmsten Hungersnöte der Geschichte. Daraufhin verlor Mao die Führung der zentralen Bürokratie an eine eher pragmatische Fraktion unter der Führung von Liu Shaoqi und Deng. 1966 brachte Mao die „Kulturrevolution" in Gang - im wesentlichen ein gigantischer Fraktionskampf innerhalb der Bürokratie. Im Verlauf der „verlorenen zehn Jahre", wie man diese Periode später nannte, wurden Universitäten und einige Fabriken geschlossen und Wissenschaftler aufs Land geschickt, damit sie „von den Bauern lernen".

Während Liu, der einer Säuberung zum Opfer fiel, im Gefängnis starb, überlebte Deng und wurde 1973 von Mao und seinem nächsten Untergebenen, Ministerpräsident Zhou Enlai, in die KPCh-Führung zurückgeholt. 1978, zwei Jahre nach Maos Tod und der Säuberung der fanatischen Pro-Mao-„Viererbande", übernahm Deng die Parteiführung. In den nächsten paar Jahren wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeführt, die das Land für Auslandsinvestitionen öffneten, die kollektivierte Landwirtschaft auseinanderbrechen ließen und das Privatunternehmertum ermutigten.

Trotz der Behauptungen von treuen Mao-Anhängern wie der Revolutionary Communist Party in den USA, daß die Niederlage der „Viererbande" und Dengs Aufstieg zur Macht der Beleg für Chinas Rückkehr zur kapitalistischen Herrschaft seien, war Deng in vielerlei Hinsicht Maos logischer Nachfolger. Das Ziel von Dengs Markt„reformen" war das gleiche wie von Maos wirtschaftlichem Abenteurertum, das auf Autarkie setzte: China nicht nur in einen modernen Nationalstaat zu verwandeln, sondern sogar in eine Weltmacht. Die Modernisierung von China bleibt eine zentrale revolutionäre Aufgabe. Doch alle Flügel der stalinistischen Bürokratie waren und sind eingefleischte Feinde der einzigen Perspektive, mit der diese Aufgabe verwirklicht werden kann: die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf fortgeschrittene kapitalistische Länder wie Japan, die im Rahmen einer internationalen Planung die technischen Ressourcen zur Verfügung stellen können, die notwendig sind, um China zu modernisieren.

Die Einführung von kapitalistischen Maßnahmen unter Deng folgt einem Muster, das der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie eigen ist. Um effektiv zu funktionieren, muß die zentral geplante Wirtschaft, die eine Voraussetzung für eine sozialistische Entwicklung ist, von einer Regierung aus demokratisch gewählten Arbeiterräten verwaltet werden. Aber die stalinistischen Irreführer stehen jedem Ausdruck von Arbeiterdemokratie feindlich gegenüber und erteilen statt dessen willkürliche administrative Befehle. Angesichts der Unausgewogenheiten, die in einer bürokratisch geführten Planwirtschaft unvermeidlich entstehen, sehen sich die stalinistischen Regime gezwungen, kapitalistische Marktmethoden einzuführen: Lockerung der Wirtschaftsplanung, die Auflage an Fabriken, für den Markt zu produzieren, und die Ermutigung des Wachstums von Privatgeschäften und von Auslandsinvestitionen.

Für proletarischen Internationalismus!

Was die Regime von Mao, Deng und dem gegenwärtigen chinesischen Führer Jiang Zemin verbindet, ist der für den Stalinismus typische Nationalismus, der bei Mao gefärbt war von einer fremdenfeindlichen Verherrlichung der chinesischen Bauernkultur. In seinen Anfangsjahren war das KPCh-Regime mit der Sowjetunion verbündet. Aber Ende der 50er Jahre führten die Beschwerden Beijings über unzureichende sowjetische Hilfe und das eigene „Großmacht"streben der Maoisten zu einem Bruch mit Moskau. Innerhalb weniger Jahre verkündete Mao, daß der „sowjetische Sozialimperialismus" eine noch größere Gefahr als die USA sei, eine Position, die genau mit dem strategischen Ziel der US-Herrscher übereinstimmte, den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören.

Die kriminellen Auswirkungen des Zusammenstoßes zwischen den rivalisierenden stalinistischen Bürokratien in Moskau und Beijing konnte man im Vietnamkrieg sehen, wo Maos China die sowjetische Militärhilfe an die nordvietnamesische Armee und die Nationale Befreiungsfront im Süden blockierte, als diese gegen den US-Imperialismus und dessen südvietnamesische kapitalistische Handlanger kämpften. Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution, als Radikale auf der ganzen Welt Maos China als eine revolutionäre Alternative zu den verknöcherten Kremlbürokraten bejubelten, erklärte die Spartacist League, daß angesichts der Feindseligkeit von Maos Regime gegenüber der Sowjetunion „die Gefahr einer imperialistischen Allianz mit China gegen die Russen nicht außer acht gelassen werden kann" („Chinese Menshevism" [Chinesischer Menschewismus], *Spartacist*, englische Ausgabe, Nr. 15/16, April/Mai 1970). Bestätigt wurde diese Vorhersage durch die offizielle Annäherung zwischen China und den USA, die dadurch signalisiert wurde, daß 1972, während US-Kriegsflugzeuge Vietnam bombardierten, der Kriegsverbrecher Richard


AP


Xinhua

Chinesischer Führer Jiang Zemin (Mitte oben) mit Li Peng und Deng, Schlächter des Tiananmen-Aufstandes 1989. Studentenproteste am Tiananmen-Platz führten zur beginnenden politischen Revolution, als die Arbeiter von Beijing (links) in den Kampf eintraten

Nixon in Beijing willkommen geheißen wurde.

Die Allianz zwischen den USA und China wurde unter Deng vertieft. Hauptzielscheibe war wieder Vietnam, nach der Niederlage der US-Imperialisten 1975 und der Wiedervereinigung des Südens mit dem deformierten Arbeiterstaat im Norden. Nachdem Hanoi 1979 Pol Pot, den für den Völkermord in Kambodscha verantwortlichen Führer und Beijings Alliierten, gestürzt hatte, marschierte China mit der stillschweigenden Unterstützung und Ermutigung durch Washington in Vietnam ein und erklärte, es würde „Vietnam eine blutige Lektion erteilen". Beijings Verrat scharf verurteilend, erklärte die Spartacist League: „China: Sei kein Handlanger des US-Imperialismus!" Letzten Endes war es die kampferprobte vietnamesische Armee, die Beijing eine Lektion erteilte.

Heute setzen sich Beijings Herrscher immer mehr für chinesischen Nationalismus ein - einschließlich der reaktionären „traditionellen" konfuzianischen Werte - als eine Art ideologisches Bindemittel, um ihre Kontrolle aufrechtzuerhalten. Für Chinas werktätige Massen ist dies ein gefährlich falsches Bewußtsein, das dazu dient, ihre eigenen Interessen mit denen ihrer Möchtegern-Ausbeuter aus der chinesischen Bourgeoisie zu identifizieren.

Der reaktionäre Nationalismus,"den Mao und Deng beide teilten, findet in China auch seinen Ausdruck in der Han-chauvinistischen Unterdrückung nationaler und ethnischer Minderheiten durch die Bürokratie. Das machte in den letzten Wochen wieder Schlagzeilen, als Beijings Truppen Proteste der turksprachigen, traditionell moslemischen Uiguren in der ganz westlich gelegenen Provinz Xinjiang brutal unterdrückte. Jahrzehntelang haben die Imperialisten die Forderung nach Unabhängigkeit für Tibet als Rammbock gegen den deformierten chinesischen Arbeiterstaat benutzt. Eine trotzkistische Partei in China würde danach streben, das Proletariat zur Verteidigung der Rechte der nationalen Minderheiten gegen den Han-Chauvinismus zu mobilisieren. Während wir gegen die von den Imperialisten geförderten „Unabhängigkeits"bewegungen sind, verteidigen wir das Recht auf Unabhängigkeit für eine Tibetanische Sowjetrepublik.

Für eine trotzkistische Partei in China!

Chinas Allianz mit den USA, initiiert unter Mao, trug dazu bei, Dengs „offene Tür" für imperialistische Ausbeutung vorzubereiten. Maos Erben leisten noch nicht einmal Lippenbekenntnisse für die Ziele des Sozialismus, statt dessen bieten sie sich offen als Kompradoren (einheimische Agenten) des Imperialismus an. Aber es gibt auch viele Anzeichen, die darauf hinweisen, daß es in der näheren Zukunft zu tumultartigen sozialen Kämpfen gegen Verelendung und Ausbeutung durch den „freien Markt" kommen wird. Der Kampf für eine proletarisch-politische Revolution - für ein China der Arbeiter- und Bauernräte - muß verbunden werden mit der Verteidigung all derjenigen - Frauen, ethnischen und nationalen Minderheiten, der armen Landbevölkerung -, die bei der Kampagne zur Restauration des Kapitalismus unter Beschüß stehen.

Es muß besondere Maßnahmen geben, um die mehr als 100 Millionen notleidenden Wanderarbeiter aus den ländlichen Gebieten zu organisieren, die ein potentiell mächtiges Bindeglied zwischen der städtischen Arbeiterklasse und den Bauernmassen darstellen. Die „sozialistische Marktwirtschaft" hat auch immer mehr die enormen Errungenschaften, die die Frauen als Ergebnis der Revolution von 1949 erreicht hatten, unterminiert, da viele Frauen in den Städten von ihrem Arbeitsplatz verdrängt werden und uralte Greuel wie der Verkauf von „Bräuten" und die Ermordung von weiblichen Neugeborenen in ländlichen Gebieten wieder auftauchen. Wie wir in „China: ‚Free Market' Misery Targets Women" [China: Das Elend des .freien Marktes' bedroht die Frauen] (*Women and Revolution* Nr. 45, Winter/Frühjahr 1996) schrieben: „Als ‚Volkstribun' würde eine Avantgardepartei mit aller Macht gegen die Versuche kämpfen, Frauen aus ihren hart erkämpften Positionen am Arbeitsplatz zu verdrängen, und würde die Werktätigen zur Verteidigung der Frauen mobilisieren, die von denjenigen überfallen werden, die mit der Versklavung von Frauen ein Geschäft machen."

Um die Gefahr einer kapitalistischen Wiederversklavung zu zerschlagen und den Weg in eine sozialistische Zukunft freizumachen, müssen Chinas Arbeiter vor allem für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki und der frühen Kommunistischen Partei Chinas unter der Führung von Chen Duxiu gewonnen werden, auf dem der Stalinismus jahrzehntelang herumgetrampelt hat. Für eine trotzkistische Partei in China, Sektion der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 663, 7. März 1997*

SPARTAKIST

Wohin geht China?



Kubota/Magnum



Habib/Impact Visuals

„Marktreformen" der stalinistischen Bürokratie treiben China in die kapitalistische Restauration: Millionen verarmter Landarbeiter strömen in die Städte- Börsenkurse in Shanghai zeigen Erstarken kapitalistischer Kräfte

Im letzten Oktober gab es im Zentrum von Beijing die Eröffnungsgala des Chang-An-Clubs. Für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 9000 Dollar stehen hochrangigen Regierungsbeamten, Tycoons aus Hongkong, chinesischen Geschäftsleuten vom Festland und ausländischen Managern, die in Beijing leben, Tennisplätze, Bowlingbahnen, ein Swimmingpool, ein elektronischer 'Golf-Simulator, eine Sauna und Besprechungsräume zur Verfügung. Zwei Ampeln weiter bettelten ein über VOjähriger Mann und sein Enkel auf der Straße um ihre nächste Mahlzeit. Das ist ein gutes Beispiel dafür, was Chinas „oberster Führer" Deng

Dengs Tod und die Krise des Stalinismus

Xiaoping, der Ende Februar gestorben ist, „Sozialismus chinesischer Prägung" genannt hat.

In den Grabreden für Deng haben ihn die Führer des westlichen und japanischen Imperialismus als den „Architekten des modernen Chinas" hochgejubelt. Aber es gab auch Anzeichen von Nervosität und Besorgnis darüber, daß mit Dengs Tod eine zentrale Säule der zerbrechlichen inneren Stabilität der volkreichsten Nation der Welt verschwunden ist. Die Bürokraten in Beijing sind sich sehr wohl darüber bewußt, daß sie auf einem Vulkan allgemeiner Unzufriedenheit sitzen - geschürt durch die „Marktreformen", die ein Markenzeichen von Dengs Herrschaft waren. Selbst nicht offizielle Trauerbekundungen wurden durch eine massive Mobilisierung von Sicherheitskräften unterdrückt aus Furcht, sie könnten in politischen Protest umschlagen.

Man glaubt im Westen allgemein, daß das, was man früher „Rotchina" genannt hat, kapitalistisch geworden sei oder sich so weit in diese Richtung entwickelt habe, daß es in der nächsten Zukunft automatisch kapitalistisch würde. Deng „Chose Capitalism" [wählte den Kapitalismus], lautete die Schlagzeile auf der Titelseite der *New York Times,* als diese überfeinen Tod berichtete. Doch selbst die *Times* erkennt, daß die Sache nicht so klar und einfach ist. Im redaktionellen Kommentar wurde Deng für „die Dynamik seiner Reformen" gepriesen, es gab aber auch die Sorge, „wie unvollständig und daher zerbrechlich diese Reformen bleiben". Der Begriff „Reformen" ist natürlich ein Codewort für die politischen Entscheidungen - z.B. die Öffnung Chinas für Investitionen aus dem Ausland, die Privatisierung von kleinen und mittleren Industrieunternehmen -, die die kollektivierte Wirtschaft unterminiert und China an den Rand einer kapitalistischen Restauration gebracht haben.

Fortgesetzt auf Seite 28

Stoppt kapitalistische Restauration durch proletarisch-politische Revolution!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 128 JUNI/JULI 1997 DM1,-

Britische Tories nach 18 Jahren abgelöst

New Labour bereit zum Angriff auf Arbeiter/Minderheiten



Jones/FSP



Reuter/Willians

Blair feiert Wahlsieg. Die „Law and Order-Politik von New Labour heißt rassistischer Staatsterror

LONDON - Durch einen massiven Stimmenzuwachs in traditionellen Tory-Gebieten wurde Blairs „New Labour" mit einem Riesenvorsprung von 179 Parlamentssitzen in die Regierung katapultiert. Allein das Ausmaß von Blairs Sieg läßt nichts Gutes ahnen; es wird als Vollmacht benutzt werden, um New Labours brutales arbeiterfeindliches Programm durchzusetzen. Blairs erste Amtshandlung, mit der er der Bank von England eine noch nie dagewesene Machtfülle übertrug, versetzte die Finanzmärkte der Londoner City in einen Freudentaumel.

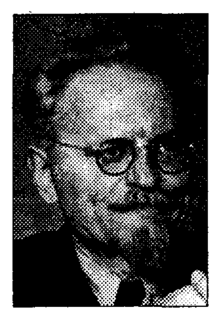
Blair hat jeden Anspruch zurückgewiesen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und hat sich dabei massiv dafür eingesetzt, Labours historische Verbindungen zu den Gewerkschaften abzubrechen und die Partei in eine offen bürgerliche Partei wie die US-Demokraten umzuwandeln. New Labours Erdrutschsieg wiederum hat bei den französischen und deutschen sozialdemokratischen Parteien angesichts bevorstehender Parlamentswahlen einem weiteren Rechtskurs Auftrieb gegeben.

Wenn es auch oft schwierig war, die Wahlerklärungen von Tories und New Labour auseinanderzuhalten, so spiegelt Majors Niederlage doch eine tiefe Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse über Britanniens Platz in der „Neuen Weltordnung" wider, ein Konflikt, der in den erbitterten Grabenkämpfen innerhalb der Tory-Partei über die Europäische Union (EU) ausgetragen wurde. Für den „euroskeptischen" Flügel der Konservativen ist die „europäische Integration" eine Bedrohung der Souveränität des „Vereinigten Königreichs". Dies führt notwendigerweise zum Konflikt mit dem gleichzeitigen Wunsch der herrschenden Klasse, mit der EU Schritt zu halten, mit der

Fortgesetzt auf Seite 10

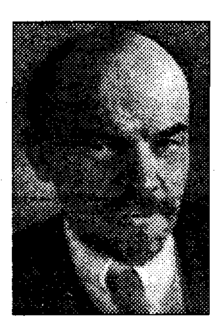
Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln!

Sozialismus oder Barbarei



TROTZKI

Selbst jetzt, wo die kapitalistischen Herrscher ihre Angriffe auf die Arbeiter und alle Unterdrückten verschärfen, wird versucht, die klaffenden Klassengegensätze mit bürgerlicher Ideologie zu verkleistern. Während die Imperialisten seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion die Lüge vom „Tod des Kommunismus" verbreiten, gibt es einen finsteren Wiederaufstieg von religiösem Obskurantismus und wissenschaftsfeindlichen Vorurteilen. In seinen Artikeln „Ihre Moral und unsere" vom Februar 1938 und „The Moralists and Sycophants against Marxism" (Moralisten und Kriecher als Gegner desMarxismus) vom Juni 1939 - kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs - bekräftigte der russische Revolutionär Leo Trotzki die Grundlagen des Marxismus gegen demoralisierte „sozialistische" Intellektuelle, die sich einer „klassenlosen" bürgerlichen Demokratie und der heuchlerischen „Moral" der Bourgeoisie verschrieben hatten.



LENIN

Um den Sieg ihrer Interessen in großen Fragen zu sichern, sind die herrschenden Klassen bereit, in zweitrangigen Fragen Konzessionen zu machen, natürlich nur so lange, wie sich diese Konzessionen mit der Buchführung vertragen. In der Epoche des kapitalistischen Aufschwungs, besonders in den letzten Jahrzehnten vor dem [Ersten] Weltkrieg, waren diese Konzessionen durchaus real, zum mindesten in Bezug auf die oberen Schichten des Proletariats. Die Industrie dehnte sich zu dieser Zeit fast ununterbrochen aus. Der Reichtum der zivilisierten Nationen und teilweise auch der arbeitenden Massen wuchs an. Die Demokratie schien gesichert...

Statt dessen brach jedoch der Krieg aus mit seinem Gefolge von Erschütterungen, Krisen, Katastrophen, Epidemien und Bestialitäten. Das Wirtschaftsleben der Menschheit geriet in eine Sackgasse. Die Klassengegensätze traten scharf und nackt hervor. Die Sicherheitsventile der Demokratie begannen eins nach dem anderen zu explodieren. Die elementaren Moralvorschriften erwiesen sich gar noch zerbrechlicher als die demokratischen Einrichtungen und die reformistischen Illusionen.

Leo Trotzki, *Ihre Moral und unsere*

Engels schrieb einmal, daß Marx und er ihr ganzes Leben lang in der Minderheit blieben und sich dabei „wohlfühlten". Die Zeiten, in denen die Bewegung der unterdrückten Klasse sich auf die Höhe der allgemeinen Aufgaben der Revolution erhebt, gehören zu den seltensten Ausnahmen in der Geschichte. Viel häufiger als Siege sind die Niederlagen der Unterdrückten. Auf jede Niederlage folgt eine lange Zeit der Reaktion, die die Revolutionäre in einen Zustand grausamer Isolation zurückwirft. Pseudorevolutionäre, „Ritter für eine Stunde", wie es ein russischer Dichter formulierte, verraten in solchen Zeiten entweder offen die Sache der Unterdrückten oder rennen herum auf der Suche nach einer rettenden Formel, die es ihnen ermöglichen würde, den Bruch mit irgendeinem Lager zu vermeiden. In unserer Zeit ist es unvorstellbar, im Bereich der politischen Ökonomie oder Soziologie eine versöhnlerische Formel zu finden; die Klassengegensätze haben die Formel der Liberalen von der „Harmonie" für immer umgestoßen...

Zwei Klassen bestimmen das Schicksal der modernen Gesellschaft: die imperialistische Bourgeoisie und das Proletariat. Der letzte Ausweg der Bourgeoisie ist der Faschismus, der soziale und historische Kriterien durch biologische und zoologische Standards ersetzt, um sich so von jeglichen Beschränkungen im Kampf für das kapitalistische Eigentum zu befreien. Die Zivilisation kann nur durch die sozialistische Revolution gerettet werden. Um den Umsturz zu erreichen, braucht das Proletariat all seine Kraft, all seine Entschlossenheit, all seine Kühnheit, Leidenschaft und Rücksichtslosigkeit. Vor allem muß es sich völlig befreien von solchen Fiktionen wie Religion, „Demokratie" und höhere Moral - den geistigen Ketten, die vom Feind geschmiedet wurden, um es zu zähmen und zu versklaven. Nur was den vollständigen und endgültigen Sturz des bestialischen Imperialismus vorbereitet, ist moralisch, und nichts anderes. Das Wohl der Revolution - das ist das höchste Gesetz!

Leo Trotzki,
The Moralists and Sycophants against Marxism

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

VERTRIEB: Reiner Hardy

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 555,10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Beflin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 128 **JUNI/JUL11997**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle: SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als Supplement das Spartakist-Extra vom 11. Juni 1997 beigefügt.

Proteste gegen Massaker an Túpac-Amaru-Linken in Peru

Für Arbeiterrevolution gegen Fujimori-Diktatur!

Als die Schlächter der Fujimori-Diktatur am 22. April alle 14 Botschaftsbesetzer der MRTA (Revolutionsbewegung Tüpac Amaru) in Lima ermordeten, war das eine kaltblütig geplante Hinrichtung. Wie Augenzeugen berichteten, wurden zwei junge Anhängerinnen der MRTA brutal niedergeschossen, als sie sich zu ergeben versuchter!; der MRTA-Kommandant Nestor Cerpa Cartolini erhielt einen Kopfschuß aus nächster Nähe, dann wurde sein Hals durchgeschnitten. Das Massaker wurde vom US-Imperialismus dirigiert und von den kapitalistischen Regierungen überall auf der Welt „verständnisvoll" begrüßt, der deutsche Außenminister Kinkel gratulierte dem Henker Fujimori. Die Internationale Kommunistische Liga veröffentlichte noch am selben Tag eine Protesterklärung und rief zu Demonstrationen und Kundgebungen in New York, San Francisco, Los Angeles, Mexico City, Tokio und Berlin auf, und wenige Tage später auch in Washington, Vancouver und Toronto.

Jetzt ist das Leben von etwa 450 MRTA-Kämpfern - darunter die Frau des MRTA-Führers Cerpa - akut gefährdet, die in Fujimoris Gefängnissen eingesperrt sind und für deren Freiheit die 14 Tupac-Amaru-Linken kämpften und gestorben sind. Die internationale Arbeiterbewegung muß mit Nachdruck fordern, daß alle Opfer von Fujimoris rechter Diktatur sofort freigelassen werden.

Knapp zwei Wochen nach dem Blutbad in Lima drohte Innenminister Kanther dem in Hamburg lebenden Europa-Sprecher der MRTA, Isaac Velazco, ein politisches Betätigungsverbot an. Durchgesetzt werden soll es vom Hamburger SPD-Senat, der sich durch die Verfolgung und Abschiebung von Immigranten »profilieren will. Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) protestierte mit einem Schreiben an das Innenministerium und an den Hamburger Senat gegen diesen Maulkorb-Erlaß und warnt, daß damit auf schleichende Weise die Abschiebung Velazcos an das Henkerregime in Peru vorbereitet wird. Das KfsV fordert volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Die Internationale Kommunistische Liga verurteilt die Massenerschießung von Linken, die heute durch die peruanische Diktatur von Alberto Fujimori in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima durchgeführt wurde. Das Abschlachten von 14 Mitgliedern der MRTA (Revolutionsbewegung Tupac Amaru) ist eine Warnung an die verelendeten Bauern und Arbeiter in dem Land, sich dem Joch der

Fortgesetzt auf Seite 22



Protestaktionen der Internationalen Kommunistischen Liga in Tokio, New York, Berlin gegen Massaker an MRTA-Kämpfern. Die Plakate der Spartacist Group Japan lauten: „Arbeiterrevolution wird die Märtyrer der Fujimoro-Diktatur rächen!" und „Von Lima bis Tokio und Washington - Für internationale proletarische Revolution!"

Hände weg von der Jüdischen Gemeinde in Halle!

Nachfolgend drucken wir eine Protesterklärung des KfsV vom 27. Mai gegen den Polizeiüberfall auf die Jüdische Gemeinde in Halle ab. Den Vorwand bekam die Polizei vom Zentralrat der Juden in Deutschland geliefert, der das „Hausrecht" eines von ihm eingesetzten Geschäftsführers durchsetzen, lassen wollte.

Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert schärfstens gegen den Überfall einer Hundertschaft Polizei am 22. Mai auf das jüdische Gemeindehaus in Halle. Die Polizisten schlugen Fenster ein, brachen Türen auf, setzten Gemeindemitglieder, unter ihnen Kinder und alte Menschen, auf die Straße und besetzten das Haus. Auch der im Hause wohnende Rabbiner wurde nicht wieder reingelassen. Die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle sprechen in ihrer Erklärung von einer „Kleinen Kristallnacht" und berichten: „Die Besetzer kamen ihrer Pflicht mit ganz offensichtlicher Genugtuung nach, hämisch grinsend wiesen sie die Frager ab und knallten vor denen das Fenster zu. Sie, nunmehr die Herren im jüdischen Gemeindehaus." An einem Protestmarsch am Freitag von der Synagoge zum Gemeindehaus beteiligten sich knapp 200 Menschen.

Daß die Jüdische Gemeinde in Halle überwiegend aus Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion besteht, macht sie im Vierten Reich zur besonderen Zielscheibe. Während des Kalten Krieges hieß die BRD jeden russischen Dissidenten willkommen. Nach dem Niedergang der Sowjetunion verriegelt die deutsche Bourgeoisie vor denjenigen, die vor Hunger, Armut und Antisemitismus fliehen, mit Gewalt die Tür, und will die Erinnerung auslöschen, daß die Rote Armee das Naziregime zerschlug. Als eine der ersten Aktionen während der kapitalistischen Wiedervereinigung führte Bonn im September 1990 Einwanderungsquoten für sowjetische Juden ein. Das KfsV organisierte zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei einen Protest vor der Berliner Mahnwache dagegen.

Kriminellerweise hat Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, dem Staat freie Hand für den Bullenterror gegen das Gemeindehaus gegeben, und er hat den Überfall ausdrücklich gebilligt.

Dieser Staat proklamiert sich selbst als Rechtsnachfolger von Hitlers Drittem Reich. In diesem Fall schickte die von der PDS gestützte „rot"-grüne Regierung aus Magdeburg ein Sondereinsatzkommando. Der staatliche Terror gegen Juden und Immigranten gibt den faschistischen Mordbrennern grünes Licht. Knapp drei Tage nach dem Bullenüberfall auf das Gemeindehaus in Halle wurde in einer katholischen Kirche im Lübecker Vorort St. Jürgen ein Brand gelegt. Nazi-Schmierereien machten klar, daß dieser Anschlag dem Pastor einer evangelischen Gemeinde galt, der einer von Abschiebung bedrohten algerischen Familie Kirchenasyl gewährt. Zuvor gab es schon zwei Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge und den mörderischen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im Januar 1996, bei dem zehn Menschen starben, woraufhin der Staat eines der Opfer, Safwan Eid, einsperrte und vor Gericht stellte.


MZ/Federico Gambarini

Halle, 22. Mai: Bullenüberfall auf Jüdische Gemeinde

Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Wir protestieren gemeinsam mit allen Feinden des Antisemitismus und Rassismus gegen den Überfall auf die jüdische Gemeinde Halle. Es ist dringend nötig, daß die Arbeiterbewegung ihre soziale Macht einsetzt, um diesen Terror zu stoppen!

Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50,10507 Berlin, oder ruft an: (030) 4 43 94 01.

Schulungsreihen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

3. Juli Die bolschewistische Revolution

24. Juli Wir sind die Partei der Russischen Revolution! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 307
Für weitere Informationen: Berlin (030) 4439400

Hamburg

5. Juli Wie die Spanische Revolution verraten wurde. Video: „Land und Freiheit"

26. Juli Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Video: „Yol"

jeweils Samstag, 16.30 Uhr
Haus für Alle, Amandastr. 58, U/S-Bahn Sternschanze
Für weitere Informationen: Hamburg (040) 323644

Chicago: Jury weist Anklagen zurück

Sieg für Anti-Klan-Demonstranten!



Workers Vanguard

S.Mai: Verteidiger und Angeklagte feiern den Sieg vor dem Bezirksgericht von Chicago. Anwalt David Thomas präsentiert Beweismittel, die Gene Herson nach dem lebensgefährlichen Reizgasanschlag durch Bullen zeigen

„Nicht schuldig!" befand die Jury nach nur kurzer Beratung. Den drei antirassistischen Angeklagten Gene Herson, dem Koordinatör der Arbeit des Partisan Defense Committee (PDC, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) für den Gewerkschaftsbereich, Jeff Lyons von Refuse & Resist! und Dennis Glass, einem jungen schwarzen Arbeiter, hatten ein bis zwei Jahre Gefängnis gedroht aufgrund von falschen Anklagen, die die Chicagoer Polizei gegen sie erhoben hatte. Diese Anklagen wurden fabriziert anläßlich einer vom PDC und der Labor Black Struggle League initiierten erfolgreichen Demonstration am 29. Juni letzten Jahres, die an diesem Tag auf dem Daley Plaza in Chicago einen potentiell mörderischen Angriff von Klan-Terroristen vereitelte.

Vor Gericht schilderte ein junger Schwarzer, Mark Daniels, wie die KKK-Lynchmörder ihre Fahnenstangen als Lanzen benutzten und wie er selbst rassistisch verhöhnt und von einer solchen Stange fast am Kopf getroffen wurde. Nachdem die Demonstranten sich wirksam gegen den Ku Klux Klan verteidigt und ihn gestoppt hatten, intervenierte die Chicagoer Polizei, gab dem KKK seine Waffen zurück und stürmte dann rachsüchtig in die Anti-Klan-Demonstration. Ein Zeuge beschrieb, wie der oberste Bulle vor Ort, Patrick McNulty, ohne jeden Anlaß Gene Herson Reizgas direkt ins Gesicht sprühte und ihn dann wegen Körperverletzung eines Polizisten verhaften ließ! Der Bezirksstaatsanwalt von Cook County sah sich gezwungen, am ersten Tag des Prozesses die Anklage gegen Herson fallenzulassen.

Die Staatsanwälte versuchten in ihren Eröffnungsplädoyers gegen Dennis Glass und Jeff Lyons zu „beweisen", daß am 29. Juni antifaschistische Demonstranten unter den Rufen „Bullen und Klan - Hand in Hand!" die Polizei angegriffen hätten. Dennis Glass war wegen angeblicher Körperverletzung und Angriffs mit einer „tödlichen Waffe" - nämlich einer Papprolle! - abgeführt worden. Jeff Lyons, der dagegen protestiert hatte, daß Demonstranten, die prügelnde Bullen fotografieren wollten, schikaniert wurden, wurde zu Boden geschlagen und wegen „Behinderung einer Verhaftung" angeklagt. Die Polizisten, die die Verhaftungen vorgenommen hatten, verstrickten sich vor Gericht in dem Netz ihrer Lügen.

Im Gegensatz dazu beschrieben Zeugen der Verteidigung - unter ihnen schwarze Jugendliche, Aktivisten des „Gewerkschaftssommer"-Programms des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO sowie eine Arbeitskollegin von Dennis Glass - in machtvollen Aussagen, daß die Losung „Bullen und Klan - Hand in Hand!" genau auf die Ereignisse am Daley Plaza zutraf. Die KKK-Provokation und der Bullenangriff sind auch auf Fotos und Fernsehbildern festgehalten. Nach dem Freispruch von Dennis Glass und Jeff Lyons kamen Mitglieder der Jury auf die Antirassisten zu, um ihnen die Hand zu schütteln.

Bei der Siegeskundgebung am Abend nach dem Urteil - in Dennis Glass' Worten ein Sieg „für jeden, der sich gegen den Ku Klux Klan stellte und verhinderte, daß er seinen Rassenhaß predigen kann" - sprach Gene Herson über den Fall der ebenfalls anwesenden Cassandra Seay. Sie und ihre Mutter waren 1987 von Chicagoer Bullen brutal geschlagen und verhaftet und danach angeklagt worden, diese Bullen angegriffen zu haben. Herson hob hervor, daß sie durch die Mobilisierung der sozialen Macht der integrierten Nahverkehrsgewerkschaft Chicagos erfolgreich verteidigt wurden, und er klagte die Irreführer der AFL-CIO-Gewerkschaft dafür an, daß sie nichts getan hatten, um ihre Mitglieder gegen die KKK-Provokation im letzten Juni zu mobilisieren. Ed Clarkson, Sprecher der Spartacist League, sagte in seiner Rede:

> „Ich denke, hier ist etwas Interessantes und Symptomatisches passiert. Ein Jurymitglied hat es sehr schön gesagt: endlich .Gerechtigkeit'. Der Niedergang der Sowjetunion hat den Boden bereitet für das Elend aller Menschen. Und leider ertragen sie dies jetzt passiv. Deshalb ist es interessant, wenn Leute eine seltene Gelegenheit bekommen, ihre Wut gegen eine Ungerechtigkeit auszudrücken, wenn auch in einer sehr seltsamen Weise - denn für Juries ist es die Norm, daß sie sich an das System des kapitalistischen Staates halten... Dies drückt etwas aus: Es gibt eine aufgespeicherte Wut in dieser Gesellschaft, an der wir ansetzen müssen, indem wir die Arbeiter unter einer kommunistischen Führung für eine sozialistische Revolution mobilisieren. Wir müssen unsere Helden feiern, diesen freudigen Moment auskosten, und wir müssen vorwärts gehen!"«

Brief

RSB-Zentrist rechtfertigt Appell an Polizei

Nachfolgenden Brief erhielten wir von Nick Brauns, RSB Ortsgruppe München, unter dem Titel „Gegendarstellung".

München, 9.4.97

Unter der Überschrift „Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt" verbreitet Euere Zeitung in der Aprilausgabe gezielte Desinformation und Lügen über die Veranstalter der antifaschistischen Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 1. März in München, darunter über den RSB und das Münchner Bündnis gegen Rassimus. So behauptet Ihr, nichts wäre für eine massenhafte Organisierung der Arbeiter und Emigranten getan worden. Ich frage Euch, wo Ihr wart, als das Flugblatt für diese Demo vor den Betrieben verteilt wurde und als mit einem türkischen Aufruf kurdische und türkische Emigranten mobilisiert wurden? Vielleicht habt Ihr weder den kurdischen Block wahrgenommen, noch die türkischen Kollegen gesehen, die die erste Reihe der Demonstration bildeten. Wo wart Ihr bei den wochenlangen Verhandlungen mit dem DGB über eine gemeinsame Kundgebung, die am Sektierertum der Gewerkschaftsbürokraten scheiterte? Habt Ihr auf unserem Aufruf nicht die Namen einer Vielzahl von Betriebsräten und auch von Einzelgewerkschaften gesehen? Und wo wart Ihr, als wir nach unserer Abschlußkundgebung mit hunderten Leuten zur Kundgebung des DGB und der SPD zogen, um die Kollegen aufzufordern, mit uns die Nazis auf der Straße zu stoppen? Scheiterte die Einheit auf der Demonstration am Sektierertum von DGB und Autonomen, so bildete sich die aktive Einheitsfront, als die Nazis zuletzt von 15.000 Menschen gestoppt wurden.

Unwahr ist auch, die antifaschistischen Demonstrationen wären absichtlich fernab der Nazikundgebung abgehalten worden. Vielmehr verlegten die Nazis ihre Marschroute kurzfristig, gerade weil die Antifaschisten auf die ursprüngliche Route mobilisierten. Da es unmöglich war, mit der gesamten Demonstration zum Aufmarschplatz der Nazis zu gelangen, wurden die Antifaschisten von den Veranstaltern dazu aufgefordert, in kleineren Gruppen die Polizeisperren zu umgehen, um zu diesem Platz zu gelangen. Dieses Konzept war schließlich auch erfolgreich.

Direkt in die Hände der Faschisten arbeitet Eure Zeitung, wenn Ihr mich mit vollem Namen als Redner für das Bündnis gegen Rassismus präsentiert. Auf der Kundgebung wurde ich nicht ohne Grund nicht mit Namen genannt. In München gibt es momentan täglich Überfälle von Skinheads auf Linke. Sollte ich demnächst angegriffen werden, trägt Spartakist die Mitschuld!

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen ist auch die Behauptung, ich jiätte an Staat und Polizei appelliert. Ich hoffe, daß Ihr die nötige Courage habt, die folgenden Ausschnitte der Rede, die ich hielt, unzensiert abzudrucken:

„Alle Erfahrung zeigt, daß für die Polizei der Feind allemal links steht und die Rechten marschieren dürfen. Die Polizei, die bereits am Montag friedliche Antifaschisten brutal vom Marienplatz schleifte, während besoffene Naziskins den Hitlergruß zeigten, wird auch heute wieder die Faschisten beschützen.

Meine Damen und Herren Polizisten! Denken sie daran, das letzte Opfer eines Nazianschlags war ein Kollege von ihnen, der letzte Woche von einem Faschisten kaltblütig ermordet wurde. Sie schützen hier die Kumpane dieses Mörders!

Von dieser Seite können wir nichts anderes erwarten, als Schikanen und Schläge gegen Antifaschisten, aber kein entschlossenes Eingreifen gegen die braunen Banden. Weil Staat und Polizei uns nicht schützen können und wollen, müssen wir selber aktiv werden, in antifaschistische Aktion treten!"

Sieht so ein Appell an die Polizei aus? Die Polizei, die in jedem Fall ein Gegner der Linken bleibt, zu demoralisieren, ist eine taktische Frage. Viele Polizisten trugen zum Gedenken an ihren ermordeten Kollegen eine schwarze Schleife. Dadurch werden sie nicht zu unseren Verbündeten, aber sie gehen auf Distanz zu den Nazimördern, zu denen sie sonst vielleicht Sympathie verspüren.

Wenn Spartakist sich noch in irgendeiner Form der Arbeiterdemokratie und der revolutionären Moral verpflichtet fühlt, fordere ich Euch auf, diese Gegendarstellung in Eurer Zeitung zu veröffentlichen. Andernfalls werde ich jeglichen Kontakt zur SpAD abbrechen und Euch als professionelle Provokateure und Lügner betrachten.

Mit kommunistischen Grüßen

Nick

Volksfront-Bündnis überließ den Nazis die Straße in München

Eine „Gegendarstellung", die gerade das bestätigt, was sie widerlegen will - verbunden mit Drohungen über „professionelle Provokateure und Lügner". Warum? Weil unsere Polemik „Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt" (*Spartakist* Nr. 127, April 1997) den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Brauns' Brief wiederholt wortwörtlich seinen Appell an den Staat, genau wie wir es im *Spartakist* gesagt haben. Er stellt es als Taktik zur Demoralisierung der Polizei hin, wenn er die Bullen „an ihren ermordeten Kollegen" erinnert. In Wirklichkeit appelliert er damit an den Korpsgeist der Polizei. Und der äußert sich bereits jeden Tag im Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge. Schon allein der schreiende Gegensatz zwischen Brauns' ausgesucht höflicher Anrede „Meine Damen und Herren Polizisten!" und seinem Haß auf die SpAD spricht Bände.

Nick Brauns stellt die haarsträubende Behauptung auf, daß die Nazis am 1. März in München „gestoppt wurden". Tatsache aber ist, daß 5000 faschistische Schläger stundenlang ungehindert ihre völkermörderische Hetze verbreiten konnten. Das juckt Brauns nicht einmal, erwähnt er doch diesen seit Jahrzehnten größten Nazi-Aufmarsch mit keiner Silbe. Dabei gibt selbst die Mai-Nummer der RSB-Zeitung *Avanti* mittlerweile zu: „Wurde der Erfolg der Antifaschisten zuerst noch euphorisch gefeiert, so entpuppte er sich schnell als Pyrrus-Sieg [sie!]. Auch die Faschisten hatten einen Erfolg errungen, der gravierende Folgen haben wird." Die SpAD benannte dies von Anfang an klar als Niederlage der gesamten Arbeiterklasse, Linken, Immigranten und aller Nazigegner und warnte, daß die Nazis verstärkt ihren Terror verbreiten werden.

Für den RSB heißt das nun nicht, daß er seine eigene Politik, die zu diesem „Pyrrhus-Sieg" geführt hat, kritisch beleuchtet. Nein, er hängt nur sein Mäntelchen nach dem Wind. *Für Avanti* bleibt München weiterhin „ein großer Er-

folg" der Antifaschisten, nur leider, leider: „Auch die Faschisten hatten einen Erfolg errungen ..." Daß sich das eine und das andere gegenseitig ausschließt, darauf kommen diese Zentristen gar nicht. Die Frage der Faschisten - in Trotzkis Worten die „Kampforganisation der Bourgeoisie während und im Fall eines Bürgerkriegs" - ist kein Spiel mit Zahlen. Es geht nicht darum, die „15000 Münchner" zu bejubeln, die auf der Straße waren. Auch SPD und KPD hielten vor 1933 Massenversammlungen ab, weit größere sogar. Doch statt die Arbeiter im Kampf gegen die Nazis zu organisieren und zu bewaffnen, wurden sie eingelullt und entwaffnet. Für den Verrat der reformistischen und zentristischen Führungen müssen auch jetzt wieder die Opfer der Nazis bezahlen, wie der Münchner y4vßrcft-Korrespondent berichtet: „Und seit dem ersten März bekommt der vorher eher diffuse Straßenterror System. Nahezu täglich werden brutale Überfälle auf Linke und Punker gemeldet." Der vorgeblich trotzkistische RSB hat so wie die ISO, Linksruck und Konsorten mit seinem Jubel zu München seine eigene Verantwortung für diese Niederlage vertuscht und bereitet damit die nächste vor.

Daß in München 15000 antifaschistische Demonstranten, darunter auch Immigranten, mobilisiert wurden, steht überhaupt nicht zur Debatte: sondern *wozu.* Keine einzige der drei Gegendemonstrationen mobilisierte *zur gleichen Zeit und zum gleichen Ort, wo die Nazis ihre Provokation starten wollten.* Bei der von Grünen, Jungen Liberalen, DKP, PDS, RSB und anderen unterstützten Kundgebung trat Nick Brauns als letzter Redner auf. Nach einem Schlenker zur SPD/DGB-Kundgebung wurde die Demo aufgelöst, die Leute blieben sich selbst überlassen: genau zur gleichen Zeit, als die Nazis ungehindert durch die Stadt marschierten. Was für ein Unterschied zur erfolgreichen Aktion am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, wo die SpAD mit einem disziplinierten, militanten Demo-Zug direkt zum Nazi-Treffpunkt marschierte, weil es unser Ziel war, die Nazis zu stoppen. Noch in seiner „Gegendarstellung" rechtfertigt Brauns - ganz in der Pose eines Repräsentanten des „rot"-grünen Bündnisses - den impotenten Protest am entgegengesetzten Ende des Stadtkerns, der die Nazigegner von einer wirkungsvollen organisierten Aktion abhielt.

Was den RSB daran hinderte, „kurzfristig" zum „verlegten" Aufmarschort der Faschisten zu mobilisieren, war nichts anderes als seine politische Einheit mit den Reformisten und den Grünen. Nirgendwo findet sich im *Avanti*-Artikel auch nur ein Sterbenswörtchen der Kritik an seinen „Bündnispartnern". Dabei ist deren Politik sehr gut bekannt. Ganz abgesehen von den Jungen Liberalen sind sowohl Grüne als auch PDS und DKP für ein Verbot der Nazis und schüren damit Illusionen in den bürgerlichen Staat. Nur zwei Wochen zuvor konnte man in Berlin-Hellersdorf hautnah die Politik der PDS erleben, die *dagegen* auftrat, die Nazis zu stoppen, und sich anschließend der Hexenjagd gegen genau diejenigen Linken anschloß, die sie tatsächlich gestoppt hatten.

Brauns' „wochenlange Verhandlungen mit dem DGB" gingen nicht um einen gemeinsamen Aufruf zur Aktion, um die Nazis *zu stoppen,* sondern um die Zusammenlegung der drei Volksfront-Demos zu einer gemeinsamen, größeren. Warum sonst würde er der DGB-Führung „Sektierertum" vorwerfen? Eine Einheitsfront, also die Einheit in der *Aktion gegen die Nazis* bei Freiheit der Kritik, soll nicht nur dem Klassenfeind eine Niederlage beibringen und damit das Vertrauen des Proletariats in seine eigene Stärke erhöhen. Sie dient genau dazu, die bewußteren Schichten von der Sozialdemokratie zu brechen, indem das Proletariat in der Aktion sehen kann, daß die Kommunisten die besten, tatsächlich die *einzigen* konsequenten Kämpfer für die Arbeiterinteressen sind.

Damit Hellersdorf zu einem Erfolg wurde, führten die Spartakisten diesen politischen Kampf vor den arbeitenden Massen und Jugendlichen, in unseren Flugblättern und Interventionen, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse in die eigene Macht zu stärken und sie von den Illusionen in die bürgerliche Demokratie und den bürgerlichen Staat zu brechen. Was hingegen in München ablief, war eine Wahlversammlung, die Druck auf die „rot"-grüne Münchner Regierung machen wollte und den Nazis freie Bahn ließ. Genau das ist der Zweck jeder Volksfront: die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu ketten. In Wirklichkeit durfte Nick Brauns gerade deshalb die Rednertribüne mit den bürgerlichen Grünen und den reformistischen Arbeiterverrätern teilen, um als nützlicher Idiot die linke Fassade der Kundgebung zu bilden.

LautAvanti wollten die „demokratischen Münchner" die Straßen „nicht den Feinden der Freiheit überlassen", und die Abschlußkundgebung am Marienplatz war nichts weniger als „ein symbolischer Sieg der Demokraten". So was konnte man auch in *der Münchner Abendzeitung* lesen. Der RSB läßt beim Kampf gegen den Faschismus die Notwendigkeit des Klassenkampfes verschwinden. Sein ganzes Gerede darüber, die Demokratie gegen Faschismus zu mobilisieren, ist nur ein Wiederkäuen von Stalins und Dimitroffs „Volksfront gegen den Faschismus", gegen die Trotzki scharf gekämpft hat. Es kann keinen „antifaschistischen Hügel der Bourgeoisie" geben, denn die faschistische Pest wird von der kapitalistischen Klasse als Reservetruppe gegen die proletarische Revolution aufrechterhalten. Wie Lenin

Fortgesetzt auf Seite 8

RSB-Zentrist...

Fortsetzung von Seite 7

feststellte: „,Reine Demokratie', das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst" *(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,* 1918). Von der klassenlosen Bejubelung der bürgerlichen Demokratie war es nur noch ein kleiner Schritt für Nick Brauns, der schließlich direkt den Kotau vor der Polizei, das heißt dem bürgerlichen Staat selbst, machte. Und diese Tatsache verschweigt *Avanti* wohlweislich.

Die Polizei ist zusammen mit der Armee, den Gerichten und Gefängnissen der Kern des Unterdrückungsapparats der herrschenden Klasse, des bürgerlichen Staats. Brauns geht vielleicht nicht davon aus, diesen Unterdrückungsapparat gewinnen zu können, aber schon der Anschlag eines Nazis läßt ihn hoffen, den Staat günstig beeinflussen zu können: „Dadurch werden sie [die Bullen-,Kollegen'] nicht zu unseren Verbündeten, aber sie gehen auf Distanz zu den Nazimördern, zu denen sie sonst vielleicht Sympathie verspüren." Ach ja? Die Polizei tat den ganzen Tag nichts anderes als die „Sieg Heil" brüllenden Nazis zu schützen! Trotz seiner Behauptungen, daß „für die Polizei der Feind allemal links steht" und Polizisten nicht unsere Verbündeten sind, zeigt er mit seinem Appell an die Bullen sein wahres Gesicht. Vor 1933 versuchte die SPD ständig mit der Forderung „Staat, greif ein", die preußische Polizei, die zu großen Teilen aus der SPD kam, als Stütze der „Demokratie" zu umwerben. Doch wie Trotzki in *Was Nun?* hervorhob, hatten sich diese Polizisten „mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten... jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt." Die gleichen Bullen, auch wenn sie aus der SPD stammten, dienten dann loyal dem Dritten Reich, und nach 1945 dem Vierten. Und wie durch kürzlich freigegebene Akten der National Security Agency (der größte Geheimdienst der USA) bekannt wurde, waren an der ersten Phase des Holocaust etwa viermal mehr Angehörige der Ordnungspolizei als der SS-Einsatzgruppen beteiligt.

Die einzigen, die durch diesen Appell des RSB an die Polizei „demoralisiert" werden, sind diejenigen, die die Nazis stoppen wollten. Wie wir im *Spartakist* betonten, wird die Polizei nur durch die massenhafte Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten davon abgeschreckt, die Nazis zu schützen: „Die Bullen hätten es sich dreimal überlegt, auf geschlossene Gewerkschaftskontingente von BMW und Siemens einzuschlagen, die durch politische Streiks die Industrie lahmlegen können." Wir Trotzkisten wollen die Arbeiter unabhängig vom Staat mobilisieren: Wir kämpfen für gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen, Keimzellen einer künftigen Arbeitermiliz, die als Ausgangsbasis für den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten und deren bürgerlichen Staat dienen können. Die Nazis konnten am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf gestoppt werden, weil wir Spartakisten von Anfang an einen scharfen politischen Kampf gegen die Volksfrontpolitik von PDS und SPD (und die Desorganisatoren von AA/BO) führten. Wir erklärten, warum es selbstmörderisch ist, sich auf den bürgerlichen Staat zu verlassen, was die Reformisten predigen. Während es in Berlin den Gewerkschaftsbürokraten durch ihre Sabotage gelang, viele Arbeiter von dieser Schlacht fernzuhalten, waren wir dennoch in dieser Mobilisierung der kommunistische Pol und schafften es, die anwesenden Militanten zum Erfolg über die Nazis zu führen.

Der RSB dagegen klebt an den Rockschößen dieser Arbeiterverräter und dient ihnen als Flankendeckung gegen unsere revolutionäre Kritik. Seine ganze Strategie basiert auf dem vergeblichen Versuch, diese größeren reformistischen Parteien nach links zu drücken, führt aber in Wirklichkeit zur programmatischen Anpassung an sie. Das sieht man bei der letzten Bundestagswahl, als der RSB die PDS unterstützte, die nur ein Abklatsch der Sozialdemokratie in Ost-Farben ist. Die ganze Politik der PDS besteht darin, die SPD in die Regierung zu hieven, die das Asylrecht vernichtet hat und schon jahrelang Roma und Sinti verfolgt. Um ihre Loyalität zum wiedervereinigten Deutschland zu beweisen, übernimmt die PDS sogar „Regierungsverantwortung", ohne den materiellen Vorteil der Ministerposten zu genießen, siehe Magdeburg. Während Brauns' Genossen in Britannien zur Wahl von Blairs „Neuer" Labour Party aufriefen, sind sie in Italien sogar Mitglied bei Rifondazione Comunista, deren Unterstützung für die Regierungsvolksfront entscheidend ist. Diese Pabloisten folgen damit ihrem politischen Stammvater Michel Pablo, der in den 50er Jahren die von Trotzki gegründete Vierte Internationale liquidierte: Er ersetzte den Kampf für eine leninistische Partei durch die Politik, auf größere reformistische Parteien und kleinbürgerliche Nationalisten Druck auszuüben. Auch in München war der RSB nichts anderes als der Schwanz der Sozialdemokratie und der kleinbürgerlichen Grünen.

Brauns' Tiraden über „professionelle Provokateure und Lügner" für den Fall, daß wir seine „Gegendarstellung" nicht abdrucken, erinnern verdammt an die Hetze des Hellersdorfer PDS-Bürgermeisters Klett gegen die Linken, die die Nazis gestoppt haben. Doch wir lassen uns die Freude der Veröffentlichung sowieso nicht entgehen. Wie Brauns sehr wohl weiß, verbreiten wir - einzigartig in der Linken - die gegen uns gerichteten Polemiken unserer linken Opponenten, weil gerade durch die offene Debatte von entgegengesetzten politischen Programmen das Bewußtsein der Arbeiterklasse erhöht wird. Bedauerlicherweise greift Brauns zu Verleumdungen, weil er wohl selbst mitkriegt, daß er mit politischen Argumenten nicht weit kommt. Er verschanzt sich hinter diesen Methoden, um seinen politischen Bankrott zu verbergen und unsere Argumente nicht beantworten zu müssen.

PS: Was Brauns' Beschwerde anbelangt, daß wir seinen „vollen Namen" erwähnt haben: Den finden wir regelmäßig in der *RSB-Zeitung Avanti* - im Impressum und unter seinen Artikeln. Tatsächlich haben die Nazis gerade durch ihren Aufmarsch in München einen gefährlichen Auftrieb für ihren mörderischen Terror erhalten. Dazu hat Brauns mit seiner „Bündnis"politik beigetragen.«

Brief

Über die Arbeiter-Kommunistische Partei im Iran

Permanente Revolution kontra „Etappentheorie"

Nachstehender Brief von Dr. Lothar Heinrich und die Antwort der Internationalen Kommunistischen Liga beziehen sich auf den Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!" in Spartakist N/: *125 (November/Dezember 1996).*

Sehr geehrte Damen und Herren! 9.12.96

In *Spartakist* Nr. 125 habe ich einen aus dem *Workers Vanguard* übersetzten Artikel über Kurdistan gefunden. Dort wird auf die AKPI Bezug genommen. Bei der Lektüre dieses Artikels habe ich mich ziemlich gewundert, weil hier über die AKPI Behauptungen aufgestellt werden, die völlig im Gegensatz zu dem stehen, was ich von dieser Partei bislang gehört und gelesen habe. Insbesondere konnte ich auch bei erneuter Lektüre grundlegender Dokumente der AKPI keinen Hinweis darauf finden, daß sie dem stalinistischen Dogma von der „Revolution in zwei Etappen" folgt. Die AKPI lehnt meines Wissens die Vorstellung von einer bürgerlich-demokratischen Revolution für nationale Unabhängigkeit als einem ersten Schritt zur proletarischen Revolution ab. Außerdem betrachtet sie sich überhaupt nicht als kurdische Organisation, sondern hat sich von der KPI ihrer eigenen Darstellung zufolge gerade deswegen getrennt, weil sie ihr kurdischen Nationalismus vorwirft. Sie orientiert auch nicht (jedenfalls in der Theorie) auf irgendein bürgerliches - angeblich fortschrittliches Regime.

Bekannt ist schließlich, daß sie alle Staaten der Welt einschließlich der UdSSR ab Ende der 20er Jahre als kapitalistische Staaten betrachtet.

Unter diesen Umständen habe ich mich gefragt, wie verläßlich die weiteren Informationen des *WV* über die AKPI sind, namentlich die Zitate aus Flugblättern. Ein Mitglied der AKPI dementierte z. B. vehement, daß es irgendeinen Brief seiner Partei an die UNO gäbe.

Da nun bekannt ist, daß politische Organisationen beileibe nicht immer in der Praxis das tun, was sie in der Theorie vertreten, möchte ich nicht ungeprüft davon ausgehen, daß die Behauptungen Ihres Artikels einfach erfunden sind. Ich möchte Sie deshalb bitten, mir Kopien der von Ihnen zitierten Dokumente zu schicken. Ich darf abschließend noch darauf hinweisen, daß ich in verschiedenen Publikationen über die Region schreibe und auch beabsichtige, den vorliegenden Fall zum Thema zu machen.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir bald mitteilen könnten, ob (und ungefähr) wann ich mit diesen Dokumenten rechnen kann.

Mit bestem Dank für Ihre Hilfe und
mit freundlichen Grüßen

L. A. Heinrich

***Spartakist* antwortet:**

Es ist wahr, daß weder die Arbeiter-Kommunistische Partei Irans (AKPI) noch ihre Schwesterpartei im Irak offen behaupten, das menschewistische/stalinistische Schema einer „Revolution in zwei Etappen" - erst die „demokratische" Revolution, dann Sozialismus - zu unterstützen. Zudem sind veröffentlichte Erklärungen der AKPI, besonders die in westliche Sprachen übersetzten, voller abstrakter Rhetorik für „Arbeiterkommunismus" und voller Verurteilungen von bürgerlichem Nationalismus. Eine Untersuchung der tatsächlichen Praxis der AKPI sowie ihrer formalen programmatischen Erklärungen zeigt jedoch, daß sie niemals über den Rahmen der zwei Etappen hinausgegangen ist.

Ein gutes Beispiel ist die Haltung zu Chomeini. Heute ist das islamisch-fundamentalistische Regime im Iran wegen seiner brutalen Verbrechen gegen Linke, Frauen, nationale Minderheiten und Arbeiter weithin verhaßt. 1978/79 jedoch unterstützte die gesamte iranische Linke Chomeini unter dem Deckmantel, die „Massenbewegung gegen den Schah" zu unterstützen. Chomeini wurde fälschlicherweise als „Anti-Imperialist" hochgejubelt, und sein Aufstieg zur Macht wurde als „Volksrevolution" unterstützt. Wir, die Internationale Kommunistische Liga (IKL - damals die

Fortgesetzt auf Seite 20



Der Spiegel



Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 23 | Oktober 1978 | 0,80 DM/ Laden 1,00 DM

Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!

Iran im Aufruhr

Für proletarische Revolution!
Gegen islamische Reaktion!

Hinrichtung von Kurden durch Chomeini-Anhänger 1979. Oben: *Kommunistische Korrespondenz,* Vorgänger des *Spartakist.* Der Machtaufstieg der Mullahs, von der iranischen Linken als „Revolution" bejubelt, war eine schwere Niederlage für Arbeiter, Frauen, nationale Minderheiten

New Labour...

Fortsetzung von Seite 1

Britannien inzwischen den größten Teil seines Handels betreibt, und London als das Hauptzentrum für das europäische Finanzwesen aufrechtzuerhalten. Nach ihrer größten Wahlniederlage seit 91 Jahren stellen die Tories - aus Schottland und Wales vollständig vertrieben, fast überall weitgehend verachtet und in der Frage von Europa gespalten - im Augenblick kein besonders wirksames Instrument für die Herrschaft der Bourgeoisie dar.

Mit der Bürde von vier Millionen Arbeitslosen und bei einem der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa hatte ein Großteil der Bevölkerung nach 18 Jahren Tory-Herrschaft die Nase gestrichen voll. Aber selbst für die allerkritischste Unterstützung von Labour gab es bei diesen Wahlen keine Grundlage. In einer Erklärung vom 21. April zu den Wahlen - mit der Überschrift „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln!" -, von der Tausende Exemplare in London, Glasgow, Wales und im Norden Englands verteilt wurden, machte die Spartacist League/Britain unmißverständlich klar:

> „Keine Stimme für New Labour bei den allgemeinen Parlamentswahlen! New Labour hat sich der Aufrechterhaltung der unerträglichen Realität des Lebens unter dem Kapitalismus verschrieben - sie wollen die Gewerkschaften in Ketten halten, Sozialleistungen drastisch reduzieren und Krieg gegen Arbeiter, ethnische Minderheiten und Immigranten, Frauen und Jugendliche führen: gegen jeden, dem vom verrottenden britischen Kapitalismus ein Platz ganz unten zugewiesen wird. Blairs yertrag mit Britannien' ist ein Pakt mit der aufgeblasenen City von London, wo mit Profiten, die aus Arbeitern auf der ganzen Welt durch Ausbeutung herausgeholt werden, unermeßlicher Reichtum gescheffelt wird."

Während unzählige pseudolinke Vereine Blair und/oder die kleineren „alternativen" Parteien im Labour-Lager unterstützten, gaben wir kritische Unterstützung für die Socialist Labour Party (SLP), an deren Spitze Arthur Scargill steht, der Führer der National Union of Mineworkers (NUM, Nationale Gewerkschaft der Bergarbeiter), „in der Erkenntnis, daß die SLP dadurch, daß sie gegen New Labour antritt, gegen das ‚elfte Gebot' der britischen Linken verstößt: ‚Du sollst Labour wählen', egal was passiert". Wir haben uns aktiv an der Wahlkampagne für Scargill im Wahlkreis Newport East in South Wales und für andere SLP-Kandidaten in zwei Londoner Wahlkreisen beteiligt. (Im Londoner Wahlkreis East Ham wurde unser Angebot, die Wahlkampagne zu' unterstützen, von der dortigen Wahlkampfleiterin der SLP, Carolyn Sikorski, abgelehnt.)

Die SLP wurde von Scargill, der den militanten Streik der Kohlebergarbeiter 1984/85 angeführt hatte, gegründet, nachdem Labour sogar ihre nur als Feigenblatt dienende Forderung nach Verstaatlichung der Industrie („Clause IV") aus dem Programm gestrichen hatte. Wir haben damals die Bedeutung dieser Spaltung hervorgehoben und geschrieben: „Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird der politische Würgegriff der britischen Labour Party über die Arbeiterbewegung durch eine wichtige Spaltung aus ihren eigenen Reihen in Frage gestellt" *(Workers Vanguard,* Nr. 638, 2. Februar 1996). Aber auch die „alte" Labour Party, auf die Scargill zurückgreift, war durch und durch prokapitalistisch, was sie nicht zuletzt durch ihren offenen Streikbruch gegen die NUM, Arm in Arm mit der konservativen Thatcher-Regierung, bewiesen hat. Auch wenn die SLP eine Reihe von unterstützenswerten Forderungen erhob - darunter die Verstaatlichung der Industrie -, so akzeptiert sie stillschweigend den Rahmen des kapitalistischen Parlamentarismus, was sich in ihrem Loblied auf die italienische Rifondazione Comunista widerspiegelt, die als eine Hauptstütze für das Weiterbestehen der arbeiterfeindlichen, immigrantenfeindlichen Regierung Prodi dient. Während wir der SLP kritische Unterstützung gaben, stellten wir ihrem nationalen Reformismus ein Programm für die internationale sozialistische Revolution entgegen, den einzigen Weg vorwärts für die Arbeiterklasse. Wie die Erklärung der SL/B feststellte:

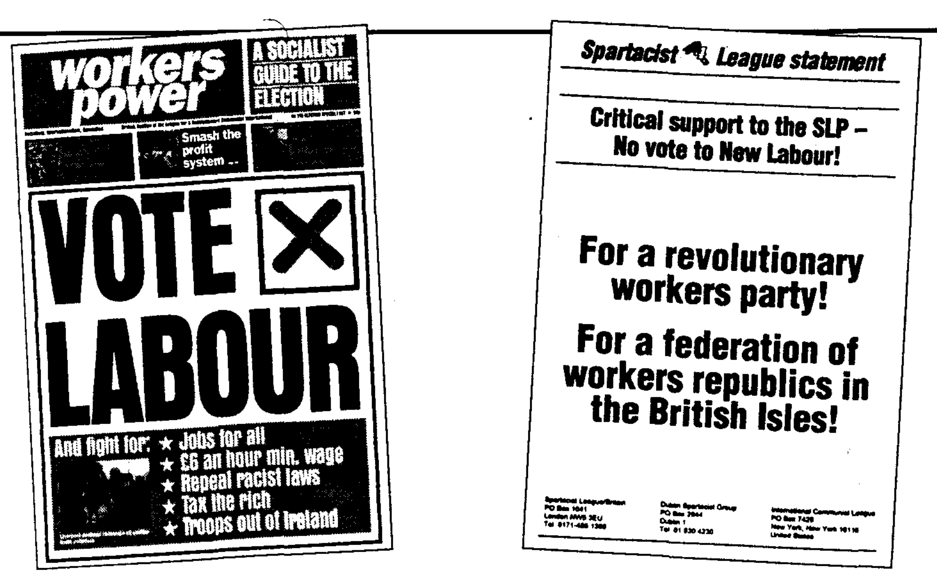
> „Marxisten verstehen, daß der Grund für jede Ausbeutung und Unterdrückung das kapitalistische System ist. Deshalb kann ein grundlegender Wandel im Interesse der Arbeiterklasse, der Minderheiten und der Unterdrückten nicht durch Parlamentswahlen zustande kommen, sondern nur durch revolutionären internationalistischen Klassenkampf, der, wenn er zu Ende geführt wird, den Rahmen des Kapitalismus weltweit sprengen muß... Wir fordern: Abschaffung der Überreste des Feudalismus - der Monarchie, des House of Lords und der Staatskirchen! Im Gegensatz zu allen Ausdrucksformen des englischen Chauvinismus treten wir für das Recht auf Selbstbestimmung für die schottische und die walisische Nation ein; gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Formen von Nationalismus, die für die Einheit der Arbeiterklasse Gift sind, und wir kämpfen für eine *freiwillige* Föderation von Arbeiterrepubliken."

Blair: Vorreiter für rassistische „Law and Order"-Politik

In der Opposition trug die Labour Party jede rassistische Maßnahme der Tory-Regierung in bezug auf die Immigration mit. New Labour profilierte sich als „Law and Order"-Partei, von der Unterstützung jeder Gesetzesvorlage, deren Ziel die Abschaffung von Bürgerrechten war, bis zu ihren eigenen Plänen, Ausgangssperren für Jugendliche zu verhängen, und stand in diesen Fragen rechts von den Liberaldemokraten, einer bürgerlichen Partei. Die Stärkung der Polizeigewalt bedeutet, daß mehr Schwarze und asiatische Einwohner im Polizeigewahrsam umgebracht werden. Am Wahltag enthüllte der Londoner *Independent,* daß das Innenministerium die Sitzungspause des Parlaments während der Wahlen dazu ausnutzte, die Durchführung der Massenabschiebungen von Asylbewerbern zu beschleunigen.

Bei einer SLP-Wahlveranstaltung in Wales startete Paul Flynn, Labour-Parlamentsabgeordneter von Newport West, einen giftigen Angriff gegen Scargill, weil dieser im Bergarbeiterstreik 1984/85 nicht den Tory-Forderungen nach einer „Abstimmung" nachgegeben hatte, nachdem der Streik sich bereits durch Massenstreikposten ausgeweitet hatte. Die Forderung nach einer streikbrecherischen Abstimmung war auch die Linie des damaligen Labour-Führers Neu Kinnock und der TUC-Führer und ebenso von selbsternannten „linken" Kritikern von Scargill wie Workers Power (Schwesterorganisation der Gruppe Arbeitermacht) und jener Gruppe, die sich jetzt Communist Party of Great Britain (CPGB) nennt und den *Weekly Worker* herausgibt.

Workers Power stand auch in der Frage der Europäischen Union und ihres Maastricht-Vertrages rechts von Scargill. Wo Scargill gegen die von Deutschland dominierte EU vom Standpunkt des „Klein England"-Protektionismus eintritt, ist WP überhaupt nicht gegen die EU und argumentiert, daß Maastricht „eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften" für die Arbeiterklasse in ganz Europa sein könne. Während wir den Punkt machen, daß ein vereinigtes kapitalistisches Europa eine utopische Phantasie ist, beziehen wir Stellung gegen Maastricht und die EU, weil sie „ein imperialistischer Handelsblock, ein Instrument zur kapitalistischen Kooperation gegen die Arbeiterklasse Europas" ist, entstanden als ein wirtschaftliches Anhängsel des antisowjetischen Militärbündnisses NATO. Gegen Scargills



Die zentristische Organisation Workers Power bejubelt Tony Blairs rassistische, arbeiterfeindliche New Labour Party. Die Spartacist League/Britain kämpft dafür, Arbeiter vom Labour-Reformismus zu brechen und für das Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen

„Klein England"-Politik betonten wir „das leninistische Verständnis: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land.* Der Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kann keinen Erfolg haben, solange es keinen Bruch mit allen Formen von Reformismus und Sozialchauvinismus gibt."

Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Wie tief die selbsternannte revolutionäre Linke im Umkreis von Labour verankert ist, sieht man daran, daß die meisten von ihnen offen Blairs Kandidatur für eine aufgewärmte Tory-Politik unterstützten. Im Gegensatz dazu erklärten wir:

> .,Labour-Politik ist immer das Haupthindernis für einen revolutionären Kampf des Proletariats in Britannien gewesen, und deshalb ist es eine strategische Perspektive für Revolutionäre, die proletarische Basis von der prokapitalistischen Führung abzuspalten. Wenn eine reformistische Arbeitermassenpartei unabhängig von bürgerlichen Parteien kandidiert und vorgibt, dies im Interesse der Werktätigen zu tun, dann können Revolutionäre in Erwägung ziehen, ihr kritische Unterstützung zu geben, um den Widerspruch zwischen ihrer arbeiterfreundlichen Pose und ihrem prokapitalistischen Programm auszunutzen und so alle Illusionen zu zerstören, die Arbeiter in ihre Irreführer haben mögen. Aber bei dieser Wahl gibt es keinen solchen Widerspruch in bezug auf New Labour."

Trotz des ganzen Geredes von WP über eine „revolutionäre Plattform" innerhalb der SLP hatte WP nicht nur in Riesenlettern die Forderung „Wählt Labour" auf der Titelseite ihrer Zeitung, sondern bestand auch auf nichts weniger als einem „Erdrutsch für Labour". Bei einer SLP-Wahlveranstaltung im Londoner Stadtteil Vauxhall posaunte ein WP-Sprecher in einem Diskussionsbeitrag groß ihr „revolutionäres" Programm heraus, bis ein Spartacist-Unterstützer aus dem Publikum dazwischenrief: „Zeig uns eure Titelseite!" -was schallendes Gelächter im Saal hervorrief.

Auch wenn die Socialist Party (früher Militant Labour, in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran) und die von Militant dominierte Scottish Socialist Alliance (SSA) eigene Kandidaten aufgestellt hatten, gaben auch sie einer Blair-Regierung indirekt Unterstützung und verdienten deshalb keine Unterstützung durch Marxisten. Mit ihrer Forderung „möglichst viele Stimmen gegen die Tories" ließ die SSA sogar die Tür offen für die Wahl offen bürgerlicher Parteien wie der Scottish National Party. Militant ist auch berüchtigt für ihre Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und für ihre abscheuliche Unterstützung von antikatholischen loyalistischen Killern wie Billy Hutchinson. Wir Spartakisten kämpfen für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland, gleichzeitig sind wir gegen eine zwangsweise Wiedervereinigung und warnen davor, „daß es im Rahmen des Kapitalismus keine allen Seiten gerecht werdende Lösung für die nationale Unterdrückung in Irland geben kann... Wir kämpfen für eine irische Arbeiterrepublik in einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln."

Wir waren auch entschieden dagegen, der „Socialist Equality Party" (SEP, in Deutschland die Partei für Soziale Gleichheit, früher BSA), die ein Abfallprodukt der Workers Revolutionary Party von Gerry Healy ist, eine Stimme zu geben. Die SEP verteidigt immer noch den Angriff der WRP auf Scargill am Vorabend des Bergarbeiterstreiks, der zu einer Hexenjagd gegen ihn führte - sie brachte damals einen antikommunistischen Kreuzzug gegen die kämpferische Bergarbeitergewerkschaft ins Rollen, weil Arthur Scargill zu Recht die konterrevolutionäre polnische Solidarnoœæ als „antisozialistisch" verurteilt hatte -, und ist heute offen gewerkschaftsfeindlich. Das Erbe des bewußten und wiederholten Überquerens der Klassenlinie durch die WRP konnte man auch am Wahlaufruf der Schauspielerin Vanessa Redgrave sehen, die Mitglied einer weiteren WRP-Absplitterung, der Marxist Party, ist und einst Gerry Healys prominentester Schützling war: „Warum ich für die [bürgerlichen] Liberaldemokraten stimmen werde" („Why I will vote for the Lib Dems", *Independent,* 23. April).

Das imperialistische Triumphgeheul über die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion, die durch jahrzehntelange politische Mißwirtschaft der Stalinisten unterminiert worden war, hat auf die Organisationen der Arbeiterklasse weitreichende Auswirkungen gehabt; das zeigte sich in der Kampagne von New Labour, ihre organischen Verbindungen zu den Gewerkschaften zu kappen, und in der Rechtsentwicklung eines Großteils der Linken. Unsere Kampagne der kritischen Wahlunterstützung für die SLP verschaffte uns eine größere Resonanz bei denjenigen, die New Labour ablehnen und für Sozialismus kämpfen wollen. Wir haben in der Praxis aufgezeigt, wie das Programm der SLP diese fest ins Lager von Labours Parlamentarismus einfügt. Als Spartacist-Sprecher bei SLP-Wahlveranstaltungen für den Kommunismus von Lenin und Trotzki eintraten, tat Scargill die Oktoberrevolution von 1917 ab und hielt statt dessen die Traditionen des „Sozialismus" nach Art von Labour hoch - eine „Tradition", die immer die Interessen des britischen Kapitalismus verteidigt hat. Wie es am Schluß der SL/B-Erklärung heißt:

> „Die herrschende Klasse, die heute vom ,Ende der Geschichte' redet, ist sich über eine Sache einig: es darf nie wieder eine Wiederholung der Russischen Revolution geben. Aber eine neue Oktoberrevolution ist genau das, was notwendig ist, und dafür brauchen wir eine Partei nach dem Modell der Bolschewiki von Lenin und Trotzki. Der Aufbau dieser Partei, die die revolutionäre Führung stellen wird, ist die Aufgabe der Spartacist League als Teil des Kampfes für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale."

Nach Workers Hammer *Nr. 156, Mai/Juni 1997*

Antispartakismus: Nordens neue Zeitung

Die Idiotie des Potemkinschen Dorfes

Fürst Potemkin, der im 18. Jahrhundert mit seinen Bemühungen um die Entwicklung der dürren russischen Steppen bei der Zarin Katharina Eindruck schinden wollte, soll detaillierte Fassaden künstlicher Dörfer aufgebaut haben, damit sie diese sehen würde, wenn ihre Kutsche durch die Gegend fuhr. Ein „Potemkinsches Dorf" kam uns in den Sinn, als wir die erste Ausgabe des *Internationalist* (Januar/Februar 1997) sahen, ein 64seitiges, zweifarbiges Journal, das kürzlich von einer Handvoll Leute veröffentlicht wurde, die sich aus unserer Organisation abgesetzt hatten und sich jetzt „Internationalist Group" (IG, Internationalistische Gruppe)nennen.

Der ehemalige Redakteur von *Workers Vanguard,* Jan Norden, seine Lebensgefährtin Marjorie Stamberg und sein langjähriger Schützling Negrete provozierten letzten Juni ihren Ausschluß aus unserer Organisation, anstatt einen offenen Kampf um ihre politischen Differenzen zu führen. Nordens gestörtes organisatorisches Verhalten, schrieben wir damals, war eine Widerspiegelung „einer zunehmend verzweifelten Suche nach anderen sozialen Kräften als dem Proletariat und nach anderen Mitteln als der leninistischen Avantgardepartei ..., die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit voranbringen sollten, sowie in einer Anpassung an diese Kräfte" („Ein verschämter Abschied vom Trotzkismus", *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). Wir bezeichneten dies als „Pabloismus des zweiten Aufgusses" und bezogen uns damit auf die liquidatorische Strömung, durch die die Vierte Internationale in den frühen 50er Jahren zerstört wurde.

Angesichts des beginnenden imperialistischen Kalten Krieges und der Schaffung stalinistisch beherrschter deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa leugneten die Pabloisten die Notwendigkeit, trotzkistische Parteien aufzubauen, und versuchten statt dessen, die Stalinisten und Sozialdemokraten dazu zu drängen, einen „ungefähr" revolutionären Kurs einzuschlagen. Umgekehrt spiegelt Nordens moderner Pabloismus die Verzweiflung über die Zerstörung der Sowjetunion und die imperialistische Schadenfreude über den „Tod des Kommunismus" wider. Wie wir in unserem Artikel anmerkten:

> „... für Norden wurde das Mißverhältnis zwischen dem, was wir anstreben, und dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterklasse zu einem gähnenden, unüberbrückbaren Abgrund.
>
> Er und Stamberg zeigten einen zunehmenden Pessimismus in die Fähigkeit unserer Partei und ihres revolutionären Programms, irgendeine Wirkung in der .Neuen Weltordnung' zu erzielen. Dies äußerte sich in immer häufigeren Breitseiten gegen den angeblich ,abstrakten' oder ,passiven' Propagandismus der IKL."

Norden und sein kleiner Zirkel sahen den Kampf für programmatische Klarheit und für revolutionäre Führung zunehmend als Hindernis für ihre eigenen Gelüste, sich anzupassen und irgendwo hinterherzulaufen. Unser leninistisches Verständnis, daß es notwendig ist, dafür zu kämpfen, in die Verteidigungskämpfe der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein hineinzutragen, wurde den Norden-Leuten zunehmend fremd. Sie orientierten sich auf eine Anpassung an verschiedene nicht-revolutionäre Kräfte, von verknöcherten



Nordens *Internationalist* erinnert an die Pseudo„massen"zeitung, die er herausgab, bevor er Mitglied der Spartacist League wurde

Überresten der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie bis zu Gewerkschaftsopportunisten in Brasilien. Die erste Ausgabe des *Internationalist,* mit seiner Glorifizierung eines allgegenwärtigen „Gegenschlags" gegen die „Neue Weltordnung" und seiner Verachtung für polemischen Kampf, legt dafür mehr als ausreichend Zeugnis ab.

Die ersten Ausgaben unserer Zeitung *Spartacist* bieten einen Vergleichspunkt. Die Revolutionary Tendency (RT, Revolutionäre Tendenz), Vorgängerin der Internationalen Kommunistischen Liga, wurde 1963 bürokratisch aus der Socialist Workers Party (SWP, Sozialistische Arbeiterpartei) ausgeschlossen, weil wir dagegen kämpften, daß die Mehrheit der SWP sich dem Pabloismus in die Arme warf, was sich besonders in ihrer Anpassung an den Castroismus und in ihrer Kapitulation vor Liberalen und schwarzen Nationalisten in der Bürgerrechtsbewegung ausdrückte. Die erste Ausgabe des *Spartacist* (englische Ausgabe, Februar/März 1964) widmeten wir unserem Kampf, in die SWP zurückzukehren, weil wir den internen Kampf fortsetzen wollten, Kader der SWP zurück zu einer revolutionären Perspektive zu gewinnen. Der Artikel auf der Titelseite hieß „Hexenjagd in der SWP". Ein anderer hatte die Überschrift: „Nehmt die Suspendierungen zurück!" Weitere Artikel beinhalteten eine Analyse des Castro-Regimes und Polemiken gegen die SWP und andere vorgeblich revolutionäre Organisationen über politische Schlüsselfragen.

Auch als die SWP 1965 definitiv zum Reformismus überging, was sich in ihrer Kapitulation vor dem bürgerlich-pazifistischen Ruf „Stoppt den Krieg in Vietnam!" manife-

stierte, legten wir weiterhin Nachdruck auf Polemiken, die die Degenerierung der SWP nach rechts dokumentierten. Als ein Ergebnis gewannen wir aus der SWP im Laufe des nächsten Jahrzehnts mehrere Gruppierungen von Leuten, die sich nach links bewegten, für unsere Partei.

Nordens „Massenzeitung"

Man vergleiche dies mit den Norden-Leuten. Wochen nach ihrem Abgang deklarierten sie, die IKL hätte eine „zentristische Wende" vollzogen. Im August veröffentlichten sie einen „Ersten Teil der Gründungserklärung der Internationalist Group" - jetzt nachgedruckt im *Internationalist* (offensichtlich haben sie den Schlußteil nie herausgebracht) -, wo sie proklamierten: „Wir haben gegen diese Wende gekämpft und würden es noch heute in den Reihen der IKL tun, wenn es nicht unseren Ausschluß gegeben hätte, der den Charakter eines Erstschlags hatte, um einem fraktionellen Kampf zuvorzukommen."

Die Behauptung, daß sie noch heute in der IKL kämpfen würden, ist lachhaft. Unsere Ursprünge als Minderheitstendenz, die bürokratisch ausgeschlossen wurde, brannte die Tatsache in unser Bewußtsein, daß Minderheiten *auch Recht haben können.* Deswegen sehen unsere Organisationsrichtlinien, im Gegensatz zu denen anderer linker Gruppen, das Recht auf Minderheitsfraktionen und -tendenzen vor - und wir drängten Norden und seine Gesinnungsgenossen ständig, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, um eine politische Debatte nach demokratisch-zentralistischen Normen durchführen zu können, statt der Partei durch permanenten Fraktionalismus im Untergrund zu schaden. Weniger als einen Monat vor seinem Abgang schrieb Norden ein Dokument mit dem Titel „Über die Erfindung von .unerklärten Fraktionen'" (10. Mai 1996), worin er kategorisch darauf beharrt: „Es gibt keine ,unerklärte Vierer-Fraktion' in der IKL." Und am 7. Juni, dem Abend vor dem Parteiprozeß, den sie boykottierten, reichten Norden und Stamberg ein Dokument ein, in dem sie sich weiterhin beklagten, wir betrieben den „Versuch, eine voreilige Bildung von fraktionellen Gruppierungen zu provozieren, wenn es nur eine ungenügende politische Basis dafür gibt".

Seit ihrem Abgang haben die Norden-Leute versucht, zwischen sich und unserer Organisation die größtmögliche Distanz zu schaffen. Anstatt zu versuchen, unsere Mitglieder zu gewinnen durch das Dokumentieren unserer angeblichen „zentristischen Wende", durch Polemiken gegen uns über aktuelle Schlüsselfragen, haben sie ihre Appelle an einen kleinen Pool der rechtesten und demoralisiertesten Elemente im Umfeld der Spartacist League gerichtet, sie fischen nach Leuten, die in der Vergangenheit unsere Organisation verlassen haben und nun eine Rechtfertigung dafür suchen. Soweit sich der *Internationalist* mit der IKL befaßt, tut er es überwiegend in der Form von Nachdrucken früherer Erklärungen der IG, die lediglich als Alibi für ihren Abgang dienen sollen.

Der Mangel an Polemiken im *Internationalist* zeigt, wie die IG in zentristischer Manier den Kampf für eine leninistische Avantgardepartei zurückweist. Der *Internationalist* ist im wesentlichen von der ersten („Mexiko: Regime in der Krise") bis zur letzten Seite („Rassistischer Bullenterror in NYC entfacht wütende Proteste") voller langatmiger, beschreibender, journalistischer Artikel. Seine äußere Erscheinung und sein Inhalt sollen den Eindruck von größeren Kräften vermitteln, und er richtet sich an ein undifferenziertes „Massen"-Publikum. Es erinnert daran, was Leo Trotzki 1935 in seinem Artikel „Was ist eine ,Massenzeitung'?" schrieb. Als die französische Gruppe um Molinier eine Pseudo-„Massenzeitung" herausbrachte, die versprach, die „Sprache der Fabrikenund Felder zu sprechen", und „von dem Elend, das dort herrscht, zu berichten", und „ihre Leidenschaft auszudrücken und zur Revolte aufzurütteln", gab Trotzki folgenden beißenden Kommentar ab:

> „Dies ist ein durchaus löbliches Vorhaben, obwohl die Massen sehr genau Bescheid wissen über ihr Elend und ihre Gefühle der Revolte (erstickt durch die patriotischen Apparate mit Hilfe der [zentristischen] Pivertisten). Was die Massen von einer Zeitung verlangen können, ist *ein klares Programm und eine korrekte Orientierung."*

Es paßt zu allem anderen, daß die Internationalist Group bemerkenswerterweise keinerlei Versuch unternimmt, sich in Abgrenzung zu anderen Organisationen und Tendenzen, die sich auf den Trotzkismus berufen, zu definieren. Eine leninistische Partei strebt danach, die fortgeschrittensten Arbeiter und revolutionär eingestellte Intellektuelle für sich zu gewinnen. Um das zu tun, muß sie politisch den Anspruch anderer Tendenzen in der Arbeiterbewegung entlarven, besonders den der Zentristen, die sich als Revolutionäre geben. Deswegen besteht der überwiegende Teil von Lenins *Werken* nicht aus Beschreibungen darüber, wie die arbeitenden Massen unterdrückt werden, sondern aus polemischen Artikeln, die scharf die leninistische Avantgarde von Menschewismus und Zentrismus abgrenzen.

Alibi für einen verschämten Abgang

Da die Norden-Leute keine einzige programmatische Abweichung aufzeigen können, um ihre Behauptung zu untermauern, daß die IKL „sich in Richtung Zentrismus bewegt", konstruieren sie eine Behauptung, daß wir den Klassenkampf in Brasilien „aufgaben", indem wir die brüderlichen Beziehungen mit Luta Metal rgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB) abbrachen. Die Vorstellung, daß brüderliche Beziehungen einen Prozeß darstellen, in dem die solide programmatische Übereinstimmung getestet wird, was einen ständigen politischen Kampf erfordert, ist Zentristen völlig fremd; ebenso fremd war sie den Norden-Leuten, als diese noch in der Partei waren. Wenn überhaupt,

Fortgesetzt auf Seite 14



Spartakist

Die IKL kämpfte 1989/90 für eine leninistisch-egalitäre Partei in der DDR und initiierte den antifaschistischen Massenprotest imTreptower Park in Berlin, wo eine Spartakist-Sprecherin die Rolle der Stalinisten verurteilte und für die Macht der Arbeiterklasse auftrat

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 13

dann kann man uns vorwerfen, während der fast zwei Jahre, in denen wir brüderliche Beziehungen hatten, *übertrieben* geduldig mit LM gewesen zu sein. Aber Norden & Co. versuchten von Anfang bis Ende unseren Kampf mit LM um programmatische Klarheit zu unterminieren: von der „Erklärung brüderlicher Beziehungen" vom September 1994 - gänzlich von Norden und Negrete geschrieben, um ein Ausmaß und eine Tiefe an programmatischer Übereinstimmung anzudeuten, die nicht existierten - über ihre andauernden Versuche, politische Kämpfe zu behindern, bis zu ihrem letztendlichen Block mit dem amorphen Zentrismus von LM gegen die IKL.


The MILITANT
For the Russian Opposition!
Left Wing Views Kennedy Assassination . . . page 8
Toward Rebirth of the Fourth International . . . page 11
SPARTACIST
WITCH HUNT IN THE SWP

Erste Ausgabe von James P. Cannons *Militant* (1928) versuchte, KP-Mitglieder vom Stalinismus zu brechen und für den Trotzkismus zu gewinnen. Ebenso attackierte der erste *Spartacist* im Kampf um die Rekrutierung von Kadern unseren bürokratischen Ausschluß aus der SWP

Mehr als ein Jahr lang nach unserer Aufnahme brüderlicher Beziehungen zu LM gab es kein Zeichen des Fortschritts in Richtung einer programmatisch basierten Fusion. Wir luden dann einen führenden Vertreter von LM zu einem autoritativen Treffen unseres Internationalen Exekutivkomitees im Januar 1996 ein. Der Genösse akzeptierte vollständig unsere politische Charakterisierung, daß LM eine Gewerkschaftsfraktion ohne eine Partei sei. Er erklärte, daß er mit der Notwendigkeit übereinstimme, LM in eine trotzkistische Propagandagruppe, den Kern einer leninistischen Avantgardepartei in Brasilien, umzuwandeln durch einen Plan für gemeinsame Arbeit - Veröffentlichung eines Partei-Propagandaorgans, Ausweitung der Präsenz von LM auf ein wichtiges städtisches Zentrum und den Versuch, neue Mitglieder aus der jüngeren Generation zu gewinnen. Bei diesem Treffen erfuhren wir, daß eine Gewerkschaft der städtischen Arbeiter, für deren Führung LM als Berater agierte, einen erheblichen Anteil an Bullen hatte. Wir kämpften mit LM darum, eine Kampagne zu führen, um die Bullen aus der Gewerkschaft hinauszuwerfen, und investierten bedeutende Ressourcen für den Aufenthalt eines IKL-Vertreters in Brasilien, um in dieser Angelegenheit und bei der Umwandlung von LM in den Kern einer trotzkistischen Avantgarde Unterstützung zu geben.

Nach sechs Monaten intensiver politischer Diskussion, durch einen Vertreter der IKL vor Ort und durch wiederholte Briefe unseres Internationalen Sekretariats, wurde es klar, daß LM/LQB eine „Internationale" wollte, die nur ein Potemkinsches Dorf wäre und die ihre prinzipienlosen gewerkschaftlichen Manöver finanziell und anderweitig unterstützen würde, unter anderem die Position eines LM-Führers als nichtgewählter „Berater" dieser von Bullen durchsetzten Gewerkschaft. In einem Brief an LM vom 11. Juni 1996 warnten wir, die fortlaufende „Unterordnung der prinzipiellen Fragen unter den täglichen Kampf um Einfluß auf die Gewerkschaftsführung [muß] ... unweigerlich zu fortgesetzten Provokationen der Polizei führen, sowohl von seiten der politischen Kräfte, die die Polizei führen, als auch von seiten der ‚Linken', die auf deren Geheiß handeln... Die Basis, auf die revolutionäre Marxisten ihr Vertrauen setzen und um die sie kämpfen, ist an der *Basis* der Gewerkschaft - bei den wirklichen Arbeitern."

Macho-Posen und Lügen

Aber so wie LM eine „Internationale" wollte, die nur ein Potemkinsches Dorf war, wollten ebenfalls die Norden-Leute eine brasilianische „Sektion" als Potemkinsches Dorf. Sie werfen sich als Macho-„Klassenkämpfer" in Pose und behaupten wiederholt, ein Vertreter der IKL habe bei einem Treffen am 16. Juni 1996 zu LM gesagt, daß wir „unsere Hände aus dem kochenden Wasser ziehen" müssen. Nordens Schützling Negrete ist ein bekannter Meister darin, Halbsätze aus dem Kontext zu reißen, die, wenn man sie vollständig zitiert, das Gegenteil dessen bedeuten, was dieser große Fachmann auf dem Gebiet der Lügenpropaganda behauptet. Nordens und Negretes Verbündete von LM/LQB haben ein Tonband von jener Sitzung, also wissen sie, was tatsächlich gesagt wurde. Unser Genösse erklärte LM, ihre Gewerkschaftspolitik „entspricht eher der Politik der gesamten Linken in Brasilien und Lateinamerika, die darin besteht, zu versuchen viele Gewerkschaften zu kontrollieren, um mit ihren Rivalen zu konkurrieren". Der IKL-Vertreter zitierte die Ansicht des LM-Führers Cerezo, die IKL wolle nicht „involviert werden in echte Gewerkschaftsarbeit, wo wirkliche Kämpfe existieren", und antwortete, dies sei genau die Linie der zentristischen LBI-Gruppe, die die für die Bullen eintretende Fraktion von Artur Fernandes in der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter unterstützt. Unser Genösse fuhr fort:

> „Ich glaube, daß ihr dem Druck nachgebt und deren Spiel mitmacht. Der bürgerliche Staat, Artur, die LEI und all diese Organisationen wollen uns in einen Kessel mit kochendem Wasser stecken. Das ist jetzt die Situation ..., und wir sagen euch, laßt uns unsere Hände aus diesem ko-



ebenden Wasser ziehen und unsere Aufmerksamkeit, unsere Zeit dem Aufbau einer revolutionären Partei widmen! Der Vorschlag unserer Organisation ist also, daß wir darauf hinarbeiten, eine bewußte Transformierung der brasilianischen Organisation in eine trotzkistische Partei durchzuführen, deren Priorität die Veröffentlichung einer Zeitung ist, deren Priorität die Rekrutierung junger Arbeiter innerhalb der Stahlindustrie ist, die beginnt, die Möglichkeit zu organisieren, daß ... wir in einer Industriestadt arbeiten können, wo wir anfangen können, Kontakt zu dem Proletariat aufzunehmen und zu den Jugendlichen, die nach einer revolutionären Orientierung suchen.

Lenin entschied sich dafür, Rußland in seiner Jugend zu verlassen und nach England zu gehen, um von England aus eine Zeitung herauszugeben, die *Iskra*, nicht weil er ‚Angst' davor hatte, Arbeit in den Gewerkschaften zu machen - jeder machte Arbeit innerhalb der Gewerkschaften. 1903 schrieb er *Was Tun?* - ein sehr wichtiges Buch, wo er sagt: Ihr, die Gewerkschafter, werdet nicht die Revolution machen - wir brauchen eine Partei von Berufsrevolutionären. Und wir können Lenin nicht vorwerfen, Angst gehabt zu haben, Rußland verlassen zu haben, die Gewerkschaftsarbeit aufgegeben zu haben, denn all dem haben wir die Oktoberrevolution zu verdanken."



AFP

Während der Streikwelle in Frankreich im Dezember 1995 betonten unsere Genossen von der LTF die Notwendigkeit, eine multiethnische revolutionäre Partei zu schmieden, um die Arbeiterkämpfe zum Sieg zu führen

In einer neuen „gemeinsamen Erklärung" mit LM/LQB und an anderer Stelle im *Internationalist* wirft die IG der IKL - die den Kampf initiierte, die Bullen aus der Gewerkschaft zu werfen - wiederholt Feigheit vor, weil wir angeblich „behaupten, daß die Verbindung zur LQB/LM bei dieser Arbeit ein .inakzeptables Risiko für die Avantgarde' darstelle". Folgendes schrieb die IKL in ihrem Brief vom 17. Juni 1996, der die brüderlichen Beziehungen abbrach und der persönlich an LM übergeben wurde:

„Tatsächlich haben sich die Provokationen fortgesetzt und sind nun eskaliert zu einer Kampagne von schmutzigen Tricks und von Gewalt, die nicht nur die Perspektive für eine trotzkistische Avantgarde bedroht, sondern auch die physische Sicherheit von Genossen der LM/LQB und Vertretern der IKL, möglicherweise mit Verhaftung und Gefängnis (oder Schlimmerem), und dies bedroht auch die bloße Existenz der Gewerkschaft selbst. Es ist der Gipfel von politischer Verantwortungslosigkeit, an dem durch Manöver erreichten Posten von Cerezo festzuhalten als einer höheren Errungenschaft' für die Arbeiter als ihre Gewerkschaft oder als die Partei, die das notwendige Werkzeug ist für den Sieg des Proletariats innerhalb Brasiliens und darüber hinaus. Dies spiegelt einen einfältigen Leichtsinn gegenüber dem bürgerlichen Staat wider. Das opportunistische Manövrieren von LM/LQB an der Spitze der Gewerkschaft ist tatsächlich *entgegengesetzt* zur Aufgabe, eine revolutionäre trotzkistische Partei zu schmieden.

Von dem Posten zurückzutreten, für den Du nie gewählt wurdest, heißt nicht, daß Du wegrennen sollst von dem politischen Kampf dafür, die Basis der Gewerkschaft gegen Übergriffe des bürgerlichen Staates und seiner bewaffneten Menschen zu mobilisieren. Wir haben jeden Versuch unternommen, bei der Produktion einer trotzkistischen Zeitung in Brasilien zu helfen, nicht zuletzt, um Propaganda und Agitation zu den dringenden Fragen herzustellen, die sich in den gewerkschaftlichen Kämpfen heute stellen. Die LM/LQB hat ständig die Produktion von Parteipropaganda und Polemiken gegen die pseudolinken Hexenjäger, die vor den Arbeitern bloßgestellt und diskreditiert werden müssen, hinausgezögert. Die IKL hat auch politisch und finanziell Verantwortung übernommen, um Euch bei der legalen Verteidigung zu unterstützen...

Die offensichtlich eingefleischten Praktiken der LM/LQB in den Gewerkschaften spiegeln eine unvollständige Lostrennung von der Volksfront wider und eine Fortführung der Praktiken der brasilianischen Pseudo-Trotzkisten, die sich auf ähnliche Weise in die Gewerkschaften hineinmanövrieren, um eine Machtbasis zu haben und den leninistischen Parteiaufbau zu vermeiden. Wißt Ihr, wohin Ihr da treibt?

Da die LM/LQB offensichtlich hartnäckig an ihrem opportunistischen Kurs festhält, lösen wir die brüderlichen Beziehungen auf und trennen unsere Organisationen. Wir hoffen auf Gelegenheiten für gemeinsamen Kampf."

Wie wir in einem früheren Artikel schrieben: „Die wirkliche Geschichte ist die, daß die Norden-Leute es angesichts ihrer eigenen zentristischen Gelüste unglaublich finden, daß wir mit einer Gruppe von Gewerkschaftsmilitanten brechen über etwas für sie so Unwichtiges wie die Parteifrage" *(Workers Vanguard* Nr. 651, 13. September 1996). In der Tat, die IG bevorzugt die lauwarmen Gewässer der amorphen zentristischen Kombinationspolitik, die sich hirnlos über den „Kampf" der Massen begeistert und den schwierigen Kampf für eine revolutionäre Führung meidet.

IG läßt permanente Revolution „verschwinden"

In unserem Artikel „Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica" *(Spartakist* Nr. 124, September/Okto-

Fortgesetzt auf Seite 16

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 15

her 1996) kritisierten wir das offenkundige Weglassen des Programms der permanenten Revolution in der Erklärung brüderlicher Beziehungen von 1994. In ihrer eigenen aktuellen gemeinsamen Erklärung verkünden IG und LQB einfach „die fortdauernde Gültigkeit der grundsätzlichen Punkte der Übereinstimmung" aus der früheren Erklärung und weigern sich auffälligerweise erneut*, die permanente Revolution aufzugreifen. Doch dies ist eine zentrale Frage der proletarischen Klassenstrategie in halbkolonialen Ländern - um auch nur die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu vollenden, muß das Proletariat, an der Spitze der Bauernschaft, der einheimischen Bourgeoisie die Macht entreißen und dafür kämpfen, die sozialistische Revolution auf die imperialistischen Länder auszuweiten. Diejenigen, die diese Perspektive ablehnen, landen schließlich notwendigerweise bei der Unterstützung oder Rechtfertigung von Blöcken zwischen den Klassen - Volksfronten - mit Teilen der „nationalen" Bourgeoisie im Namen einer „antiimperialistischen Einheitsfront".

Die Theorie der permanenten Revolution geht von dem Verständnis aus, daß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, in ihrer Entwicklung zurückgehalten als Ergebnis imperialistischer Dominanz, die schwachen einheimischen Bourgeoisien an ihre imperialistischen Herren gebunden sind. Gleichzeitig gibt dies den halbkolonialen Bourgeoisien eine gewisse Bewegungsfreiheit, um gelegentlich die Massen gegen imperialistische Übergriffe zu mobilisieren. Trotzki führte in „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs" (1940) aus: „Unter diesen Umständen ist die Regierung [des kolonialen/halbkolonialen Landes], soweit sie dem ausländischen Kapitalismus Widerstand zu leisten versucht, gezwungen, sich mehr oder weniger auf das Proletariat zu stützen." Aber die „antiimperialistische Einheitsfront" führt zu oft blutigen Niederlagen für die Arbeiter, wenn die einheimische Bourgeoisie, aus Furcht vor einer Herausforderung ihrer Klassenherrschaft, gemeinsam mit den Imperialisten gegen das mobilisierte Proletariat vorgeht. Tschiang Kaischeks blutige Unterdrückung der Chinesischen Revolution 1925-27 zeigte: Die zweite Etappe der „Revolution in Etappen" ist Massenmord an Kommunisten! Das unterstreicht lediglich die zentrale Aussage der permanenten Revolution, die für die politische Unabhängigkeit des Proletariats von der halbkolonialen Bourgeoisie eintritt.

Das Versäumnis der IG, die permanente Revolution in ihrer gemeinsamen Erklärung mit der brasilianischen Gruppe aufzugreifen, ist keine einmalige Weglassung. Zwei Artikel über Mexiko, die insgesamt fast 20 Prozent des *Internationalist* ausmachen, enthalten weder das Wort noch das Programm der permanenten Revolution. (Wir warten auf Nordens übliches Rechtsanwalts-Plädoyer, daß ihr Hauptartikel über Mexiko, neun Seiten lang, nur der erste von zwei Teilen ist!) In einem der seltenen polemischen Ergüsse des *Internationalist* nimmt uns ihr Mexiko-Hauptartikel auch deshalb ins Gebet, weil wir „in einer gegen die Internationalist Group gerichteten Polemik ... [behaupten,] daß lateinamerikanische Bauern den Überresten des Feudalismus ausgesetzt sind". Der Artikel, auf den sie sich beziehen, ist tatsächlich eine Einleitung zu der erstmaligen spanischen Übersetzung von zentralen Schriften des trotzkistischen Führers James P. Cannon, herausgegeben unter dem Titel „Der Kampf für eine revolutionäre Partei" im neuesten spanischsprachigen *Spartacist* (Nr. 27, Dezember 1996; siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 18, Frühjahr 1997).

Der *Internationalist* zitiert unseren Aufruf zu der „Zerstörung feudaler Fronarbeit auf dem Lande" und unseren Hinweis auf „das Erbe des spanischen feudalen Kolonialismus" in Lateinamerika und verkündet: „Der Mythos des lateinamerikanischen ‚Feudalismus', jetzt von der Spartacist League wiederholt, wurde von den stalinisierten Kommunistischen Parteien erfunden, um ihre Etappenpolitik zu rechtfertigen." Argumentiert die IG, daß es keine Überreste der vorindustriellen Gesellschaft in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern gibt? Trotzki schrieb 1934 in „Der Krieg und die Vierte Internationale":

> „In Südamerika, wo der verspätete und bereits faulende Kapitalismus die Verhältnisse eines halbkolonialen, d.h. halbversklavten Daseins aufrechterhält, erzeugen die Weltantagonismen einen heftigen Kampf der Compradorencliquen, unaufhörliche Umstürze im Innern der Staaten und chronisches Kriegsgeplänkel zwischen ihnen."

Wenn die IG leugnet, daß auf Lateinamerika noch das Erbe des spanischen Feudalkolonialismus lastet, dann lehnt sie theoretisch das Programm der permanenten Revolution für diese Region offen ab. In der Tat erwähnt der Artikel der IG über Mexiko noch nicht einmal die Frage der Agrarrevolution. In der Praxis kann das nur bedeuten, daß das revolutionäre Proletariat und seine Avantgardepartei die Führung des Kampfes darüber und über Fragen wie den Schuldfrondienst und den Rassismus gegen die indianische bäuerliche Bevölkerung solch populistischen Bauern-Guerrillas wie den Zapatistas überläßt.

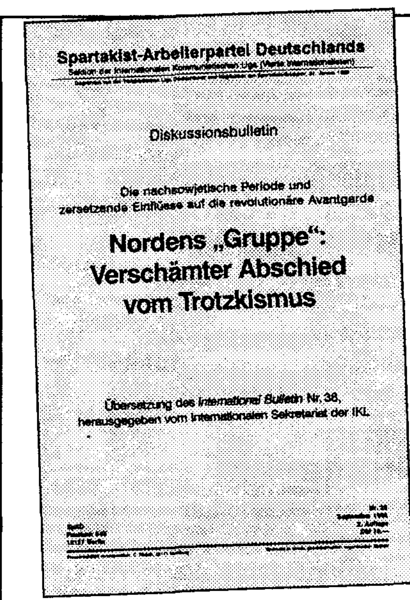
Pabloismus des zweiten Aufgusses

Es ist bemerkenswert, daß die IG seit ihrer Formierung kaum etwas über Deutschland geschrieben hat. Hatte doch gerade über Deutschland der interne politische Kampf mit Norden begonnen. Norden gab seinen opportunistischen Gelüsten einen eklatanten öffentlichen Ausdruck in einer Rede, die er im Januar 1995 an der Humboldt-Universität in Berlin hielt, als Teil seiner „Umgruppierungs"-Orientierung auf die altersschwachen Überreste der ehemals herrschenden ostdeutschen stalinistischen Partei, der SED, inzwischen zu finden im „Kommunistische Plattform"-Flügel



AP

Arme Bauern, niedergemetzelt von der Militärpolizei in Para in Nordbrasilien im April 1996. Wir kämpften mit LM, um sie dazu zu bringen, einen Kampf für den Rausschmiß der Bullen aus der Gewerkschaft zu eröffnen, deren Führung von LM beraten wurde

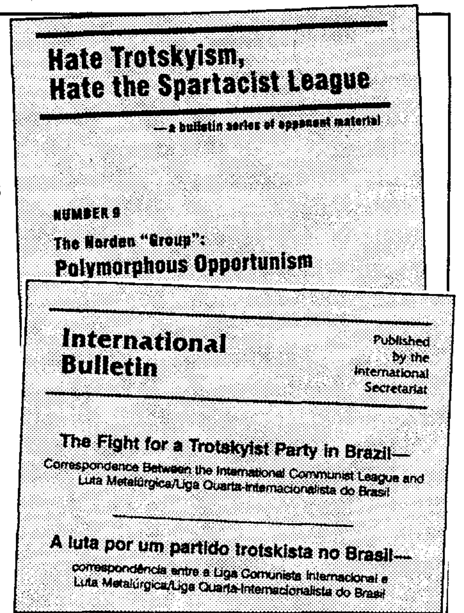


SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25
Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38
DM 10-plus DM 1,50 Porto (164 Seiten)

Die Norden-„Gruppe": Polymorpher Opportunismus
Enthält das Bulletin der Norden-„Gruppe" vom Juli 1996 und eine Einleitung (auf englisch)
DM 8,- plus DM 1,50 Porto (164 Seiten)

Der Kampf für eine trotzkistische Partei in Brasilien
Enthält die Korrespondenz zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga und Luta Metalurgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (auf englisch, spanisch und portugiesisch)
DM 12-plus DM 1,50 Porto (184Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500100 60, Konto 119 88-601



der sozialdemokratischen SED-Nachfolgepartei, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Um dies zu erreichen, verschwieg Norden, was der zentrale Zweck und die Absicht der Intervention der IKL in Ostdeutschland während der stürmischen Ereignisse 1989/90 war: eine politische Revolution zu organisieren gegen das stalinistische Regime und gegen die Gefahr der kapitalistischen Konterrevolution.

In seiner Rede leugnete Norden wiederholt die Rolle der IKL als die bewußte revolutionäre Avantgarde, die trotz der Ungleichheit der Kräfte in einem politischen Kampf mit den Stalinisten stand, die dabei waren abzudanken. Statt dessen versuchte er, der SED eine Amnestie zu verschaffen durch die Behauptung, sie sei angesichts der Konterrevolution „paralysiert" gewesen. In dem politischen Kampf gegen diesen Revisionismus in unserer Organisation argumentierten wir, daß die Stalinisten alles andere als „paralysiert" gewesen waren, sondern die Konterrevolution *geführt* hatten. Die Führer der SED erkannten, daß sie die Zielscheibe einer politischen Revolution sein würden, und taten alles, was in ihrer Macht stand, um dies zu verhindern - so demobilisierten sie Armee-Einheiten, in denen sich Soldatenräte gebildet hatten, und sie lösten die bewaffneten Betriebsmilizen auf, die das organisierte politisch/militärische Zentrum einer solchen Revolution hätten werden können (siehe „Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993).

Der politische Kampf zwischen dem trotzkistischen Programm der proletarischen politischen Revolution und dem Verrat der Stalinisten wurde klar, als im Januar 1990 eine viertel Million Menschen an einer Kundgebung teilnahmen, die wir gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Ostberlins Treptower Park initiiert hatten. Jetzt druckt der *Internationalist* ein Dokument von Norden aus dem Juli 1996 nach, das seine opportunistische Orientierung auf die Kommunistische Plattform zu rechtfertigen versucht, und zeigt dazu das Foto unserer Rednerin auf der Tribüne der Treptower Demonstration mit der Bildunterschrift: „Wenn sie [die SED] die Konterrevolution .führte', was machte die IKL gemeinsam mit ihr auf der Tribüne in Treptow?" Die wirkliche Frage war, warum einer führenden Trotzkistin erlaubt wurde, bei einer stalinistisch dominierten Kundgebung zu reden? Die SED-PDS - aus Nervosität darüber, angesichts wachsender Unruhe in der Arbeiterklasse jegliche verbleibende Autorität zu verlieren, und unter starkem Druck durch die Unterstützung, die unser Programm gewann, besonders in Betrieben in und um Berlin - legte sich mächtig ins Zeug, um diese Demonstration zu übernehmen, nachdem wir ursprünglich dazu aufgerufen hatten.

Wo die Sozialdemokraten offen die kapitalistische Konterrevolution förderten, gab die SED weiterhin vor, die DDR zu verteidigen. Als Teil unseres Bestrebens, eine Einheitsfront zustandezubringen, wollten wir die Rolle der SED vor den arbeitenden Massen bloßlegen. Norden kann sich eine Einheitsfront nur als einen Nichtangriffspakt vorstellen. In Treptow gab es, wie in jeder echten Einheitsfront, eine *Verschärfung* des politischen Kampfes zwischen den konkurrierenden Kräften - der trotzkistischen IKL und der stalinistischen SED-PDS. In der ersten öffentlichen trotzkistischen Rede in einem deformierten Arbeiterstaat seit den 20er Jahren warnte unsere Sprecherin, der „BRD-Imperialismus, [der] Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern", und argumentierte, „die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen". Zum Schluß rief sie dazu auf, eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, und forderte: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" Was die stalinistischen Krakeeler in den ersten Reihen der Demonstration betraf, so johlten die immer wieder und versuchten unsere Genossin zum Schweigen zu bringen.

Treptow war der Wendepunkt. Die prosowjetische Massenkundgebung in Treptow und die Präsenz von Trotzkisten auf der Rednertribüne, die die SPD - das favorisierte Werkzeug des westdeutschen Imperialismus - als „trojanisches Pferd der Konterrevolution" anprangerten, provozierten ein Wutgeheul der Bourgeoisie und ihrer Lakaien. Innerhalb weniger Tage, unter dem Druck der Parteien des westdeutschen Imperialismus, die damals am „Runden Tisch" der DDR-Interimsregierung saßen, verwarf die SED die Treptower Demonstration. Nur Tage später gab der sowjetische Präsident Gorbatschow grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung, die ostdeutschen Wahlen wurden Hals über Kopf vorgezogen, um jede potentielle Opposition zu unterdrücken, und die SED-PDS trat offen auf die Seite der Konterrevolution. Ihre Position als die Herrschenden des deformierten Arbeiterstaats gab ihnen die einzigartige Möglichkeit, sich an die Spitze des Ausverkaufs der DDR an die finanzstarken Kräfte des vom Vierten Reich inspirierten kapitalistischen Anschlusses zu stellen.

Im August 1917 führten Lenins Bolschewiki auf dem Schlachtfeld den Kampf gegen den Angriff des reaktionären Generals Kornilow auf die schwankende bürgerliche Kerenski-Regierung. Diese hatte erst einen Monat zuvor ihre eigene konterrevolutionäre Rolle zur Genüge klar gemacht,

Fortgesetzt auf Seite 18

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 17

als sie in den „Julitagen" die Bolschewiki unterdrückte. Ein paar Monate später führten die Bolschewiki die Oktoberrevolution, die Kerenskis Regime stürzte und den ersten Arbeiterstaat der Geschichte errichtete. Würde man die Methodologie der IGler, rückwärts durch ein Teleskop zu schauen, auf die Oktoberrevolution anwenden, dann könnte es in der nächsten Ausgabe des *Internationalist* (sollte eine erscheinen) eine Bildunterschrift geben mit der Frage: „Wenn sie [die Kerenski-Regierung] die Konterrevolution ‚führte', was machten die Bolschewiki zusammen mit ihnen auf dem Schlachtfeld gegen Kornilow?"

Norden behauptet wutschnaubend, wenn man sage, daß die SED die Konterrevolution führte, dann leugne man Trotzkis Position über den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie - eine nationalistische parasitäre Kaste, die als Transmissionsriemen für den Imperialismus diente, während sie über einer kollektivierten Wirtschaft thronte. Darauf haben wir schon früher geantwortet, daß Norden sich hier „eine Anleitung von Pablo holt, nach dessen Auffassung eine der Bürokratie eigene progressive Seite mit einer eher reaktionären Seite koexistierte". Der *Internationalist* versucht nicht einmal darauf zu antworten. In *Verratene Revolution* betonte Trotzki, daß die kleinbürgerliche Bürokratie eine organische Tendenz habe, sich in eine kapitalistische herrschende Klasse zu verwandeln, „doch brauchte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute zu entfernen als eine revolutionäre Partei" im Fall einer proletarischen politischen Revolution.

Und wenn die Behauptung, daß die Stalinisten die Konterrevolution führten, eine Revision des Trotzkismus sein sollte, wie Norden meint, dann hat sich auch Trotzki selbst in seinen Schriften über die Spanische Revolution in den 30er Jahren dieser „Revision" schuldig gemacht. Die SED stellte eine parasitäre Kaste dar, die auf dem ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat thronte, während im kapitalistischen Spanien der Kreml und seine Helfershelfer die Unterdrückung der proletarischen Revolution im Namen der „antifaschistischen Einheit" förderten. Doch Trotzkis Charakterisierung der Rolle der Stalinisten in der republikanischen Volksfrontregierung trifft genau zu. In seinem Artikel „Klasse, Partei und Führung" vom August 1940 schrieb Trotzki:

> „Die konsequenteste Politik im herrschenden Block wurde von den Stalinisten betrieben. Sie waren die kämpfende Avantgarde der bürgerlich-republikanischen Konterrevolution."

Trotzkis Schriften über Spanien sind Norden gewiß nicht unbekannt. Aber er hat ihren zentralen Lehren abgeschworen. Dies war klar, als er in seiner Humboldt-Rede vor einem Haufen abgetakelter Stalinisten die blutige Unterdrückung der spanischen Arbeiterrevolution durch den Kreml tief unter den Teppich kehrte und Stalins Verbrechen in Spanien darauf beschränkte, er habe „nur begrenzt Munition" an die bürgerliche republikanische Regierung gesandt.

IG: Immer vorwärts mit dem ökonomistischen „Gegenschlag"

Floskeln über die Notwendigkeit einer revolutionären Partei sind mit leichter Hand über den *Internationalist* gesprenkelt, aber im Grunde glorifizieren die Norden-Leute die existierenden ökonomistischen Kämpfe (und das entsprechende Bewußtsein) der Arbeiterklasse. Ein klares Beispiel dafür ist ihr Artikel über den Streik der französischen LKW-Fahrer im Dezember letzten Jahres, der frohlockt: „Während die Kämpfe der europäischen Arbeiter in den letzten Jahren einen überwiegend defensiven Charakter hatten ... war die Aktion der LKW-Fahrer ein offensiver Streik eines relativ schlecht bezahlten Sektors, der neue Errungenschaften erkämpfen wollte." In einem Brief an unsere französische Sektion über den IG-Artikel wies Liz Gordon, Mitglied des Internationalen Sekretariats, auf den Zweck hinter dem Gerede der Norden-Leute über einen „offensiven Streik" hin:

> „Sie versuchen die gewaltigen Implikationen des Untergangs der UdSSR auf die Neue Weltunordnung zu leugnen, indem sie das Gemälde einer Welt entwerfen, die vor Arbeiterkämpfen brodelt, eine Art universeller ‚Gegehschlag'. Dies dient ihrer Leugnung der Rolle des Bewußtseins und der unabdingbaren Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei, die für dieses Bewußtsein im Proletariat kämpft. Sie glorifizieren gewerkschaftliche Militanz, um die Rolle der Avantgarde zu verbergen, die das revolutionäre Bewußtsein von außen in die Klasse hineinträgt - um zu suggerieren, daß

die Arbeiterklasse ,spontan' revolutionäres Bewußtsein im Verlauf ihrer ökonomischen Kämpfe gewinnt, wo diese Kämpfe doch .unweigerlich' größer und größer und militanter und militanter werden."

Was die Norden-Leute vertreten, ist Pabloismus: die Leugnung des leninistischen Verständnisses, daß ohne Intervention einer revolutionären Partei die spontanen ökonomischen Kämpfe des Proletariats verpuffen oder durch die reformistische Führung abgelenkt werden, bevor sie im Kampf um die Macht die revolutionären Früchte tragen. Dieser Standpunkt übersieht natürlich auch bequemerweise die Tatsache, daß endlose militante Kämpfe, in denen nie das Bewußtsein erreicht wird, daß es notwendig ist, gegen die gesamte herrschende Klasse und ihren Staat für proletarische Macht zu kämpfen, am Ende nicht zu einer „spontanen" Revolution, sondern zu einer harten und meist blutigen Antwort seitens der Kapitalisten führen werden, die sich im Extremfall, wenn notwendig, sogar an die Faschisten wenden, um dem Proletariat das Rückgrat zu brechen und die „Ordnung" wiederherzustellen.

Die Definition der IG, „offensive" Kämpfe seien solche, die auf neue ökonomische Errungenschaften abzielen, im Gegensatz zur Verteidigung bereits erzielter Errungenschaften, ist sehr bequem für diejenigen, die ökonomische Kämpfe des Proletariats größer darstellen wollen, als sie sind. In ihrem Brief bemerkte Genossin Gordon:

> „Es ist vielleicht nützlich, sich das Beispiel von Samuel Gompers anzusehen, dem langjährigen Führer der amerikanischen Facharbeitergewerkschaften vor dem Aufstieg der CIO-Industriegewerkschaften. Er war für seine Ein-Wort-Parole berühmt: ,Mehr!' Mit dieser Losung drückte er seine unverfrorene prokapitalistische Perspektive aus - explizit feindlich gegenüber denjenigen (das heißt den Sozialisten), die meinten, daß die Arbeiter für eine andere Art gesellschaftlicher Ordnung kämpfen sollten, beharrte er darauf, daß es der einzige Zweck von Gewerkschaften sei, für mehr materielle Annehmlichkeiten im Kapitalismus zu kämpfen."

Entsprechend der Logik der IG wäre der feige Gompers ein Ausbund von „offensiv" eingestellter Gewerkschaftspolitik!

Norden entdeckt seine Wurzeln neu

Die IG tut höhnisch unseren angeblichen „passiven Propagandismus" ab - ein abgegriffener Vorwurf gegen Leninisten-Trotzkisten, den alle Sorten von Zentristen bei der Hand haben -, aber dies ist einfach ein Deckmantel für ihre eigene Preisgabe des Kampfes für eine revolutionäre Partei. Es ist bemerkenswert, daß die IG in ihrem winzigen Artikel mit der Forderung: „Weg mit den Anklagen gegen Anti-Klan-Demonstranten in Chicago!" keinen Versuch macht, unsere Führung des Einheitsfrontprotests vom 29. Juni - der eine gewalttätige Provokation des Ku Klux Klan in die Flucht schlug - mit ihren Behauptungen über „Abstentionismus" der Spartakisten in Einklang zu bringen. Als Norden etwas zu sagen hatte in der Arbeit unserer deutschen Sektion, drängte er darauf, daß unsere Genossen herumrennen, um ökonomistische „Kämpfe" zu unterstützen und Foto-Berichte über „antifaschistische Aktionen" ohne viel politischen Inhalt zu bringen, wie beispielsweise die rein symbolische Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin im Januar 1993. Diese Episode steht in scharfem Kontrast zu dem militanten Protest in Berlin am 15. Februar, der die Nazis aus Hellersdorf verjagte, wo sie eine Kundgebung abhalten wollten. Unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei - nicht zuletzt durch scharfe Polemiken gegen die von der PDS geförderten Illusionen, sich auf den kapitalistischen Staat zu verlassen - gaben den Hunderten, die die Nazis *stoppen* wollten, eine revolutionäre Führung. Und die gleiche PDS, deren konterrevolutionäre Rolle im Jahr 1990 Norden reinwaschen will, führt jetzt die Meute bei einer Hexenjagd an, die den Linken, die den Nazi-Aufmarsch verhinderten, Gewalttätigkeit vorwerfen.

Die „Internationalist" Group -will nur ein weiterer „linker" Hochjubler der existierenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der Unterdrückten sein und sich damit an das falsche Bewußtsein der Arbeiter anpassen, die die kapitalistische Ordnung als permanent ansehen. Im Gegensatz dazu kämpfen wir Marxisten dafür, dem Proletariat das Bewußtsein von der Notwendigkeit neuer Oktoberrevolutionen zu vermitteln, es von einer „Klasse an sich" in eine „Klasse für sich" zu verwandeln. Wir haben *Workers Vanguard* [Arbeiteravantgarde] 1971 als Namen unserer Zeitung gewählt, um unsere Ziele zum Ausdruck zu bringen. Für Norden ist der *Internationalist*, der keine Polemiken und keinerlei programmatische Schärfe enthält, ein Schritt rückwärts zu seinen Wurzeln vor seiner Zeit bei den Spartakisten. Ein Genösse, der mit Norden im Bostoner Massenstreik-Organisationskomitee zusammenarbeitete, bevor sie 1971/72 in die SL eintraten, bemerkte kürzlich, daß Norden die ersten Ausgaben von *Workers Vanguard* kritisierte, weil sie viel zu viel Zeit für Polemiken gegen andere linke Gruppen verwendeten und nicht genug für „Arbeiterkämpfe". Unser Genösse erinnerte sich:

> „Die Zeitung *Massenstreik* hatte anfangs überhaupt keinerlei Polemiken. Aber sogar gegen Ende, als Artikel veröffentlicht wurden, die gegenüber reformistischen Gruppen wie der SWP und der KP kritisch waren, ging sie nicht soweit, die .Organisationen der Unterdrückten' politisch anzugreifen, besonders wenn diese Zielscheibe des bürgerlichen Staates waren. Diesen Zug hat Norden zuletzt in ausgeprägter Weise demonstriert, bei den durch die Hexenjagd verfolgten DDR-Stalinisten ebenso wie bei Luta Metalurgica."

Nordens politische Linie zur Zeit des „Massenstreiks" war eine Anpassung an die Politik der Neuen Linken, die damals bei jungen Radikalen weitverbreitet war. Seine gegenwärtige Zurückentwicklung, getrieben durch eine Verzweiflung über welthistorische Niederlagen des Proletariats, zeichnet sich durch ein klassisch zentristisches Funktionieren aus: seinen Wunsch, nicht gegen den Strom zu schwimmen; seine Vernarrtheit in Pseudo-„Massenarbeit" und in eine „Massenzeitung" auf Kosten von harten bolschewistischen Polemiken und auf Kosten des Parteiaufbaus; seine Vorliebe für organisatorisches Manövrieren statt eines prinzipienfesten Kampfes für das Programm.

Wir kämpfen dafür, eine Vierte Internationale wiederzusæhmieden, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde, aber Norden und sein Zirkel ziehen es vor, mit zentristischen und reformistischen Wichtigtuern zu schmusen. In dieser Hinsicht ist es bemerkenswert, daß zwei der drei Punkte der Übereinstimmung in der „Gemeinsamen Erklärung der Verpflichtung, für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale zu kämpfen" zwischen der IG und der LQB darin bestehen, die IKL wegen des Abbruchs der brüderlichen Beziehungen mit LM zu denunzieren und wegen der angeblichen „bürokratischen Säuberung" von Norden & Co. Das Gerede über „revolutionäre Umgruppierung" ist beim zentristischen Sumpf international sehr in Mode; der einzige gemeinsame Nenner für die vielen politisch heterogenen, verrotteten Blöcke, die miteinander flirten, ist der Haß auf den von der IKL vertretenen authentischen Leninismus. In ihrer unkritischen, unpolemischen neuen Zeitung erklärt die IG ihr „Ziel, auf die frühzeitige Fusion unserer Kräfte in einer gemeinsamen Tendenz der Vierten Internationalisten hinzuarbeiten". Also hat die IG ihr großes Schild „Zu verkaufen" aufgestellt. *Caveat emptor* - Möge der Käufer auf der Hut sein!

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 663, 7. März 1997*

Permanente Revolution...

Fortsetzung von Seite 9

internationale Spartacist Tendenz) standen mit unserer Gegnerschaft zu Chomeini damals praktisch allein da. Wir sagten „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution!"

Weder die AKPI noch ihre Vorläuferorganisation, die Kommunistische Partei Irans (KPI), existierten 1979. Wenn die AKPI jedoch über diese Periode schreibt, versucht sie einen nicht existierenden Unterschied zwischen der „Revolution", die den Schah stürzte, und der Machtergreifung der Mullahs zu machen. So ist in einer politischen Resolution der KPI von der „Erfahrung mit der Unterdrückung der Revolution von 1979 durch das islamische Regime" die Rede (*Bolshevik Messenger* Nr. 14, Februar 1989). Eine noch explizitere Erklärung entlang dieser Linie steht in „Ein kurzer Blick auf die Situation der Arbeiterklasse im Iran", eine von der KPI 1990 veröffentlichte und von der AKPI weiterhin vertriebene Broschüre von Mostafa Saber:

> „In der Revolution von 1979 war die Arbeiterklasse das Rückgrat der revolutionären Bewegung, und die landesweiten Streiks der Arbeiter versetzten dem Schah-Regime die radikalsten Schläge. Die Losung .Unsere Erdölarbeiter sind unsere standhaften Führer', die damals zur allgemeinen Parole der revolutionären Massen wurde, spiegelte diese entscheidende Avantgarde-Rolle wider, die die Arbeiter spielten. Auch wenn die Arbeiter im allgemeinen nicht in der Lage waren, sich von der Beherrschung durch die bürgerlich-religiöse Opposition zu befreien, stellten sie ihre eigenen unabhängigen Forderungen auf. Zum Beispiel forderten sie durch die Erdölarbeiter, im ‚Revolutionsrat' vertreten zu sein, der nach dem Sturz des Schahs gebildet wurde...
>
> Die revolutionäre Periode 1978-81 war die Periode, in der die Arbeiter die reichsten Erfahrungen machten und direkt - zu Millionen - in das Schicksal der Bevölkerung eingriffen, und sie hinterließ ihren Stempel im Bewußtsein der gesamten Arbeiterklasse. Aber diese Periode endete 1981 mit der Massakrierung der Arbeiterräte, der Zerschlagung der politischen Organisationen und der Einführung einer noch nie dagewesenen Unterdrückung durch das islamische Regime."

Arbeiterstreiks waren tatsächlich entscheidend für den Sturz des Schahs. Das Proletariat spielte jedoch keine unabhängige Rolle, sondern wurde durch ihre Irreführer politisch den Chomeini-Anhängern untergeordnet. Zu behaupten, daß die Arbeiter 1979 unter den „revolutionären Massen" die „Avantgarde-Rolle" spielten, ist Wunschdenken im Dienste der De-facto-Kapitulation vor den Islamisten. Die konterrevolutionäre Rolle der islamischen Opposition herunterspielend, spricht die KPI von einer breiten „revolutionären Bewegung", glorifiziert die regimefreundlichen Shoras als Arbeiterräte, erwähnt positiv die Forderung der Erdölarbeiter nach Aufnahme in den Revolutionsrat und behauptet, noch bis 1981 habe es eine „revolutionäre Periode" gegeben. Mit dieser Darstellung wird praktisch ein Zwei-Etappen-Schema akzeptiert, das impliziert, die Arbeiter hätten noch *nach* dem Sieg der Mullahs ihre große Chance gehabt.

Die Kommunistische Partei Irans wurde 1983 gegründet als ein Zusammenschluß aus der staatskapitalistischen Union Kommunistischer Aktivisten und der größeren, exmaoistischen kurdischen Gruppe Komala. Dies war eine instabile Fusion, was sich in ihrer heterogenen Zusammensetzung widerspiegelte. Trotz der von ihr beanspruchten Perspektive der proletarischen Revolution betrieb die KPI mittels ihrer Komala-Kräfte eine auf die Bauernschaft gestützte Guerillastrategie in Kurdistan. Ihre Propaganda war ein Gemisch aus widersprüchlichen Losungen. Sie behauptete, für einen „Arbeiterstaat" einzutreten, während sie gleichzeitig eine „revolutionäre demokratische Republik" forderte (eine klassische „linke" Version der Revolution in zwei Etappen). Währenddessen trachtete der ökonomistische Flügel der Partei, darunter solche Bestandteile wie Mansoor Hekmat, jetzt der zentrale Führer der AKPI, danach, sich an die Arbeiterklasse zu richten, aber mit einem Programm, das eher dem der Sozialdemokratie als Lenins Dritter Internationale glich. So erarbeiteten Hekmat und die KPI im Stil der Zweiten Internationale ein „Minimalprogramm" und versuchten die anderen Tendenzen dafür zu gewinnen, sich auf der Grundlage von Forderungen beispielsweise nach einer 40-Stunden-Woche, Arbeitslosengeld, Streikrecht und sogar beim Entwurf eines „demokratischen Arbeitsgesetzes" zusammenzuschließen. (Siehe „Interview mit Genösse Mansoor Hekmat", *Bolshevik Messenger* Nr. 12, Februar 1988). Die ungleichen Gruppierungen innerhalb der KPI zerstritten sich schließlich, und Hekmat verkündete eine Spaltung, um 1991 die Arbeiter-Kommunistische Partei Irans zu gründen. Ihre Schwestergruppe, die AKP-Irak, die 1993 gegründet wurde, besteht fast ausschließlich im irakischen Teil Kurdistans.

Die Spaltung mit Komala verstärkte einfach das Gewicht der sozialdemokratischen Komponente der AKPI. Während die AKPI kurdischen Nationalismus verurteilt, macht sie in der Praxis keinen Unterschied zwischen imperialistischen Mächten und halbkolonialen Ländern, oder, allgemeiner gesagt, zwischen Unterdrückernationen und unterdrückten Nationen. So weigerte sich die AKPI nicht nur, während des Golfkriegs zur militärischen Verteidigung des Irak gegen den US-Imperialismus aufzurufen, sondern rief bei mehreren Gelegenheiten nach einer Intervention der Vereinten Nationen (deren Vorgänger, den Völkerbund, Lenin als eine „Räuberhöhle" bezeichnete). So forderte die australische Exilgruppe der AKP-Irak, wie wir in unserem Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!" im *Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996 (übersetzt aus *Workers VanguardNi.* 651,13. September 1996) feststellten, „den sofortigen Rückzug der Streitkräfte des Baath-Regimes" und rief dazu auf, „diese Forderungen der UNO aufzudrängen". Ebenso verurteilten die AKP-Iran und AKP-Irak in einer gemeinsamen am 6. September 1996 in London veröffentlichten Erklärung zwar die militärischen Angriffe der USA auf den Irak, beschworen aber die UNO, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen". Diese zwei Erklärungen fügen wir dieser Antwort bei.

Wie wir in unserem Artikel hervorhoben, sind die verschiedenen imperialistischen Mächte - heute zuallererst der US-Imperialismus - die Hauptfeinde der kurdischen Unabhängigkeit. Aber es sind gerade die Imperialisten, an die sich die AKPI in erster Linie wendet. Außerdem ruft sie zu einem von der UNO organisierten Referendum auf, was mit der Position für ein unabhängiges *irakisches* Kurdistan verbunden ist. Das wird in einem Artikel von Hekmat („Zur Verteidigung der Forderung nach der Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans") in der farsi-sprachigen *Internationale,* Juni 1995, ausgeführt. Ihr Schema basiert eindeutig darauf, daß ein Großmachtgarant Saddam Husseins dreckige Hände aus Kurdistan heraushält. Kurz gesagt handelt es sich hier um ein implizites Etappenschema, dessen anfängliche „demokratische" Etappe angeblich von der UNO garantiert wird, einem Instrument des Imperialismus.

Bei den Appellen der AKPI an die UNO in Sachen Irakisch-Kurdistan handelt es sich nicht um eine vereinzelte Verirrung. In ihrem programmatischen Hauptdokument „Eine bessere Welt" heißt es: „Die AKPI ist für eine sofortige Lösung der kurdischen Frage im Iran mittels eines freien Referendums in den kurdisch-bewohnten Gebieten West-

irans *unter der Aufsicht formaler internationaler Organisationen"* (unsere Hervorhebung und Übersetzung). Gleichzeitig macht die AKPI klar, selbst während sie die nationale Unterdrückung der Kurden und ihr Recht auf Selbstbestimmung anerkennt, daß sie zur Zeit gegen die Unabhängigkeit der Kurden im Iran ist. Und soweit uns bekannt ist, gibt die AKPI weder den kleinbürgerlichen Nationalisten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) *militärische* Unterstützung in dem vom NATO-Land Türkei geführten völkermörderischen Krieg noch ruft sie zur Verteidigung der PKK gegen deren Unterdrückung durch den deutschen Staat auf. Kurz gesagt tritt die AKPI im Irak, wo sie über eine bedeutsame kurdische Basis verfügt, für die Unabhängigkeit ein. Aber sie ist gegen die kurdische Unabhängigkeit im Iran und in der Türkei, zwei Nachbarstaaten, die regionale Rivalen des Irak sind.

Wir von der IKL fordern eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan. Damit wenden wir Trotzkis Theorie der permanenten Revolution an: das Verständnis, daß in den Gebieten, die vom Imperialismus rückständig gehalten worden sind, die grundlegenden Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution nur gelöst werden können durch einen internationalistischen Kampf um die proletarische Macht, der all die reaktionären bürgerlichen Regime in der Region wegfegt. Diese Auffassung steht in scharfem Gegensatz zur Methodologie, an die eine oder andere imperialistische Macht zu appellieren oder den bürgerlichen Rivalen des eigenen unmittelbaren Unterdrückers zu beschwichtigen, was typisch ist für die Praktiken der verschiedenen kurdischen nationalistischen Gruppierungen. Die AKPI geht über diesen Rahmen nicht hinaus.

Wie Du sagst, behauptet die AKPI, daß die Sowjetunion Ende der 20er Jahre „staatskapitalistisch" geworden sei. Dies ist die gleiche praktische Schlußfolgerung, wie sie Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien gezogen hat. Sie läuft auf die Behauptung hinaus, daß der Kapitalismus genau zu der Zeit restauriert wurde, als die Fünfjahrespläne eingeführt wurden und die UdSSR einen Riesensprung nach vorn machte bei der Entwicklung einer Industriegesellschaft. Sie ist eine zutiefst revisionistische Schlußfolgerung, die im Grunde genommen der Bourgeoisie von einer hauptsächlich bäuerlichen Gesellschaft eine fortschrittliche Mission zutraut, nämlich die qualitative Revolutionierung der materiellen Produktivkräfte.

Die AKPI behauptet, daß es in den 20er Jahren keinen qualitativen politischen Unterschied zwischen den Trotzkisten und den Stalinisten gegeben habe. Tatsächlich akzeptieren sie jedoch die falsche und *zutiefst nationalistische* Ideologie vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land", die von der stalinistischen Bürokratie verbreitet wurde:

> „Erstens ist unserer Meinung nach theoretisch und *unabhängig von der Frage der Sowjetunion* die Errichtung des Sozialismus in einem Land, d.h. die Schaffung von Verhältnissen auf der Grundlage des Gemeineigentums, die Abschaffung der Lohnarbeit, d.h. was Marx als die erste Phase des Kommunismus bezeichnete, durchaus möglich, und nicht nur das, sie ist lebenswichtig für das Schicksal der Arbeiterrevolution". („Die Erfahrung der Arbeiterrevolution in der Sowjetunion" von Mansoor Hekmat und Iraj Azarin)

Sozialismus (die niedere Phase des Kommunismus, in der die Arbeitsproduktivität so gewaltig entwickelt ist, daß die Klassen zu existieren aufhören) erfordert notwendigerweise die Ausweitung der proletarischen Eigentumsformen auf die fortgeschrittensten industrialisierten Gesellschaften der Welt. Diejenigen, die behaupten - im Gegensatz zu Marx und Lenin -, es sei möglich, den Sozialismus innerhalb der Grenzen eines einzelnen Staates aufzubauen, leugnen damit die materielle Notwendigkeit, die proletarische Revolution auf die ganze Welt auszuweiten, und landen notwendigerweise dabei, „friedliche Koexistenz" mit der imperialistischen Bourgeoisie anzustreben oder zu rechtfertigen im Namen der Aufrechterhaltung des „real existierenden Sozialismus".

„Sozialismus in einem Land" bedeutete den Verrat an der proletarischen Revolution in allen anderen Ländern. Mit ihrem Festhalten an diesem Schwindelmodell lehnt die AKPI die entscheidenden von Trotzkis Linker Opposition geführten Kämpfe ab, darunter deren Kampf gegen Stalins und Bucharins Verrat an der Chinesischen Revolution 1925-27, die der Guomindang und dem Schlächter Tschiang Kaischek untergeordnet wurde. Wie Trotzki bei seiner Verallgemeinerung der Theorie der permanenten Revolution hervorhob, war das blutige Massaker an den Kommunisten und Arbeitern in China das direkte Ergebnis von Stalins Wiedereinführung der Theorie der „Revolution in zwei Etappen", die die Menschewiki im zaristischen Rußland propagiert hatten.

Der „staatskapitalistische" Standpunkt der AKPI hatte weitere wichtige Konsequenzen. Trotzkisten verteidigten den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe, während sie gleichzeitig zur proletarischen politischen Revolution zum Sturz der parasitären stalinistischen Bürokratie aufriefen. Als die Sowjets 1979 in Afghanistan intervenierten, sagten wir „Hoch die Rote Armee" und riefen zur Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auf. Während wir davor warnten, daß die Kremlbürokratie durchaus zum Ausverkauf an die Imperialisten fähig war, hoben wir hervor, daß das Eingreifen der Roten Armee objektiv der Verteidigung der Sowjetunion diente und ein Schlag gegen die von der CIA unterstützten Mudschaheddin war, die damit drohten, die Frauen praktisch zur Sklaverei zurückzubringen, was doppelt so schreckliche Zustände wie in Chomeinis Iran bedeutete. Aber die KPI/AKPI hielt den sowjetischen „Imperialismus" für genauso reaktionär wie die Mudschaheddin.

Die Ereignisse in Afghanistan entlarven nur ein weiteres Mal, daß die Theorie des „Staatskapitalismus" wertlos ist als eine Anleitung, um die Welt zu verstehen und einzugreifen. Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan durch den Kreml führte zum Sieg der Mudschaheddin, mit den grauenhaften Konsequenzen für die afghanischen Frauen heute, und gab den Kräften der kapitalistischen Restauration, die in der Sowjetunion triumphierten, mächtigen Auftrieb. Was letztere angeht, so bejubelte die AKPI nicht die Jelzinsche Konterrevolution - im Gegensatz zu den meisten „staatskapitalistischen" Formationen wie z. B. der Cliff-Tendenz - und sagte sogar voraus, daß die Ereignisse in der Sowjetunion und Osteuropa schlimme Folgen für die Arbeiter aller Länder haben würden. Aber nach der eigenen Theorie der AKPI, daß die Sowjetunion spätestens seit Ende der 20er Jahre staatskapitalistisch gewesen sei, hätte Jelzins Aufstieg zur Macht nur eine unbedeutende Machtverschiebung von einer „Kapitalisten"bande zu einer anderen bedeuten dürfen.

Heute tritt die AKPI zu Recht gegen die Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge aus dem Iran ein. Aber alle diejenigen, die gemeinsam mit dem Chor der Imperialisten die Niederlage der sowjetischen Streitkräfte forderten, tragen die Verantwortung für die grauenhaften Verhältnisse im Taliban-regierten Afghanistan, wo den Frauen das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird und wo wieder mittelalterliche Folterungen eingeführt wurden. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga wollen den Verrat entlarven, der zum Sieg der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte im Iran, in Afghanistan und der ehemaligen Sowjetunion geführt hat, um eine neue Generation marxistischer Kämpfer auszubilden, die trotzkistische Parteien schmieden werden, die die arbeitenden Massen vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen führen können.«

Stoppt Hinrichtungen von irakischen Linken!

Während die türkische Armee im Nord-Irak die Kurden niedermetzelt, hat Saddam Husseins baathistische Diktatur in Bagdad Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen in Gang gesetzt. Wie die Irakische Kommunistische Partei (IKP) und die Arbeiter-Kommunistische Partei Irak (AKPI) berichten, sind seit Februar im berüchtigten politischen Gefängnis Abu Ghraib über 250 Gefangene, darunter IKP-Mitglieder, ermordet worden, und weitere 600 sollen in den kommenden Wochen hingerichtet werden. Der Terror des baathistischen Regimes zielt seit langem besonders auf die IKP ab. Viele IKP-Mitglieder, Anhänger der AKPI und andere Linke sind weiterhin in den Folterkammern von Abu Ghraib eingekerkert.

Am 30. Mai initiierte die AKPI in London und Toronto dringend notwendige Protestdemonstrationen gegen die Hinrichtungen, an denen sich Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga beteiligten. Wir rufen alle linken und Arbeiterorganisationen auf, das sofortige Ende der Hinrichtungen und die Freiheit für alle linken Gegner von Saddam Hussein zu fordern!

Heute verurteilen die amerikanischen Herrscher den starken Mann des Irak scheinheilig als Tyrann und schicken massenweise CIA-Agenten ins Land, um seinen Sturz voranzutreiben, während er in den 70er und 80er Jahren von Washington und Bonn jahrelang unterstützt wurde, als er irakische Arbeiter, Kurden und andere Minderheiten niedermetzelte. Jetzt sind die amerikanischen und deutschen Medien verdächtig still über Saddam Husseins Massenhinrichtung von Kommunisten und anderen Linken.

In den sechs Jahren seit dem US-geführten imperialistischen Krieg gegen den Irak sind mehrere hunderttausend Männer, Frauen und Kinder als Opfer der Wirtschaftsblockade gestorben, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen durchgeführt wurde. Wir verteidigen das irakische Volk gegen jeden imperialistischen Angriff, so wie wir es auch bei den zahlreichen Terrorbombardierungen seit dem Golfkrieg 1991 getan haben. Nieder mit dem UN-Hungerembargo! USA/NATO: Raus aus dem Persischen Golf!

Die irakische Diktatur und alle reaktionären Regime des Nahen Ostens müssen durch die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten gestürzt werden, die unter ihrem Terror zu leiden haben. Das erfordert die Schmiedung von revolutionären Parteien, die die Sache aller Unterdrückten zu ihrer eigenen machen - die Sache des belagerten kurdischen Volkes wie auch der doppelt unterdrückten Frauen - im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens.

Peru...

Fortsetzung von Seite 3

imperialistischen Ausbeutung zu beugen. Die Bosse und Zahlmeister des peruanischen Regimes in Washington und Tokio stecken bis zum Hals in diesem Blutbad. Der japanische Premierminister Hashimoto erklärte sofort: „Ich bin erfreut über die Resultate und danke den peruanischen Streitkräften." Das U.S. State Department gibt den linken Opfern in grotesker Weise selbst die Schuld an diesem grauenhaften Massenmord. Die deutsche Regierung ist in ihrem eigenen Hinterhof nicht weniger brutal und rüstet das türkische Regime auf im blutigen Krieg gegen Kurden und Linke.

Trotz unserer politischen Differenzen mit der Guerillastrategie der MR A haben wir Trotzkisten der IKL uns von Anbeginn mit ihren berechtigten Forderungen für die Freilassung von über 400 ihrer Genossen, die als Geiseln in den Kerkern Perus gefangen sind, solidarisiert. In ehrenhafter Weise haben die MRTA-Kämpfer bis zum letzten Ende zu ihrer Forderung für die eingekerkerten Genossen gestanden. Fujimori bestand von Anfang an darauf, daß die MRTA-Gefangenen „nur tot rauskommen". Angesichts der Sympathie unter den Bauern und arbeitenden Massen im Land für die mutige Aktion der MRTA und der dadurch hervorgerufenen innenpolitischen Krise befahl Fujimori das Massaker durch Kommandos, die von israelischen zionistischen Schlächtern trainiert wurden. Mittlerweile wurden allein in-den letzten 18 Monaten etwa 500000 Leute bei Razzien gegen „Terroristen" festgenommen.

Die brutale Unterdrückung der Linken und Bauern durch die Bourgeoisie Perus wurde vom US-Imperialismus mit dem Schlachtruf des globalen „Kriegs gegen Drogen" völlig unterstützt. Gleichzeitig führen die rassistischen amerikanischen Herrscher ihren eigenen Krieg mit Polizeiterror und Unterdrückung gegen Arbeiter, Schwarze, Hispanics in den USA. Die Barbarei der kapitalistischen herrschenden Klasse in den USA wird offenkundig beim andauernden Kreuzzug für legalen Lynchmord an dem schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt, und dessen Fall die Unterstützung von Hunderttausenden von arbeitenden Menschen und Minder-heiten auf der ganzen Welt gefunden hat. Genauso wie die japanische Regierung im Lauf der Lima-Krise versucht hat, ihren „antiterroristischen" Ruf durch die Ausweitung ihres internationalen Rachefeldzugs gegen die linke Gruppe „Rote Armee Fraktion" zu befestigen.

Trotz des Heldenmutes ihrer Kämpfer ist die Guerillastrategie der MRTA unfähig, die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung auszumerzen. Ebensowenig ändern die eigenen ohnmächtigen Appelle der MRTA an Fujimori seine arbeiter- und bauernfeindliche Politik, sondern machen deutlich, daß solche kleinbürgerlichen Guerillas, wie wir geschrieben haben, einfach „Reformisten mit Gewehren" sind. Die IKL stützt sich auf Leo Trotzkis Programm der permanenten Revolution. In halbkolonialen Ländern wie Peru können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution - Agrarrevolution, Befreiung der doppelt unterdrückten Bäuerinnen und Arbeiterinnen, Befreiung von imperialistischer Knechtschaft - nur durch die Eroberung der Staatsmacht durch das revolutionäre Proletariat, unterstützt durch die Bauernschaft, erreicht werden. Dies erfordert die Enteignung des kapitalistischen Eigentums und den Aufbau einer vergesellschafteten Planwirtschaft. Der endgültige Sieg der werktätigen Massen Lateinamerikas erfordert die Arbeiterrevolution „in der Höhle des Löwen' selbst", dem US-Imperialismus. Wir kämpfen für leninistisch-trotzkistische Parteien von Peru über Japan bis zu den USA als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, um das Proletariat an die Macht zu führen und international die kapitalistische imperialistische Barbarei hinwegzufegen.

Freiheit für alle Opfer von Fujimoris Terror! Von Lima über Tokio, Washington bis Berlin: Für internationale proletarische Revolution!

22. April 1997

Türkei...

Fortsetzung von Seite 24

als Schachfigur für ihre Großmachtambitionen benutzt und sind ihm gleichzeitig in den Rücken gefallen. Im Anschluß an den Golfkrieg von 1991 wurde die strategische Region Irakisch-Kurdistan, die an die Türkei, Syrien und den Iran grenzt und nahe bei den Erdöl- und Erdgasfeldern von Kirkuk liegt, zu einer „Schutzzone" für Kurden erklärt, die für die irakische Armee gesperrt ist. Sie sollte von den USA und ihren Alliierten unter dem UN-Feigenblatt überwacht werden, als Teil der „Neuen Weltordnung" Washingtons. Damals warnten wir, daß es unter der Kontrolle von „Friedenstruppen", die von den USA und anderen Imperialisten gestellt werden, zu den schlimmen Zuständen kommt, die im Gaza-Streifen und auf der Westbank herrschen (*Spartakist* Nr. 86, Mai 1991). In diese „Schutzzone" ist die türkische Armee wiederholt einmarschiert, um Unterstützer der PKK zusammenzutreiben und zu töten.

Die feudalistischen und bürgerlich-nationalistischen Irreführer der irakischen Kurden, Massud Barsanis Kurdische Demokratische Partei (KDP) und Jalal Talabanis rivalisierende Patriotische Union Kurdistans (PUK) haben .eine lange Geschichte darin, für eine illusorische Unterstützung durch die Imperialisten und deren regionale Handlanger den kurdischen nationalen Kampf zu opfern und sich dabei gegenseitig umzubringen. Während des Golfkriegs stellten sich beide auf die Seite der USA und schlössen sich dem von der CIA unterstützten „Irakischen Nationalkongreß" an. Beide Gruppen herrschen mit strenger Polizeigewalt über ihre „eigenen" Leute und arbeiten auch mit Ankara zusammen, um auf PKK-Unterstützer in Irakisch-Kurdistan Jagd zu machen. Letztes Jahr, als die PUK mit Unterstützung iranischer Truppen die Oberhand zu gewinnen schien, holte sich Barsani Hilfe von Saddam Hussein. Die USA nutzten dies als Vorwand für eine große Machtdemonstration im Golf: Sie mobilisierten ihre Flotten im Pazifik und im Persischen Golf und schafften B-52-Bomber sogar aus Guam heran. Diesmal hat sich die türkische Armee als Vorwand für ihren Einmarsch von Barsani „einladen" lassen, und die amerikanischen Imperialisten sind einfach begeistert. Aber für die Kurden sowohl in der Türkei als auch im Irak bedeutet das nichts als Tod und Zerstörung.

Jetzt, wo die UdSSR nicht mehr existiert, wollen die USA zeigen, daß sie die Militärmacht Nr. 1 in der Welt sind, und sie werden diese Macht benutzen, um die Erdöl- und Erdgasfelder der Region zu kontrollieren, die für Deutschland und besonders für Japan von höchstem Interesse sind. Die Handelssanktionen der USA gegen Iran und Irak richten sich andererseits auch gegen ihre imperialistischen Rivalen. Als die Türkei letztes Jahr mit dem Iran einen Vertrag über Gaslieferungen im Wert von 20 Milliarden Dollar abschloß, frohlockte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung:* „Das war ein Schlag ins Gesicht Washingtons". Und *am Vorabend* seines jetzigen Einmarschs unterzeichnete Ankara einen Vertrag mit Bagdad über eine 1300 Kilometer lange Erdgasleitung zum türkischen Hafen Ceyhan. Aber in beiden Fällen verläuft die Pipeline durch kurdisches Gebiet, das „gesichert" werden muß, bevor sie gebaut werden kann. Die verschärften interimperialistischen Differenzen sind Vorboten eines zukünftigen, diesmal atomaren, Weltkriegs.

Doch die Türkei ist auch extrem instabil und reif für Klassenkampf. Massive soziale Unterdrückung und Entwurzelung, hervorgerufen sowohl durch den Krieg als auch durch kapitalistische Austeritätsmaßnahmen, brachten letztes Jahr den Massenstreik der im öffentlichen Dienst Beschäftigten hervor, der Istanbul, Ankara und Izmir erschütterte. Sogar der konservative britische *Economist* (17. Mai) warnt unverblümt: Der Krieg der Türkei gegen die Kurden ist „nicht zu gewinnen". Die parlamentarische Fassade dessen, was tatsächlich eine Militärdiktatur ist, zerfällt schnell: Der oberste Staatsanwalt des Landes versucht, die regierende islamisch-fundamentalistische „Wohlfahrtspartei" Refah von Necmettin Erbakan verbieten zu lassen, und Abgeordnete fliehen aus Tansu Cillers „Partei des Rechten Weges", Erbakans korruptem Koalitionspartner, wie Ratten, die ein sinkendes Schiff verlassen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete für halbkoloniale Länder den Verlust jeder nominellen Unabhängigkeit, die sie hatten, indem sie die SU und die imperialistischen Länder gegeneinander ausspielten. In diesem Kontext ist der Aufruf der PKK an die UNO und die imperialistischen Mächte, eine „politische Lösung" herbeizuführen, eine Sackgasse. Er kann höchstens eine Art „Autonomie" bedeuten, wie sie in der Westbank und im Gaza-Streifen existiert, wo die PLO-Polizei den israelischen Streitkräften dabei hilft, die palästinensischen Massen brutal zu unterjochen.

Die 25 Millionen Kurden im Nahen Osten, die zwischen der Türkei, dem Irak, Syrien und dem Iran aufgeteilt sind, stellen die größte Nation der Welt ohne einen eigenen Staat dar. Weil eine wirkliche nationale Befreiung Kurdistans die revolutionäre Zerstörung von vier kapitalistischen Regimen und damit der imperialistischen Vorherrschaft in dieser strategisch wichtigen Region erfordert, muß die Lösung für die kurdische Frage revolutionär, proletarisch und internationalistisch sein. Wie wir in unserem Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!" schrieben: „Die treibende Kraft beim Kampf um die kurdische Unabhängigkeit ist in dem Proletariat der Länder zu finden, von denen die Kurden unterdrückt werden. Die Arbeiter der Türkei, Syriens, des Irans und Iraks haben ihre eigene Rechnung mit ihren Ausbeutern zu begleichen" (*Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996). Andererseits existiert die kurdische Arbeiterklasse in der Diaspora: in den großen Industriezentren der Region und, gemeinsam mit Türken, in den Kohlebergwerken, Metallfabriken und Chemiebetrieben Deutschlands und Westeuropas. Hier sind immigrierte Arbeiter die lebende Brücke, um den Kampf für die Befreiung der Kurden in einem sozialistischen Nahen Osten auf die proletarische Revolution im imperialistischen Westeuropa auszuweiten.

Dies ist die Perspektive von Trotzkis permanenter Revolution für Länder, deren kapitalistische Entwicklung durch den Imperialismus verzögert wird: Die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution können nur gelöst werden, wenn das Proletariat, unterstützt von den werktätigen Bauern, an der Macht ist und die proletarische Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausgeweitet wird. Das kann nur dadurch verwirklicht werden, daß türkische, arabische und persische Arbeiter dazu gewonnen werden, für die Befreiung der kurdischen Nation und anderer unterdrückter Völker dieser Region zu kämpfen und zu Todfeinden des Großmachtchauvinismus „ihrer" eigenen Bourgeoisien werden. Diese internationalistische Perspektive steht im Gegensatz zu jeder Variante des kleinbürgerlichen Nationalismus, egal wie „sozialistisch" dessen Rhetorik auch ist. In der „Festung Europa" muß als erster Schritt zur Schmiedung einer revolutionären Einheit der giftige, gegen Immigranten gerichtete Rassismus bekämpft werden, der als Rammbock dient für den allseitigen Angriff auf den Lebensstandard und für die ideologische Vorbereitung auf neue imperialistische Kriege. Diese Perspektive wird nur erreicht durch den Aufbau von Avantgardeparteien der Arbeiterklasse im Nahen Osten und in Europa, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution. Dieser Aufgabe haben sich die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga verpflichtet.»

SPARTAKIST

Türkische Armee: Raus aus Kurdistan!

In den frühen Morgenstunden des 14. Mai strömten 50000 türkische Soldaten über die Grenze nach Irak, unterstützt von Phantom-Kampfbombern und Cobra-Kampfhubschfaubern. Im Verlauf des seit 12 Jahren andauernden Krieges der Türkei gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurden 2000 Dörfer zerstört, 25000 Menschen getötet und zwei Millionen Menschen zu Flüchtlingen, von denen etwa 15 000 nach Nordirak geflohen sind. Zehntausend kurdische und türkische politische Gefangene sind seit Ende Mai in der Türkei gegen die Inasion im Hungerstreik. Seit dem UNO/NATO-Massaker 1991 an den Völkern Iraks hat die Türkei ihre Offensiven wiederholt auf die kurdische Bevölkerung Nordiraks ausgeweitet - aber vom Ausmaß und von der Feuerkraft her übertrifft der jetzige Einmarsch alles bisher Dagewesene.



dpa

Türkische Armee beim Vorstoß in den Irak 1995. Deutscher und US-Imperialismus rüsten Ankara für Vernichtungskrieg gegen Kurden auf

Während Bonn mit Washington darum konkurriert, dem NATO-Verbündeten in Ankara militärische und finanzielle Unterstützung zu geben, tragen die regierende CDU und die „oppositionelle" SPD diesen mörderischen Krieg nach Deutschland, indem sie die PKK und andere kurdische Organisationen (ebenso wie linke türkische Organisationen) oder sogar einen ganz elementaren Ausdruck nationaler Identität wie das Zeigen der kurdischen Nationalfarben mit aller Härte verbieten. Wir von der Spartakist-Arbeiterpartei stehen trotz der scharfen politischen Differenzen, die wir zur kleinbürgerlich-nationalistischen PKK haben, militärisch auf ihrer Seite gegen den von der Türkei geführten Krieg der „verbrannten Erde" und verteidigen ihre Unterstützer gegen staatliche Repression hierzulande. Am 24. Mai beteiligten sich unsere Genossen in Hamburg an einer Demonstration von 10000 hauptsächlich kurdischen und türkischen Jugendlichen gegen den türkischen Einmarsch. Wir sagen: Das Vierte Reich ist der Pate des Massenmords an den Kurden! Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Türkische Armee: Raus aus Kurdistan!

Der US-Außenamtssprecher Nicholas Burns erklärte sofort das Einverständnis der USA. Israel machte für Washington die Drecksarbeit in der Region und rüstete die von den USA aufgebauten türkischen Luftstreitkräfte neu aus, damit sie gegen bisher unerreichbare kurdische Dörfer in der Gebirgsregion an der Grenze zum Irak eine Flächenbombardierung durchführen konnten. Die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union gab eine lauwarme Erklärung heraus, man sei „besorgt" über die türkische Offensive, die „in angemessenen Grenzen" (!) bleiben müsse, während in Deutschland gebaute Panzer und Panzerfahrzeuge türkische Divisionen ins irakische Kurdistan transportierten.

Die imperialistischen Mächte sind die Feinde der Werktätigen auf der ganzen Welt. Während des Golfkriegs von 1991 und der US-Luftangriffe auf den Irak im letzten Jahr standen wir als revolutionäre Internationalisten auf der Seite der Völker des Irak gegen die imperialistische Aggression und erklärten gleichzeitig, daß Saddam Hussein für seine Verbrechen gegen die irakische Arbeiterklasse von dieser selbst zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Wir forderten: „Nieder mit dem imperialistischen Embargo gegen den Irak!", während SPD, PDS und die Grünen ein Embargo als den „unblutigen" Weg unterstützten, um den Irak auszuhungern, bis er sich seinen imperialistischen Herren unterwirft.

Die Imperialisten haben wiederholt das kurdische Volk

Fortgesetzt auf Seite 23

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Mit ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 129 SEPTEMBER/OKTOBER 1997 DM1,-

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Für ein Arbeitereuropa- Für sozialistische Revolution!



AP

Nieder mit Maastricht!

Nein zu den sozialdemokratischen Handlangern der kapitalistischen Austerität!



Christian Jungeblodt/Signum

Oben: Jospin, Scharping, Blair. Die Sozialdemokraten verwalten rassistische „Festung Europa" und organisieren Abschiebungsterror

Die folgende IKL-Erklärung wurde zum Amsterdamer Euromarsch am 14. Juni herausgegeben.

Die kapitalistischen Herrscher Westeuropas haben ihre Austeritätsangriffe auf die Werktätigen ausgeweitet und den rassistischen Terror gegen Immigranten und Minderheiten verschärft. Als proletarische Internationalisten lehnen wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) die Europäische Union als einen imperialistischen Wirtschaftsblock ab, der ein Mittel zur kapitalistischen Zusammenarbeit gegen die werktätigen Massen Europas ist. Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Durchsetzung des Maastrichter Vertrages von 1992 über die „Währungsunion" wehren. Dieser Vertrag ist ein Pakt der kapitalistischen Herren Europas, um gegen andere Weltmächte um Märkte zu konkurrieren, und das heißt zunehmende Angriffe auf die Arbeiterklasse und ethnische Minderheiten.

Die gegenwärtige reaktionäre Angriffswelle, symbolisiert durch Maastricht, ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Die bolschewistische Revolution von 1917 war das herausragende Ereignis des 20. Jahrhunderts, die erste und einzige siegreiche Arbeiterrevolution. Doch der Druck der imperialistischen Einkreisung auf ein ökonomisch rückständiges Land, die

Fortgesetzt auf Seite 24

Hamburg: SPD-Wahlkampf für mehr rassistischen Polizeiterror

Organisierte Regierungskriminalität in Hamburg: Die Ausländerbehörde läßt durch „freie Mitarbeiter" und durch eine Honorarkonsulin gefälschte Pässe ausstellen, um Afrikaner egal welcher Herkunft per Federstrich zu Staatsbürgern von Gambia zu erklären und sie dorthin abzuschieben. Obwohl im August die Abschiebung von 14 Afrikanern durch das Amtsgericht gestoppt wurde, sind solche Verfahren „Tagesgeschäft" in SPD-Voscheraus rassistischer Hochburg. Schwarze werden auf den Straßen von Hamburg systematisch von der Polizei verfolgt und durchsucht. Am 20. April, Hitlers Geburtstag, wütete die Polizei im Hamburger Hauptbahnhof und nahm Schwarze fest. In Polizeiwannen bedrohte sie die afrikanischen Immigranten: Wir feiern heute einen Geburtstag.

Die staatliche Kampagne zu „Ausländerkriminalität" dient der Kriminalisierung ganzer Nationalitäten und deren Vertreibung. So werden Kurden auf Grundlage des PKK-Verbots an das Mörderregime der Türkei ausgeliefert. Die rassistische Pogromhetze gegen eine sogenannte „westafrikanische Drogen-Mafia" dient zur Vorbereitung von 26 000 Abschiebungen. Jetzt will die Hamburger SPD ihre gängige Praxis gegenüber Afrikanern zum Gesetz machen. Voscherau stellte im Bundesrat einen Entschließungsantrag, der verschärfte Abschiebevollmachten für die Strafgerichte vorsieht und afrikanische Staaten dazu erpressen soll, „die Menschen unabhängig von ihren Paßpapieren aufzunehmen". Andernfalls soll ihnen die Entwicklungshilfe abgedreht werden. Wir Spartakisten fordern: Sofortiger Abschiebestopp! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Arbeiter: Macht es wie die Fluglotsen und Flughafenarbeiter in Paris und Dakar, Senegal, die sich weigerten, bei Abschiebungen mitzumachen, nachdem die Polizei die von Immigranten besetzte Kirche St. Bernard gestürmt hatte!

Die Sozialdemokratie hat nichts anderes anzubieten als Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Um ihr arbeiterfeindliches Programm durchzusetzen, verlangt die SPD-Spitze im Wettbewerb mit Innenminister Kanther und CSU-Chef Stoiber verschärfte Ausländer- und Polizeistaatsgesetze, die dazu dienen, die Arbeiterklasse zu spalten und einzuschüchtern. Sie bereitet damit den Nährboden, auf dem die Nazis wachsen. Die Hamburger Wahl ist das beste Beispiel dafür. Während sich die SPD für „Law and Order" und „innere Sicherheit" stark macht, „kandidieren" fünf verschiedene faschistische Parteien mit ihrem Programm für Völkermord.

Als im Aufwind des rassistischen Wahlkampfs in Hamburg die faschistische NPD mit einer Provokation am 13. September drohte (die dann nicht stattfand), erklärte der SPD-Senat, daß er auf alle Fälle „einen NPD-Aufmarsch schützen müsse" (raz, 9. September). Gegen 4000 Nazi-Gegner, die an diesem Tag demonstrierten, schickte die SPD allerdings 2000 Bullen mit Wasserwerfern und Kampfanzügen. Beim Verkauf und bei Diskussionen auf der Demo argumentierten die Genossen der SpAD und Spartakist-Jugend dafür, die soziale Macht der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um durch Einheitsfrontaktionen die Nazis zu stoppen. Und wir betonten die direkte Verantwortung der SPD für den rassistischen Terror, der die Nazis nährt.

Reformisten wie Linksruck und Zentristen wie die Gruppe Arbeitermacht und der Revolutionär Sozialistische Bund rufen statt dessen ständig zur Wahl der SPD auf oder unterstützen die PDS, die nur ein Steigbügelhalter für eine SPD-Regierung ist und ebenfalls gegen „Ausländerkriminalität" hetzt. Linksruck gibt der SPD Schützenhilfe und fordert auf ihrer Titelseite „SPD wählen ohne Illusionen" (4. September). Das ist ungeheuerlich! Die Wahlversprechen der SPD lauten klipp und klar: verschärfte Angriffe auf Sozialleistungen und noch mehr rassistischer Polizeiterror. Die Wahlaufrufe von Linksruck usw. dienen allein dazu, antirassistische Jugendliche an die SPD zu ketten. Damit übernehmen sie die Verantwortung für die rassistische Politik der SPD.

Keine Stimme für die SPD und ihre „rot"-grünen Satelliten! Es ist eine strategische Aufgabe für Revolutionäre, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Irreführung zu brechen. Dafür brauchen wir eine revolutionäre Führung, eine internationalistische trotzkistische Partei, die die Arbeiterklasse politisch unabhängig im eigenen Klasseninteresse organisiert. Diese Partei muß ein Volkstribun aller Unterdrückten sein, wie die Bolschewik! in Rußland, wo die Machtergreifung der Arbeiterklasse im Oktober 1917 allen eingewanderten Arbeitern volle Staatsbürgerrechte gab. Wir Spartakisten kämpfen für neue Oktoberrevolutionen weltweit! •

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Verantwortlicher Redakteur: Max Schütz; herausgebende Redakteurin: Doris Kohn; verantwortlich für Produktion: Renate Dahlhaus; verantwortlich für Vertrieb: Herbert Adler

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 10- an Verlag Avantgarde Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 129 SEPTEMBER/OKTOBER 1997

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle: SpAD, Postfach 2011 31, 06012 Halle

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Schlüssel für die Verteidigung aller Arbeiter:

Organisiert ausländische, eingewanderte Arbeiter!

Bis zu acht Wochen lang streikte die IG BAU in Berlin gegen die Angriffe der Bosse und ihres Staates, die auf die Zerschlagung des nationalen Tarifvertrages und damit der Gewerkschaft abzielen. Bei der Urabstimmung Ende Juni hatten 89,3 Prozent für den Streik gegen die von der Fachge-

Berlin: Baustreik ausverkauft

meinschaft Bau angekündigten drastischen Lohnsenkungen und die weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen gestimmt. Besonders auf dem Bau sind die Auswirkungen der Konterrevolution in der DDR und der UdSSR drastisch zu spüren, die zu Massenarbeitslosigkeit und Verarmung geführt haben. Der Streik hätte zum Startschuß für alle Arbeiter auf der „Baustelle Berlin" werden können, wo die Unfallrate ständig zunimmt und Arbeiter aus Portugal und Polen in „Wohn"container gepfercht werden und für Hungerlöhne schuften müssen.

Aber die IG-BAU-Bürokratie hielt den Streik isoliert und sorgte dafür, daß auf dem Höhepunkt des Streiks nicht mehr als 1400 überwiegend deutsche Arbeiter daran beteiligt waren. Sie hat einschneidenden Lohnraub-Abschlüssen für Ost und West zugestimmt und rassistische Razzien auf den Baustellen mitorganisiert. Nun hat sie Stück für Stück den Bauarbeiterstreik mit „Haustarifverträgen" ausverkauft, so daß der Boß des Kapitalistenverbandes FG Bau jetzt lautstark einen „tariflosen Zustand" fordert angesichts „einer Bandbreite der Stundenlöhne von 1,20 DM bis 31 DM". Die IG BAU hat damit einen weiteren schweren Schlag gegen die Gewerkschaft selbst herbeigeführt.

In einem Spartakist-Flugblatt vom 17. Juli, das auf englisch, polnisch und deutsch herausgegeben wurde, betonten wir, daß der Schlüssel zum Sieg des Streiks in der Ausweitung auf die Großbaustellen am Potsdamer Platz und entlang der Spree liegt. Notwendig dafür ist die gewerkschaftliche Organisierung der eingewanderten, ausländischen und aller unorganisierten Arbeiter, einschließlich der Arbeitslosen. Die Arbeiterklasse und Minderheiten können nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden. Wie wir in unserem Flugblatt warnten:

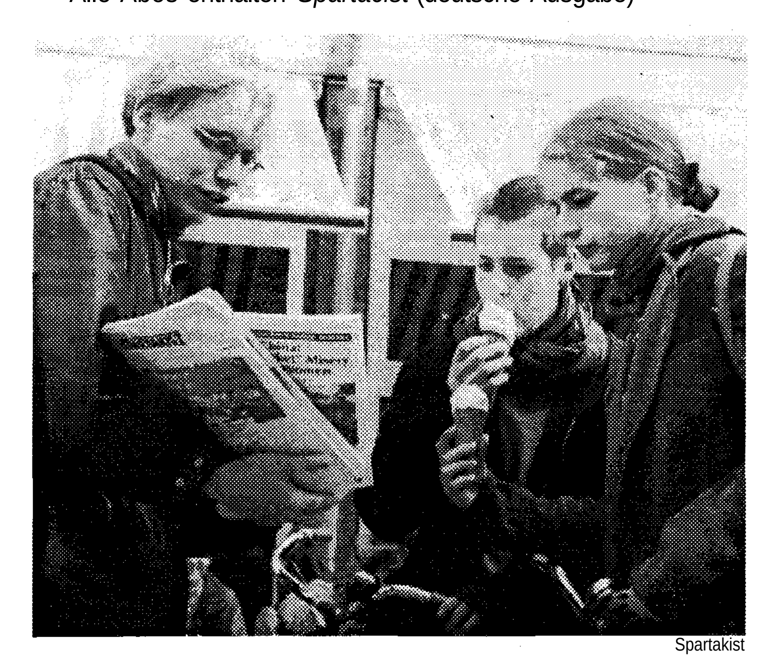
> „Einem solchen Sieg stehen die nationalistischen sozialdemokratischen Handlanger der Bosse im Wege: mit ihren Regelwerken über ‚legale' Streiks und ihrer chauvinistischen protektionistischen Unterstützung von Bullenrazzien gegen ‚illegale' ausländische Arbeiter. Sie versuchen, deutsche Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne

Abonniert jetzt!

Q Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-
Q Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)



Spartakist

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060

Quoten der Abokampagne 1997
28. September bis 2. November

Berlin	125
Hamburg	80
Auf Entfernung	30
Gesamt	**235**

Gratis: Ein Abogeschenk eurer Wahl

Q *Spartakist-Paket* Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen den Faschismus
Q Marxismus kontra Anarchismus: Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution *(Spartakist-Serie,* Teil 1-5)
Q *Spartakist*-Paket: Türkei, Kurdistan und permanente Revolution
Q *Women and Revolution,* englischsprachige Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

Name. ____________________

Adresse. ____________________

____

Telefon. ____________________

Sp129

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 3

anderen Ländern auszuspielen, genauso wie sie alle, die Arbeit haben, gegen die 40000 *arbeitslosen* Bauarbeiter ausspielen wollen. Damit lenken sie den Widerstand gegen den Kahlschlag der Bosse, den die SPD mitverwaltet, auf Chauvinismus und rassistische Reaktion hin."

In unserem Flugblatt sowie bei Diskussionen am Streikzelt der IG BAU am Wittenbergplatz und bei der Großbaustelle am Potsdamer Platz riefen wir dazu auf: „Verwandelt die morgendlichen Korsos in fliegende Streikposten, die jede Baustelle in Berlin dichtmachen! Ein bestreiktes Gelände ist ein bestreiktes Gelände. Wenn einer rausgeht, gehen alle raus! Für Streikposten, die von *allen* Gewerkschaften anerkannt werden!" Und das SpAD-Flugblatt betonte:

- Organisiert die Unorganisierten!
- Kämpft für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
- Tariflöhne für ausländische Arbeiter!
- Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge!

Eine solche Mobilisierung, die die eingewanderten und ausländischen Arbeiter einbezieht und ihre enorme soziale Macht auf der Baustelle Berlin entfesselt, würde der Teile-und-herrsche-Politik der Kapitalisten einen mächtigen Schlag versetzen.

SPARTAKIST 4

Macht die Baustelle Berlin dicht!

Gewerkschaften: Organisiert die eingewanderten, ausländischen und alle unorganisierten Arbeiter!

SPARTAKIST 4

Zamknąć wielki plac budowy — Berlin!

Związki zawodowe: zorganizujcie robotników imigrantów, z zagranicy i wszystkich niezorganizowanych!

SPARTAKIST 4

Shut down construction site Berlin!

Unions: organise immigrant, foreign and all unorganised workers!

Flugblätter auf deutsch, englisch und polnisch, die von der SpAD beim Streik verteilt wurden

Wie weit die reformistische und die zentristische Linke nach rechts gegangen sind, die der SPD/DGB-Spitze hinterherlaufen, kann man daran sehen, daß sie sich bestenfalls als militante Verteidiger des erbärmlichen Status quo aus der Zeit präsentieren, bevor die kapitalistischen Herrscher die Axt an den „Sozialstaat" anlegten. Mit der Losung „Kohl muß weg!" schüren sie Illusionen in die SPD. Linksruck fordert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" und behauptet: „Das ist keine Utopie, sondern geltendes Tarifrecht" *(Linksruck,* 30. Mai). Im Schlepptau der Gewerkschaftsbürokratie bejubelt Linksruck die staatlichen „Mindestlöhne", die gerade das Gegenteil von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit" sind. In Wirklichkeit bedeuten sie eine drastische Senkung der Löhne, die inzwischen sogar noch weiter gedrückt wurden. Dieses Gesetz ist ein Ergebnis der Klassenkollaboration, das der Zerschlagung der Tariflöhne dient. Es schafft einen, zwei oder drei Stundenlöhne, indem ausländische und eingewanderte Arbeiter zu Menschen zweiter Klasse (oder sogar dritter Klasse, wenn sie im Osten arbeiten) verurteilt werden.

Am Bau, wo die Rolle des bürgerlichen Staates als ausführendes Organ der Kapitalistenklasse nicht deutlicher sein könnte, zeigt sich der Reformismus von Linksruck besonders kraß. So erklärt der Linksruck-Führer Jürgen Ehlers in einem „Leserbrief" *(Linksruck, 26.* Juni), daß „in der gegenwärtigen Situation keine verschärften Kontrollen" helfen. Aber wenn erst die „rechtliche Gleichstellung von deutschen und ausländischen Arbeitern" und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchgesetzt ist, „machen Kontrollen auf Baustellen einen Sinn, weil nur so zu gewährleisten ist, daß die Unternehmer sich an die Vereinbarungen halten". Und das angesichts der täglichen Polizeirazzien und des Abschiebungsterrors, die von der Gewerkschaftsbürokratie unterstützt werden! Unabhängig davon, wie Ehlers seine „Kontrollen" haben will, laufen diese immer darauf hinaus, Razzien auf Baustellen zu unterstützen und damit die Arbeit der Ausländerpolizei auszuführen: und das heißt Abschiebung von Immigranten. Es zeigt sich wieder, daß Linksruck den kapitalistischen Staat als ein „klassenneutrales" Instrument sieht, das durch Druck dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiter zu dienen. Marxisten dagegen lehnen grundsätzlich jede Kollaboration zwischen der Arbeiterbewegung und dem Repressionsapparat des bürgerlichen Staates ab.



Relly

Ausweitung des Streiks durch IG-BAU-Führung verhindert

Die Position von Linksruck zeigt sich auch in ihrem Artikel zu Polizei„streiks" in Brasilien *(Linksruck, 1.* August). Obwohl Linksruck anerkennt, daß die Polizei „der eine Arm des Staatsapparates" ist, sagt Linksruck *keinen Ton* über deren berüchtigte blutrünstige Rolle. Statt dessen stellt Linksruck die Bullen mit deren Opfern in eine Reihe: „Die Polizisten sind nicht die Einzigen, die jetzt anfangen zu protestieren. In den letzten Wochen gab es massenhaft Proteste von LKW-Fahrern, Landlosen und Beschäftigten des öffentlichen Diensteses gegen die Sparpolitik der Regierung."

Fortgesetzt auf Seite 30

Für gewerkschaftliche Verteidigung gegen Nazi-Terror!

Als mitten im Baustreik bekannt wurde, daß 100 Nazis am 26. Juli durch Hellersdorf marschiert waren, um einen Rassisten zu feiern, der nach einem Angriff auf einen türkischen Imbiß gestorben war, gab das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der SpAD verbunden ist, ein Flugblatt für gewerkschaftliche Verteidigungsaktionen gegen den Nazi-Terror heraus.

Doch als wir das KfsV-Flugblatt beim Streikzelt verteilten und auf Resonanz stießen, erklärten IG-BAU-Bürokraten, der tote Rassist sei ein IG-BAU-Mitglied gewesen. Tatsächlich drückten sie damit die Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD aus, die den Rassismus in die Arbeiterbewegung hineintragen. Im März organisierte die IG BAU eine „Aktionswoche" in Berlin, die in einer pogromähnlichen Stimmung bei einer Demonstration vor dem Reichstag gipfelte: Skinheads jagten ausländische Arbeiter, und Republikaner-Nazis verteilten Hetzpropaganda. Die Mobilisierung des Proletariats in seinem eigenen Interesse erfordert einen politischen Kampf gegen diese Arbeiterleutnants des Kapitals *und einen Kampf für eine revolutionäre Führung, die der Enteignung der Bourgeoisie und dem Aufbau einer egalitären sozialistischen Gesellschaft verpflichtet ist. Nachfolgend drucken wir das KfsV-Flugblatt vom 31. Juli 1997 ab.*

Um 5.30 Uhr griffen am Morgen des 9. Juli betrunkene Rassisten die rund um die Uhr geöffnete türkische Imbißstube am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord in Berlin-Hellersdorf an und bedrohten einen der türkischen Angestellten lebensgefährlich. Die Rassisten waren so aggressiv, daß sogar die Bullen sich genötigt sahen, sie von der Imbißstube wegzuschleppen. Einer dieser Schläger erhielt bei dem rassistischen Angriff einen Schlag auf den Kopf und starb am selben Tag in seiner Wohnung. Die Nazis fingen sofort an, für den toten Rassisten „Gedenkkundgebungen" in Hellersdorf zu organisieren. Sie versuchen, ihn zu einem „Märtyrer" zu machen, um dies als Vorwand für ihre faschistische Terror-Kampagne zu benutzen. Am 26. Juli marschierten 100 Nazis unter starkem Polizeischutz bedrohlich durch die Straßen von Hellersdorf zu der Imbißstube.

Heute setzen die Bosse und ihr Staat rassistischen und faschistischen Terror gegen Immigranten ein, die als die Verwundbarsten gesehen werden, um damit die Arbeiterklasse zu spalten. Morgen werden die Nazis ausgeschickt werden, um Streiks zu brechen, und am Tag darauf, um die Gewerkschaften zu zerschlagen, wie sie es 1933 gemacht haben. Der Holocaust und Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion konnten nur stattfinden, weil das Dritte Reich zuerst die Arbeiterbewegung zerstört hat. *Es ist dringend notwendig, vereinte Arbeiterverteidigungsaktionen zu organisieren, um die Nazis im Keim zu zerschlagen.*

Das wäre im direkten Interesse der über 1000 streikenden IG-BAU-Gewerkschafter in Berlin. Wenn der Streik auf die polnischen, irischen und anderen Arbeiter ausgeweitet wird, die den Potsdamer Platz und die massiven Bauprojekte der Bundesregierung entlang der Spree aufbauen, hätte er das Potential, die Hauptstadt dichtzumachen und der giftigen, rassistischen Teile-und-herrsche-Taktik, die die Bosse bei ihren Angriffen auf die Arbeiterklasse und die Immigranten in ganz Europa einsetzen, einen mächtigen Schlag zu versetzen. Aber der Streik ist in großer Gefahr aufgrund der Niederlagenstrategie seiner sozialdemokratischen Irreführer, die mit ihrer chauvinistischen, protektionistischen Unterstützung von Bullenrazzien gegen „illegale" ausländische Arbeiter den Bossen direkt in die Hände arbeiten, und deren Vorstellung von einer „Ausweitung des Streiks" darin besteht, *Haustarifverträge* auszuhandeln - genau, was die Bosse wollen!

Die Streikpostenkette ist die erste Verteidigungslinie der Arbeiter im Klassenkampf. Eng verbunden mit Streikposten und genauso notwendig sind Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, um alle Kollegen gegen die Nazi-Mörderbanden zu verteidigen. Als ein Schritt im Aufbau *geschlossener Massenstreikpostenketten, die niemand überquert,* und als ein machtvoller Impuls, *um die Unorganisierten zu organisieren* und den Streik auf die Zehntausenden ausländischen Arbeiter auszuweiten, die auf der „größten Baustelle Europas" arbeiten und immer wieder faschistischen Überfällen ausgesetzt sind, sollten alle Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten sofort eine Einheitsfrontverteidigung der türkischen Imbißstube am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord organisieren. *Eine Einheitsfront-Verteidigungsaktion in Hellersdorf könnte die Stärke und Autorität der IG BAU gewaltig steigern, Tausende neue Mitglieder in die Gewerkschaft bringen und die Basis für Massenstreikpostenketten legen, die nötig sind, um die Bosse in die Knie zu zwingen.*

Von der Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für Jugendliche hart getroffen - die direkte Ergebnisse der kapitalistischen Wiedervereinigung sind -, war Hellersdorf schon oft Schauplatz rassistischer Angriffe und wird von den Nazis offensichtlich als Rekrutierungsfeld für faschistischen Terror und Pogrome gesehen. Am 15. Februar dieses Jahres versuchten die faschistischen „Jungen Nationaldemokraten", am S-Bahnhof Wuhletal eine Provokation unter der Losung „Arbeit zuerst für Deutsche" zu starten. Diese Provokation wurde durch eine entschlossene Aktion der trotzkistischen Spartakisten gestoppt, die antifaschistische Jugendliche in einer Einheitsfrontmobilisierung führten. Diese Einheitsfront wurde im politischen Kampf gegen die ohnmächtigen Abwiegeleien der Sozialdemokraten von SPD und PDS organisiert.

Genau diese Art von entschlossener Aktion ist in Hellersdorf wieder notwendig. Deshalb schlagen wir eine Einheitsfrontkundgebung an der türkischen Imbißstube bei Kaulsdorf-Nord vor, organisiert mit den streikenden Bauarbeitern der IG BAU, zusammen mit anderen Gewerkschaftern, die die militanten eingewanderten Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan genauso einbeziehen wie unsere Klassenbrüder aus Polen, England, Irland, Italien, Portugal und anderen Ländern, sowie alle anderen, die den faschistischen Terror stoppen wollen. Die Sozialdemokraten predigen Vertrauen in den Staat der Bosse und seine Bullen, um die Faschisten zu stoppen. Aber es ist der gleiche Innensenator Schönbohm, der im Februar als Pressesprecher für die Faschisten auftrat, der sie mit Polizei-Hundertschaften und Wasserwerfern schützt, wo immer sie aufmarschieren (wie am 14. Juni am Brandenburger Tor), und der jetzt gedroht hat, die IG-Bau-Streikposten mit Polizeigewalt zu vertreiben. Eine Einheitsfront-Verteidigungsaktion, die sich auf die streikenden Bauarbeiter stützt, würde an die Nazis und den kapitalistischen Staat, der sie schützt, eine machtvolle Botschaft senden und würde massiv zum Aufbau der Streikposten beitragen, die notwendig sind, um diesen Streik *zu gewinnen! m*

Nachstehend drucken wir eine redigierte Abschrift einer Präsentation von George Foster, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, bei einer regionalen Jugend-Schulung Anfang des Jahres in New York.



Das *Kommunistische Manifest* von 1848 fängt mit der Erklärung an: Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus. Heute wollen die Bourgeoisien international glauben machen, daß der Kommunismus tot sei und die Menschheit am „Ende der Geschichte" stehe. Natürlich feiern die Imperialisten noch die kürzliche Zerstörung der Sowjetunion, die ihnen schändlicherweise vom Stalinismus ausgeliefert wurde. Aber wenn wir ihren ideologischen Humbug abstreifen und ihre Taten anschauen, sehen wir, daß die kapitalistischen Herrscher immer noch von der Oktoberrevolution 1917 verfolgt werden, von demselben alten Gespenst von 1848. Denn die schlagendste Bestätigung *des Manifests* war gerade die Russische Revolution von 1917, eine Revolution, die. die Losung am Schluß des *Manifests* auf ihr Banner schrieb: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Der Kommunismus ist alles andere als tot. Man muß nur die Krankheit des jetzigen Kapitalismus durch das Prisma des *Kommunistischen Manifests* untersuchen, und man sieht die großartige Voraussicht dieses Dokuments, das die programmatische Begründung des modernen Kommunismus darstellte.

So führt in dieser angeblichen Periode vom „Tod des Kommunismus" die Polizei von Chicago eine aktive Kampagne, um die Sondereinheit gegen Rote wiederaufzubauen, eine Einheit, die vor einigen Jahren formal aufgelöst wurde. Das Beispiel ist trivial, aber doch charakteristisch für die heutige Zeit. Seit der Zerstörung der Sowjetunion laufen überall die Kapitalisten Amok, in dem Gefühl, daß sie nichts zurückhalten kann. Als Ausdruck der gesteigerten interimperialistischen Rivalität und Konkurrenz sind die Bourgeoisien dabei, die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse in ganz Europa, Nordamerika, Asien und Lateinamerika höherzuschrauben. Dies hat zur beschleunigten Verarmung der Werktätigen international geführt, während wenige noch reicher werden.

Hand in Hand mit dieser sich häufenden gesellschaftlichen Spannung sehen wir ein weiteres Merkmal des gegenwärtigen Kapitalismus: die massive Zunahme der Kräfte der staatlichen Repression. In den Vereinigten Staaten ist dieser ungeheuerlich ausgeuferte Polizeiapparat erwiesenermaßen zu einer parasitären selbstbewußten Schicht geworden, Teil eines immensen Systems der kapitalistischen Ungerechtigkeit, das eine ganze Generation Jugendlicher von Minderheiten und Einwanderern zur Hölle der Gefängnisse verdammt hat. Zunehmend kultiviert die Bourgeoisie Chauvinismus und Rassismus, um die Arbeiterklasse zu schwächen und zu spalten und um ihren revolutionären Willen zu unterminieren. Damit einher geht ein ominöser Wiederaufstieg der extremen Reaktion in Form von faschistischen Banden, die letzte Verteidigungslinie des Kapitalismus. Der wirkliche Schlachtruf der Bourgeoisie ist nicht: „Der Kommunismus ist tot", sondern: „Nie wieder Oktober 1917!"

Ursprünge des *Kommunistischen Manifests*

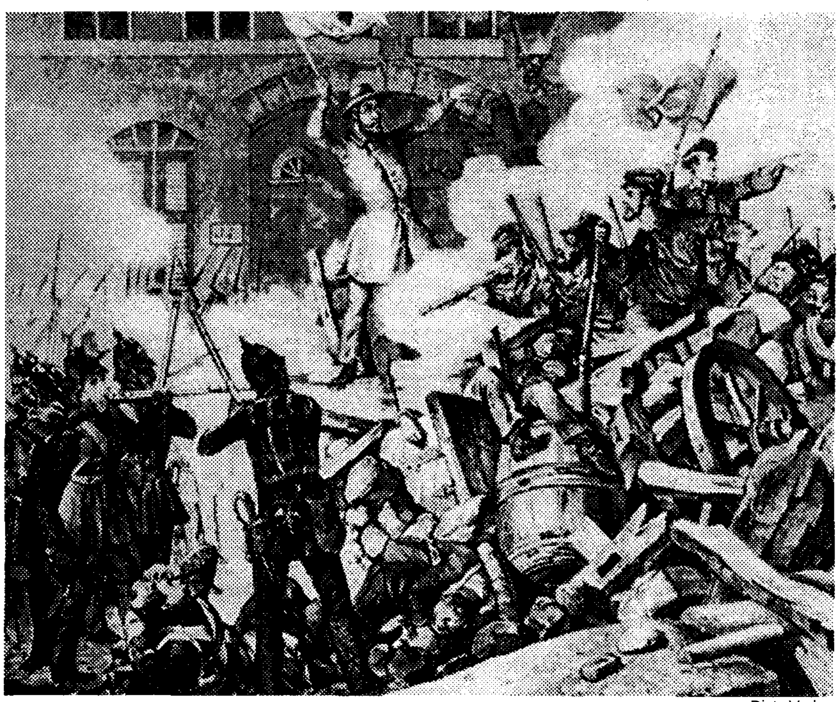
Das *Kommunistische Manifest* gehört zu den ersten beiden ausgereiften Werken des Marxismus und ist das Gründungsdokument der kommunistischen Bewegung. Es wurde im November 1847 vom Bund der Kommunisten, einer kleinen internationalen Organisation von kommunistischen Handwerker-Proletariern als ihre Grundsatzerklärung in Auftrag gegeben. Der berühmteste Bericht über die Entstehung des *Manifests* wurde 1885 von Friedrich Engels verfaßt, der mit Marx sein Leben lang als Genösse zusammen arbeitete und kämpfte. Der Bolschewik David Rjasanow, Gründer des Marx-Engels-Instituts in Moskau, schrieb in seinem kurzen Buch *Marx und Engels* von 1927 eine amüsante Zusammenfassung dieses Berichts:

> „Von Engels mit leichter Hand aufs Papier geworfen, stellt sich die Sache so dar: Es waren einmal Marx und Engels, zwei deutsche Philosophen und Politiker, die gezwungen waren, Deutschland zu verlassen; sie lebten in Frankreich, sie lebten in Deutschland, und sie schrieben gelehrte Bücher, die die Aufmerksamkeit der Intelligenz auf sich zogen und später in die Hände von Arbeitern fielen. Und da, eines schönen Tages, wandten sich die Arbeiter an diese beiden Gelehrten, die in ihrer Studierstube saßen und sich nicht in die ganze schmutzige praktische Arbeit einmischten, sondern zu Hause darauf warteten - wie es sich auch für die Hüter des wissenschaftliehen Denkens gehört -, daß die Arbeiter zu ihnen kämen. Und sie warteten bis zu diesem Tag: Die Arbeiter kamen und luden Marx und Engels ein, ihrem Bund beizutreten. Diese erklärten, daß sie nur unter der Bedingung beitreten würden, daß man ihr Programm annähme. Die Arbeiter stimmten zu, organisierten den Bund der Kommunisten und beauftragten als erstes Marx und Engels mit der Abfassung des ‚Manifests der kommunistischen Partei'."

Rjasanow stößt sich in Engels' Bericht daran, daß er die sehr beharrlichen organisatorischen Bemühungen seit 1845 übersieht, die, besonders von Marx, unternommen wurden, um proletarische Kommunisten für seine und Engels' Konzeptionen zu gewinnen. Marx und Engels waren nicht nur sehr vorausschauende Denker, sondern sie waren beide aktive Revolutionäre, die schon früh Verbindungen mit der Vorläuferorganisation des Bundes der Kommunisten, dem Bund der Gerechten, hatten. Engels hatte auch in Britannien, wo er eine bahnbrechende Arbeit über die Lebensbedingungen des Proletariats unter dem modernen Kapitalismus geleistet hatte, Verbindungen zu militanten Arbeitern

gesucht, die sich in der Bewegung der Chartisten gesammelt hatten.

Besonders als sich ihre Auffassungen 1845/46 festigten, suchten Marx und Engels proletarische Kommunisten mit dem Ziel, eine Organisation auf diesen Auffassungen zu schmieden, eine Organisation, die von Anfang an auf einer internationalen Grundlage aufgebaut werden sollte. Man muß verstehen, daß es damals eine klare Unterscheidung zwischen Kommunismus und Sozialismus gab. Der Sozialismus wurde als eine bürgerliche Doktrin angesehen, die mit den diversen experimentellen/utopischen und reformistischen Rezepten von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen identifiziert wurde. Die Kommunisten definierten sich klar und deutlich als diejenigen, die für den revolutionären Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und für die Errichtung einer egalitären Gesellschaft waren. Der Kommunismus jener Zeit hatte seine Ursprünge in der Abspaltung der äußersten Linken vom französischen Jakobinertum, die durch Gracchus Babeuf und Filippo Buonarroti verkörpert wurde.



Dietz Verlag

Das *Manifest* wurde veröffentlicht, als in ganz Europa die Revolutionen von 1848 ausbrachen. Arbeiter verteidigen Barrikaden in Frankfurt

Der Bund der Gerechten bestand aus Arbeitern, hauptsächlich deutschen Handwerkern im Exil, und war in London, Brüssel, Paris und einigen Vorposten in Deutschland vertreten. Dies waren nicht in erster Linie moderne Proletarier, die in mechanisierten Großfabriken arbeiteten. Trotzdem wurden sie für Marx' und Engels' Auffassungen von der modernen kapitalistischen Gesellschaft gewonnen, und das spricht für sie. Der Bund der Gerechten hatte die Losung „Alle Menschen sind Brüder!" aufsein Banner geschrieben. Als er den Standpunkt von Marx annahm und zum Bund der Kommunisten wurde, machte er sich den Aufruf des *Manifests* zu eigen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Als das *Manifest* im November 1847 in Auftrag gegeben wurde, erwartete jeder, daß die Revolution in Europa sehr bald ausbrechen würde. Das Gefühl, daß die Zeit drängte, war weitverbreitet, aber trotzdem ließ sich Marx beim Schreiben dieses Dokuments Zeit, wie es offenbar seine Gewohnheit war. Er lebte damals im Exil in Brüssel, während die Führung des Bundes der Kommunisten in London war. Genervt und ungeduldig, schickten sie Marx Ende Januar den folgenden Brief:

> „Die Zentralbehörde beauftragt hiermit die Kreisbehörde Brüssel, dem K. Marx anzuzeigen, daß, wenn das ‚Manifest der Kommunistischen] Partei', dessen Abfassung er auf *letztem* Kongreß übernommen, nicht bis Dienstag, 1. Februar d. J., in London angekommen ist, weitere Maßregeln gegen ihn ergriffen werden. In dem Fall, daß K. Marx das Manifest nicht abfaßt, verlangt die Zentralbehörde augenblickliche Zurücksendung der ihm vom Kongreß zugestellten Dokumente."

Der Brief und das *Manifest* kreuzten sich in der Post; letzteres kam gerade rechtzeitig zum Ausbruch der erwarteten Revolution an. Sie brach zuerst in der Schweiz aus und breitete sich rasch nach Italien und Paris aus, von dort nach dem Rheinland, dann nach Preußen und daraufhin nach Österreich und Ungarn.

Das Warten auf das *Manifest* hatte sich gelohnt. Es ist eigentlich die erste systematische Darlegung des wissenschaftlichen Sozialismus: das, wofür der moderne Kommunismus steht. Engels erklärte 1883, im Todesjahr von Marx, daß der Grundgedanke des *Manifests,* „der seinen Kern bildet, Marx angehört":

> „Dieser Gedanke besteht darin: daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und die intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der allein sie erklärt werden kann; daß demgemäß die ganze Geschichte der Menschheit (seit Aufhebung der primiti-

Fortgesetzt auf Seite 8

Veranstaltungen der SpAD

China am Scheideweg:

Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

HAMBURG

Samstag, 1. November 1997

16.00 Uhr

Gaststätte Zorba (gegenüber Kampnage!)

Jarrestraße 27, Bus 171/172

Weitere Informationen unter: (040) 323644

BERLIN

Mittwoch, 5. November 1997

18.30 Uhr

Humboldt-Universität

Unter den Linden 6, Raum auf Anfrage

Weitere Informationen unter: (030) 4439400

Kommunistisches Manifest...

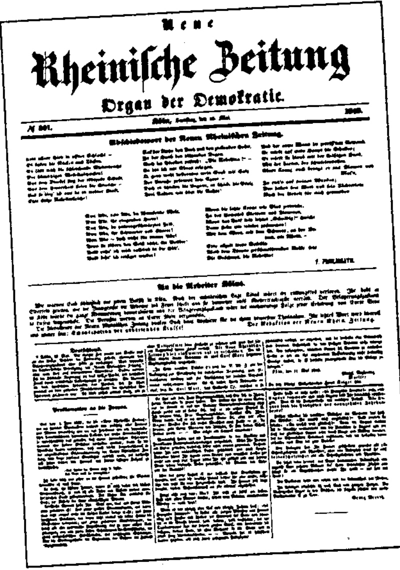
Fortsetzung von Seite 7

ven Gentilordnung mit ihrem Gemeinbesitz an Grund und Boden) eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist. Kämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen; daß die Geschichte dieser Klassenkämpfe eine Enrwicklungsreihe darstellt, in der gegenwärtig eine Stufe erreicht ist, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse - das Proletariat - ihre Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse - der Bourgeoisie - nicht erreichen kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien."

Die vorhergehenden Systeme des Egalitarismus, des primitiven auf der Verteilung basierenden Kommunismus, der diversen utopischen und Reformrezepte der verschiedenen Ideologen in den frühen Jahren des 19. Jahrhundert waren überholt worden. Das ganze Verständnis der Gesellschaft wurde von Marx auf eine materialistische Basis gestellt.

Der Aufstieg des modernen Industriekapitalismus

Marx' Auffassungen entsprangen nicht fertig seinem Gehirn, sondern waren das Ergebnis des Studiums, des Kampfes und der historischen Erfahrung. Wie der russische Revolutionsführer W. I. Lenin bemerkte, waren die drei Bestandteile des Marxismus die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische politische Ökonomie und der französische Sozialismus, wie er sich bis dahin entwickelt hatte, einschließlich seiner organisatorischen Lehren. Das heißt: Der Marxismus als ein System von Ideen hätte nicht zu einem beliebigen früheren Zeitpunkt in der Geschichte entstehen können, sondern er entstand sowohl aus seinen damaligen historischen Vorläufern als auch aus den damaligen realen materiellen Bedingungen und Kämpfen, einschließlich derjenigen des sehr jungen Industrieproletariats.


Neue
Rheinische Zeitung
Organ der Demokratie

Während der Revolutionen von 1848 benutzten Marx und Engels die *Neue Rheinische Zeitung* als Plattform für revolutionäre Politik

Der Kapitalismus existierte in seiner merkantilen Form schon über zwei Jahrhunderte, bevor *das Manifest* geschrieben wurde; aber damals fing er gerade erst an, sich außerhalb von Britannien in eine moderne industrielle Großproduktion auszuweiten und umzuwandeln (von Manufaktur zur „Maschinofaktur"), indem er Hilfsmittel wie die Dampfkraft für die Massenproduktion von Gütern im Fabriksystem einsetzte. 1847 gab es in Britannien 1350 Kilometer Eisenbahnlinien. Das sollte sich in den nächsten 25 Jahren um mehrere Größenordnungen erhöhen.

Das *Manifest* weist darauf hin, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die Anerkennung der Rolle des Klassenkampfes war nicht eine Entdeckung von Marx. Bürgerliche Historiker der Großen Französischen Revolution hatten schon angefangen, den Klassenkampf als wichtig in der Geschichte anzusehen. In einem Brief an seinen Genossen Joseph Weydemeyer erklärte Marx 1852, worin sein Beitrag bestanden hatte:

„Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet."

Das ist kurz und bündig eine Zusammenfassung des *Manifests.* Lenin bemerkte über diese Erklärung, daß die Theorie des Klassenkampfes tatsächlich akzeptabel für die Bourgeoisie ist, daß diejenigen, die nur den Klassenkampf anerkennen, keine Marxisten sind, sondern sich immer noch in den Grenzen des bürgerlichen Denkens und der bürgerlichen Politik bewegen. Was für die Bourgeoisie unakzeptabel ist, das ist die Erkenntnis von Marx, daß dieser Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats führen muß und von dort zur Abschaffung der Klassengesellschaft. Das ist der Hauptunterschied zwischen den Lehren von Marx und denjenigen der Reformisten und der diversen Strömungen bürgerlicher Geschichtsschreibung.

Dialektischer Materialismus kontra Idealismus

Nach der Veröffentlichung des *Manifests* befaßte sich Marx in seinem weiteren Leben mit der Ausarbeitung und Verbesserung und, wo nötig, der Korrektur der von ihm schon entwickelten Konzeptionen aufgrund seiner späteren Erfahrungen, Kämpfe und Studien. Der Kern des Marxismus ist der Materialismus. Marx wies alle Formen des Idealismus zurück, nämlich die Lehre, daß der Gedanke die Hauptsache sei und daß die Welt bloß eine Widerspiegelung des Gedankens sei. Die Religion, der metaphysische Idealismus, der Sozialdarwinismus usw. sind alle auf verschiedene Weise Ausdruck des falschen Bewußtseins der herrschenden Klasse und ihrer verschiedenen Schichten.

Engels faßte den antimetaphysischen, dialektisch-materialistischen Standpunkt des Marxismus knapp zusammen:

„Der große Grundgedanke, daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen *Dingen* zu fassen ist, sondern als ein Komplex von *Prozessen,* worin die scheinbar stabilen Dinge nicht minder wie ihre Gedankenabbilder in unserem Kopf, die Begriffe, eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen..."

Engels führt weiter aus: „Aber ihn in der Phrase anerkennen und ihn in der Wirklichkeit im einzelnen auf jedem zur Untersuchung kommenden Gebiet durchführen, ist zweierlei." Lenin hat es ein bißchen kerniger ausgedrückt, als er bemerkte, daß das formale Wissen der Dialektik einem so viel dabei hilft, über die Welt nachzudenken, wie das Wissen über die Physiologie einem bei der Verdauung des Essens hilft.

Um Phänomene zu verstehen, müssen sie in ihren konkreten Bindegliedern, in ihren Wechselbeziehungen, in ihren Widersprüchen und in ihrer Entwicklung, in ihrer Totalität, untersucht werden. So akzeptiert die dialektische Philosophie, die Marx und Engels von Hegel hatten und fest im Materialismus verankerten, nichts als abgeschlossen, absolut oder heilig. Über den revolutionären Kern, den die Hegeische Philosophie enthält, bemerkte Engels: Diese dialektische Philosophie „weist von allem und an allem die Vergänglichkeit auf, und nichts besteht vor ihr als der ununterbrochne Prozeß des Werdens und Vergehens, des Aufsteigens ohne Ende vom Niedern zum Höhern, dessen bloße Widerspiegelung im denkenden Hirn sie selbst ist".

Was Marx erreichen wollte - und erreichte -, war, die Gesellschaftswissenschaft mit ihren materialistischen Grund-

lagen in Einklang zu bringen. Die Bourgeoisie, besonders in ihrem gegenwärtigen Zustand der Verfaulung und Verzweiflung, tut alles, um diesen Tatbestand zu vernebeln.

Es ist undenkbar, daß es den Marxismus ohne gewisse wesentliche Entwicklungen in den modernen Naturwissenschaften und der modernen Produktion geben könnte. Das Proletariat ist eine historisch bedingte Klasse, die es in seiner modernen Form in früheren historischen Zeiten nicht gab. Wie Marx schrieb:

> „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen."

Marx erklärte, daß die Summe der Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur einer Gesellschaft ausmacht. Auf dieser Grundlage entstehen ein juristischer und politischer Überbau sowie entsprechende Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins.



Biblioth que Nationale

Die Große Französische Revolution von 1789: Werktätige Frauen von Paris führen den Marsch auf Versailles an

Das ist die grundlegende Entdeckung von Marx. Man kann die moderne Gesellschaft, oder eine beliebige Gesellschaft, nicht wirklich verstehen, ohne einen solchen Standpunkt einzunehmen. Der Marxismus stellt einen riesigen Sprung im menschlichen Verständnis dar. Früher konzentrierte sich das Studium der Geschichte auf die Rolle von Einzelpersonen oder Ideologien oder Religionen. Aber ein solches Studium legte die Dynamik und die Prozesse nicht wirklich bloß. Zum ersten Mal gab der Marxismus der Arbeiterklasse das Werkzeug in die Hand, die Gesellschaft verstehen und verändern zu können.

So erklärt Marx im *Manifest* auf verständliche Weise, was der Kapitalismus ist, wie dieses neue System entstand, und warum und wie es dabei war, die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, die Verhältnisse zwischen Menschen zu revolutionieren, den Planeten zu revolutionieren. *Das Manifest* konzentriert sich auf die kapitalistische Organisierung der Produktion, in der die Arbeitskraft wie eine Ware auf dem Markt behandelt wird. Die Arbeiter haben nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen; die Kapitalisten haben Kapital. Marx zeigt, daß die Quelle des Mehrwerts (des Profits) in Wirklichkeit darin besteht, daß sich die Kapitalisten einen Teil der von dieser Arbeitskraft geleisteten Arbeit aneignen.

Der Warenaustausch an sich produziert keinen Mehrwert. Eine Ware wird gegen Geld getauscht, das in Wirklichkeit vergegenständlichte Arbeit ist. Aber der Profit, der aus dem Verkauf dieser Ware gemacht wird, kommt nicht aus dem Austausch selbst, sondern vom Wert der Arbeit, die in ihre Produktion investiert wurde. Ein Arbeiter, der 12 Stunden am Tag arbeitet, muß vielleicht sechs Stunden arbeiten, in denen er Güter produziert, die, wenn sie auf dem Markt ausgetauscht werden, die Kosten der Reproduktion seiner Arbeitskraft decken. Die restlichen sechs Stunden seiner Arbeit nutzen einzig und allein dem Kapitalisten, der sich diesen Mehrwert aneignet.

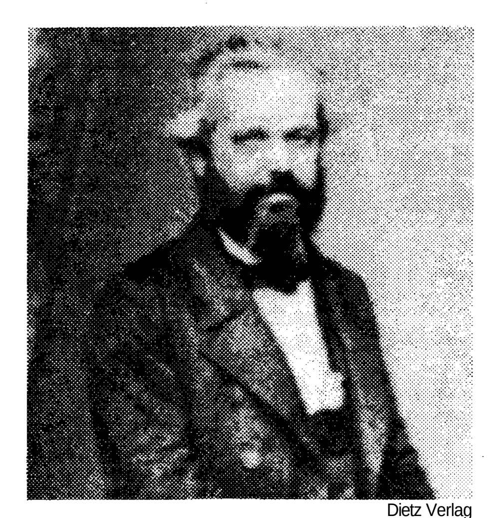
Die Revolutionen von 1848

Wie ich schon sagte, erschien das *Manifest* gleichzeitig mit dem Ausbruch der großen Welle der Revolutionen 1848 in ganz Europa, aber dennoch zu spät, als daß es viel Einfluß auf den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse haben konnte. Als die Revolution Ende Februar in Paris ausbrach, wies die aufgeschreckte belgische Regierung die in Brüssel im Exil lebenden Kommunisten aus. Marx und seine Genossen zogen nach Paris und begannen mit aktiven Vorbereitungen für die Intervention in die revolutionären Ereignisse, die rasch auf Deutschland übergeschwappt waren.

Inzwischen gab es in Paris eine Menge deutsche Arbeiter, und sie führten intensive Auseinandersetzungen darüber, wie man in die sich entfaltende deutsche Revolution intervenieren soll. Eine Gruppe, die von Georg Herwegh und dem russischen Anarchisten Michail Bakunin angeführt wurde, organisierte eine revolutionäre Legion, um nach Deutschland zu marschieren. Marx trat statt dessen dafür ein, daß Revolutionäre einzeln nach Deutschland gehen sollten, damit sie sich an der Umwälzung beteiligen konnten. Herwegh und Bakunin preschten mit ihrer Legion vor, die dann an der Grenze von preußischen Truppen klar besiegt wurde. Inzwischen waren Marx, Engels und ihre Genossen wie geplant vorgegangen, wobei Marx und Engels in Köln landeten.

Köln wurde aus mehreren Gründen ausgewählt. Die revolutionäre Erhebung wurde von der dortigen lokalen Bourgeoisie toleriert, die immerhin an die preußische Selbstherrschaft in Berlin eine Petition gerichtet hatte, um

Fortgesetzt auf Seite 10


Dietz Verlag


Dietz Vertag

Kommunistische Revolutionäre Karl Marx und Friedrich Engels, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 9

Zugeständnisse zu erlangen. Köln gehörte zu dem Teil Deutschlands, der am weitesten entwickelt war. Dort war auch 1842 das erste radikale politische Organ der deutschen Bourgeoisie erschienen, die von Marx redigierte *Rheinische Zeitung.* Insgesamt versprach Köln mehr Handlungsfreiheit sowie mehr Spielraum für Propaganda und Agitation.

Statt zu versuchen, sofort eine kommunistische Partei zu organisieren, hatten Marx und Engels vor, die radikalen bürgerlich-demokratischen Organisationen als Mittel zu benutzen, um Arbeiterzirkel zusammenzuschließen. So gingen Marx und Engels während der ersten Phase der Deutschen Revolution von 1848 einen Block mit dem äußersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie ein und traten diesem bei. Sie agierten offen als Kommunisten und schafften es, das Zentralorgan der radikalen Bourgeoisie, die *Neue Rheinische Zeitung,* zu erobern, das sie in ein Organ des deutschen Proletariats verwandelten - ein Tatbestand, der den bürgerlichen Demokraten nicht entging. Innerhalb weniger Monate ließen alle ursprünglichen Teilhaber die Zeitung im Stich.

Mit ihrer Orientierung standen Marx und Engels in organisatorischer Hinsicht konträr zu den Zielen des Kölner Arbeitervereins, der die meisten Arbeiter der Stadt umfaßte. Dieser wurde von einem Arzt namens Gottschalk geführt, der jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ablehnte, auch wenn er kein Kommunist war. Gleichzeitig waren Marx' Anhänger auch als Fraktion innerhalb dieser Formation aktiv.

Marx und Engels erwarteten, daß die deutsche bürgerliche Revolution das unmittelbare Vorspiel zu einer proletarischen Revolution sein würde. Es war ihre Perspektive, wie dies im *Manifest* umrissen wird, in der ersten Phase gemeinsam mit dem revolutionären Flügel der deutschen Bourgeoisie „gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei" zu kämpfen.

Die Revolutionäre jener Zeit, auch Marx, stützten sich auf die Erfahrung der Großen Französischen Revolution von 1789. Die Französische Revolution hatte sich ganz schön in die Länge gezogen. Von 1789 an, als die Pariser Massen die Bastille stürmten, durchlief die Revolution eine Reihe immer radikalerer Etappen. 1792 brachte die Gefahr einer Invasion durch eine konterrevolutionäre Koalition europäischer Mächte die Bevölkerung auf die Beine, was zur Ausrufung der Republik führte. Im Jahr darauf wurde der König hingerichtet, und die linken Jakobiner kamen unter den Bedingungen des revolutionären Krieges an die Macht. Marx und Engels waren überzeugt, daß eine demokratische Revolution und das allgemeine Wahlrecht unter den Bedingungen von 1848 rasch zur Herrschaft des Proletariats und zur Enteignung der Bourgeoisie führen würde.

Die 1848er Revolutionen verliefen in Wirklichkeit ganz anders. In Frankreich wählte die Bauernschaft eine reaktionäre Regierung, die das Pariser Proletariat in den sogenannten „Juni-Tagen" provozierte und dann niederschlug. Mehrere tausend Arbeiter wurden getötet, viele weitere wurden inhaftiert oder in weit entfernte Strafkolonien deportiert. Die Angst vor dem Proletariat sollte die französische Bourgeoisie kurzerhand in die Arme von Louis Napoleon treiben, der im Anschluß an die Revolution ein rechtes diktatorisches Regime etablierte.

Wie Marx in seinem Artikel „Die Bourgeoisie und die Konterrevolution" vom Dezember 1848 bemerkte, führte in Deutschland die gleiche Angst dazu, daß die schwache Bourgeoisie - die verspätet auf der Bühne erschienen war und ihre Wurzeln hauptsächlich in den alten aristokratischen Klassen hatte - einen Kompromiß mit der monarchistischen Reaktion schloß. Von da an agierte die deutsche Bourgeoisie im Rahmen der Monarchie und versuchte, von oben die Reformen einzuführen, die notwendig waren, um die Fesseln für eine kapitalistische Entwicklung loszuwerden.

Rußland, zu der Zeit die größte reaktionäre Macht auf dem Kontinent, bot dem preußischen König Geld und Truppen an, um die Revolution in Berlin zu unterdrücken. Der König lehnte die Truppen ab - davon hatte er reichlich -, aber er nahm das Geld und schlug die Revolution nieder. In Ungarn wurden die russischen Truppen angenommen, und die Revolution wurde auch dort niedergeschlagen.

Das ganze Jahr 1848 hindurch nutzte Marx die Seiten der *Neuen Rheinischen Zeitung,* um für einen Krieg gegen das zaristische Rußland einzutreten. Er hatte die Hoffnung, daß ein solcher Krieg die gleiche Wirkung haben würde wie der Krieg des revolutionären Frankreichs gegen die europäische konterrevolutionäre Koalition 1793, nämlich die Revolution mitzureißen und sie dadurch zu retten. Aber 1848 war nicht 1793: Überall in Europa fürchtete die Bourgeoisie die revolutionäre Welle, weil sie dahinter das Proletariat sah.

Zwar wiesen Marx und Engels die Unterstützung durch bürgerliche Demokraten nicht zurück und brachen auch ihre Verbindungen mit demokratischen Organisationen nicht ab, doch im Herbst 1848 verschob sich ihr Fokus, und sie konzentrierten nun ihre Energie auf die direkte und unabhängige Organisierung des Proletariats. Noch im Februar 1849 argumentierte Marx dafür, daß die Arbeiter für bürgerliche Demokraten stimmen sollten, wo sie keine Chance hatten, eigene Vertreter aufzustellen. Aber schon zwei Monate später traten Marx und seine Anhänger aus dem Kreisausschuß der rheinischen demokratischen Vereine aus. Marx' anschließende Versuche, eine Arbeiterpartei zu organisieren, wurden durch den Sieg der

Konterrevolution vorzeitig abgeschnitten, und er mußte aus Deutschland fliehen.

Die Lehren aus den Niederlagen 1848

Anfang 1850 versammelte sich die zentrale Führung des Bundes der Kommunisten - Marx, Engels, Schapper, Willich und Wolff - wieder im Londoner Exil. Trotz der triumphierenden Konterrevolution waren sie immer noch überzeugt, daß die revolutionäre Welle nicht abgeebbt war, und hofften auf einen neuen Ausbruch des revolutionären Kampfes. Als Vorbereitung darauf wurde versucht, den Bund der Kommunisten besonders in Deutschland zu reorganisieren und wiederzubeleben.

Eine Bilanz der Aktivitäten des Bundes der Kommunisten während der Deutschen Revolution von 1848 wurde im März 1850 in London ausgearbeitet, in zwei Rundschreiben von Marx und Engels, beide mit dem Titel „Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten". Dies sind äußerst wichtige und interessante Dokumente in der Geschichte des Kommunismus. Laut Rjasanow mochte Lenin diese Dokumente sehr, kannte sie auswendig und zitierte gerne daraus.

Das erste Rundschreiben vom März 1850 warf den Gedanken der permanenten Revolution auf. Der Ausdruck „Revolution in Permanenz" stammte aus französischen blanquistischen Kreisen in den 1840er Jahren - er bezog sich auf die stufenweise Radikalisierung der Revolution vom Sturz des monarchistischen Regimes bis zur Errichtung des Kommunismus -, auch wenn die zugrundeliegende Konzeption auf Buonarroti zurückging. Es war aber das Rundschreiben von 1850, das später für Trotzki den Anstoß gab, die Theorie der permanenten Revolution auszuweiten und zu entwickeln. Deutlich kritisch gegenüber den Fehlern, die Marx und Engels 1848 begangen hatten, heißt es im Rundschreiben:

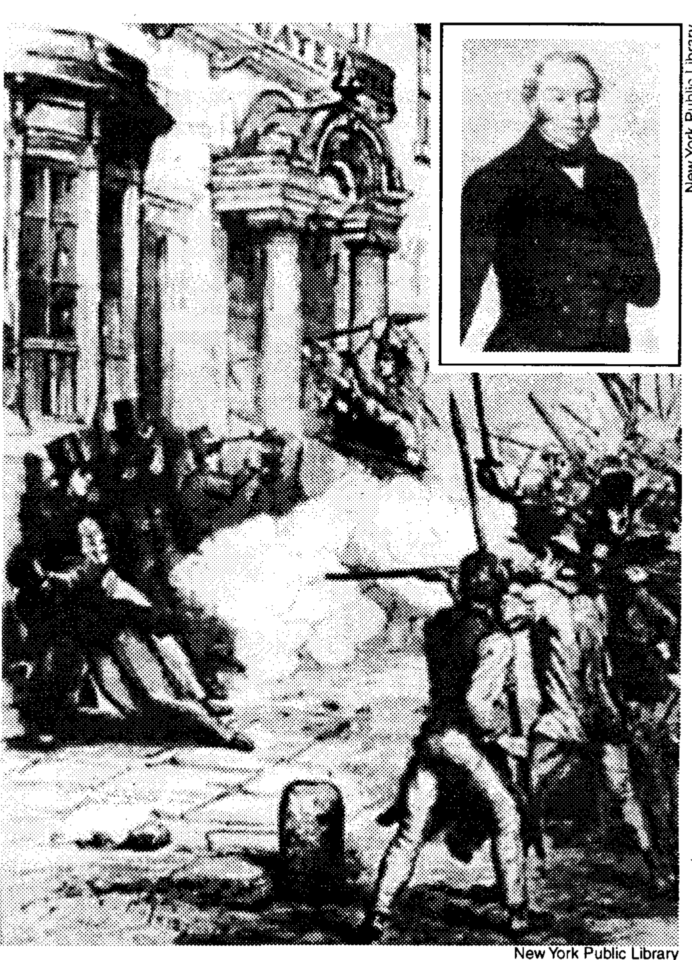
> „Ein großer Teil der Mitglieder, in der revolutionären Bewegung direkt beteiligt, glaubte die Zeit der geheimen Gesellschaften vorüber und das öffentliche Wirken allein hinreichend. Die einzelnen Kreise und Gemeinden ließen ihre Verbindung mit der Zentralbehörde erschlaffen und allmählich einschlafen. Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu Lokalzwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden, die Selbständigkeit der Arbeiter muß hergestellt werden."

Das Dokument betonte: „Und die Rolle, die die deutschen liberalen Bourgeois 1848 gegenüber dem Volke gespielt haben, die so verräterische Rolle wird in der bevorstehenden Revolution übernommen von den demokratischen Kleinbürgern, die jetzt in der Opposition dieselbe Stellung einnehmen wie die liberale Bourgeoisie von 1848." Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen: „Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen."

Im Hinblick auf die Forderungen der demokratischen Kleinbourgeoisie, das Los der Arbeiter durch Wohltätigkeit und erweiterte staatliche Beschäftigung zu erleichtern, schrieben Marx und Engels:

> „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlüsse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, *die Revolution permanent zu machen,* so lange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt so weit fortgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier dieser Länder aufgehört hat und wenigstens die entscheidenden Produktivkräfte in den Händen der assoziierten Proletarier konzentriert sind."

Marx und Engels brandmarkten die Predigten der kleinbürgerlichen Demokraten über „Einigung und Versöhnung"; diese „streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen allein vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen". Mehr als 80 Jahre später, in den 30er Jahren, setzten die Stalinisten die gleichen Tricks ein, und zwar unter der Rubrik „Volksfront",


New York Public Library

New York Public Library

Rechts: Fergus O'Connor, Führer der Chartisten. Aufstand der Chartisten in Wales 1839, von britischen Truppen blutig niedergeschlagen

um Arbeiterrevolutionen in Spanien und Frankreich abzuwehren. Was Marx und Engels über die Einheit mit den kleinbürgerlichen Demokraten ihrer Zeit schrieben, galt mit gleicher Schärfe für den späteren Volksfront-Verrat der Stalinisten:

> „Eine solche Vereinigung wird allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariates ausfallen. Das Proletariat wird seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der ffiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken."

Marx und Engels forderten im Gegensatz dazu die Schaffung unabhängiger Arbeiterorganisationen - geheime und öffentliche - neben den offiziellen Demokraten, und sie fügten hinzu: „Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemein-

Fortgesetzt auf Seite 12

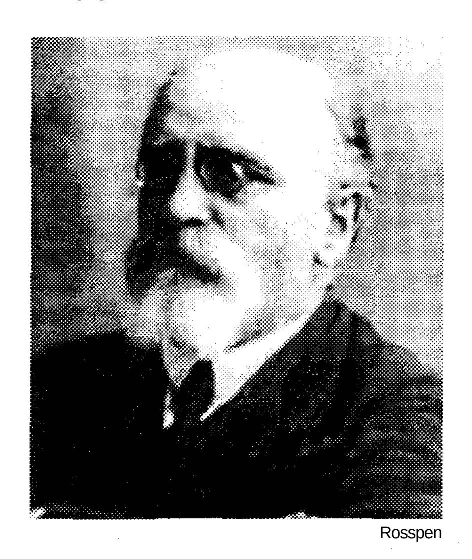
Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 11

samen Gegner braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und, wie bisher, wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen."

Das ist ein maßgebliches Dokument. Und daß Lenin die Rundschreiben von 1850 so sehr mochte, ist nicht überraschend, denn sie sind durchdrungen von revolutionärem Geist und revolutionärer Unnachgiebigkeit. So erinnern sie mich an Lenins eigene Schriften über die Lehren des Moskauer Aufstands 1905, die viel zu wenig bekannt sind. Dort weist er darauf hin, daß die Russische Revolution von 1905 nicht in den Sowjets oder im Generalstreik gipfelte, sondern darin, daß die Moskauer Arbeiter zum Aufstand gegen die zaristische Selbstherrschaft übergingen. Das war die wirkliche Generalprobe für 1917.

Im ersten Teil der Märzansprache wiesen Marx und Engels auf die Notwendigkeit hin, die Arbeiter zu bewaffnen. In einer deutlichen Änderung ihrer Position gegenüber der vor einem Jahr betonten sie auch die Notwendigkeit, daß die Arbeiter bei Wahlen eigene Kandidaten aufstellen - selbst wo es keine Aussicht gab zu gewinnen -, um die Klassenunabhängigkeit des Proletariats zu bewahren, um die eigenen



Rosspen

David Rjasanow gab eine bemerkenswerte, mit Anmerkungen versehene Ausgabe des *Kommunistischen Manifests* heraus

Kräfte zu zählen und um die revolutionäre Position und den Parteistandpunkt vor die Öffentlichkeit zu bringen. „Wenn die deutschen Arbeiter nicht zur Herrschaft und'zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen kommen können, ohne einen längeren revolutionären Entwicklungsgang durchzumachen", schrieben Marx und Engels, „so haben sie diesmal wenigstens die Gewißheit, daß der erste Akt dieses bevorstehenden revolutionären Schauspiels mit dem direkten Siege ihrer eigenen Klasse in Frankreich zusammenfällt und dadurch sehr beschleunigt wird". Das Dokument schließt: „Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz!"

Es ist entlarvend, daß es zwei politische Tendenzen gibt, die diese zwei Dokumente wirklich nicht mögen. Die eine sind die Menschewiki, die nie über Marx' anfängliche Taktiken 1848 hinausgingen - nämlich als der äußerste linke Flügel der bürgerlich-demokratischen Revolution zu agieren -, was mit ihrem späteren Schema der Revolution in Etappen sehr gut harmonierte. Die andere Tendenz sind die Stalinisten, Menschewiki der zweiten Mobilisierung, die Marx' Darlegung der permanenten Revolution als Verfluchung ihrer anti-internationalistischen Doktrin des „Sozialismus in einem Lande" empfanden.

So schreibt der bekannte menschewistische Archivar Boris Nikolajewski als Kommentar über die Märzansprache in *Karl Marx: Man and Fighter* [Karl Marx als Mensch und Kämpfer]: „Ob das Dokument in allen Einzelheiten Marx' Ideen wirklich repräsentiert, ist schwierig zu entscheiden." Im Grunde genommen sieht Nikolajewski das Dokument als eine Verirrung an, die von einer .unrealistischen Einschätzung der revolutionären Möglichkeiten 1850 in Deutschland herrührte, und er bemerkt, daß Marx' optimistische Vorhersagen über einen erneuten Aufschwung der Revolution ihn dazu brachte, einen politischen Block mit „linken" Kommunisten wie August Willich einzugehen. Um sein Argument zu stützen, bemerkt Nikolajewski, daß Marx gleichzeitig die Société Universelle des Communistes Révolutionnaires gründete, die nicht nur den Bund der Kommunisten und die britischen Chartisten umfaßte, sondern auch die Anhänger des französischen Insurgenten Auguste Blanqui. Laut Nikolajewski, für den der Blanqismus fast mit Bolschewismus gleichbedeutend war:

> „Die Tatsache, daß Marx diese Art von Revolutionismus akzeptierte, den er vorher wie nachher so heftig verurteilt hatte und der dem Grundcharakter der proletarischen Revolution in jeder Weise so äußerst fremd war, und die Tatsache, daß er ein Bündnis mit den Blanquisten bildete, beweisen besser als alles andere, in welchem Ausmaß seine Urteilsfähigkeit durch den Zusammenbruch seiner maßlosen Hoffnungen in Mitleidenschaft gezogen worden war."

Was diese Bemerkung eigentlich anschaulich demonstriert, ist der Abgrund zwischen Marx, dem Revolutionär, und Nikolajewski, dem menschewistischen Reformisten.

Von 1848 zur Pariser Kommune

Es ist wichtig, daß Genossen einschätzen können, unter welchen historischen Bedingungen das *Manifest* geschrieben wurde und daß seine Autoren ihre Analyse ausweiteten, gestützt auf die spätere Erfahrung und Entwicklung des Klassenkampfes. So kam Marx, als er sich mit den Ereignissen nach der Französischen Revolution von 1848 auseinandersetzte, zu einem genaueren Verständnis des bürgerlichen Staates im Vergleich zu dem, was im *Manifest* steht. In der Schrift *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte,* die 1852 fertiggestellt wurde, schrieb Marx:

> „Diese Exekutivgewalt mit ihrer Ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer ändern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half... Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle lokalen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, mußte entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte: die Zentralisation ... Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen."

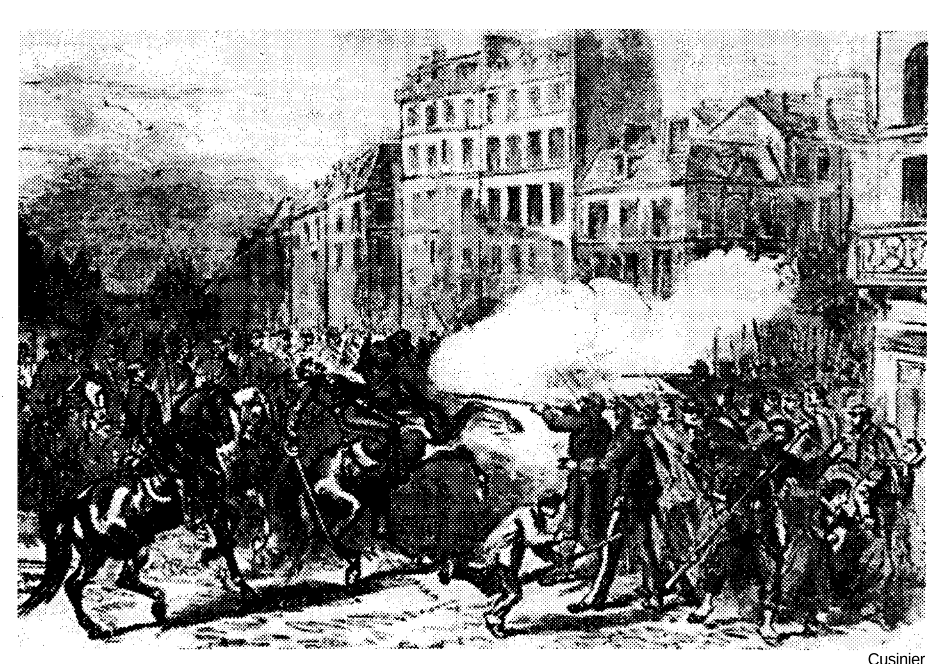
Lenin schrieb in bezug auf diese Passage: „In diesen großartigen Ausführungen macht der Marxismus im Vergleich zum .Kommunistischen Manifest' einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort wird die Frage des Staates noch äußerst abstrakt, in ganz allgemeinen Begriffen und Wendungen behandelt. Hier wird die Frage konkret gestellt, und es wird eine äußerst genaue, bestimmte, praktisch-greifbare Schlußfolgerung gezogen: Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie

aber zerschlagen, zerbrechen." Marx hatte denselben Punkt 1871 gemacht:

> „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire' nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie *zu zerbrechen*, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen."

Doch immer noch hatte Marx keine klare Idee, was den bürgerlichen Staat, der zerschlagen werden mußte, ersetzen würde. Diese Frage wurde durch die Erfahrung der Pariser Kommune 1871 beantwortet.

1870 ließ sich die französische Bourgeoisie, geführt vom Louis Bonaparte des *Achtzehnten Brumaire*, zu einem Krieg mit Preußen provozieren. Die recht verhaltenen Forderungen der französischen Bonapartisten der zweiten Mobilisierung nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurden durch die Artillerie, Kavallerie und Infanterie der Preußen beantwortet. Nach der entscheidenden französischen Niederlage in der Schlacht von Sedan verhandelte eine schwache republikanische Regierung mit den Preußen. Marx mahnte zur Vorsicht vor einem revolutionären Aufstand durch die Massen von Paris als Reaktion auf diese Niederlage und warnte, dieser könne nur ein tollkühnes Abenteuer sein.



Cusinier

Der Aufstand vom März 1871 führte zur Pariser Kommune, von Marx begrüßt als die erste „Arbeiterregierung"

Aber während die deutschen Armeen vor den Stadttoren standen und die Regierung kapitulierte, erhob sich das Proletariat von Paris in einem heroischen Akt, warf die ganz schwachen Reste der Bourgeoisie raus und errichtete die erste Arbeiterregierung in der Geschichte. Die Pariser Kommune dauerte nur einige Monate, doch lange genug, um zu beweisen, daß die Arbeiter nicht einfach die fertige Staatsmaschinerie übernehmen und sie für die eigenen Zwecke benutzen können, sondern daß sie diese statt dessen zerschlagen und durch eine Regierung eines neuen Typs ersetzen müssen, eine Regierung der kollektiv organisierten Werktätigen.

So gibt uns das *Manifest* eine allgemeine Zusammenfassung der Geschichte, die uns lehrt, den Staat als ein Organ der Klassenherrschaft anzusehen, und dies führt zum unausweichlichen Schluß, daß das Proletariat die Bourgeoisie nur stürzen kann, wenn es zuerst die politische Macht erobert. Aber viele der konkreten Antworten mußten durch die konkreten Erfahrungen des proletarischen Kampfes gegeben werden.

Marxismus: Eine Anleitung zum Handeln

In seinem Aufsatz „90 Jahre ‚Kommunistisches Manifest'" (1937) bemerkt Trotzki: „Dies genialste aller Manifeste der Weltliteratur erstaunt noch heute durch seine Frische." Er zählte eine Reihe von Punkten auf, die „bis zum heutigen Tag voll gültig blieben": die materialistische Geschichtsauffassung, die Theorie des Klassenkampfes, das Verständnis des Kapitalismus als eine spezifische Stufe in der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, die Tendenz zur Verelendung des Proletariats, die Krisen des Kapitals (nicht nur zyklische ökonomische Verwerfungen, sondern auch politische Krisen und interimperialistische Kriege).

Durch das *Manifest* lernten die Arbeiter zum ersten Mal, daß der kapitalistische Staat nichts anderes ist als „ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet". Es lehrte, daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist, im Gegensatz zu den Konzeptionen der Anarchisten und Syndikalisten. Es behauptete, im Gegensatz zu den Argumenten des Reformismus, daß das Proletariat innerhalb des von der Bourgeoisie etablierten juristischen Rahmens die Macht nicht erobern kann. Es erklärte kühn, daß die Arbeiter kein Vaterland haben und daß Kommunisten für den gewaltsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse eintreten, für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft, für den Internationalismus und für das Absterben des Staates. Der Gegensatz zwischen dem Aufruf des *Manifests:* „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und der stalinistischen Doktrin vom „Sozialismus in einem Lande" könnte nicht krasser sein.

Für Revolutionäre ist der Marxismus eine lebendige Wissenschaft und eine Anleitung zum Handeln, nicht ein Satz von verknöcherten Dogmen, die man auswendig herunterleiert. So spricht Trotzki auch darüber, was am *Manifest* aufgrund der Erfahrung modifiziert werden mußte, und er wies auch auf bestimmte Auslassungen hin. Im Gegensatz zu Marx' damaliger Vorhersage gab es nur eine *relative* Ver-

Fortgesetzt auf Seite 14

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 13

langsamung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Entwicklung. Die Revolutionen von 1848 konsolidierten schließlich die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie, wenn auch auf eine kombinierte und ungleichmäßige Weise. Aber es gab eine ungeheure Expansion der Produktivkräfte bis zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. So gab es im *Manifest* eine verkürzte Darstellung der historischen Entwicklung des Kapitalismus.

Durch die Erfahrung der Pariser Kommune wurde ebenfalls klar, daß ohne die Führung einer revolutionären Partei die Arbeiterklasse letzten Endes unfähig ist, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. (Ein Kritikpunkt von Marx an der Kommune war, daß sie nicht sofort energische Maßnahmen ergriff, um die bürgerliche Macht zu zerschlagen und zu unterdrücken.)

Das *Manifest* setzte sich auch nicht mit den miteinander verbundenen Fragen der kapitalistischen Entwicklung und der Degenerierung von Teilen der Arbeiterklasse zu einer Arbeiteraristokratie auseinander. Gewiß wurde sich Marx später dieses Phänomens bewußt im Falle der englischen Arbeiterklasse. Aber das Verhältnis der revolutionären Partei zu den Gewerkschaften sowie deren Platz im Kampf für die Revolution herauszuarbeiten erforderte die Erfahrungen der Arbeiterbewegung bis zur Oktoberrevolution und darüber hinaus.

Das *Manifest* setzt einen Kapitalismus der freien Konkurrenz voraus. Als Marx später *Das Kapital* schrieb, skizzierte er die Tendenz der kapitalistischen freien Konkurrenz, sich in ihr Gegenteil zu verwandeln, nämlich ins Monopolkapital, das gegenwärtig seinen Ausdruck im imperialistischen Finanzkapital findet.

Trotzki bemerkt außerdem, daß die Liquidierung der Mittelklassen, die vom *Manifest* vorausgesagt wurde, nicht stattfand. Er weist darauf hin, daß der Kapitalismus größere Teile der Kleinbourgeoisie ruinierte, als ins Proletariat absorbiert werden konnten. Und der kapitalistische Staat selber, ein parasitärer Auswuchs, erhielt aus Eigennutz und auf künstliche Weise eine beträchtliche kleinbürgerliche Schicht aufrecht. Über die unüberschaubaren Schichten der kleinen Staatsbeamten und Techniker hinaus sind andere Beispiele erwähnenswert. Die japanische Bourgeoisie hat jahrzehntelang eine große Bauernschaft künstlich aufrechterhalten. In den USA wurden von der Bourgeoisie die großen Programme für die Wasserversorgung im Westen mit dem Ziel durchgeführt, Farmer in der Region anzusiedeln, als bewußte Alternative zum Aufbau einer städtischen proletarischen Bevölkerung.

Trotzki betont, daß Legionen von Technikern, Verwaltern, Handelsangestellten - eine ganze neue Mittelklasse - in einer Situation entstanden sind, wo sich die Existenz des Kapitalismus weiter hinzieht. Er warnt, daß dadurch tiefgehende gesellschaftliche Widersprüche geschaffen werden, und zwar am schärfsten, wenn diese Schicht, die wegen der ökonomischen Sackgasse des Kapitals vor dem Ruin steht, zu einer bereitwilligen Basis für den Faschismus wird.

Diejenigen von euch, die das *Manifest* gelesen haben, wissen, daß es einen Abschnitt mit zehn Forderungen enthält - Forderungen, die Marx und Engels ein Vierteljahrhundert später als „veraltet" und revisionsbedürftig kritisieren sollten. Aber wie Trotzki betont, stellen diese Forderungen ein revolutionäres „Übergangsprogramm" für die damalige Zeit dar, das im Gegensatz zu der späteren sozialdemokratischen Konzeption eines „Minimalprogramms" steht. Wie auch bei Trotzkis Übergangsprogramm von 1938 war das Ziel, eine Reihe von Forderungen aufzustellen, die auf der objektiven Notwendigkeit für das Proletariat basieren, die Arbeiter im Kampf zu .mobilisieren und ihnen die einzige Schlußfolgerung zu vermitteln: daß die erfolgreiche Verwirklichung dieser Forderungen und die einzige Hoffnung der Arbeiterklasse auf ein wirkliches Leben von einer Arbeiterrevolution abhängt.

Trotzki schreibt auch über die permanente Revolution. Von 1848 an hat sich die Bourgeoisie als unfähig erwiesen, die Erfahrung der Französischen Revolution von 1789 zu wiederholen. Heute ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, den feudalen Schutt vollständig wegzufegen und die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern zu erfüllen. Dies war die Schlußfolgerung, die Trotzki im zaristischen Rußland zog, wo es eine schwache und servile Bourgeoisie gab und eine überwiegend bäuerliche Bevölkerung. Während die Menschewiki für die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie eintraten, erkannte Trotzki, daß die riesige Bauernschaft hinter dem kleinen, aber gesellschaftlich konzentrierten und kohärenten Proletariat mobilisiert werden mußte - der einzigen gesellschaftlichen Kraft, um auch nur die Agrarrevolution durchzuführen. Marx kam Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Proletariat in Deutschland eine Minderheit der Bevölkerung war, zu einem ähnlichen Schluß und argumentierte, daß eine sozialistische Revolution von einer Art zweiten Auflage des Bauernkriegs unterstützt werden müßte.



Dietz Verlag

Arbeiter und Soldaten tauschen am Vorabend der bolschewistischen Revolution von 1917 in Petrograd Banner aus

Eine weitere Schwäche des *Manifests* ist die nationale Frage, besonders in seiner Anwendung auf die rückständigen kolonialen und halbkolonialen Länder - bemerkenswerterweise kommt sie gar nicht vor. Anfangs dachten Marx und Engels - fälschlicherweise, wie sich herausstellte -, daß die entwickelteren kapitalistischen Länder eine progressive Rolle in Ländern wie Mexiko oder Algerien spielen könnten. Sie änderten allmählich ihre Position aufgrund der Irlandfrage; sie erkannten, daß die Arbeiterrevolution in Britannien nicht stattfinden konnte, solange Irland unterjocht wurde.

Teil III des *Manifests,* unter der Überschrift „Sozialistische und kommunistische Literatur", ist für Leser heute zweifellos exotisch, denn er bezieht sich auf Organisationen, die schon lange von der Bühne der Geschichte abgetreten sind. Aber es ist nützlich, zurückzugehen und dieses Material zu lesen. Nach der endgültigen Zerstörung der Okto-

berrevolution befinden wir uns gegenwärtig in der Periode eines großen Rückschritts für das internationale Proletariat. Deshalb gibt es die Tendenz, daß das Proletariat auf primitivere Konzepte des sozialen Kampfes zurückgeworfen wird. Und mit Sicherheit haben einige Schichten der Jugend - wenn sie auch aufgrund der krassen Auswüchse des Kapitalismus diesem entfremdet sind - kein Verständnis vom Marxismus und neigen zu vagen utopischen anarchoiden Ideen, die sich nicht grundsätzlich von dem unterscheiden, was von den Vorgängern und den frühen Opponenten des Marxismus entwickelt wurde.

Kämpft für neue Oktoberrevolutionen!

Die Oktoberrevolution 1917 setzte in gewisser Weise den i-Punkt auf viele Konzeptionen des *Kommunistischen Manifests* und war deren Realisierung. Und dafür gibt es einen Grund. Lenins bolschewistische Partei wuchs und entwikkelte sich unter sehr ungewöhnlichen Bedingungen. Hier gab es eine Partei, die sich breit gefächerten und sehr schnell wechselnden Herausforderungen stellen mußte, von gewerkschaftlichen Kämpfen bis zum Kampf gegen die Selbstherrschaft, und die die nationale Frage in einem großen multinationalen Reich beantworten mußte. Zeiten des offenen revolutionären Kampfes, Zeiten des Exils, der Untergrundarbeit, der parlamentarischen Arbeit gaben der bolschewistischen Partei einen Erfahrungsschatz, der weit reichhaltiger war als der in Westeuropa.

Genau wie Marx nicht als Marxist geboren wurde, wurde Lenin nicht über Nacht zum Leninisten; genauso tauchte die bolschewistische Partei nicht plötzlich voll entwickelt und getestet auf der Bühne auf. Wenn man die Geschichte der bolschewistischen Partei studiert, sieht man eine Entwicklung. Lenin erarbeitete sich seinen Weg durch Konzeptionen, die ein Erbe von Karl Kautsky und der deutschen Sozialdemokratie waren, hin zur Konzeption der leninistischen Kampfpartei. Und jede Etappe war von scharfen Kämpfen begleitet, intern und extern, in Verteidigung des Programms des Marxismus.

Dieser Prozeß gipfelte in der Oktoberrevolution 1917, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs in Rußland stattfand, dem schwächsten Glied der Kette des internationalen Imperialismus. Und die Lehren dieser Revolution wurden in den ersten Weltkongressen der Kommunistischen Internationale festgeschrieben. Wir sind entschieden die Partei der Russischen Revolution, aber wir sind auch sehr viel mehr als das, weil Genösse Trotzki und die Kräfte um ihn tatsächlich weitergingen und gegen ein neues Phänomen kämpften, gegen die Entartung der Oktoberrevolution. Die Linke Opposition wurde im Kampf gegen die Konsolidierung der stalinistischen Bürokratie geschmiedet, welche wiederum selbst eine direkte Folge der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands war sowie eine Folge davon, daß die Oktoberrevolution nicht international ausgeweitet wurde.

Wir sind also sowohl die Partei der Russischen Revolution als auch die Partei derjenigen, die für ihre Verteidigung gegen die stalinistische Degeneration kämpften. Trotzkis nachfolgende Kämpfe - seine Verallgemeinerung der Theorie der permanenten Revolution, basierend auf der Niederlage der Chinesischen Revolution in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts; seine Hervorhebung der Taktik der Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland; seine Kämpfe gegen den Verrat der Volksfront in Frankreich und Spanien in den 30er Jahren - aus diesen Kämpfen haben wir theoretisch und programmatisch äußerst wertvolle Bereicherungen gewonnen. Marxismus ist eine lebendige Wissenschaft. Das Beachtliche am *Manifest* ist, daß es so viel von seiner lebendigen Relevanz heute noch bewahrt hat. Das ist wirklich beachtlich, denn es wurde beim Anbruch der Ära des modernen Industriekapitalismus geschrieben.

Heute gibt es die Sowjetunion nicht mehr, und ich denke, daß es in China abwärts geht. Die Frage, die sich hier stellt, ist, wer siegreich hervorgehen wird: das Proletariat, das die stalinistische Bürokratie abwirft, welche sich immer weiter in Richtung kapitalistische Restauration bewegt, oder die Konterrevolution, die von den Imperialisten unterstützt wird. Trotzki sprach in *Die Dritte Internationale nach Lenin* etwas an, was er als unwahrscheinliche Möglichkeit ansah, die aber leider heute in wichtigen Aspekten vor uns steht. Er schrieb: „Theoretisch ist natürlich auch ein neues Kapitel eines *allgemeinen* kapitalistischen Wachstums in den besonders mächtigen, herrschenden und führenden Ländern nicht ausgeschlossen. Dazu müßte jedoch der Kapitalismus erst ungeheure Barrieren sowohl klassenmäßigen als auch internationalen Charakters überwinden. Er müßte für lange Zeit die proletarische Revolution abwürgen, er müßte China endgültig unterjochen, er müßte die Sowjetrepublik stürzen usw. Dies alles liegt jedoch nicht auf der Hand." Nun aber doch. Und damit ist die Gefahr eines interimperialistischen Krieges noch akuter.

Aber so sehr die bürgerlichen Herrscher sich Mut machen wollen mit ihrem Gerede über den Tod des Kommunismus, so glaube ich ihnen keinen Augenblick, denn die weitsichtigeren unter ihnen glauben es selber keinen Augenblick. Wenn ihre Linie „Nie wieder - Oktober 1917!" ist, dann ist unsere: „Immer und immer wieder - eine, zwei, viele Oktoberrevolutionen." Als revolutionäre Marxisten ist es nicht einfach unser Ziel, die Welt zu verstehen, sondern sie zu verändern. Aber um sie verändern zu können, müssen wir einen wirklichen Hebel haben, mit dem wir eine Revolution durchführen können, die dieses verfaulte Gesellschaftssystem in Stücke reißt, das immer gravierendere Zerstörung bedeutet, wenn nicht sogar die Auslöschung der Menschheit droht. Dieser Hebel ist eine revolutionäre Arbeiterpartei des leninistischen Typs, organisiert in einer demokratisch-zentralistischen Vierten Internationale. Solche Parteien können nicht einfach verkündet werden, sondern sie müssen im Kampf geschmiedet werden.

Und dazu ist ein Kampf notwendig, auch gegen diejeni-

Fortgesetzt auf Seite 30

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 5
Die Syndikalisten

Der folgende Teil 5 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 646, 24. Mai 1996. Die Teile l bis 3 dieser Artikelserie, erschienen in* Spartakist *Nr. 124 (September/Oktober 1996), Nr. 125 (November/Dezember 1996) und Nr. 126 (Januar/Februar 1997), beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune 1871 und der Spaltung in der Ersten Internationale. Teil 4* (Spartakist *Nr. 127, April 1997) behandelte die Ansichten von Kropotkin und setzte sich auch mit dem Anarcho-Terrorismus des späten 19. Jahrhunderts auseinander.*

In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts konnte man das Anwachsen des Syndikalismus miterleben, besonders in den romanischen Ländern Europas. Die Confederation Generale du Travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund - CGT) wurde zur vorherrschenden Arbeiterorganisation in Frankreich. Die Confederación Nacional del Trabajo (Nationaler Gewerkschaftsbund - CNT), die 1911 von Anarcho-Syndikalisten in Barcelona gegründet worden war, wurde bald zur mächtigsten Gewerkschaftsorganisation in Spanien und war in Kata-

von Joseph Seymour

Ionien, der am stärksten industrialisierten Region des Landes, vorherrschend. Die Unione Sindacale Italiana war eine mitgliederstarke Organisation, die eine Position links vom wichtigsten italienischen Gewerkschaftsverband einnahm, der von reformistischen Sozialisten geführt wurde. In den Vereinigten Staaten waren die Industrial Workers of the World (IWW) im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg ein bedeutender Faktor in der amerikanischen Linken.

Das Anwachsen des Syndikalismus in dieser Periode war zum Teil eine Reaktion auf den parlamentarischen Reformismus, der in den Parteien der Zweiten (Sozialistischen) Internationale vorherrschend war, und zum Teil (besonders in Frankreich) entwickelte und definierte er sich in Abgrenzung zum anarchistischen Propagandismus, der in dieser Periode am klarsten von Peter Kropotkin repräsentiert wurde. Bei einer Rede vor einem internationalen anarchistischen Kongreß 1907 in Amsterdam erklärte der prominente französische Syndikalist Pierre Monatte, daß ein Jahrzehnt vorher „eine Reihe von Anarchisten, die schließlich erkannt haben, daß Philosophie nicht ausreicht, um eine Revolution zu machen, in die Arbeiterbewegung hineingegangen sind" (in Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch], 1977).

Die ursprüngliche bakunistische Bewegung der frühen 1870er Jahre hatte eine unmittelbar bevorstehende europaweite Revolution vor Augen, die zu einer neuen befreiten Welt führen würde, ohne Klassen und ohne Staaten. Mitte der 1880er Jahre hielt jedoch kein ernsthafter und intelligenter Linker in Europa eine soziale Revolution irgendwo in Europa für eine in der nahen Zukunft liegende Perspektive. Anarchistische Aktivisten fragten sich deshalb: Was ist das Haupthindernis für eine soziale Revolution, und wie könnte man dieses überwinden? Sie kamen zu zwei grundlegend verschiedenen Antworten (wenn man die anarcho-terroristischen Randgruppen außer acht läßt).

Kropotkin, Errico Malatesta, Elisée Reclus und ihre Gesinnungsgenossen behaupteten weiterhin,, daß die Massen die Prinzipien und das Programm des Anarchismus nicht verstehen und daher nicht unterstützen würden. Sie machten es sich deshalb zur Aufgabe, die anarchistische Doktrin in Büchern und Broschüren, durch Reden und Versammlungen kleiner Propagandagruppen darzulegen und zu verteidigen. Die Theoretiker des Syndikalismus - Fernand Pelloutier, Emile Pouget, Monatte und andere - vertraten die Position, daß das Haupthindernis für eine soziale Revolution in der organisatorischen Schwäche der anarchistischen Bewegung und in der Desorganisation der Arbeiterklasse im allgemeinen liege. Sie machten es sich deshalb zur Aufgabe, eine Massengewerkschaftsbewegung zu organisieren und um deren Führung zu kämpfen.

Die Stärke des Syndikalismus lag in seinem Verständnis, daß die organisierte Industriearbeiterklasse die zentrale treibende Kraft für den Sturz des kapitalistischen Systems ist. Wie die Führer der amerikanischen IWW unverblümt formulierten: „Anarchismus leugnet den Klassenkampf, während die I.W.W, ihn lehrt." Viele syndikalistische Aktivisten - Monatte und Alfred Rosmer in Frankreich, Andres Nin und Joaquin Maurin in Spanien, James P. Cannon und William Z. Foster in den USA - sollten führende Köpfe der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki werden. In diesem Sinne nimmt der Syndikalismus der Zeit vor 1914 eine Zwischenposition zwischen klassischem Anarchismus und heutigem Kommunismus ein.

Die Hauptschwäche des Syndikalismus lag in seiner Tendenz, die Organisierung der Arbeiterklasse für wichtiger zu halten als *die Hebung ihres politisches Bewußtseins.* Die Tatsache, daß eine Gewerkschaft eine Führung hat, die sich als revolutionär versteht, und ein entsprechendes formales Programm, ist an sich nicht ausreichend, um sie *in der Praxis* zu einer revolutionären Organisation zu machen. Um ihre Positionen als offizielle Gewerkschaftsführer behalten zu können, standen die revolutionären Syndikalisten ständig unter dem Druck, ihre Politik an die rückständigen Vorurteile der Gewerkschaftsmitglieder anzupassen, vor allem an den nationalen Chauvinismus. So kam es, daß beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs die zentrale Führung der französischen CGT um Léon Jouhaux dabei half, die Arbeiterklasse für den französischen imperialistischen Staat zu mobilisieren. Am Ende seiner Laufbahn war Jouhaux ein Strohmann für die amerikanische CIA beim Aufbau einer antikommunistischen Gewerkschaftsbewegung in Frank-

reich nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Sinne nimmt der Syndikalismus in der Zeit vor 1914 eine Zwischenposition zwischen klassischem Anarchismus und heutigem Gewerkschaftsreformismus ein.

Syndikalismus vor 1914: die französische CGT

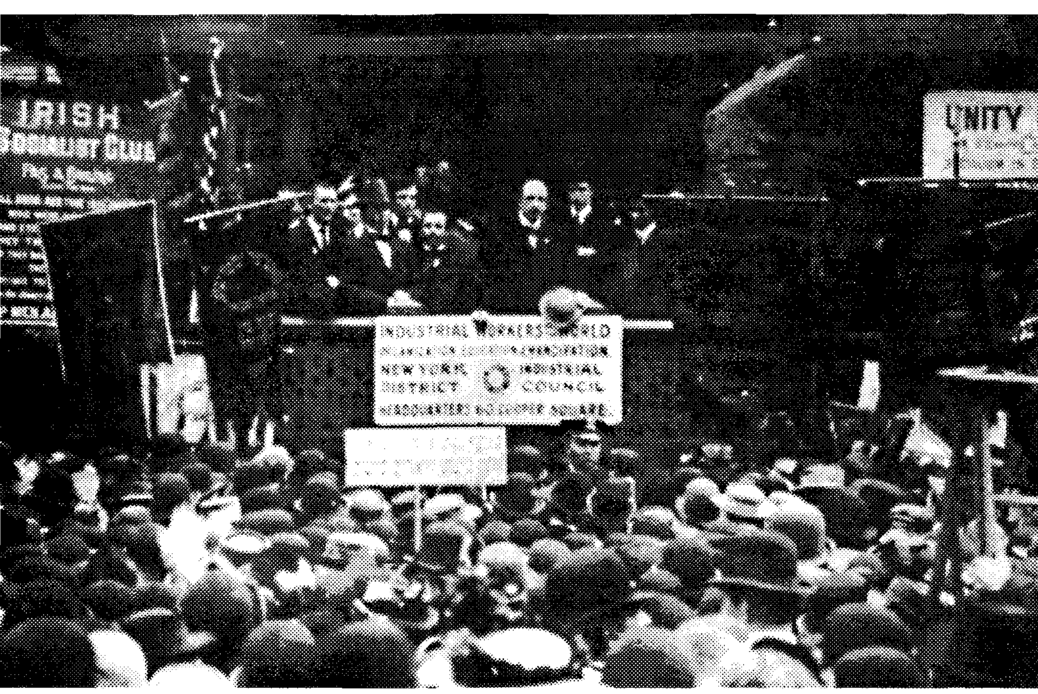
Es gab eine Reihe von Faktoren - wirtschaftliche, politische und ideologische -, die dem Anwachsen des Syndikalismus in der französischen Arbeiterbewegung in dieser Periode zugrunde lagen. Der relativ langsame Verlauf der Industrialisierung in Frankreich ließ viele kleine Werkstätten weiterbestehen, besonders bei Luxusgütern wie Seide, Spitzenstickereien, Porzellan und Schmuck. Teilweise aus diesem Grund entwickelte sich die französische Gewerkschaftsbewegung eher nach geographischen Kriterien statt entlang der Linien von Industriezweigen und Berufen. Eine Schlüsselinstitution war die lokale Bourse du Travail, die die Funktionen einer Arbeitsvermittlung (die wörtliche Bedeutung des Begriffes), eines sozialen und kulturellen Arbeitervereins und später eines zentralisierten Gewerkschaftsgremiums vereinte. Die meisten größeren Streiks wurden stadtweit durchgeführt und bezogen die gesamte Arbeiterschaft ein. Deshalb konnten französische Anarchisten wie Pouget problemlos das alte bakunistische Programm einer Gesellschaft, die auf autonomen Kommunen basiert, umwandeln in ein Programm, das auf autonomen lokalen Gewerkschaften basiert, die die ganze Arbeiterschaft vertreten.

Auf der politischen Ebene war der französische Syndikalismus davon geprägt, daß es in diesem Land eine Vielzahl von sozialistischen Parteien gab. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich in Belgien, Deutschland, Österreich-Ungarn und den skandinavischen Ländern einheitliche sozialdemokratische Massenparteien mit dem Anspruch, die gesamte Arbeiterklasse zu vertreten. Es war daher für die Gewerkschaftsbewegungen in diesen Ländern normal, daß sie mit diesen Parteien eng verbunden waren. In Frankreich jedoch gab es in den 1890er Jahren ein halbes Dutzend größerer sozialistischer Parteien, die miteinander konkurrierten und sich ständig spalteten und vereinigten.

Jede schlagkräftige Gewerkschaft (Syndikat) mußte daher nicht nur Arbeiter, sondern auch Organisatoren und Funktionäre einbeziehen, die zu unterschiedlichen politischen Tendenzen gehörten. Als die CGT 1895 gegründet wurde, gab es in ihrer Führung prominente Anarchisten wie Pouget, erklärte reformistische Sozialisten (Possibilisten) und jakobinische Kommunisten alten Stils (Blanquisten). Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von politischen Parteien war anfänglich eine empirische Anpassung an die spezifischen französischen Bedingungen, und erst nach und nach fand dies Eingang in die syndikalistische Doktrin. Mit anderen Worten: Die Syndikate entstanden vor dem Syndikalismus.

Allgemein wird Fernand Pelloutier als Gründungsvater des französischen Syndikalismus angesehen. In eine wohlhabende Familie hineingeboren, war Pelloutier ein Intellektueller mit Universitätsausbildung, der schnell vom bürgerlichen Radikalismus zum reformistischen Sozialismus und zur offiziellen marxistischen Parti Ouvrier Francais (Französische Arbeiterpartei) von Jules Guesde und Paul Lafargue *(Marx'* Schwiegersohn) weiterging. Aber er verlor bald seine Illusionen über die parlamentarischen Manöver und den Fraktionalismus zwischen der Parti Ouvrier und ihren Rivalen. Pelloutier wandte sich dann den örtlichen Bourses du Travail zu und organisierte sie in einem landesweiten Verband, der bis zur Jahrhundertwende zur größten Organisation der Arbeiterbewegung in Frankreich wurde. Auch nachdem Pelloutier 1901 im Alter von 33 Jahren an Tuberkulose gestorben war, hielten viele französische Arbeiter sein Andenken in Ehren.

Pelloutiers Ziel war es, die französische Arbeiterbewegung zu befreien *sowohl* von „den parlamentarischen Doktoren, die gelehrt haben, daß jede gesellschaftliche Umwandlung der Eroberung der politischen Macht untergeordnet sei", *als auch* von „den revolutionären Doktoren, die gelehrt haben, daß keine sozialistischen Aktivitäten möglich sind vor der erlösenden Umwälzung" (Fernand Pelloutier: *Histoire des bourses du travail* 1901). Der Spott über die „revolutionären Doktoren" richtete sich hauptsächlich gegen die Blanquisten, die führenden Verfechter eines Aufstands unter der Losung „Auf die Barrikaden", die allgemein mit der Pariser Kommune von 1871 identifiziert wurden, sogar mehr noch als die Marxisten. Pelloutier und seine syndikalistischen Mitstreiter boten den französischen Arbeitern einen Weg zur sozialistischen Umwandlung an, der angeblich das Risiko einer weiteren „Blutwoche" des Mai 1871 vermeiden würde, als die Armee bei der Zerschlagung der „Roten Kommune" 20000 Menschen massakrierte.



Library of Congress

Massenversammlung der Industrial Workers of the World in New York City. Revolutionäre Syndikalisten der IWW schrieben ein heroisches Kapitel in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung

Aber wenn eine soziale Revolution nicht durch parlamentarische Mittel erreicht werden konnte und ein Aufstand angeblich ausgeschlossen war, was blieb dann übrig? Die revolutionären Syndikalisten antworteten: der Generalstreik. Der führende intellektuelle Vertreter des französischen Syndikalismus, George Sorel, schrieb 1908 in seinen berühmten Überlegungen *Über die Gewalt* über den Generalstreik,

Fortgesetzt auf Seite 18

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

dieser verkörpere „den Krieg, den der Sozialismus gegen die moderne Gesellschaft führt. Die Syndikalisten lösen dieses Problem perfekt, indem sie das ganze Wesen des Sozialismus im Drama des Generalstreiks konzentrieren..." Die CGT-Charta von Amiens aus dem Jahre 1906 erklärte: „Die Gewerkschaftsbewegung bereitet auch die volle Befreiung der Arbeiter vor, die nur durch die Enteignung der Kapitalisten herbeigeführt werden kann. Sie zählt den Generalstreik zu ihren Aktionsmitteln..." (abgedruckt in Wilfried Röhrich, *Revolutionärer Syndikalismus,* 1977).

Während Sozialisten, sowohl Marxisten als auch Nichtmarxisten, politische und wirtschaftliche Generalstreiks propagiert und angeführt haben, identifizierten die Syndikalisten den Generalstreik mit der Revolution und stellten ihn als Alternative zum Aufstand dar. Die Syndikalisten argumentierten, daß ein Streik in einer Stadt oder einem Industriezweig durch staatliche Repression unterdrückt werden könnte, indem streikende Arbeiter durch Streikbrecher ersetzt werden,, die unter dem Schutz der Polizei stehen, oder manchmal auch durch Soldaten. Aber wie könnte die Armee alle wichtigen Eisenbahnlinien am Laufen halten, lebenswichtige Importgüter an den Docks entladen, Lebensrnittel an Tausende von Läden in allen Groß- und Kleinstädten verteilen usw.? Wenn alle Arbeiter zur gleichen Zeit die Arbeit niederlegen würden, so wurde behauptet, würde die Wirtschaft zusammenbrechen und die Bourgeoisie würde machtlos werden.



Wayne State University

IWW-Generalsekretär Vincent St. John, hervorragender amerikanischer Arbeiterführer

Aber, so könnte man argumentieren, was ist, wenn die Regierung damit droht, die streikenden Arbeiter zu verhaften oder sogar zu erschießen? Ein Jahrzehnt vorher hatte Engels in einem Brief (3. November 1893) an Karl Kautsky hervorgehoben, „der politische Strike muß entweder sofort siegen - bloß durch die Drohung (wie in Belgien, wo die Armee *sehr wacklig* war),- oder aber in einer kolossalen Blamage endigen oder schließlich direkt *auf die Banikaden führen"* (Hervorhebung im Original). Engels' Auffassung von der Dynamik einer Revolution wurde durch die Russische Revolution von 1905 bestätigt, die mit einer Reihe von Massenstreiks begann. Es wurde schnell deutlich, daß nur ein Aufstand die zaristische Selbstherrschaft stürzen könnte. Wie W. I. Lenin schrieb: „Über den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Massenkampf vom Streik zum Aufstand über. Darin liegt die allergrößte geschichtliche Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht wurde..." („Die Lehren des Moskauer Aufstands", August 1906).

Obwohl die Unterdrückung der Pariser Kommune noch in lebendiger Erinnerung war, nahmen die Syndikalisten der CGT implizit an, daß die französische Bourgeoisie „zu zivilisiert" geworden sei, als daß sie wieder zum Massenterror gegen die Arbeiterklasse greifen würde, um ihr Eigentum zu verteidigen. Trotz aller Verurteilungen des Parlamentarismus beruhte die syndikalistische Doktrin, auf ihre Art, auf Illusionen in bürgerliche Demokratie.

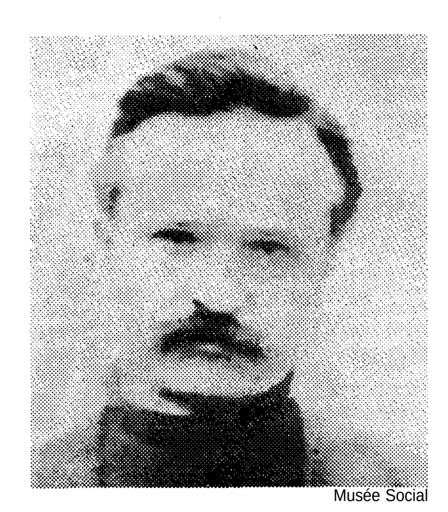
Außerdem war eine Vorbedingung für einen revolutionären Generalstreik die Organisierung der großen Mehrheit der Arbeiter in der von Syndikalisten geführten Arbeiterbewegung. Die syndikalistische Strategie beinhaltete daher, daß die soziale Revolution eine Perspektive in relativ *ferner Zukunft* sei. Pelloutiers grundlegende Botschaft war, daß die Arbeiter „aktiver, methodischer und hartnäckiger die Arbeit der moralischen, administrativen und technischen Erziehung betreiben [müssen], um eine Gesellschaft freier Menschen lebensfähig zu machen". Als dies 1901 geschrieben wurde, waren nur zehn Prozent der französischen Arbeiter in irgendeiner Art von Gewerkschaft. Ein Jahrzehnt später war nur einer von sechs Industriearbeitern gewerkschaftlich organisiert und nur einer von zehn in der CGT. Selbst auf dem Höhepunkt ihrer Macht und ihres Einflusses hatten die französischen Syndikalisten nicht die organisatorische Kapazität, um ihr Maximalprogramm eines Generalstreiks zur „Enteignung der Kapitalistenklasse" umzusetzen.

Wie schon weiter oben erwähnt, entwickelte sich der französische Syndikalismus zum Teil als Ergebnis der Existenz mehrerer konkurrierender sozialistischer Parteien. 1905 jedoch schlössen sich die wichtigsten sozialistischen Fraktionen zusammen und bildeten die französische Sektion der Arbeiterinternationale (SFIO), üblicherweise Sozialistische Partei genannt. Die Syndikalisten der CGT mußten deshalb ihre Beziehung zu einer Partei definieren, die den Anspruch erhob, der politische Repräsentant der gesamten Arbeiterklasse zu sein. Die Antwort war die Charta von Amiens von 1906, eine Erklärung für die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von *allen* politischen Parteien, unabhängig von deren Charakter. Die sich daraufhin ergebende Beziehung zwischen der CGT und der SFIO war die einer friedlichen Koexistenz - teils in frostiger, teils in harmonischer Atmosphäre - bei einem stillschweigenden Einverständnis über eine Arbeitsteilung.

Dem Parlamentarismus der Sozialistischen Partei setzten die Syndikalisten der CGT die „direkte Aktion" entgegen. Was dieser Begriff konkret bedeutete, wurde 1905 in *Le Syndicat* von Emile Pouget ausgeführt:

> „Wenn die von ihnen verlangte Verbesserung etwas ist, das die Regierung tun muß, dann verfolgen die Gewerkschaften dieses Ziel durch den Druck der Massen auf die Behörden, nicht dadurch, daß sie versuchen, ihnen wohlgesinnte Abgeordnete ins Parlament zu bekommen. Wenn die angestrebte Verbesserung direkt den Kapitalisten abgerungen werden muß, ... dann haben sie unterschiedliche Methoden, auch wenn sie immer das Prinzip der direkten Aktion befolgen. Je nach Situation greifen sie zum Streik, zur Sabotage, zum Boykott, zur gewerkschaftlichen Kennzeichnung."

Es sollte hier betont werden, daß man im Grunde die „direkte Aktion" im Vergleich zum parlamentarischen Druck für ein wirkungsvolleres Mittel ansah, um von den Kapitalisten und der Regierung Zugeständnisse zu erreichen, und als solches auch motivierte.


Musée Social



CFF Archive

Syndikalistische Arbeiter in Frankreich treffen sich 1909 unter dem Banner von La Vie Ouvriere (Arbeiterleben), herausgegeben von Pierre Monatte (oben). Monatte wurde später eine führende Persönlichkeit in der frühen Kommunistischen Partei Frankreichs und der Dritten Internationale

Einige der Kämpfe, die die CGT durchführte, störten die bürgerliche Ordnung und bedrohten sie potentiell, besonders der Eisenbahnerstreik von 1910, den die Regierung schnell zerschlug, indem sie die streikenden Arbeiter als Soldaten einberief und die Eisenbahnen dem Militär unterstellte. Alle Streiks der CGT und andere Aktionen in der Industrie hatten jedoch das unmittelbare und direkte Ziel, den Unternehmern Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder bessere Arbeitsbedingungen abzutrotzen. Die revolutionären Syndikalisten in Frankreich organisierten keine Streiks - nicht einmal Proteststreiks - für politische Ziele und vermieden dadurch, die Autorität der Regierung auf dieser Ebene herauszufordern. In der Praxis funktionierte die CGT auf eine Art und Weise, die sich nicht grundlegend vom britischen Trades Union Congress (Gewerkschaftsdachverband) unterschied, dessen Führer damals noch nicht einmal behaupteten, Sozialisten zu sein, geschweige denn Revolutionäre.

Der „Antimilitarismus" der CGT und der August 1914

Der Aufstieg des Syndikalismus in der französischen Arbeiterbewegung fiel zusammen mit der sich abzeichnenden Gefahr eines europaweiten imperialistischen Krieges, die schließlich 1914 zur Explosion führte. Daher war „Antimilitarismus" ein Schlüsselelement der französischen syndikalistischen Doktrin, so hat der Kongreß der CGT 1908 in Marseiile folgende Resolution angenommen:

> „Der Kongreß wiederholt die Formulierung der [Ersten] Internationale: ‚Die Werktätigen haben kein Vaterland'; und fügt hinzu:
> In Erwägung, daß konsequenterweise jeder Krieg nichts anderes als ein Verbrechen gegen die Werktätigen ist; daß er eine blutige und schreckliche Art ist, sie von ihren Forderungen abzulenken, erklärt der Kongreß, daß es vom internationalen Standpunkt aus notwendig ist, die Werktätigen aufzuklären, damit sie im Falle eines Krieges auf die Kriegserklärung antworten mögen mit einer Erklärung eines revolutionären Generalstreiks." (abgedruckt in: Louis Levine, *The Labor Movement in France* [Die Arbeiterbewegung in Frankreich], 1912)

Das waren vortreffliche Worte, aber es stellte sich heraus, daß sie eben nur ... Worte waren. Als im August 1914 die Stunde der Wahrheit kam, tat die CGT nichts. Kein Aufruf zum Generalstreik, nicht einmal eine Antikriegsdemonstration. Eine Reihe von CGT-Führern, besonders der Generalsekretär Leon Jouhaux, verkündeten sofort ihre Unterstützung für den Krieg und arbeiteten danach eng mit der bürgerlichen Regierung zusammen, um die Arbeiterklasse für das vier Jahre dauernde imperialistische Gemetzel zu mobilisieren. Diejenigen syndikalistischen Aktivisten, wie Pierre Monatte und Alfred Rosmer, die den Prinzipien des proletarischen Internationalismus treu blieben, fanden sich als isolierte Minderheit in einer Organisation wieder, in der sie erst gestern noch angesehene Führungspersönlichkeiten gewesen waren.

Im nachhinein betrachtet, war der Zusammenbruch der CGT beim Ausbruch des Krieges schon in ihrer ganzen Geschichte angelegt. Während der Marokko-Krise von 1905 - ein innerimperialistischer Streit um den Einfluß in Nordafrika - dachte jeder in Frankreich, daß ein Krieg mit Deutschland jederzeit ausbrechen könnte, was tatsächlich möglich war. Doch in dieser und in den folgenden internationalen Krisen haben die Führer der CGT nicht mehr gemacht, als zu Demonstrationen aufzurufen, Manifeste herauszugeben usw. Es wurden keine Schritte unternommen, um Proteststreiks zu organisieren. Als die französische Regierung 1913 die Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre verlängerte, überlegten die CGT-Führer zwar, gegen diese Maßnahme, die weithin unpopulär war, zum Generalstreik aufzurufen, lehnten es aber ab.

Außerdem war der „Antimilitarismus" der CGT beinahe ausschließlich als Opposition gegen einen drohenden Krieg mit Deutschland definiert. Französische Syndikalisten interessierten sich kaum für die Rolle der französischen Armee bei der Erzwingung der kolonialen Versklavung der Völker Afrikas, des Nahen Ostens und Indochinas. 1911 unterdrückten französische Truppen einen Aufstand in Marokko gegen das dortige monarchische Marionetten-Regime, und im folgenden Jahr wurde Marokko formal zu einem französischen Protektorat erklärt. Bei ihren Aktionen war

Fortgesetzt auf Seite 20


Nouvelle Librairie de France


Bibliothèque Nationale

Linkes und rechtes Gesicht des Syndikalismus: Anarchistischer Aktivist Emile Pouget (ganz links) wurde ein Führer der syndikalistischen Bewegung in Frankreich, propagierte „direkte Aktion". 1914 unterstützte CGT-Führer Léon Jouhaux die französische Bourgeoisie im imperialistischen Gemetzel des Ersten Weltkriegs

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

die CGT-Führung praktisch gleichgültig gegenüber solchen kolonialen Eroberungen durch den französischen imperialistischen Staat.

Warum begrenzten die revolutionären Syndikalisten die „direkten Aktionen", für die sie eintraten, auf den Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital? Ein Faktor ist zweifellos, daß sich syndikalistische Aktivisten sehr wohl darüber bewußt waren, daß viele Arbeiter in der CGT, wahrscheinlich die meisten, in gewissem Maße von nationalen chauvinistischen Vorurteilen durchdrungen waren. Wenn zum Beispiel die CGT-Führer zu einer Massendemonstration oder einem eintägigen Proteststreik gegen die französische Militärintervention in Marokko aufgerufen hätten, wären sie auf eine bedeutende rechte Opposition in ihren eigenen Reihen gestoßen, was vielleicht sogar zu einer Spaltung geführt hätte.

Die französischen Syndikalisten organisierten und führten eine Organisation der Arbeiterbewegung in erster Linie auf der Basis von *militantem Gewerkschaftertum.* Die französischen Syndikalisten bereiteten die Arbeiter, die sie führten und beeinflußten, niemals auf eine entscheidende Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat vor, sondern paßten sich statt dessen zunehmend an das politische Bewußtsein ihrer Basis an. Wie Trotzki 1929 in seinem Artikel „Kommunismus und Syndikalismus" schrieb: „Die Epigonen des Syndikalismus möchten uns weismachen, daß die Gewerkschaften an sich genügen. Theoretisch bedeutet das nichts, aber praktisch heißt das die Auflösung der Avantgarde in den rückständigen Massen, d. h. in den Gewerkschaften."

Syndikalismus in Italien und Spanien

Die syndikalistische Bewegung in Frankreich war einerseits die Wiege des europäischen Syndikalismus und hatte andererseits hier ihre gemäßigste Ausprägung. Nach Italien und Spanien exportiert, nahmen die Doktrinen des revolutionären Syndikalismus radikalere Ausdrucksformen an. Dort wurden mehr als einmal Aufrufe zum Generalstreik in die Tat umgesetzt. Aber auch dort brach die syndikalistische Bewegung zusammen, als sie mit dem endgültigen Test von Krieg und Revolution konfrontiert wurde. Denn diese Strömung war zwar ursprünglich eine Revolte gegen den reformistischen parlamentarischen Sozialismus und dessen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, sie war aber unfähig, ein Programm und eine Theorie hervorzubringen, die in der Lage gewesen wären, die Reformisten politisch zu besiegen und eine sozialistische Revolution durchzuführen. Schlimmer noch, angesichts dieser Sackgasse entwickelten sich Teile der sozialistischen Bewegung in die Richtung des imperialistischen Nationalismus, besonders in Richtung Faschismus, symbolisiert durch Mussolini.

In Italien hatte die syndikalistische Bewegung ihren Ursprung in der Sozialistischen Partei (PSI) und wurde anfänglich von Männern geführt, die sich selber für orthodoxe Marxisten hielten. Das erste Sprachrohr des italienischen revolutionären Syndikalismus war die Zeitung*Avanguardia Socialista,* gegründet 1902 von dem marxistischen Theoretiker Antonio Labriola. Der italienische kommunistische Führer Antonio Gramsci beschrieb den frühen italienischen Syndikalismus später als „den instinktiven, elementaren, primitiven, aber gesunden Ausdruck der Reaktion der Arbeiterklasse gegen einen Block mit der Bourgeoisie und für einen Block mit den Bauern" (aus seinem Aufsatz über „La questione méridionale" [Die Frage des Südens], 1926).

Bei einer Regionalkonferenz der PSI 1904 in Brescia verabschiedete die syndikalistische Strömung einen Antrag, in dem erklärt wurde:

> „Als Bestätigung des permanenten und unerschütterlichen revolutionären Charakters der proletarischen Aktion, die sich gegen den bürgerlichen Staat richtet, erklärt der Kongreß, daß die Umwandlung der politischen Organisation der proletarischen Klasse in eine hauptsächlich parlamentarische, opportunistische, verfassungstreue und monarchistische Possibilisten-Partei eine Degeneration des sozialistischen Kampfgeistes ist.
>
> Er lehnt daher ein Bündnis mit der Bourgeoisie, ob durch Teilnahme von Parteimitgliedern in irgendeiner monarchischen oder republikanischen Regierung oder durch eine irgendwie geartete Unterstützung für eine Regierung der bürgerlichen Klasse, als unvereinbar mit dem Prinzip des Klassenkampfs und dem wahren Kern der proletarischen Eroberung der Staatsmacht ab."

Labriola und seine Anhänger machten unermüdlich Propaganda für einen Generalstreik. Kaum fünf Monate nachdem der Antrag von Brescia angenommen worden war und nur Wochen nachdem der Amsterdamer Kongreß der Zweiten Internationale die Anwendbarkeit des Generalstreiks abgelehnt hatte, fegte ein solcher Streik im September 1904 durch Italien als Protest gegen die gewaltsame Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen durch die Regierung. Fünf Tage lang wurde die Halbinsel durch eine riesige nationale Mobilisierung erschüttert, aber die Aktion der Arbeiter ging nie über einen gigantischen Protest hinaus und wurde nie zu einem Kampf um die Macht. Von Mai bis Juli 1908 führten die Syndikalisten noch einen weiteren großen Streik durch, und zwar von Landarbeitern in der Region von Parma, was in Bernardo Bertoluccis Leinwandepos *1900* geschildert wird. Angesichts brutaler Unterdrückung durch die Armee, die auch Kavallerie und Legionen von Streikbrechern einsetzte, wurde der Streik nach einem drei Tage dauernden erbitterten Kampf gebrochen.

Eines der immer wiederkehrenden Themen der syndikalistischen Propaganda war ein antimilitaristischer „General-

streik gegen den Krieg". In Italien gab es im September 1911 einen Versuch, dies umzusetzen, und zwar gegen den italienischen Kolonialkrieg zur Eroberung von Libyen. Doch auch wenn der Streik von der PSI und dem Gewerkschaftsverband CGL (halbherzig) unterstützt wurde, so gelang es ihm nicht, irgend etwas zu ändern. Und außerdem wurde er durch die Tatsache untergraben, daß wichtige syndikalistische Führer (darunter Labriola) den Krieg in Libyen *unterstützten.* Bei ihrem Versuch, Syndikalismus mit Nationalismus zu verbinden, folgten sie dem Beispiel von Georges Sorel, der in dieser gleichen Periode mit der reaktionären nationalistisch-monarchistischen Bewegung Action Française zusammenarbeitete.

Kurz vor Ausbruch des imperialistischen Weltkriegs brach ein landesweiter Generalstreik aus als Reaktion auf die Erschießung von antimilitaristischen syndikalistischen Demonstranten in Ancona. Während der „Roten Woche" vom 7.-14. Juni 1914 dachten viele Syndikalisten, der Augenblick sei gekommen für. die allgemeine Revolte, für die sie so lange eingetreten waren, um die Regierung, die Monarchie und die Herrschaft der Bourgeoisie zu Fall zu bringen. Doch ohne einen Aktionsplan für einen die Entscheidung bringenden revolutionären Kampf und ohne eine gestählte Führung, die ihn durchführen kann, verlief der Streik bald im Sande.

In Spanien wuchsen die Syndikalisten in der Zwischenzeit ebenfalls zu einer beträchtlichen Kraft heran. Die Gründung der Confederación Nacional del Trabajo 1911 war Ausdruck einer Annäherung zwischen der anarchistischen und der syndikalistischen Strömung. Innerhalb eines Monats nach Gründung der CNT hatte diese einen Generalstreik unterstützt und war von der Regierung verboten worden. Da Spanien während des ganzen Krieges neutral blieb, blieb die Forderung der Syndikalisten nach einem „Generalstreik gegen den Krieg" rein abstrakt. Aber als die imperialistischen Mächte sich zunehmend erschöpften und die Arbeiter vom Sturz des Zaren in Rußland inspiriert wurden, ergab sich in Spanien im August 1917 eine revolutionäre Gelegenheit.

Die anarcho-syndikalistische CNT war seit Monaten für einen unbegrenzten landesweiten Generalstreik eingetreten, und der Druck der Massen zwang auch den von den Sozialisten geführten Gewerkschaftsverband UGT dazu, sich an den Planungen für den Streik zu beteiligen. Parallel dazu agitierten die republikanische Bourgeoisie und katalanische Regionalisten für den Sturz der Monarchie, wobei sie auf Unterstützung in der Armee zählten. Als der Streik schließlich ausgerufen wurde, war sein Ziel darauf beschränkt, der liberalen Bourgeoisie dabei zu helfen, die Macht zu erobern, statt einen Kampf für die soziale Revolution zu entfesseln. Als Ergebnis dieses begrenzten Ziels mobilisierte die Arbeiterklasse nicht einheitlich, und nach einer Woche blutiger Repression war der Streik erstickt. Wie es auch wieder 1936-37 während des Spanischen Bürgerkriegs geschehen sollte, wurden die Anarchisten zum Anhängsel der bürgerlichen Kräfte.

Die IWW: Revolutionärer Syndikalismus in den USA

In den Vereinigten Staaten entstand während des Jahrzehnts vor dem Ersten Weltkrieg eine syndikalistische Bewegung - die Industrial Workers of the World (IWW) -, die sich von ihren Pendants in den romanischen Ländern Europas merklich unterschied. Die besondere und in mancherlei Hinsicht einzigartige Natur der IWW beruhte auf der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf den Charakter und das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse in den USA wurde zum größten Teil durch die aufeinander folgenden Wellen der Einwanderung aus verschiedenen europäischen Ländern geformt. Dies brachte ein Industrieproletariat hervor, das von tiefgehenden ethnischen Trennungslinien und Antagonismen zerrissen war, zum Beispiel zwischen den in den USA geborenen Arbeitern mit angelsächsisch-protestantischer Abstammung und den irischen, italienischen und osteuropäischen katholischen Einwanderern. Diese ethnischen Trennungen, die durch die amerikanische herrschende Klasse geschickt manipuliert wurden, verhinderten nicht nur die Bildung einer Arbeitermassenpartei, so wie in Europa sich solche Parteien in dieser Periode entwickelten, sondern verhinderten auch, daß sich die Masse des Industrieproletariats, besonders die nicht-englischsprachigen Immigranten, in Gewerkschaften organisierte. Um die Jahrhundertwende waren in den USA nur 5 *Prozent* der Arbeiter überhaupt organisiert, und zwar auf der Basis von berufsständisch organisierten Gewerkschaften in der offen prokapitalistischen American Federation of Labor (AFL).

Die Organisation der Industrial Workers of the World wurde 1905 als eine breite Front der amerikanischen Linken gegründet. Bei der Gründung bestand die Führung aus revolutionären Syndikalisten wie William Trautmann und Vincent St. John, dem „orthodoxen" Marxisten Daniel De Leon und seinen Anhängern und den kämpferischen Gewerkschaftern der Western Federation of Miners (Westlicher Verband der Bergarbeiter). Die Gründung der IWW wurde von Eugene V. Debs, der populärsten und sogar am meisten verehrten Persönlichkeit in Amerikas damaliger sozialistischer Bewegung, begeistert unterstützt.

Im Gegensatz zur konservativen AFL, die sich nur um Facharbeiter kümmerte, versuchte die IWW aktiv, ungelernte männliche protestantische Arbeiter über ethnische und die Hautfarbe betreffende Trennungslinien hinweg zu organisieren, einschließlich solcher unterdrückter Schichten wie die eingewanderten Landarbeiter. Durch ihren Kampf gegen den mörderischen gewerkschaftsfeindlichen Terror von Streikbrechern sowie gegen die Repressionsmaßnahmen der Regierung in Form von arbeiterfeindlichen Gesetzen und Abschiebungen von Organisatoren und Aktivisten, die im Ausland geboren waren, hat die IWW ein heroisches Kapitel in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung geschrieben.

Die Führer und Aktivisten der IWW - die „Eine große Gewerkschaft" zu ihrer Losung machte - erwarteten, in relativ kurzer Zeit die Masse der Industriearbeiter organisieren zu können, die Mehrheit der Mitgliedschaft der AFL zu gewinnen und die verbleibenden rechten nach Berufsständen organisierten Gewerkschaften zu einem unbedeutenden Element in der amerikanischen Arbeiterbewegung zu reduzieren. Die Presse der IWW brachte häufig Berichte über die Kämpfe und Aktivitäten der französischen CGT unter der Überschrift: „Le Syndicalisme in Frankreich ist Industrialismus in Amerika. Seine Prinzipien sind im wesentlichen die der I.W.W, in Amerika" (zitiert in Philip S. Foner, *The Industrial Workers of the World, 1905-1917,* 1965). Aber die amerikanischen Syndikalisten waren nicht in der Lage, den organisatorischen Erfolg ihrer französischen Gesinnungsgenossen nachzuahmen. Die Gründe lagen in dem ganz anderen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in den beiden Ländern. Die meisten französischen Arbeiter wollten den Sozialismus in irgendeiner Form und hielten es für selbstverständlich, einer Gewerkschaft beizutreten, deren Endziel die „vollständige Emanzipation ... durch die Enteignung der Kapitalistenklasse" war.

Anders die amerikanischen Arbeiter. Bei Streiks schlos-

Fortgesetzt auf Seite 22

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

sen sich die meisten der daran beteiligten Arbeiter der IWW an, traten aber genauso schnell wieder aus, wenn das normale alltägliche Arbeitsleben zurückkehrte. Die IWW wurde tatsächlich eine Organisation revolutionärer Kämpfer in der Form einer sich auf breite Schichten stützenden Gewerkschaftsbewegung, auch wenn das beileibe nicht das bewußte Programm oder die Absicht ihrer syndikalistischen Führer war. James P. Cannon war ein junger aktivistischer IWW-Organisator, der später eines der Gründungsmitglieder der amerikanischen Kommunistischen Partei wurde und danach der bedeutendste Führer des amerikanischen Trotzkismus. Als Cannon in den 50er Jahren auf die IWW zurückblickte, erklärte er ihren widersprüchlichen Doppelcharakter:

> „Die IWW bezeichnete sich selbst als eine Gewerkschaft für alle Arbeiter; und jeder Arbeiter, der zu einer Mitgliedschaft auf der Basis der Alltagsarbeit der Gewerkschaft bereit war, wurde aufgefordert einzutreten, unabhängig von seinen Ansichten und Meinungen zu allen anderen Fragen. In vielen Fällen, bei Organisierungskampagnen und Streiks an unterschiedlichen Orten, wurde eine solche alle Arbeiter umfassende Mitgliedschaft erreicht, wenn auch nur für kurze Perioden. Aber das hielt die IWW-Agitatoren nicht davon ab, auf jeder Streikversammlung den revolutionären Sturz des Kapitalismus zu propagieren...
>
> Die IWW handelte immer, selbst bei Streiks, an denen sich normale konservative Arbeiter, die zur Kirche gehen, massenhaft beteiligten, als eine Organisation von Revolutionären. Die ‚echten IWWler', die ganzjährigen Aktivisten, hatten den Spitznamen Wobblies - ab wann und warum, weiß niemand - und das Kriterium für den Wobbly war seine Haltung zum Prinzip des Klassenkampfs und dessen revolutionärem Ziel; und seine Bereitschaft, diesem sein ganzes Leben zu widmen.
>
> In Wahrheit war die IWW in ihrer Glanzzeit weder eine Gewerkschaft noch eine Partei in der vollen Bedeutung dieser Begriffe, sondern etwas von beidem, wobei einige Teile fehlten." („The IWW: The Great Anticipation" [Die IWW: Die große Erwartung] in „The First Ten Years of American Communism" [Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus], 1962)

Als klar wurde, daß die IWW die AFL als wichtigste Gewerkschaftsorganisation in den USA nicht ablösen würde, geschweige denn zu „einzigen großen Gewerkschaft" werden würde, sahen sich die Wobblies zunehmend als eine „militante Minderheit", die ein Beispiel setzt für die rückständigere Masse der Arbeiter. Die Existenz einer sich als revolutionär verstehenden Gewerkschaftsbewegung in Konkurrenz zu prokapitalistischen Gewerkschaften, was *anfänglich* als ungünstiger und vorübergehender Zustand angesehen wurde, entwickelte sich zu einem politischen Prinzip. Das Programm der revolutionären zweigleisigen Gewerkschaftspolitik wurde so zu einem zentralen Grundsatz der amerikanischen extremen Linken in der Periode unmittelbar vor und während des Ersten Weltkriegs.

Die Wobblies bezogen eine kämpferische Position gegen den Krieg, als 1917 der US-Imperialismus in den europäischen Konflikt eintrat (ein klares Zeichen dafür, daß die IWW eine ganz andere Art von Organisation war als die französische CGT trotz der gemeinsamen syndikalistischen Doktrin). Während die US-Regierung allgemeinen Chauvinismus mobilisierte, zerschlug sie praktisch die IWW durch massive Polizeirepression unter Beihilfe von außerhalb des Gesetzes stehenden Bürgerwehren. Frank Little, ein Indianer und Organisator der IWW in den Kupferminen, wurde 1917 in Butte, Montana, gelyncht. 1918 wurden Tausende von mexikanischen Bergarbeitern in Arizona und New Mexico, die in der IWW organisiert waren, in Eisenbahnwaggons verfrachtet und in der Wüste ausgesetzt. Zur gleichen Zeit führte der durch den Krieg erzeugte wirtschaftliche Boom zu einem beträchtlichen Wachstum der AFL-Gewerkschaften, und in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg erfaßte eine Welle von Arbeitermilitanz diese Gewerkschaften.

Dennoch stellten sich ehemalige IWW-Aktivisten und IWW-Sympathisanten wie John Reed, die einen wichtigen Teil der Kader und Führer der frühen kommunistischen Bewegung in den USA bildeten, aus Prinzip gegen eine Arbeit in den prokapitalistischen AFL-Gewerkschaften, obwohl diese inzwischen nahezu die Gesamtheit der organisierten Arbeiterbewegung in den USA darstellten. Eine der wichtigeren Auseinandersetzungen in der Gründungsperiode der Kommunistischen Internationale ging um die Frage der revolutionären zweigleisigen Gewerkschaftspolitik in den Vereinigten Staaten und anderswo. Lenins Broschüre „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" von 1920 beschäftigte sich mit dieser Doktrin:

> „Gerade die absurde ‚Theorie', wonach sich die Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese ‚linken' Kommunisten zur Frage der Beeinflussung der ‚Massen' verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den .Massen' Mißbrauch treiben. Will man der .Masse' helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der ‚Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt *dort arbeiten, wo die Massen sind."* (Hervorhebung im Original)

Die Gewerkschaftsfrage: Anarchismus, Syndikalismus und Leninismus

Bei einer anarchistischen Konferenz im Jahre 1907 warnte der alte italienische Bakunist Errico Malatesta vor dem, was er als die Gefahren des Syndikalismus für die anarchistische Bewegung ansah:

> „Man kann nicht leugnen, daß syndikalistische Aktionen uns gewissen Gefahren aussetzen. Die größte dieser Gefahren liegt zweifellos darin, daß der Aktivist einen Posten in den Syndikaten annimmt, vor allem wenn es ein bezahlter Posten ist. Laßt es uns als eine allgemeine Regel festhalten: Der Anarchist, der auf Dauer ein bezahlter Funktionär in einem Syndikat wird, ist verloren für die Propaganda, ist verloren für den Anarchismus! Von da an ist er denjenigen gegenüber in der Pflicht, die ihn bezahlen, und weil diese nicht alle Anarchisten sind, muß der bezahlte Funktionär - zwischen seinem Gewissen und seinen Interessen stehend - entweder seinem Gewissen folgen und seine Stellung verlieren oder seinen Interessen folgen - und dann Anarchismus ade!" (abgedruckt als „Syndicalism: A Critique" [Syndikalismus: Eine Kritik] in George Woodcock, Hrsg., *The Anarchist Reader* [Das anarchistische Handbuch])

Deshalb bestand Malatesta darauf, daß anarchistische Aktivisten, sei es in den Gewerkschaften oder außerhalb, sich darauf beschränken sollten, die Prinzipien und das Programm des Anarchismus zu erklären und zu verteidigen. Wenn die große Mehrheit der Werktätigen für die anarchistische Vision der Zukunft gewonnen wäre ... dann, voil , gibt es die Revolution.

Angesichts der weiteren Entwicklung der französischen CGT war Malatestas Besorgnis, daß syndikalistische Aktivisten ihre revolutionären Prinzipien aufgeben würden, um ihre Gewerkschaftsposten zu behalten, sicherlich berechtigt. Aber das alte bakunistische vorbeugende Heilmittel gegen die bürokratische Degeneration von Revolutionären ist allerdings genauso schlimm wie die Krankheit. Wenn Revolutionäre sich aus Prinzip weigern, jemals Gewerkschaftsfunktionär zu werden, bedeutet das, die Führung der wirtschaftlichen Massenorganisation der Arbeiterklasse den (verhärteten und sonstigen) Opportunisten, (offenen und versteckten) Reformisten und sogar Reaktionären zu überlassen. Dies wird sicherstellen, daß es niemals eine proletarische Revolution geben wird und daß die Gewerkschaften noch nicht einmal die Interessen der Arbeiterklasse so gut, wie es im Rahmen des Kapitalismus überhaupt möglich ist, vertreten werden. Eine Voraussetzung für eine sozialistische Revolution ist eine starke Arbeiterbewegung mit Massengewerkschaften, Fabrikkomitees usw. Der Schlüssel ist die Führung einer revolutionären Avantgardepartei.

Während des Ersten Weltkriegs griffen die russischen Bolschewiki den Verrat und die allgemeine Erbärmlichkeit des Parlamentarismus der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre genauso scharf an, wie es die Anarchisten taten, wenn nicht noch schärfer. Aber sie haben daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen, daß die Arbeiter ohne Massengewerkschaften und politische Parteien auskommen sollten. Wie der bolschewistische Führer Grigori Sinowjew 1916 in *Der Krieg und die Krise des Sozialismus* schrieb:

> „Zum Zeitpunkt der Krise wegen des Krieges spielte die Arbeiterbürokratie die Rolle eines reaktionären Faktors ... Aber das bedeutet nicht, daß die Arbeiterbewegung ohne einen großen organisatorischen Apparat auskommen kann; ohne ein ganzes Spektrum von Menschen, die sich besonders der Aufgabe verpflichtet haben, der proletarischen Organisation zu dienen. Wir wollen nicht zu der Zeit zurückgehen, als die Arbeiterbewegung so schwach war, daß sie ohne eigene Angestellte und Funktionäre auskommen konnte, sondern wir wollen vorwärtsgehen zu der Zeit, in der die Arbeiterbewegung etwas anderes sein wird, in der die starke Bewegung des Proletariats sich die Schicht der Funktionäre unterordnet, in der die Routine zerstört wird, bürokratische Aushöhlung ausgelöscht wird; die neue Menschen an die Oberfläche bringt, ihnen Kampfesmut einflößt, sie mit einem neuen Kampfgeist erfüllt." (Übersetzt aus *New International,* „The War and the Crisis of Socialism", New York, März-Juni 1942)

Eine leninistische Partei ist ein Gegengewicht zu dem unvermeidlichen Druck auf revolutionäre Aktivisten, die um die Führung in Massenorganisationen kämpfen. Anders als bei einer Gewerkschaft oder einem Fabrikkomitee beruht die Mitgliedschaft in und die Unterstützung für eine politische Partei darauf, daß man ihr Programm akzeptiert und den ihm zugrundeliegenden Prinzipien zustimmt. Bei seiner Argumentation für die Notwendigkeit einer eigenständigen Partei der revolutionären proletarischen Avantgarde betonte Lenin, daß es in der Arbeiterklasse verschiedene Niveaus von Bewußtsein gibt. Viele Arbeiter haben reformistische Illusionen und sind durchdrungen von nationalem Chauvinismus, Rassismus und anderen Ausdrucksformen der sozialen Reaktion, von Religiosität und dem Wunsch, einen kleinen Laden aufzumachen, bis zum Verprügeln der Ehefrau. Durch ihre Zeitung, durch Demonstrationen und andere Aktionen, durch die Intervention in soziale Protestbewegungen der Unterdrückten und den Kampf um die Führung dieser Bewegungen - und, wo angemessen, durch Teilnahme an Parlaments- und anderen Wahlen - kann eine kommunistische Partei diejenigen Arbeiter anziehen und organisieren, die den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems unterstützen, was sie von denjenigen Arbeitern *unterscheidet,* die nicht über kämpferisches Gewerkschaftertum hinausgegangen sind.

An dieser Stelle kann man die französischen Syndikalisten in der Zeit vor 1914 den russischen Bolschewik! in der gleichen Periode gegenüberstellen. Der Antiparlamentarismus der CGT-Führung verhinderte tatsächlich, daß französische Arbeiter eine klare Entscheidung zwischen revolutionärer und reformistischer Politik treffen konnten. Statt dessen führten klassenbewußte französische Arbeiter ein gespaltenes Leben: Sie waren Syndikalisten in ökonomischen Kämpfen gegen die Unternehmer, und sie waren Sozialisten, wenn es um die Wahl von Parlamentsabgeordneten oder örtlichen Regierungsbeamten ging. Außerdem hatte die französische Sozialistische Partei sowohl offen reformistische als auch vorgeblich marxistische Fraktionen in ihren Reihen.



kein Bildnachweis

Wobbly-Führer „Big Bill" Haywood (rechts) in Moskau 1922, zusammen mit früherem IWW-Organisator James P. Cannon, der später der Begründer und Führer des amerikanischen Trotzkismus wurde

Die politische Landschaft der russischen Arbeiterbewegung in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war ganz anders. Dort hatte sich die Organisation der revolutionären Aktivisten (die Partei der Bolschewik!) sowohl von den Gewerkschaften, Fabrikkomitees usw. als auch den reformistischen/zentristischen Sozialisten (den Menschewiki) klar abgegrenzt. Ein russischer Arbeiter, der die Bolschewiki aktiv und direkt unterstützte (der z. B. die illegale Literatur der Partei verbreitete), war durch ein höheres Niveau von politischem Bewußtsein motiviert als einer, der einfach für einen bolschewistischen Kollegen als Führer eines Streikkomitees stimmte. Die Bolschewik! stellten auch Kandidaten (eine Reihe von ihnen haben gewonnen) bei Wahlen zur Arbeitefsektion der zaristischen Duma (Parlament) auf und stellten sich damit nicht nur gegen die liberalen und reaktionären Parteien, sondern auch gegen die volkstümlerischen Sozialrevolutionäre und die Menschewiki. Die Bolschewik! organisierten die *revolutionäre Avantgarde* der russischen Arbeiterklasse, was es ihnen später ermöglichte, im Oktober 1917 die erste erfolgreiche proletarische Revolution in der Weltgeschichte anzuführen.

[WIRD FORTGESETZT]

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 1

verheerenden Verluste der russischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg sowie das Scheitern und die Niederlagen der proletarischen Revolutionen in anderen Ländern - zum großen Teil aufgrund des Verrats der westeuropäischen Sozialdemokratie - bahnten der politischen Konterrevolution von 1923/24 den Weg. Dieser sowjetische Thermidor führte zur jahrzehntelangen Mißwirtschaft und Unterdrückung durch eine nationalistische, parasitäre Kaste unter Stalin und seinen Erben. Das Endergebnis der stalinistischen Verratspolitik - gerechtfertigt durch die Lüge über den „Aufbau des Sozialismus in einem Land", wonach international die Arbeiterrevolution den Zugeständnissen an den Imperialismus untergeordnet wurde - bestand in der kapitalistischen Konterrevolution, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat in den Jahren 1991/92 zerstörte. Wir Trotzkisten haben die Oktobererrungenschaften immer gegen Imperialismus und Konterrevolution verteidigt und für die proletarisch-politische Revolution gekämpft, um die stalinistischen Usurpatoren hinwegzufegen. Heute kämpfen wir für neue Oktoberrevolutionen als einzige Antwort auf die sich verschärfende kapitalistische Reaktion.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat zu verschärften interimperialistischen Konflikten über die Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsmöglichkeiten geführt, was letztlich die Gefahr eines dritten Weltkrieges bedeutet. Das globale System des „Freihandels" - der wirtschaftliche Kitt, der das von den USA dominierte antisowjetische Bündnis zusammenhielt - bröckelt auseinander, da die wichtigsten kapitalistischen Mächte rivalisierende Handelsblöcke bilden: eine von Deutschland geführte Europäische Union mit Osteuropa als Hinterland; eine von Japan geführte „Ostasiatische Wohlstandssphäre" mit Südostasien als Niedriglohn-Werkstatt; und ein von den USA dominiertes Nordamerikanisches Handelsabkommen zum Nutzen der amerikanischen Bourgeoisie, ihres kanadischen Juniorpartners und ihrer Lakaien in der herrschenden Klasse Mexikos. Wie wir in einer gemeinsamen Erklärung der Spartacist League/U.S., der Grupo Espartaquista de Mexico und der Trotskyist League of Canada unter dem Titel „Stoppt die Plünderung Mexikos durch den US-,Freihandel'" (*Workers Vanguard,* 5. Juli 1991) schrieben:

> „Schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs stellte Lenin fest, daß die engen Grenzen des kapitalistischen Nationalstaates eine Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden waren und einen Kampf über die Neuaufteilung der Welt ausgelöst hatten. Die verschiedenen .Gemeinsamen Märkte' werden dies nicht überwinden, sondern im Gegenteil interimperialistische Rivalitäten vertiefen. Wir Trotzkisten, wir Kommunisten kämpfen für die wirtschaftliche Integration der Welt auf-einer sozialistischen Grundlage."

Die Bourgeoisien müssen die Ausbeutungsrate drastisch erhöhen und ihre Arbeitskosten senken, um international konkurrieren zu können. Die Sozialleistungen, die zur Zeit in Westeuropa unter Beschüß stehen, wurden im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg gewährt, um das abzuwenden, was die Kapitalisten als „kommunistische Gefahr" sahen. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die imperialistischen Bourgeoisien daran gegangen, den „Sozialstaat" zu demontieren.

Dieser Kahlschlagkurs hat defensive Arbeiterkämpfe hervorgerufen, insbesondere in Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland - oftmals in einem seit Jahrzehnten nicht gesehenen Ausmaß. In Belgien, Spanien und Frankreich haben Renault-Arbeiter international koordinierte Protestversammlungen und Fabrikbesetzungen gegen Betriebsschließungen, die Tausende Arbeitsplätze gefährden, durchgeführt. In Deutschland haben im März 85 000 Bergleute im Ruhrgebiet und im Saarland gegen Zechenschließungen und Entlassungen die Arbeit niedergelegt. Jedesmal haben die reformistischen Massenparteien diese Kämpfe verraten und versucht, sie so weit wie möglich in die Sackgasse des Parlamentarismus abzulenken. Damit stellt sich die dringende Aufgabe, eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse zu schmieden. Die IKL kämpft dafür, bolschewistische Parteien aufzubauen, die das Proletariat gegen das gesamte kapitalistische System bis hin zur Eroberung der proletarischen Staatsmacht führen.

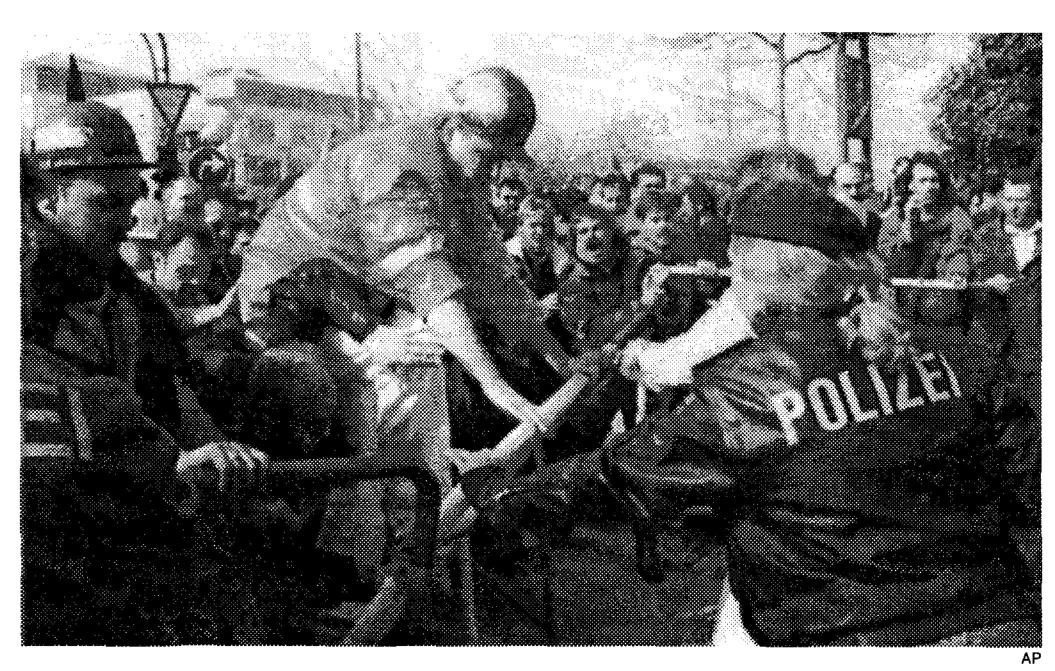
Eine Anzahl von Organisationen, darunter zentral das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) des verstorbenen Ernest Mandel, versucht sich die anwachsende und massenhafte Opposition gegen die mit Maastricht verbundene Austeritätspolitik zunutze zu machen und veranstaltet am 14. Juni in Amsterdam einen „Euromarsch '97", der zeitgleich mit einer EU-Konferenz stattfindet, wo über die Bedingungen von „Maastricht II" verhandelt werden soll. Die offiziellen Forderungen des Marsches sind: für Vollbeschäftigung, Verteidigung der Sozialleistungen und gegen soziale „Ausgrenzung". Es gibt *keinen Aufruf,* den Rassismus oder Faschismus zu bekämpfen, und die aufgestellten Forderungen sind alle auf einen Rahmen zugeschnitten, der das kapitalistische System *akzeptiert.*

Die Absicht der Organisatoren dieses Marsches, die bei den Wahlen in Frankreich die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunistische Partei (KPF) unterstützten, besteht einfach darin, auf die reformistischen Irreführer Druck auszuüben. Vor größeren klassenfremden Kräften auf dem Bauch zu liegen ist für die Pseudolinke nichts Neues. Während des ganzen zweiten Kalten Krieges, der mit der wutentbrannten Reaktion der Imperialisten auf den Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan 1979 begann, haben solche Gruppen wie das VS, die überwiegend in Britannien existierende Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) und die Socialist Workers Party von Tony Cliff (in Deutschland Linksruck-Jusos und Internationale Sozialistische Organisation) ihrer eigenen herrschenden Klasse und deren Lakaien in der Arbeiterbewegung nachgeplappert, wenn es darum ging, jeden möglichen konterrevolutionären Abschaum in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa zu unterstützen. So unterstützten sie die mit Nazis verseuchten baltischen Nationalisten; die Solidarnoœæ von Lech Wa³êsa (die einzige „Gewerkschaft" auf der Welt, die vom Vatikan, Reagan und Thatcher unterstützt wurde); und Jelzins Putsch in Rußland im August 1991. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion spielen jetzt Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die französische Gruppe des VS, eine offenere Rolle als linkssozialdemokratische Pressure-groups gegenüber den reformistischen Arbeitermassenparteien und als Ratgeber für die Spitzenbürokraten der Gewerkschaften.

Die Sozialisten unter Lionel Jospin haben auf zynische Weise versucht, die starken Abneigungen der Arbeiterklasse gegen Maastricht auszunutzen, während sie gleichzeitig dem Maastricht-Programm verpflichtet bleiben. Mit dem Ziel der Besänftigung der Arbeiterunruhen, die Frankreich erschüttert haben, verbreiten sie leere liberale Plattheiten über eine „Neuorientierung für den Aufbau Europas" im Zusammenhang mit einer Politik, die „im Dienste der Menschen" stehen würde. Aber Mitterrands Erben sind nicht weniger den Interessen der Pariser Börse verpflichtet als die letzte sozialistisch geführte Regierung, deren Wirtschaftsprogramm sich als *Le franc fort"* (starker Franc) und Maastricht zusammenfassen ließ. Die neue „Kohabitation" genannte Regierung von Chirac und Jospin, einschließlich KPF, wird die brutalen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Armen fortsetzen; der Polizeiterror gegen ethnische Minderheiten im Inland

und die imperialistische Ausplünderung in den afrikanischen und anderen französischen Kolonien und Neokolonien wird weitergehen. Tatsächlich hat der Faschist Le Pen starke Andeutungen gemacht, daß seine Unterstützer in der zweiten Runde der Wahl die Kandidaten der Volksfront gegen Chirac & Co. wählen sollten.

Im Kielwasser von Jospins PS erklären die Euromarsch-Organisatoren in einem Brief an die aufrufenden Organisationen, daß ihr Hauptziel darin besteht, „die ganze Ausrichtung der Europäischen Union und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalen Regierungen umzukehren". Tatsächlich richtet sich das Programm des Euromarsches nicht einmal gegen die Europäische Union oder den Maastrichter Vertrag. Gleichzeitig prahlen die VS-Organisatoren damit, daß die Unterstützer des Euromarschs „diejenigen [umfassen], die aus Prinzip gegen den Vertrag sind, und diejenigen, die es nicht sind" *(Socialist Outlook,* März 1997). Während einige der Teilnehmer Lippenbekenntnisse für ein „Arbeitereuropa" oder für ein „Vereinigtes Sozialistisches Europa" ablegen, *unterstützen sie alle* die sozialdemokratischen und exstalinistischen Arbeiterleutnants des Kapitals - die Partei der Demokratischen Linken und Rifondazione Comunista (RC), die in Italiens kapitalistischer Kahlschlag- und Volksfront-Regierung sitzt beziehungsweise diese stützt; die PS und KPF in Frankreich; Blairs New Labour Party in Britannien. So haben die am Euromarsch teilnehmenden britischen Gruppen in ihren Zeitungen den Aufruf *„Wählt Labour*[11] zu Riesenbuchstaben aufgeblasen.



AP

Bergarbeiter stürmen Bonn. Nur internationale sozialistische Planwirtschaft kann ihnen eine Perspektive bieten

Im Gegensatz dazu vertritt die IKL die Meinung, daß wirksamer Widerstand gegen die aktuelle kapitalistische Offensive eine revolutionäre internationalistische Perspektive und ein ebensolches Programm erfordert. Die Bourgeoisien in Europa sind fest entschlossen, schonungslos gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, Arbeitsplätze zu vernichten, Löhne zu senken, Sozialleistungen zu streichen, und sie treffen damit am härtesten die schwächsten Teile der Gesellschaft. Immigranten, Asylsuchende und ethnische Minderheiten werden zu Sündenböcken gemacht von den kapitalistischen Herrschern, die Rassismus benutzen, um die werktätigen Massen zu spalten und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu vergiften. In dem Maße, wie die Restauration des Kapitalismus Osteuropa verwüstet und die imperialistische Ausdehnung die Massen der neokolonialen „Dritten Welt" in immer drückendere Armut treibt, steigt die Zahl der Flüchtlinge, die mit Einreiseverbot oder mit Abschiebung aus der „Festung Europa" bedroht werden - ebenso nimmt der tödliche rassistische Terror von Bullen und Nazibanden zu, die in Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich dramatisch angewachsen sind.

Der Faschismus nährt sich aus der Massenarbeitslosigkeit und Verzweiflung, und in ganz Europa ist der rassistische Terror gegen Immigranten und Roma der Rammbock für die kapitalistischen Angriffe auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und Minderheiten müssen gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden. Daher ist die Verteidigung von Immigrantengemeinden - basierend auf der Forderung *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Asylsuchende* - gegen Angriffe der Regierung und der Faschisten der Schlüssel dafür, den Kampf der Arbeiterklasse in Westeuropa weiter voranzubringen.

Außerdem, wie wir im *Spartakist,* November/Dezember 1996, schrieben:

> „Wie schwarze Amerikaner sind auch die dunkelhäutigen Proletarier Westeuropas nicht einfach schutzlose Opfer, sondern ein sehr wichtiger Bestandteil der Kräfte, die in der Lage sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Transportarbeiter und südasiatische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische arabische und berberische Autoarbeiter in Frankreich, türkische Bergarbeiter und kurdische Chemiearbeiter in Deutschland werden in einer europäischen proletarischen Revolution eine wichtige Rolle spielen. Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen .Dritten Welt', ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Diese Perspektive zu verwirklichen erfordert vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki."

Für proletarischen Kampf gegen die Europäische Union

Jetzt befürchten die westeuropäischen Mächte, daß das Hauptziel des Maastrichter Vertrages von 1992, nämlich die Einführung der „Währungsunion", möglicherweise vertagt oder gestrichen wird. Die Wahlen in Frankreich wurden von Chirac angesetzt, um ein Mandat für weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse zu erhalten, das notwendig ist, um die Kriterien der Währungsunion fristgemäß zu erfüllen. Doch die Proteststimmen gegen die staatlichen Kürzungen, die im Dezember 1995 zu massiven Streiks im öffentlichen Dienst führten, ermöglichten den Sieg der von den Sozialisten geführten Koalition. Es ist jetzt wenig wahrscheinlich, daß selbst das imperialistische Deutschland die wirtschaftlichen Kriterien für die Währungsunion erfüllen kann.

Wie die Ligue trotskyste de France, Sektion der IKL, in ihrer Erklärung vom 15. Mai zu den Wahlen in Frankreich bemerkte:

> „Falls morgen die Währungsunion' gestrichen oder auf unbestimmte Zeit vertagt würde angesichts von Arbeiterkämpfen, wäre dies ein Sieg für die Arbeiter, die über-

Fortgesetzt auf Seite 26

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 25

all in Europa einen harten Widerstand gegen die kapitalistische Offensive an den Tag gelegt haben...

Doch wäre ein solcher Sieg notwendigerweise zeitlich begrenzt und umkehrbar. Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist es unmöglich, Arbeitslosigkeit, Austerität und Rassismus abzuschaffen."

Manche reformistischen Organisationen, wie z.B. die Socialist Labour Party (SLP) von Arthur Scargill und die französische KP, stellen die EU und den Maastrichter Vertrag als den Hauptgrund für steigende Arbeitslosigkeit, Kürzung der Staatsausgaben und die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hin. Damit verschleiern sie die Tatsache, daß der Hauptfeind der Arbeiter in jedem Land ihre „eigene" Bourgeoisie ist, mit oder ohne Maastrichter Vertrag. Dabei muß man daran denken, daß zuerst Britannien unter Thatcher den „Sozialstaat" zerstörte, und zwar Jahre bevor von einer gemeinsamen europäischen Währung ernsthaft die Rede war. In den 80er Jahren verfolgte die französische Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand (unterstützt von der KPF) die meiste Zeit eine rigide monetaristische Austeritätspolitik. Als Ergebnis stieg die Arbeitslosigkeit ständig von 6 Prozent 1981, als die „Union de la Gauche" an die Macht kam, auf das Doppelte vor zwei Jahren, als Chirac Mitterrand ablöste.

Unsere Opposition zu Maastricht und zur EU beruht auf einer Perspektive des proletarischen Internationalismus und steht im Gegensatz zum nationalistischen Protektionismus, den die KPF und SLP betreiben, die entweder dazu aufrufen: „Produziert Französisch",-oder: „Stoppt den Import von Kohle" nach Britannien. 1992 traten Scargill, Führer der Bergarbeitergewerkschaft, und Winston Churchill Junior, ein berüchtigter Rassist, gemeinsam bei einer Kampagne zur „Rettung der britischen Kohle" auf. Ähnlich forderte der deutsche IG-Metall-Führer Klaus Zwickel „Einwanderungsquoten" zur „Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes", und die deutsche Bauarbeitergewerkschaft organisierte eine Demonstration, die sich ausdrücklich gegen portugiesische, polnische und russische Arbeiter richtete. Nationalismus ist Gift für die Arbeiterklasse und schürt Rassismus dadurch, daß er Teile der Arbeiterklasse innerhalb eines jeden Landes und der verschiedenen Länder gegeneinander hetzt.

Die Macht der Arbeiterklasse muß dafür mobilisiert werden, für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht zu kämpfen, damit die Arbeit auf alle Hände verteilt und der Lebensstandard der Arbeiter aufrechterhalten wird. Der Versuch der Bosse, ein Zwei-Klassen-Lohnsystem zu schaffen, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter der gleichen Industrie umfassen. Die Massenarbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen am härtesten getroffen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen zu erreichen, muß man die Massen systematisch zur proletarischen Revolution mobilisieren.

Die Arbeiterklasse muß rassistischen Terror bekämpfen

Die tödliche Gefahr eines derartigen Nationalismus war klar, als im Februar in Berlin-Hellersdorf die faschistischen „Jungen Nationaldemokraten" eine mörderische rassistische Provokation unter der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche" durchzuführen versuchten. Aber die Nazi/Skinhead-Provokation wurde durch eine Einheitsfront-Mobilisierung von Hunderten antifaschistischen Demonstranten verhindert. Für diesen bescheidenen, aber politisch wichtigen Sieg über die Faschisten, die sich unter starkem Polizeischutz panikartig verkriechen mußten, war ein politischer Kampf gegen die Abwiegeleien der sozialdemokratischen Parteien SPD und PDS erforderlich. Diejenigen, die die Nazis *stoppen* wollten, wurden unter der Führung der Spartakist-Arbeiterpartei mobilisiert.

Im Grunde erwarten die Reformisten von den Kräften des rassistischen kapitalistischen Staates, daß diese mit den Faschisten fertig werden. Doch jedes Verbot oder jede andere Maßnahme des bürgerlichen Staates gegen die Faschisten - die bewaffneten Banden zur Verteidigung des Kapitals, die von den Herrschenden in Reserve gehalten werden, damit diese sie gegen das Proletariat einsetzen können - wird sich letzten Endes gegen die Arbeiterorganisationen richten. Im Gegensatz dazu wissen wir, daß zur Zerschlagung der faschistischen Banden die Mobilisierung der sozialen Macht des organisierten Proletariats - das an der Spitze aller Unterdrückten steht - erforderlich ist. Diese Perspektive zeigte sich bei Einheitsfront-Massenaktionen, die von der Spartacist League/U.S. initiiert wurden und die den Ku Klux Klan und Nazi-Provokationen in einer Reihe von Städten gestoppt haben.

Gerade die Politik der reformistischen Massenparteien - die als Teil des „Establishments" gelten und eingeschworene Verteidiger des kapitalistischen Status quo sind, der immer unerträglicher wird - erzeugt in Wirklichkeit das Wachstum der faschistischen Gefahr. Diese Reformisten haben nichts anderes anzubieten als noch mehr Kahlschlag, Arbeitslosigkeit, Angriffe auf Sozialleistungen, Massenabschiebungen von „illegalen" Immigranten. Die Faschisten haben es dann einfach, sich in den Augen des Kleinbürgertums und der rückständigsten Arbeiter als die einzige „radikale" Alternative zur bestehenden Ordnung hinzustellen.

Man muß der chauvinistischen Demagogie von Le Pen oder Haider in Österreich, die ein Ende der Arbeitslosigkeit durch Massenabschiebungen von Immigranten versprechen, die sozialistische Neuorganisierung der Wirtschaft der europäischen Länder entgegenstellen, die allein Arbeit für alle bei rasch steigendem Lebensstandard schaffen kann. Wie Trotzki 1930 schrieb, als unter der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise die Nazi-Partei zur wirklichen Gefahr wurde und die Macht zu ergreifen drohte:

> „Das Problem der Arbeitslosigkeit ist einer der wichtigsten Bestandteile der politischen Krise. Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und für den Sieben-Stunden-Tag bleibt ganz und gar aktuell...
>
> *Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas,* das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang bedroht.
>
> Die Losung der proletarischen Vereinigung Europas bildet gleichzeitig eine sehr wichtige Waffe im Kampf gegen den niederträchtigen faschistischen Chauvinismus, gegen die Frankreichhetze usw." („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland", 26. September 1930)

Ein kapitalistischer „SuperStaat" Europa? Utopisch und reaktionär

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorläufer der Europäischen Union, wurde Mitte der 50er Jahre als ökonomisches Anhängsel zum NATO-Militärbündnis gegen den Sowjetblock gegründet. Ihr Vorgänger war der vom US-Imperialismus Ende der 40er Jahre durchgeführte Marshall-Plan des Kalten Kriegs. Doch seit der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR und Osteuropa ist das wiederver-

einigte Vierte Reich noch dominierender in der EU geworden, wobei die Bundesbank geradezu besessen die Austeritätspolitik vom Mittelmeer bis zur Ostsee diktiert. Deutschlands erneuter Drang zur Vorherrschaft in Europa hat innerhalb der herrschenden Klassen der anderen EU-Länder scharfe Trennungslinien hervorgerufen, besonders bei Britannien und Frankreich, Deutschlands Gegnern in zwei Weltkriegen. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte der Amsterdamer Konferenz voraus, daß sie zu einer „Nacht der langen Messer" werden könnte, was einen mit Schaudern daran erinnert, daß das Vierte Reich der Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich ist.

Die Kontrolle über die Geldmenge innerhalb der eigenen Grenzen ist eine wirtschaftliche Grundvoraussetzung für einen bürgerlichen Staat, die notwendigerweise eng verknüpft ist mit anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik. Ein stabiles Währungssystem auf der Basis des „Euro" würde strenge und ständige Einschränkungen von Steuereinnahmen und Staatsausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten erfordern. Das ist genau das, was Kohl und die Bundesbank jetzt verlangen. Aber da der Kapitalismus auf der Grundlage einzelner Nationalstaaten organisiert ist, was die Ursache von wiederholten imperialistischen Kriegen zur Neuaufteilung der Welt ist, ist es unmöglich, einen stabilen alleuropäischen bürgerlichen Staat zustande zu bringen. Ein imperialistischer „Superstaat" Europa kann nur durch die Methoden von Adolf Hitler erreicht werden, nicht durch die Methoden von Jacques Delors, dem französischen sozialdemokratischen Architekten von Maastricht. Sollte das Maastrichter Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung zustande kommen, würde das nur auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen.



B. Bisson/Sygma

Massendemonstration in Brüssel: Von Belgien bis Spanien streikten Renault-Arbeiter gegen Austeritätspolitik der Kapitalisten

Die Vorstellung einer allmählichen Evolution hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa" unter dem Kapitalismus ist eine utopische Phantasie. Lenins Verurteilung dieses Konzepts 1915 war eindeutig:

> „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die fortgeschrittenen' und .zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...
> Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte." („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", August 1915)

Im *Kommunistischen Manifest* von 1848 stellten Marx und Engels fest, daß das kapitalistische System einen Weltmarkt hervorgebracht und damit die Grundlage für proletarischen Internationalismus geschaffen hatte. Nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats wenigstens in mehreren fortgeschrittenen Industrieländern wird eine rational geplante Wirtschaft ermöglichen und dabei die Produktionskapazität Europas in den Dienst der Werktätigen aller Länder stellen. Nur auf dieser Grundlage können wir von den Vereinigten *Sozialistischen* Staaten von Europa sprechen.

Am linken Rand der europäischen Sozialdemokratie

Die gegenwärtigen Angriffe auf die Arbeiterklasse und Immigranten in Westeuropa wurden vorbereitet durch die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion. In Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind die verheerenden Folgen der kapitalistischen Restauration offenkundig: von interkommunalem Gemetzel bis zu weitverbreitetem Hunger und Obdachlosigkeit. In Polen und in anderen Ländern wurden Frauen aus dem Arbeitsprozeß vertrieben, und gleichzeitig wurde ihnen das Recht auf Abtreibung drastisch beschnitten. Die Auswirkung der Konterrevolution, sowohl in den ehemaligen degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten als auch international, unterstreicht, wie richtig die trotzkistische Position zur russischen Frage war: für bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution und für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Das ist weiterhin unser Programm für die übriggebliebenen Arbeiterstaaten China, Vietnam, Nordkorea und Kuba.

1979 sagten wir „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und: „Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!" Wir stellten fest, daß die Rote Armee den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gegen den Imperialismus verteidigte und auf der Seite des sozialen Fortschritts war, weil sie die Rechte der Frauen gegen die von der CIA unterstützten reaktionären Mudschaheddin verteidigte. Seit sich Solidarnosc in Polen im Herbst 1981 auf ein offen proimperialistisches Programm festgelegt hatte, erhoben wir die Forderung: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarnosc!" Acht Jahre später mobilisierten wir unsere Kräfte, um in der DDR der sich entfaltenden politischen Revolution, die vor der Öffnung der Berliner Mauer ausbrach, revolutionäre Führung zu geben. Während Gorbatschow der kapitalistischen Wiedervereinigung grünes Licht gab und die Stalinisten der SED-PDS die DDR ausverkauften, standen wir in bedingungsloser Opposition gegen den kapitalistischen Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch den deutschen Imperialismus. Wir kämpften für ein Rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Fortgesetzt auf Seite 28

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 27

Heute, wo sich die westeuropäischen Bourgeoisien über den „Tod des Kommunismus" ergötzen und die staatlichen Sozialleistungen zerschlagen, sind die eh' schon sehr zahmen sozialdemokratischen und exstalinistischen Massenparteien noch weiter nach rechts gegangen. An vorderster Stelle steht Tony Blairs New Labour in Britannien, deren Führer sie in eine ausgesprochen bürgerliche Partei nach dem Vorbild von Clintons Demokraten in den USA ummodeln wollen. Blairs Partei hat ihre wenigen Punkte, mit denen sie noch.vorgab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, fallengelassen und beabsichtigt, die Verbindung von Labour zu den Gewerkschaften zu kappen.

Im Einklang mit dieser Rechtswende unterstützt eine Menge pseudotrotzkistischer Gruppen offen die Lüge, daß der Kapitalismus reformiert werden könne. Eine der kleineren an der Euromarsch-Kampagne beteiligten zentristischen Gruppen, die britische Gruppe Workers Power (WP) und ihre Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI), behauptet tatsächlich, daß die Europäische Union und eine gemeinsame europäische Währung etwas Fortschrittliches seien oder das Potential dazu haben. WP vertrat bei den Maastricht-Referenden 1992 die Position der Stimmenthaltung. Im Kielwasser von Blairs Lobeshymnen auf eine EU-„Sozialcharta" argumentierte WP, daß „die Bedingungen des Maastrichter Abkommens auch eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften auf solche Staaten sein könnten, wo die Arbeiterklasse diese Errungenschaften nie gewonnen hatte oder wo sie sie verloren hat", und fügte hinzu, daß „die europäischen Arbeiter nach der Inkraftsetzung der Maastrichter Bedingungen bis zu einem gewissen Grad besser gerüstet sein werden, um auf kontinentaler Ebene zurückzuschlagen" *(Workers Power, Juni* 1992).

Heute halten diese EU-Sozialisten immer noch daran fest, daß Maastricht einem national „isolierten" Kapitalismus vorzuziehen sei:

> „Die Nationalstaaten würden genau dieselbe arbeiterfeindliche Politik durchführen, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der EU sind. In dem Maße, wie sie auf kleinere Märkte zurückgeworfen und mit schärferen Konkurrenzbedingungen konfrontiert würden, müßten ihre Kapitalisten die Angriffe verdoppeln." („Build a United Socialist Europe!" [Für den Aufbau eines Vereinigten Sozialistischen Europas!], *Workers Power,* Mai 1997)

Die LRKI gibt hier auf ihre Weise die Drohungen der Bundesbank und der internationalen Finanzwelt wieder, daß in den EU-Mitgliedsstaaten, die die gemeinsame Währung nicht akzeptieren, eine massive Kapitalflucht einsetzen würde und die ökonomischen Schwierigkeiten im Vergleich zu den Folgen der Maastrichter Konvergenzkriterien noch schlimmer wären. Genau diese Art von Argumenten wird sowohl von Kapitalisten als auch von Arbeiterbürokraten benutzt, die damit in Europa auf nationalstaatlicher Ebene gegen höhere Löhne und Sozialleistungen auftreten.

Die Antwort der LRKI auf Maastricht ist eine Parodie des parlamentarischen Kretinismus:

> „Für die Auflösung des machtlosen Europaparlaments und für die Einberufung einer europaweiten Verfassunggebenden Versammlung (organisiert und verteidigt durch die Arbeiterorganisationen), um das Maastrichter Abkommen zu zerreißen und einen neuen Arbeiterplan für ökonomische und politische Konvergenz zu entwerfen, der auf die Bedürfnisse der Arbeiter und nicht der herrschenden Klasse zugeschnitten ist." *(Workers Power,* Januar 1997)

Warum nicht gleich den NATO-Vertrag zerreißen, wenn sie schon mal dabei sind? Oder wie war's mit „Öffnung der Grenzen" der bürgerlichen Staaten - eine andere utopische Forderung von Workers Power/Arbeitermacht? Der Maastrichter Vertrag ist ein Abkommen zwischen bürgerlichen *Staaten.* Wie Marx und Engels vor langer Zeit erklärt haben, gründen sich bürgerliche Staaten letztlich nicht auf Parlamente und Ministerien, sondern auf *Formationen bewaffneter Menschen.* Die Arbeiterklasse kann nur dann die Wirtschafts- und Militärabkommen des kapitalistischen Weltsystems zerreißen, wenn sie den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats in Form einer Arbeiterräteregierung ersetzt. Aber diese Perspektive ist den Zielen der Organisatoren des Euromarsches '97 völlig entgegengesetzt.

In der Praxis läuft der „Internationalismus" von Gruppen wie dem VS, der LRKI und den Zentristen der britischen Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz auf die Unterstützung eines „fortschrittlichen" Imperialismus hinaus. Dies zeigte sich anschaulich bei ihrer gemeinsamen Kampagne „Workers Aid to Bosnia" (Arbeiterhilfe für Bosnien), die ein Deckmantel für die NATO/UN-Intervention auf Seiten der bosnischen Muslime war und den kommunalistischen Krieg auf dem Balkan anheizte. Die Forderung der „Workers Aid"-Kampagne, „das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben", war ein kaum verhüllter Aufruf an den Imperialismus, die bosnisch-muslimischen Kräfte zu bewaffnen. Die Restauration des Kapitalismus im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien führte zu einem allseitigen kommunalistischen Massaker unter den Völkern des Balkans, das durch rivalisierende imperialistische Interventionstruppen angeheizt wurde. Als proletarische Internationalisten stellen wir uns gegen alle konkurrierenden nationalistischen Kräfte, fordern den Rückzug aller imperialistischen Truppen und riefen zur Verteidigung der bosnischen Serben auf, als sie die Zielscheibe von NATO-Bombenangriffen waren. Wir wissen, daß die einzige gerechte Lösung gegenüber dem mörderischen Nationalismus und Kommunalismus in der sozialistischen Revolution liegt, die alle reaktionären Regime hinwegfegt und eine Sozialistische Föderation des Balkans errichtet.

Es ist die Pflicht von Kommunisten in den imperialistischen Ländern, zur militärischen Niederlage der „eigenen" Bourgeoisie in Kriegen gegen die Kolonialländer und Halbkolonien aufzurufen und darauf hinzuarbeiten. Unsere Genossen der LTF kämpfen gegen die blutigen kolonialen Machenschaften der französischen imperialistischen Truppen in Afrika. Im Rahmen der Vorbereitungen zum Euromarsch erklärte die britische Socialist Party (SP, früher Militant Labour; in Deutschland Sozialistische Alternative Voran): „Wir sind Internationalisten und unterstützen eine größere Solidarität und Integration der arbeitenden Völker Europas und der Welt" *(Socialist,* 16. Mai). Der „Internationalismus" der britischen SP geht allerdings nicht so weit, daß sie gegen den britischen Imperialismus in Irland wäre. In Britannien ist sie berüchtigt für ihre Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und zu ihren Veranstaltungen in Belfast und Dublin hat sie einen Repräsentanten der faschistoiden loyalistischen Ulster-Todesschwadronen eingeladen, der für den Mord an zwei Katholiken verurteilt worden ist. Skandalöserweise hat die britische SWP die Entsendung von britischen Truppen nach Nordirland 1969 *unterstützt* unter dem Vorwand, sie würden „Leben retten".

Im krassen Gegensatz zu diesem Sozialchauvinismus kämpfen die Spartacist League/Britain und die Dublin Spartacist Group für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland als Teil des Kampfes für eine irische Arbeiterrepublik innerhalb einer Sozialistischen Föderation der Britischen Inseln. Wie die SL/B in einer Erklärung vom 21. April zu den Wahlen hervorhob:

„Wir sind gegen eine zwangsweise Wiedervereinigung

von Irland und warnen davor, daß es im Rahmen des Kapitalismus keine allen Seiten gerecht werdende Lösung für die nationale Unterdrückung in Irland geben kann. In Nordirland besteht die Situation, daß verschiedene Völkerschaften auf einem gemeinsamen Gebiet leben, wobei gegenwärtig die katholische Minderheit innerhalb des konfessionellen Orange-Kleinstaates unterdrückt wird... Eine proletarische Perspektive ist notwendigerweise internationalistisch und erfordert auf beiden Seiten der irischen Grenze und auf beiden Seiten der Irischen See die Mobilisierung der Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz des britischen Imperialismus, die Zerschlagung des Orange-Kleinstaates im Norden sowie des katholischen Klerikalstaates im Süden."



Christian v. Polentz

15. Februar: Demonstranten in Berlin auf dem Bahnsteig konfrontieren die Nazis, die in einem U-Bahn-Waggon hinter Polizeischutz kauern

Gegen Volksfrontpolitik

Wie Lenin bemerkte, ist es für eine kleine revolutionäre Organisation unter gewissen Bedingungen eine korrekte Taktik, einer größeren reformistischen Arbeiterpartei kritische Wahlunterstützung zu geben. Die Grundvoraussetzung für eine solche Taktik ist, daß die betreffende reformistische Partei sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen unabhängig von den und gegen die Parteien der Bourgeoisie präsentiert. Die kritische Wahlunterstützung verschafft den Revolutionären ein breiteres Gehör für ihre Ansichten und versetzt sie in eine bessere Lage, militante Arbeiter zu gewinnen, die durch den unvermeidlichen Verrat ihrer Führer an deren erklärten Prinzipien und Programmen desillusioniert werden. So hat die Spartacist League/Britain bei den jüngsten Wahlen eine Kampagne für Arthur Scargills SLP geführt, eine linke Abspaltung von Blairs „New" Labour Party. Die SLP, die in Opposition zu New Labour kandidierte, tritt für eine Art „Old Labour"-Reformismus ein.

Wie Lenin und Trotzki steht die IKL prinzipiell gegen jede Art von Bündnissen mit kapitalistischen Parteien („Volksfront"), ob an der Regierung oder in der Opposition, wie in Italien PDS und RC sowie in Frankreich PS und KPF. Die LTF schrieb in ihrem Flugblatt vom 15. Mai, daß die französischen reformistischen Parteien durch ihre Allianz mit bürgerlichen Formationen (darunter der ultrachauvinistische Jean-Pierre Chevenement) „somit Repräsentanten einer *bürgerlichen* Koalition werden. Unter diesen Bedingungen ist eine Stimme für die Parteien in diesen Koalitionen eine Stimme für den Klassenfeind. Das ist ein Bruch mit dem Prinzip der Klassenunabhängigkeit. *Keine Stimme für Arbeiterparteien in Volksfronten! Nein zur Klassenkollaboration!"* Die LTF war auch gegen jede Stimme für Lutte ouvri re, die sich demonstrativ weigert, an Kämpfen gegen die Le-Pen-Faschisten oder gegen Rassismus überhaupt teilzunehmen.

Die französische VS-Sektion LCR und die LRKI-Gruppe Pouvoir ouvrier riefen beide zur Wahl der Pro-Maastricht-Sozialisten und virulenten Chauvinisten der KPF auf. Das führt ihre Sprüche von einem „sozialistischen Europa" ad absurdum. In Italien dient die VS-Sektion als loyale „Opposition" innerhalb von RC, die selbst wiederum als Stütze der kapitalistischen „Mitte-Links"-Regierung von Prodi agiert. Die „Ulivo"-Koalition steuert die brutalen Austeritätsmaßnahmen, mörderische Angriffe auf Immigranten und die imperialistische Militärintervention in Albanien. Die linkeren Elemente im VS schauen auf die zentristische Proposta-Gruppe, geführt von Franco Grisolia, die innerhalb von RC dem Volksfront-Verrat ein „linkes" Gesicht verleiht. Proposta bewies erst kürzlich ihre Treue zum italienischen Imperialismus, als sie für einen Antrag von RC stimmte, mit dem der Militärintervention in Albanien das Feigenblatt der „Vereinten Nationen" übergestülpt werden sollte. Unsere Genossen der Lega trotskista d'Italia verurteilten den blutigen Mord an» 89 albanischen Flüchtlingen durch die italienische Kriegsmarine und forderten: „Italienischer Imperialismus: Blutige Hände weg von Albanien! Volle Staatsbürgerrechte für die albanischen Flüchtlinge und alle Immigranten!"

Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!

Die Sozialdemokraten und Exstalinisten präsentieren sich jetzt als „kleineres Übel", als Befürworter einer geringeren Arbeitslosenrate, eines geringeren Abbaus der Sozialprogramme und insgesamt einer geringeren wirtschaftlichen Verelendung. Und die „linken" Pseudotrotzkisten sind wiederum zu Verteidigern des „sozialstaatlichen" Status quo geworden. Wir treten für ein grundlegend anderes Programm und eine grundlegend andere Perspektive ein: die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, die Enteignung der Produktionsmittel und die Errichtung einer kollektivierten Planwirtschaft unter einer Arbeiterregierung. Wir wollen vorwärtsgehen zu neuen Oktoberrevolutionen in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Wie das *Übergangsprogramm,* das Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938, feststellt:

> „Die Vierte Internationale sucht und erfindet keine Allheilmittel. Sie stellt sich völlig auf den Boden des Marxismus als der einzigen revolutionären Lehre, die dazu befähigt, die Realität zu verstehen, die Ursache der Niederlagen zu erfassen und den Sieg bewußt vorzubereiten. Die Vierte Internationale setzt die Tradition des Bolschewismus fort, der als erster dem Proletariat zeigte, wie man die Macht erobert."

Die IKL hat sich der Aufgabe verpflichtet, Trotzkis Vierte Internationale durch unnachgiebigen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen und exstalinistischen Verräter und ihre zentristischen Anhängsel wiederzuschmieden. •

Kommunistisches Manifest...

Fortsetzung von Seite 15

gen, die sich Marxisten oder Trotzkisten nennen, obwohl sie in der Praxis die grundsätzlichen Prinzipien der marxistischen Bewegung zurückweisen. Nehmt zum Beispiel die britische Militant-Gruppe, die sich jetzt die Socialist Party nennt (in Deutschland Sozialistische Alternative Voran, SAV). Ihre internationale Resolution vor ein paar Jahren hatte drei kleine Thesen, die ihr rührendes Vertrauen in die bürgerliche Gesellschaftsordnung zeigten. Die erste warf daß eine revolutionäre Partei nicht notwendig sei, weil die Arbeiter auf die eine oder andere Weise, durch empirische Erfahrung, ihren eigenen Weg finden würden. Sie schreiben weiter, daß es keinen Atomkrieg geben wird, weil die Bourgeoisie^ rational ist. Und sie schreiben auch, daß es keinen Faschismus geben wird, weil die Bourgeoisie Hitler erlebt hat. All das wird in einem sehr „orthodoxen" Rahmen präsentiert, doch es ist eine völlige Revision von allem, was Marxisten über den Staat, über Imperialismus und über Faschismus wissen.

Dann gibt es David Norths Operation, die sich augenblicklich als Socialist Equality Party (in Deutschland Partei für Soziale Gleichheit, PSG) präsentiert. Die North-Jünger sind dazu übergegangen, die Gewerkschaften als absolut korrupte Agenturen der Bosse abzutun, die in keiner Weise Organisationen der Arbeiterklasse seien. Doch die amerikanische Bourgeoisie gibt pro Jahr über eine Milliarde Dollar aus, um die Gewerkschaften kaputtzumachen, Organisierungskampagnen kaputtzumachen, Streiks zu brechen, Gewerkschaften die Lizenz zu entziehen. Sie hat also eine ziemlich andere Einschätzung der Frage.

Während die North-Leute ihre streikbrecherische, ökonomistische Version des „Klassenkampfs" propagieren, spucken sie auch auf den Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen. Genau wegen der Frage der Schwarzen gibt es in den USA - einzigartig unter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern - keine unabhängige Klassenpartei des Proletariats, nicht einmal in Form einer reformistischen Labour Party. Im allgemeinen sind Amerikas kapitalistische Herrscher bisher sehr erfolgreich darin, die Karte des Rassismus zu spielen; das ist das Erbe des nicht zu Ende geführten Bürgerkriegs für die Freiheit der Schwarzen, was zur politischen Rückständigkeit dieses Landes, wenn man so will, mächtig beiträgt. Wir verstehen, daß der Kampf für die Befreiung der Schwarzen eine strategische Frage für die proletarische Revolution in diesem Land ist.

Anderthalb Jahrhunderte sind seit dem Erscheinen des *Kommunistischen Manifests* vergangen - eine Zeit, die durch viele proletarische Kämpfe geprägt war. Wenn wir heute das *Manifest* diskutieren, verfolgen wir den gleichen Zweck wie seine Autoren. Wie Marx und Engels haben wir das Ziel, die alte Gesellschaft zu stürzen und sie durch eine Gesellschaft zu ersetzen, die den Weg zur Abschaffung aller Klassenunterdrückung öffnen wird.

Von sich aus wird der Kapitalismus nicht fallen - seit der Oktoberrevolution 1917 ist das klar. Wenn 1917 die Menschewiki und bolschewistische Versöhnler wie Stalin gegen Lenin gewonnen hätten, hätte es keine Russische Revolution gegeben. Und dann würden in der akademischen Welt sehr gelehrte Experten vor euch stehen und erklären, warum eine Revolution in Rußland 1917 unmöglich war. Das ist wirklich die Frage des subjektiven Faktors. Es gibt für die Bourgeoisie keine ausweglose Krise - abgesehen vielleicht vom Atomkrieg - außer einer Revolution. Genossen, die Kapitalisten müssen gestürzt werden. Das ist unser Job.H

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 4

In einer Polemik gegen die Anpassung der zentristischen Liga Bolchevique Internacionalista und der übrigen brasilianischen Linken an den Polizei„streik" erklärten unsere Genossen der Spartacist League/U.S.:

> „Teile der Militärpolizei zeigten letztes Jahr im Staat von Minas Gérais, wie sie für höhere Löhne .kämpften', indem sie systematisch schwarze Jugendliche ermordeten und drohten, damit weiterzumachen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Jetzt pochen sie auf mehr Geld für ihre Massaker an protestierenden Bauern und sind zu einem Zeitpunkt in einen .Streik' getreten, wo es unter den Sem terra (landlosen Bauern) wachsende Unruhen gibt. Polizeimobilisierungen und -.Streiks' haben notwendigerweise eine bonapartistische Ausrichtung, die darauf abzielt, diese bezahlten Mörder noch unabhängiger von der Gesellschaft insgesamt zu machen, und ihre Möglichkeiten verstärkt, die blutige Repression ohne jede Einmischung auszuführen." *(Workers Vanguard,* 3. September)

Die Geschichte hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse nicht einfach den bestehenden kapitalistischen Staatsapparat übernehmen kann; sie muß ihn vielmehr zerbrechen und durch einen proletarischen Staat ersetzen, der auf Arbeiterräten basiert. Die SpAD kämpft für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter und betonte in ihrem Flugblatt zum Baustreik, „daß Polizisten nicht .Kollegen' sind, sondern zusammen mit den Gerichten, Gefängnissen und der Armee den bewaffneten Kern des bürgerlichen Staates darstellen, der alles andere als neutral ist. Wir fordern: *Polizei raus aus dem DGB!"*

Im Kampf gegen Lohnsenkung und Massenarbeitslosigkeit fordern wir: Eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen, um die Arbeit auf alle Arbeiter zu verteilen und den Lebensstandard der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Um diese Forderungen zu erreichen, ist die systematische Mobilisierung der Massen für die proletarische Revolution erforderlich. Das kann nur durch den Aufbau einer internationalistischen revolutionären Arbeiterpartei gelingen, die dafür kämpft, kommunistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Diese Partei wird in dem Kampf aufgebaut werden, die proletarische Basis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und für den wirklichen Kommunismus zu gewinnen. Das ist die Aufgabe, die wir Trotzkisten von der SpAD und der Internationalen Kommunistischen Liga uns gestellt haben. •

Schluß mit Diskriminierung...

Fortsetzung von Seite 32

„Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen ,Dritten Welt'; sie sind ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Um diese Perspektive zu verwirklichen, brauchen wir vor allem den Aufbau einer revolutionären Partei, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki. Die Spartakist-Jugend will kämpferische Studenten für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen. Schließt euch unserem Kampfan!"

Nachfolgend drucken wir das Mobilisierungsflugblatt der Spartakist-Jugend vom 29. Juni ab.

In den letzten Wochen sind offen rassistische Diskriminierungen gegen Immigranten und ausländische Studenten durch das Arbeitsamt der Freien Universität (FU) und der studentischen Arbeitsvermittlung „Heinzelmännchen" vom Ausländerinnenreferat (ARef) der FU bekannt gemacht worden, Jobangebote enthielten Formulierungen wie „leider nur Deutsche" oder „keine Afrikanerinnen", und selbst für Putz- oder Tellerwäscherjobs wurden perfekte Deutschkenntnisse verlangt. Rassistische Praktiken bei der Job- und Wohnungsvergabe durch das Studentenwerk gehören zum Alltag. Eine mongolische Studentin berichtete uns, daß sie wegen Mietrückstands aus dem Wohnheim rausgeschmissen wurde, obwohl das *Studentenwerk* die Miete nicht abgebucht hatte. Egal wo sie sich jetzt um ein anderes Zimmer bewirbt, wird sie abgelehnt, sobald sie ihre Nationalität bekanntgibt! Ein chinesischer Student, so das ARef, erhielt sein Zimmer nur unter der Zusage, daß er kein chinesisches Essen koche, „da es so stinke"!

Die Spartakist-Jugend ruft zu einem Einheitsfrontprotest unter der Losung „Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!" auf.

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Eine Einheitsfront bedeutet: Getrennt marschieren, vereint schlagen! Jede Organisation hat das volle Recht, ihre eigene Propaganda und ihre eigenen Losungen zu verbreiten und ihre Kritik an den anderen beteiligten Gruppen zu artikulieren. Wir rufen die Gewerkschaften, insbesondere ÖTV und GEW, und Studenten, Uniarbeiter,, Immigranten, Frauen, Schwule/Lesben, Juden und alle Gegner rassistischer Angriffe auf, sich an diesem Protest zu beteiligen. Notwendig ist die Mobilisierung aller Unterdrückten hinter der Macht der Arbeiterklasse.

Im Gegensatz dazu steht die Politik des AStA. Auf Vorschlag eines SozRef-Mitgliedes führten sie als „Protest" eine widerliche „Sklavenversteigerung" durch, mit Unterstützung - wenn auch mit Bauchschmerzen - durch das Ausländerinnenreferat, das viele ausländische Studenten als ihre einzige Vertretung ansehen. Dieses Theater war nichts anderes als eine Verharmlosung der blutigen Geschichte der Sklaverei und die Verherrlichung der kapitalistischen Lohnsklaverei! Die systematische Ermordung von Millionen durch Zwangsarbeit im Dritten Reich ist die eigene Version der Sklaverei der deutschen Bourgeoisie. Das SozRef-Mitglied, das den Vorschlag der Sklavenversteigerung vorgebracht hatte, gehört nicht zufällig der PDS-Hochschulgruppe Unabhängige Demokratische Sozialisten an. Die PDS toleriert in Sachsen-Anhalt eine SPD/Grüne-Regierung, die ständig Abschiebungen durchführt!

Auf einem Plenum des ARef intervenierte das SozRef gegen unseren Vorschlag für eine Einheitsfrontaktion, weil Verhandlungen des AStA mit dem Studentenwerk über eine mögliche Übernahme der „Heinzelmännchen", die von der Bundesfinanzbehörde geschlossen werden sollen, dadurch gestört würden. Die rassistischen Angriffe gegen ausländische Studenten werden damit unter den Teppich gekehrt.

Studentenwerk und Arbeitsamt sind Teil des rassistischen Staatsapparates, dessen Aufgabe es ist, das Privateigentum der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse und Unterdrückten zu verteidigen. Wir fordern: Unis unter die Kontrolle der Uniarbeiter, Studenten und Dozenten! Kostenlose Bildung auf höchstem Niveau und Stipendien, von denen man leben *kann, fiir alle,* die studieren wollen! Weg mit dem rassistischen Numerus Clausus!

Auch die Gruppe Linksruck haben wir auf unsere Protestaktionen angesprochen. Ihre Antwort war, man müsse erst abwarten, was der AStA unternehmen werde. Diese Nachtrabpolitik dem AStA gegenüber zeigen die Linksruck-Anhänger auch bei der Verteidigung der FU-Unibibliothek: „Der Unmut der Studenten muß jetzt vom AStA in Proteste umgesetzt werden" *(Linksruck,* Nr. 42,13. Juni). Den bürokratischen AStA benutzen sie konkret als Alibi, um gegen diese rassistischen Diskriminierungen ***gar nichts*** zu tun. Kein Wunder! Als Bestandteil der Jusos dient Linksruck der SPD als linkes Feigenblatt. Und zwar der gleichen SPD, die jetzt gerade im Bundestag ein neues Ausländergesetz abgesegnet hat, nach dem die bloße Vermutung auf Teilnahme an einer „verbotenen" politischen Demonstration wie auch jegliche politische Betätigung von Immigranten ein Abschiebungsgrund ist. Im SPD-regierten Hamburg sind am 1. März faktische Arbeitsverbote gegen Nicht-EU-Studenten erlassen worden. Der AStA der Technischen Universität Berlin wurde wegen des Verdachts auf PKK-Unterstützung von Bullen durchsucht. Weg mit dem Verbot der PKK! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Der staatliche Rassismus in Deutschland ist das innenpolitische Gegenstück zum neuerlichen Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus. Nach der Konterrevolution in der UdSSR und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas hat sich die Konkurrenz zwischen den Imperialisten um Märkte und ökonomische Vorherrschaft drastisch verschärft. Als Trotzkisten verteidigten wir die Sowjetunion gegen innere und äußere Konterrevolution und kämpften für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution, wie heute zum Beispiel in China. Die staatlichen rassistischen Angriffe auf Immigranten und ausländische Studenten dienen als Rammbock für Sozialraub gegen die gesamte Arbeiterklasse und alle Studenten, die sich ihr Studium erarbeiten müssen. Das Proletariat muß für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen, für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Wie ein Führer der Russischen Revolution, Leo Trotzki, im Übergangsprogramm 1938 schrieb: „Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die sich unvermeidlich aus dem von ihm geschaffenen Elend ergeben, dann soll er zugrundegehen." Das bedeutet die revolutionäre Enteignung der Kapitalisten und die Errichtung einer internationalen Planwirtschaft auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie. Doch die Gewerkschaftsbürokratie, SPD und PDS stehen einer'unabhängigen Mobilisierung der Arbeiter für ihre eigenen Interessen im Wege. Die internationale Arbeiterklasse hat die soziale Macht, dieses rassistische kapitalistische System zu zerschlagen, weil das Proletariat den Reichtum dieser Gesellschaft produziert.

Um dieses mörderische System zu zerschlagen, ist der Aufbau einer internationalen proletarischen Avantgardepartei notwendig. Eine solche Partei tritt als Volkstribun für die Rechte ***aller*** Unterdrückten ein. Dieser Aufgabe hat sich die Spartakist-Jugend verpflichtet. Wir Trotzkisten wollen kämpferische Studenten für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen. Für neue sozialistische Oktoberrevolutionen weltweit! •

SPARTAKIST

Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!

Wegen der rassistischen Angriffe an den Unis sind „die ausländischen Studenten unter uns gezwungen, tagtäglich einen Überlebenskampf zu führen, um überhaupt studieren zu können", erklärte Sylvia Krüger, die Sprecherin der Spartakist-Jugend (SpJ) bei der Protestkundgebung am 3. Juli vor dem Arbeitsamt I und den „Heinzelmännchen" an der Freien Universität in Berlin. Der Einheitsfrontprotest von ausländischen Studenten, IVAS (Interessenvertretung Ausländischer Studierender der Humboldt-Universität) und der SpJ richtete sich gegen die von dem ARef/FU (Ausländerinnenreferat, Teil des AStA) enthüllte rassistische Diskriminierung des Arbeitsamts an der FU. Inzwischen hat Innenminister Kanther eine neue Säuberungskampagne an den Unis gegen ausländische Studenten gestartet.



Spartakist

Einheitsfrontprotest an der FU Berlin, initiiert von der Spartakist-Jugend. Am Mikro ein Sprecher der Interessenvertretung Ausländischer Studierender der Humboldt-Uni

Von den ausländischen Studenten, die am 3. Juli die Jobvergabe abwarteten, wurde die Kundgebung gut aufgenommen. Ein IVAS-Sprecher klagte die Schikanen der Studentenvermittlung an: Um an einer deutschen Hochschule zu studieren, müssen ausländische Studierende einen Sprachtest ablegen. Aber ihr Deutsch sei nicht ausreichend, um auf einer Baustelle oder als Tellerwäscher zu

Spartakist-Jugend

arbeiten! Das IVAS brachte seinen eigenen Aufruf heraus und gewann die Unterstützung des gesamten RefRats der Humboldt-Universität für die Aktion. Über eine antikommunistische Flüsterkampagne gegen die Aktion setzte sich ein Mitglied des IVAS hinweg: Egal, wer diesen Protest initiiert, seit zehn Jahren warteten sie auf so eine Gelegenheit, und sie würden zu diesem Protest aufrufen.

Dagegen boykottierte der AStA/FU die Einheitsfrontaktion. Sein Anliegen war es vielmehr, die „Heinzelmännchen" zu übernehmen und mindestens diesen kleinen Teil des Studentenwerks und damit der Staatsbürokratie mitverwalten zu dürfen. Kämpferische Aktionen mit empörten Studenten aus aller Welt und Kommunisten waren dem offensichtlich entgegengestellt. Das ARef, das selbst das Desinteresse des AStA an der Verteidigung ausländischer Studenten erlebt hatte, gab der Politik des AStA nach und kam trotz ursprünglicher Interessenbekundung nicht zur Protestkundgebung. Statt dessen machten sie am gleichen Abend eine Veranstaltung zum Thema „Diskriminierung von Ausländerinnen", wo die Redner *nichts* zu der Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk zu sagen hatten!

Die Linksruck-Jusos an der FU blieben ebenfalls unsichtbar. Für sie war es anscheinend undenkbar, ohne den Schutzmantel des AStA am Protest teilzunehmen.

In Hamburg erfahren Studenten aus Nicht-EU-Ländern seit dem l. März faktisch Arbeitsverbote vom Arbeitsamt, die sogenannte „Bevorrechtigungsregelung", die sie von längerfristigen Jobs ausschließt. Besonders afrikanische Studenten berichteten der Spartakist-Jugend, daß sie plötzlich sogar ihre festen Jobs verlieren. Ein türkischer Student erzählte, daß sogar dann, als ihn Firmen einstellen wollten, das Arbeitsamt jedesmal die Arbeitserlaubnis verweigerte. An der Hamburger Uni intervenierte die SpJ am 5. Juni an einem Aktionstag gegen „Bildungsklau", der von Schülern, Studenten und Fachhochschülern durchgeführt wurde. Für den AStA bis zu den Reformisten von der PDS und Linksruck sollte der Aktionstag dazu dienen, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben. Aber die SPD führt nicht zuletzt in Hamburg den Sozialraub und die bösartige Abschiebekampagne an. Im Gegensatz dazu intervenierte die SpJ bei *Spartakist*-*Verkäufen* und bei einer Podiumsdiskussion mit einer proletarischen Perspektive, um den Bildungs- und Sozialraub, die Kahlschlagpolitik und staatliche Angriffe gegen Immigranten und ausländische Studenten durch die Mobilisierung der multinationalen Arbeiterklasse zurückzuschlagen.

Für uns Spartakisten sind die kämpferischen eingewanderten Arbeiter wichtig für eine europäische proletarische Revolution. Unsere Rednerin erklärte bei dem Protest an der FU:

Fortgesetzt auf Seite 31